

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**  
**COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**

[C – 2024/001120]

**13. NOVEMBER 2023 — Dekret über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (1)**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

**KAPITEL 1 — ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN**

*Abschnitt 1 — Einleitende Bestimmungen*

**Artikel 1 - Allgemeiner Anwendungsbereich**

Die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets sind anwendbar auf:

1. Kinder, deren Integrität, gesunde Entwicklung, Erziehung oder soziale Teilhabe durch ihr eigenes Verhalten, das Verhalten ihrer Erziehungsberechtigten, das Verhalten von Drittpersonen, ihre Lebensumstände, Beziehungskonflikte oder durch besondere Ereignisse gefährdet ist;
2. junge Erwachsene, die beim Übergang in die eigenständige Lebensführung eine Beratung und Orientierung benötigen;
3. tatverdächtige oder straffällige Jugendliche;
4. Erziehungsberechtigte, die Schwierigkeiten haben, die Integrität, die gesunde Entwicklung, die Erziehung oder die soziale Teilhabe ihres Kindes zu gewährleisten;
5. Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, Dienstleister sowie Pflegefamilien, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets mit der Umsetzung von Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen beauftragt sind;
6. Prokurator des Königs, den Jugendrichter oder das Jugendgericht, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen vorschlagen oder anordnen.

**Art. 2 - Personenbezeichnungen**

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

**Art. 3 - Begriffsbestimmungen**

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Bereitschaftspflege: die befristete Aufnahme eines Kindes oder Jugendlichen in einer Bereitschaftspflegefamilie;
2. Bereitschaftspflegefamilie: die gemäß Artikel 94 anerkannte Pflegefamilie, die mit einer Bereitschaftspflege beauftragt werden kann;
3. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);
4. Dekret vom 16. Oktober 1995: das Dekret vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten;
5. Dienstleister: die natürliche oder juristische Person, die nicht hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe und des Jugendschutzes tätig ist und die mit der Umsetzung von Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen beauftragt werden kann;
6. einvernehmliche Jugendhilfe: die spezialisierte Hilfe, die der Fachbereich im Einverständnis mit dem Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt oder mindestens zwölf Jahre alt ist, und mit seinen Erziehungsberechtigten oder mit dem jungen Erwachsenen erarbeitet;
7. erzieherische und gemeinnützige Leistung: eine unentgeltliche Arbeit für eine bestimmte Anzahl von Stunden in einem Dienst, einer Vereinigung oder einer Einrichtung, die vom Jugendrichter oder Jugendgericht gemäß Artikel 59 § 1 Absatz 1 Nummer 2, 70 § 3 Absatz 1 Nummer 3 und Artikel 73 § 3 Absatz 1 Nummer 3 angeordnet werden kann;
8. Erziehungsberechtigter: die natürliche Person, die aufgrund des Gesetzes oder eines richterlichen Beschlusses über die elterliche Autorität über das Kind oder den Jugendlichen verfügt, sein Vormund sowie die gemäß Artikel 34 des Gesetzes vom 8. April 1965 bestellte Person;
9. Fachbereich: der für die Jugendhilfe und den Jugendschutz zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
10. Gefährdung: die bereits eingetretene oder zu erwartende Verletzung der Integrität des Kindes durch sein eigenes Verhalten, das Verhalten seiner Erziehungsberechtigten, das Verhalten von Drittpersonen, durch seine Lebensumstände, durch Beziehungskonflikte oder durch besondere Ereignisse;
11. gerichtliche Jugendhilfe: die spezialisierte Hilfe, die durch den Jugendrichter oder das Jugendgericht angeordnet wird;
12. Gesetz vom 8. April 1965: das Gesetz vom 8. April 1965 über den Jugendschutz, die Betreuung Minderjähriger, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, und die Wiedergutmachung des durch diese Tat verursachten Schadens;
13. gewöhnlicher Lebensort: der Ort, an dem sich der Lebensmittelpunkt der natürlichen Person befindet;
14. Integrität: die physische, psychische und moralische Unversehrtheit;
15. Jugendhilfe: die spezialisierte Hilfe, die dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten gewährt wird. Die Jugendhilfe umfasst die einvernehmliche und die gerichtliche Jugendhilfe;
16. Jugendhilfeanbieter: die gemäß Artikel 87 anerkannte natürliche oder juristische Person, die mit der Umsetzung von Jugendhilfemaßnahmen beauftragt werden kann;

17. Jugendhilfemaßnahmen: die Maßnahmen, die im Rahmen der einvernehmlichen oder gerichtlichen Jugendhilfe für Kinder bis zum Alter von 18 Jahren oder deren Erziehungsberechtigten vereinbart oder angeordnet werden oder die gemäß Artikel 50 § 1 bis zu einem Alter von höchstens 21 Jahren verlängert oder vereinbart werden;

18. Jugendlicher: der tatverdächtige oder straffällige Jugendliche;

19. Jugendschutz: die Intervention des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts gegenüber Jugendlichen;

20. Jugendschutzanbieter: die gemäß Artikel 87 anerkannte natürliche oder juristische Person, die mit der Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen beauftragt werden kann;

21. Jugendschutzmaßnahmen: die Maßnahmen, die im Rahmen des Jugendschutzes vorgeschlagen oder angeordnet werden;

22. Jugendstraftat: eine als Straftat qualifizierte Tat, die durch eine natürliche Person vor dem Alter von 18 Jahren begangen wurde;

23. junger Erwachsener: jede natürliche Person von 18 bis 21 Jahren, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat und die gemäß den Artikeln 50 oder 75 eine Verlängerung der Begleitung beantragt oder gemäß Artikel 28 eine Beratung im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe in Anspruch nimmt;

24. Kind: jede natürliche Person bis 18 Jahre, die im Rahmen der Jugendhilfe begleitet wird;

25. Langzeitpflege: die langfristige Aufnahme eines Kindes oder Jugendlichen in einer Langzeitpflegefamilie;

26. Langzeitpflegefamilie: die gemäß Artikel 94 anerkannte Pflegefamilie, die mit einer Langzeitpflege beauftragt werden kann;

27. Opfer: die natürliche Person, die einen körperlichen, psychischen oder moralischen Schaden oder einen wirtschaftlichen Verlust erlitten hat, der direkte oder indirekte Folge einer Jugendstraftat ist, oder die juristische Person, die einen wirtschaftlichen Verlust erlitten hat, der direkte oder indirekte Folge einer Jugendstraftat ist;

28. Pflegschaft: die stationäre oder teilstationäre Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme, die die Bereitschaftspflege, die Langzeitpflege sowie die Teilzeitpflege umfasst;

29. Pflegefamilie: die Bereitschaftspflegefamilie, die Langzeitpflegefamilie oder die Teilzeitpflegefamilie;

30. straffälliger Jugendlicher: die natürliche Person, die für eine Jugendstraftat rechtskräftig verurteilt wurde;

31. tatverdächtiger Jugendlicher: die natürliche Person, die unter Verdacht steht, eine Jugendstraftat begangen zu haben;

32. Teilzeitpflege: die punktuelle Betreuung eines Kindes oder Jugendlichen durch eine Teilzeitpflegefamilie;

33. Teilzeitpflegefamilie: die gemäß Artikel 94 anerkannte Pflegefamilie, die mit einer Teilzeitpflege beauftragt werden kann;

34. vertraute Personen: die natürlichen Personen, zu denen das Kind oder der Jugendliche eine soziale oder affektive Bindung hat, ohne dass ein verwandtschaftliches Verhältnis besteht;

35. verwandte Personen: die natürlichen Personen, zu denen das Kind oder der Jugendliche ein verwandtschaftliches Verhältnis hat;

36. ZBGA: die in Artikel 6 des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern erwähnte Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets eine stationäre Betreuung von Kindern in Auftrag geben kann.

*Abschnitt 2 — Rechte und Ansprüche des Kindes, des Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten*

#### **Art. 4 - Rechte**

Jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt ist, achtet die Rechte des Kindes und des Jugendlichen, insbesondere jene, die in der Verfassung und im Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes aufgezählt sind. Es wird insbesondere Folgendes gewährleistet:

1. Jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt ist, berücksichtigt vorrangig die Bedürfnisse des Kindes und des Jugendlichen. Diese werden im Austausch mit dem Kind oder dem Jugendlichen und, insofern möglich, unter Einbeziehung seiner Erziehungsberechtigten erfasst.

2. Unbeschadet der Verfahrensbestimmungen des Gesetzes vom 8. April 1965 haben das Kind und der Jugendliche im Rahmen des vorliegenden Dekrets das Recht, ihre Meinung zu allen sie betreffenden Entscheidungen frei zu äußern. Ihrer Meinung ist entsprechend ihrem Alter und ihrem Urteilsvermögen Rechnung zu tragen.

3. Jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt ist, achtet die Rechte des Kindes und des Jugendlichen ohne jegliche Diskriminierung, insbesondere jegliche Diskriminierung aufgrund eines der in Artikel 2 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung erwähnten geschützten Merkmale.

4. Insofern der Jugendrichter oder das Jugendgericht nichts anderes bestimmen oder insofern es nicht der Integrität des Kindes oder Jugendlichen entgegensteht, haben das Kind und der Jugendliche das Recht, sich bei ihren Kontakten mit den natürlichen oder juristischen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt sind, von einer Person ihrer Wahl begleiten zu lassen.

5. Das Kind und der Jugendliche haben das Recht auf ausreichende und verständliche Informationen über die Jugendhilfe und den Jugendschutz und alle damit einhergehenden Entscheidungen, die sie betreffen. Die Kommunikation mit dem Kind und dem Jugendlichen erfolgt in einer verständlichen, ihrem Alter und ihrem Urteilsvermögen entsprechenden Sprache.

#### **Art. 5 - Vorrang ambulanter und teilstationärer Maßnahmen**

§ 1 - Die Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen sollen in erster Linie die Entwicklung und Erziehung des Kindes oder des Jugendlichen an seinem gewöhnlichen Lebensort fördern. In diesem Zusammenhang sind ambulante und teilstationäre Maßnahmen gegenüber stationären Maßnahmen zu bevorzugen.

Die stationäre Behandlung oder Betreuung erfolgt auf Grundlage einer mit Gründen versehenen Entscheidung.

§ 2 - Im Rahmen einer Jugendhilfemaßnahme kann die stationäre Behandlung oder Betreuung ausschließlich dadurch begründet werden, dass die Erziehungsberechtigten nicht bereit oder nicht in der Lage sind, mithilfe ambulanter oder teilstationärer Maßnahmen die Integrität, die gesunde Entwicklung, die Erziehung oder die soziale Teilhabe des Kindes zu gewährleisten.

Im Rahmen einer Jugendschutzmaßnahme kann die stationäre Behandlung oder Betreuung in einer geschlossenen stationären Behandlungs- oder Betreuungsform oder einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung ausschließlich zum Schutz der Gesellschaft oder zum Schutz der Integrität des Jugendlichen während einer begrenzten Zeit erfolgen.

§ 3 - Im Falle einer stationären Maßnahme wird darauf geachtet, dass das Recht auf regelmäßige direkte Kontakte zu seinen Erziehungsberechtigten, seinen Geschwistern und den ihm vertrauten Personen bewahrt wird, insofern dies nicht der Integrität des Kindes oder Jugendlichen entgegensteht. Unter Berücksichtigung der in Artikel 4 Nummer 1 erwähnten Bedürfnisse des Kindes und des Jugendlichen wird die Erforderlichkeit der stationären Maßnahme im Rahmen der in den Artikeln 33, 41, 51 und 67 erwähnten Bilanzgespräche regelmäßig geprüft.

Insofern es möglich ist und nicht der Integrität des Kindes entgegensteht, wird in Anwendung von Artikel 387septiesdecies des früheren Zivilgesetzbuchs sichergestellt, dass das Kind bei einer stationären Jugendhilfemaßnahme nicht von seinen Geschwistern getrennt wird.

#### **Art. 6 - Rechte und Pflichten der Erziehungsberechtigten**

Jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt ist, stellt sicher, dass die Rechte und Pflichten der Erziehungsberechtigten respektiert und gefördert werden. Alle Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen beziehen im Rahmen des Möglichen die Erziehungsberechtigten und andere verwandte oder vertraute Personen des Kindes oder des Jugendlichen aktiv ein.

#### *Abschnitt 3 — Ziel der Jugendhilfe und des Jugendschutzes*

##### **Art. 7 - Ziel der Jugendhilfe**

Das Hauptziel der Jugendhilfe ist es, dem Kind ein altersgerechtes und menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und seine gesunde Entwicklung, Erziehung und soziale Teilhabe bestmöglich zu fördern. Zudem zielt sie darauf ab, die Familie als Grundeinheit der Gesellschaft und natürliche Umgebung für die Entwicklung des Kindes zu unterstützen. Sie bietet dem Kind Schutz und Beistand bei der Stärkung seines Selbstbewusstseins und bei seiner sozialen, schulischen und gegebenenfalls beruflichen Eingliederung und berät junge Erwachsene bei ihrem Übergang in die eigenständige Lebensführung.

##### **Art. 8 - Ziel des Jugendschutzes**

Das Hauptziel des Jugendschutzes ist die Förderung der Erziehung, soziale Wiedereingliederung, Eigenverantwortung und gesunde Entwicklung des Jugendlichen sowie der Schutz der Gesellschaft. Der Jugendschutz soll den Jugendlichen dazu bringen, sich der Konsequenzen seines Handelns bewusst zu werden und somit Rückfälle verhindern.

#### *Abschnitt 4 — Formen der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen*

##### **Art. 9 - Ambulante Maßnahmen**

Ambulante Maßnahmen umfassen die nicht stationäre oder die nicht teilstationäre Betreuung oder Begleitung des Kindes, des Jugendlichen oder seiner Erziehungsberechtigten.

Die ambulanten Maßnahmen haben insbesondere eines oder mehrere der folgenden Ziele:

1. die Förderung der gesunden Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen;
2. die Unterstützung des Kindes, des Jugendlichen oder seiner Erziehungsberechtigten bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Beziehungskonflikte und Krisen und der zugrunde liegenden Faktoren;
3. die Stärkung der Beziehung zwischen dem Kind oder dem Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten;
4. die Förderung der Erziehungskompetenzen der Erziehungsberechtigten und die Unterstützung der Erziehungsberechtigten in ihren Erziehungsaufgaben zur Verbesserung der Erziehungsbedingungen des Kindes oder des Jugendlichen;
5. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bewältigung von Alltags- und Entwicklungsschwierigkeiten sowie Verhaltensproblemen;
6. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei seiner sozialen, schulischen und gegebenenfalls beruflichen Eingliederung;
7. die Förderung der eigenverantwortlichen Lebensführung und Verselbstständigung des Kindes oder des Jugendlichen.

Die Regierung kann die Modalitäten sowie die weiteren Ziele der in Absatz 1 erwähnten ambulanten Maßnahmen festlegen, insofern diese weiteren Ziele zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes beitragen können.

##### **Art. 10 - Teilstationäre Maßnahmen**

Teilstationäre Maßnahmen umfassen die Behandlung, Betreuung oder Begleitung des Kindes, des Jugendlichen oder seiner Erziehungsberechtigten in einer betreuten Wohnform oder in einer Teilzeitpflegefamilie am Tag und bei Bedarf in der Nacht. Während der Dauer der teilstationären Maßnahme befindet sich der gewöhnliche Lebensort des Kindes, des Jugendlichen oder seiner Erziehungsberechtigten außerhalb der betreuten Wohnform oder der Teilzeitpflegefamilie.

Die teilstationären Maßnahmen haben insbesondere eines oder mehrere der folgenden Ziele:

1. die Förderung der gesunden Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen;
2. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bewältigung von Alltags- und Entwicklungsschwierigkeiten sowie Verhaltensproblemen;
3. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei seiner sozialen, schulischen und gegebenenfalls beruflichen Eingliederung;

4. die Entlastung des Kindes oder des Jugendlichen, der Erziehungsberechtigten und der gesamten Familiensituation;
5. die Stärkung der Beziehung zwischen dem Kind oder dem Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten;
6. die Förderung der eigenverantwortlichen Lebensführung und Verselbstständigung des Kindes oder des Jugendlichen.

Die Regierung kann die Modalitäten sowie die weiteren Ziele der in Absatz 1 erwähnten teilstationären Maßnahmen festlegen, insofern diese weiteren Ziele zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes beitragen können.

#### **Art. 11 - Stationäre Maßnahmen**

Stationäre Maßnahmen umfassen die Behandlung, Betreuung oder Begleitung des Kindes, des Jugendlichen oder seiner Erziehungsberechtigten in einer betreuten Wohnform oder einer Bereitschafts- oder Langzeitpflegefamilie am Tag und in der Nacht. Während der Dauer der stationären Maßnahme befindet sich der gewöhnliche Lebensort des Kindes oder des Jugendlichen in der betreuten Wohnform oder in der Bereitschafts- oder Langzeitpflegefamilie.

Die stationären Maßnahmen haben insbesondere eines oder mehrere der folgenden Ziele:

1. die Förderung der gesunden Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen;
2. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bewältigung von Alltags- und Entwicklungsschwierigkeiten sowie Verhaltensproblemen;
3. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei seiner sozialen, schulischen und gegebenenfalls beruflichen Eingliederung;
4. die Stärkung der Beziehung zwischen dem Kind oder dem Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten;
5. die Förderung der eigenverantwortlichen Lebensführung und Verselbstständigung des Kindes oder des Jugendlichen.

Die Regierung kann die Modalitäten sowie die weiteren Ziele der in Absatz 1 erwähnten stationären Maßnahmen festlegen, insofern diese weiteren Ziele zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes beitragen können.

#### **Art. 12 - Zu berücksichtigende Faktoren**

§ 1 - Bei der Planung, dem Vorschlag oder der Anordnung einer der in den Artikeln 9 bis 11 erwähnten Formen der Jugendhilfemaßnahmen berücksichtigen der Fachbereich, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter oder das Jugendgericht folgende Faktoren:

1. die Bedürfnisse des Kindes;
2. das Alter und das Urteilsvermögen des Kindes;
3. die Kompetenzen der Erziehungsberechtigten darin, die Integrität, die gesunde Entwicklung, die Erziehung und die soziale Teilhabe ihres Kindes zu gewährleisten;
4. die Lebenssituation des Kindes.

§ 2 - Bei dem Vorschlag oder der Anordnung einer der in den Artikeln 9 bis 11 erwähnten Formen der Jugendschutzmaßnahmen berücksichtigen der Fachbereich, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter oder das Jugendgericht folgende Faktoren:

1. die Bedürfnisse des Jugendlichen;
2. das Alter und das Urteilsvermögen des Jugendlichen;
3. die Lebenssituation des Jugendlichen;
4. die Schwere der Jugendstraftat, die Umstände, unter denen sie begangen wurde, sowie die Schäden und die Konsequenzen für das Opfer;
5. die bereits gegenüber dem Jugendlichen ergriffenen vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen und Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde sowie sein Verhalten während deren Durchführung;
6. die öffentliche Sicherheit.

### *KAPITEL 2 — PRÄVENTION UND NETZWERKARBEIT*

#### **Art. 13 - Präventionsmaßnahmen**

Die Prävention im Rahmen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes beinhaltet Maßnahmen, die zum Ziel haben, der Gefährdung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorzubeugen.

Die Präventionsmaßnahmen können verschiedene Formen annehmen, insbesondere:

1. Projekte zur Prävention von Benachteiligung, Sucht, Missbrauch und Gewalt sowie zur Stärkung der Resilienz von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen;
2. Projekte zur Information und Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und ihren Erziehungsberechtigten sowie von jungen Erwachsenen;
3. das Anbieten von Schulungen und Fortbildungen;
4. die Öffentlichkeitsarbeit in den Bereichen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes.

Der Fachbereich gewährleistet die Koordination, Planung, Durchführung und Auswertung der in Absatz 2 erwähnten Präventionsmaßnahmen.

Die Regierung kann die Modalitäten zur Koordination, Planung, Durchführung, Auswertung und Finanzierung der Präventionsmaßnahmen festlegen.

#### **Art. 14 - Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes**

Das Netzwerk der Jugendhilfe verfolgt durch einen organisierten, strukturierten und sektorenübergreifenden Austausch der betroffenen Akteure die in Artikel 7 erwähnten Ziele der Jugendhilfe.

Das Netzwerk des Jugendschutzes verfolgt durch einen organisierten, strukturierten und sektorenübergreifenden Austausch der betroffenen Akteure die in Artikel 8 erwähnten Ziele des Jugendschutzes.

Die Aufgaben der Netzwerke umfassen insbesondere:

1. die Beobachtung der Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im deutschen Sprachgebiet;
2. die Analyse der bestehenden Angebote und Maßnahmen und die Ermittlung des Bedarfs in der Jugendhilfe und im Jugendschutz;
3. die Analyse und Förderung der Zusammenarbeit der betroffenen Akteure.

Zur Durchführung dieser Aufgaben findet mindestens ein Netzwerktreffen pro Jahr statt. Dabei kann es sich um ein gemeinsames Treffen der Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes handeln.

**Art. 15 - Schaffung der Steuerungsgruppe für die Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes**

Es wird eine Steuerungsgruppe für die Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes geschaffen.

**Art. 16 - Aufgaben der Steuerungsgruppe**

Die Aufgaben der Steuerungsgruppe umfassen:

1. die Organisation und Steuerung der in Artikel 14 erwähnten Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes;
2. anhand der Erkenntnisse der in Artikel 14 erwähnten Netzwerktreffen:
  - a) die Ausarbeitung möglicher Angebote, die den Bedarfen der Kinder, Jugendlichen und deren Erziehungsberechtigten sowie der jungen Erwachsenen entsprechen, unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Entwicklungen und neuer Erkenntnisse;
  - b) die Ausarbeitung von Empfehlungen an die Regierung oder das Parlament zur Gestaltung der Politik in der Jugendhilfe und im Jugendschutz;
3. die Organisation eines systemübergreifenden Forums zu Themen im Bereich der Jugendhilfe und des Jugendschutzes, das mindestens einmal alle vier Jahre stattfindet.

**Art. 17 - Zusammensetzung der Steuerungsgruppe**

§ 1 - Der Steuerungsgruppe gehören mindestens folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. ein Vertreter des Fachbereichs;
2. je ein Vertreter der gemäß Artikel 87 anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter;
3. ein Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
4. ein Vertreter des Unterrichtswesens;
5. ein Vertreter einer Organisation, die im Bereich der Jugendarbeit im deutschen Sprachgebiet tätig ist;
6. ein Vertreter einer gemeinnützigen Einrichtung, die im Bereich der Gesundheitsinformation und -prävention im deutschen Sprachgebiet tätig ist.

Der Steuerungsgruppe gehört mindestens ein Vertreter der Gerichtsbehörden mit beratender Stimme an.

Die Regierung kann weitere Mitglieder festlegen.

§ 2 - Die Regierung bestellt unter den stimmberechtigten Mitgliedern für die Dauer des Mandats einen Koordinator der Steuerungsgruppe.

§ 3 - Die Regierung bestellt die Mitglieder der Steuerungsgruppe und für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied.

Die in § 1 Absatz 1 erwähnten Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen in der Steuerungsgruppe vertretenen Einrichtungen, Dienste und Organisationen bestellt.

§ 4 - Die Mandatsdauer der Mitglieder beträgt sechs Jahre und ist erneuerbar.

Ungeachtet eines freiwilligen Rücktritts endet das Mandat der Mitglieder der Steuerungsgruppe mit dem Entzug des Mandats durch die Regierung.

Bei Ausscheiden eines Mitglieds beendet das Ersatzmitglied das Mandat des ausscheidenden Mitglieds.

Wird ein Mandat in der Steuerungsgruppe vakant, bestellt die Regierung ein neues Mitglied entsprechend dem in den §§ 1 und 3 festgelegten Verfahren.

**Art. 18 - Funktionsweise der Steuerungsgruppe**

Mit Ausnahme des Jahres ihrer Schaffung versammelt sich die Steuerungsgruppe mindestens dreimal pro Jahr.

Die Steuerungsgruppe tritt spätestens vier Monate nach der Bestellung ihrer Mitglieder zu einer ersten Sitzung zusammen.

Binnen zwei Monaten nach dieser ersten Sitzung gibt die Steuerungsgruppe sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Funktions- und Arbeitsweise der Steuerungsgruppe.

Die Steuerungsgruppe kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Fachleute zu den Sitzungen einladen. Darüber hinaus kann die Steuerungsgruppe Arbeitsgruppen einsetzen, zu denen ebenfalls Fachleute eingeladen werden können.

**Art. 19 - Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen**

Die Mitglieder der Steuerungsgruppe haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

KAPITEL 3 — FÜR DIE JUGENDHILFE UND DEN JUGENDSCHUTZ ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE

Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

**Art. 20 - Qualitätshandbuch**

Der Fachbereich erstellt ein Qualitätshandbuch. Dieses umfasst mindestens folgende Angaben:

1. die Vorgehensweisen des Fachbereichs im Rahmen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes;
2. die Kriterien zur Gewährleistung der Qualitätssicherung;
3. das Leitbild des Fachbereichs;



4. die deontologischen Richtlinien.

Das Qualitätshandbuch wird spätestens alle vier Jahre den rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst.

**Art. 21 - Tätigkeitsbericht**

Die Regierung übermittelt dem Parlament jährlich einen Bericht über die Umsetzung der in den Artikeln 22 bis 24 aufgeführten Aufgaben des Fachbereichs des vorherigen Jahres.

*Abschnitt 2 — Aufgaben des Fachbereichs*

**Art. 22 - Aufgaben in der einvernehmlichen Jugendhilfe**

Die Aufgaben des Fachbereichs im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe umfassen insbesondere:

1. die Information, Beratung und Orientierung der Anfragenden;
2. die Einschätzung der Lebenssituation des Kindes, um den daraus resultierenden Hilfebedarf sowie eine mögliche Gefährdung des Kindes festzustellen;
3. die einvernehmliche Hilfeplanung mit dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten;
4. die Beauftragung von Jugendhilfeanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien zur Umsetzung der vertraglich festgehaltenen Jugendhilfemaßnahmen;
5. die Koordination der vertraglich festgehaltenen Jugendhilfemaßnahmen;
6. die Durchführung von Bilanzgesprächen zur Überprüfung der Umsetzung des Jugendhilfevertrags;
7. die Zusammenarbeit mit dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht in den in den Artikeln 35 bis 38 erwähnten Situationen.

**Art. 23 - Aufgaben in der gerichtlichen Jugendhilfe und im Jugendschutz**

Die Aufgaben des Fachbereichs im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe und im Rahmen des Jugendschutzes umfassen insbesondere:

1. die Durchführung von Sozialuntersuchungen im Auftrag des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts;
2. die Beauftragung von Jugendhilfe- und Jugendschutzanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien zur Umsetzung der durch den Jugendrichter oder das Jugendgericht angeordneten Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen;
3. die Organisation, Überprüfung und Koordination der angeordneten Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen;
4. die Durchführung von Bilanzgesprächen zur Überprüfung der Umsetzung der angeordneten Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen;
5. die Berichterstattung an den Prokurator des Königs, den Jugendrichter oder das Jugendgericht über die Umsetzung der angeordneten Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen;
6. die in den Artikeln 42 Absatz 1 Nummer 7, 78 Absatz 1 Nummer 4 und 83 § 3 Absatz 1 erwähnte Aufsicht über das Kind oder den Jugendlichen;
7. die Durchführung der in den Artikeln 57 und 76 erwähnten Vermittlungen im Auftrag des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts;
8. die Begleitung und Überprüfung der in den Artikeln 43, 59 und 79 erwähnten Auflagen im Auftrag des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts;
9. die Begleitung der in den Artikeln 58 und 77 erwähnten Projekte im Auftrag des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts.

**Art. 24 - Spezifische Aufgaben im Rahmen der Pflegschaft**

Die spezifischen Aufgaben des Fachbereichs im Rahmen der Pflegschaft umfassen insbesondere:

1. die Veröffentlichung von Informationen zu Pflegschaften im deutschen Sprachgebiet;
2. die Anwerbung, die Vorbereitung und die Schulung der Pflegefamilienkandidaten;
3. die Erstellung von Gutachten zur Anerkennung der Pflegefamilienkandidaten;
4. die Organisation der teilstationären und stationären Begleitung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes oder im Auftrag der ZBGA;
5. die Organisation und die Begleitung der Kontakte zwischen den Pflegekindern und ihren Erziehungsberechtigten;
6. die Begleitung, die Beratung und die Unterstützung der Pflegefamilien sowie der Pflegekinder während der Dauer der Pflegschaft;
7. die Organisation und die Durchführung von Weiterbildungsangeboten für Pflegefamilien;
8. die regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung des Kindes in der Pflegefamilie.

*Abschnitt 3 — Territoriale Zuständigkeit des Fachbereichs*

**Art. 25 - Territoriale Zuständigkeit in der einvernehmlichen Jugendhilfe**

§ 1 - Unbeschadet der auf Ersuchen einer anderen Behörde geleisteten Amtshilfe ist der Fachbereich im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe territorial zuständig, wenn die Erziehungsberechtigten des Kindes ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben oder, bei gemeinsamer Ausübung der elterlichen Autorität durch getrennte Personen, wenn die Person, bei der das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat, ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Bei einer alternierenden Beherbergung der Erziehungsberechtigten ist der Fachbereich im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe territorial zuständig, wenn das Kind seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Haben die Erziehungsberechtigten keinen Wohnsitz in Belgien und ist ihr Wohnsitz unbekannt oder ungewiss, ist der Fachbereich im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe territorial zuständig, wenn das Kind seinen gewöhnlichen Lebensort im deutschen Sprachgebiet hat.

§ 2 - Verfügt der Fachbereich im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe aufgrund eines Wohnsitzwechsels nicht mehr über die territoriale Zuständigkeit und ist eine weitere Intervention erforderlich, kontaktiert er unmittelbar die durch den Wohnsitzwechsel zuständig gewordene Behörde und übermittelt ihr die zweckdienlichen Informationen. Der Fachbereich kann im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe, im Einvernehmen mit der durch den Wohnsitzwechsel zuständig gewordenen Behörde, während einer Übergangszeit von höchstens sechs Monaten ab Übermittlung der Informationen seine Intervention fortführen. In diesem Rahmen können laufende Jugendhilfemaßnahmen fortgeführt werden.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Fachbereich im Einvernehmen mit der durch den Wohnsitzwechsel zuständig gewordenen Behörde seine Intervention nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Übergangszeit fortführen, wenn die Kontinuität dieser Intervention zum Schutz der Integrität des Kindes erforderlich ist. In diesem Rahmen können laufende Jugendhilfemaßnahmen verlängert und neue Jugendhilfemaßnahmen vereinbart werden.

Zu diesem Zweck schließt die Regierung Zusammenarbeitsabkommen gemäß Artikel 92bis § 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen mit den betroffenen Instanzen ab.

#### **Art. 26 - Territoriale Zuständigkeit in der gerichtlichen Jugendhilfe und im Jugendschutz**

Unbeschadet der auf Ersuchen einer anderen Behörde geleisteten Amtshilfe entspricht die territoriale Zuständigkeit des Fachbereichs im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe und des Jugendschutzes der territorialen Zuständigkeit des Jugendrichters und des Jugendgerichts des Gerichtsbezirks Eupen.

### *KAPITEL 4 — EINVERNEHMLICHE UND GERICHTLICHE JUGENDHILFE*

#### *Abschnitt 1 — Anwendungsbereich*

#### **Art. 27 - Spezifischer Anwendungsbereich**

Vorliegendes Kapitel ist anwendbar auf:

1. Kinder, deren Integrität, gesunde Entwicklung, Erziehung oder soziale Teilhabe durch ihr eigenes Verhalten, das Verhalten ihrer Erziehungsberechtigten, das Verhalten von Drittpersonen, ihre Lebensumstände, Beziehungskonflikte oder durch besondere Ereignisse gefährdet ist;
2. Erziehungsberechtigte, die Schwierigkeiten haben, die Integrität, die gesunde Entwicklung, die Erziehung oder die soziale Teilhabe ihres Kindes zu gewährleisten;
3. junge Erwachsene, die beim Übergang in die eigenständige Lebensführung Unterstützung benötigen;
4. Jugendhilfeanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien, die mit der Umsetzung von Jugendhilfemaßnahmen beauftragt sind;
5. den Prokurator des Königs, den Jugendrichter oder das Jugendgericht, die Jugendhilfemaßnahmen anordnen.

#### *Abschnitt 2 — Einvernehmliche Jugendhilfe*

##### *Unterabschnitt 1 — Verfahren*

#### **Art. 28 - Anfragen und Beratungen**

Jede natürliche oder juristische Person kann im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe Anfragen an den Fachbereich stellen.

Der Fachbereich informiert und berät die Anfragenden oder orientiert sie an die Dienstleister weiter, die eine geeignete Hilfe anbieten können.

Der Fachbereich kann Jugendhilfeanbieter sowie Dienstleister mit der Information und Beratung beauftragen.

Die Regierung legt die Modalitäten der Anfragen sowie die Modalitäten und das Verfahren der Beratung fest.

#### **Art. 29 - Einschätzung der Lebenssituation**

§ 1 - Geht aus der Anfrage oder der Beratung hervor, dass eine Intervention des Fachbereichs möglicherweise erforderlich ist, schätzt der Fachbereich die Lebenssituation des Kindes ein, um den daraus resultierenden Hilfebedarf sowie eine mögliche Gefährdung des Kindes festzustellen.

Zu diesem Zweck organisiert der Fachbereich ein oder mehrere Treffen mit dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten, bei denen auch andere verwandte oder vertraute Personen des Kindes einbezogen werden können.

Unter Berücksichtigung der Meinung des Kindes und im Einvernehmen mit seinen Erziehungsberechtigten kann der Fachbereich bereits intervenierende Dienstleister und Akteure aus den anderen Lebensbereichen des Kindes in die Einschätzung einbeziehen.

Zusätzlich zu den in Absatz 2 erwähnten Treffen kann ein getrenntes Gespräch mit dem Kind oder seinen Erziehungsberechtigten geführt werden.

§ 2 - Geht aus der Einschätzung hervor, dass ein Hilfebedarf und eine Gefährdung des Kindes bestehen, wird unter Berücksichtigung der Meinung des Kindes und im Einvernehmen mit seinen Erziehungsberechtigten die weitere Hilfe geplant.

#### **Art. 30 - Hilfeplanung und Jugendhilfevertrag**

§ 1 - Bei der in Artikel 29 § 2 erwähnten Hilfeplanung werden der Bedarf, die erforderlichen Jugendhilfemaßnahmen, deren Zielsetzung, deren Dauer und die in Artikel 110 erwähnte Kostenbeteiligung besprochen.

Das einvernehmliche Ergebnis der Hilfeplanung wird schriftlich in einem Jugendhilfevertrag festgehalten.

Zusätzlich zu den in Absatz 1 erwähnten Angaben enthält der Jugendhilfevertrag Angaben über:

1. die in Kapitel 9 und Kapitel 10 beschriebenen Regelungen über das Berufsgeheimnis und den Datenschutz;
2. die in Artikel 115 festgelegten Beschwerdemöglichkeiten.

Die Regierung kann weitere Inhalte des Jugendhilfevertrags festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe beitragen können.

§ 2 - Der Jugendhilfevertrag wird von dem betroffenen Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt, seinen Erziehungsberechtigten, dem Fachbereich sowie den Jugendhilfeanbietern und Dienstleistern, die mit der Umsetzung der Jugendhilfemaßnahme beauftragt sind, unterzeichnet.

In Abweichung von Absatz 1 ist die Unterzeichnung des Jugendhilfevertrags durch einen Erziehungsberechtigten ausreichend, insofern eine oder mehrere der folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. die Unterzeichnung durch den anderen Erziehungsberechtigten ist aufgrund seines beeinträchtigten Gesundheitszustands oder seines unbekannteten Wohnsitzes nicht möglich;
2. der andere Erziehungsberechtigte zeigt ein offensichtliches Desinteresse an dem Kind;
3. die Jugendhilfemaßnahme ist zugunsten des unterzeichnenden Erziehungsberechtigten vereinbart worden und betrifft ausschließlich diesen.

Sind eine oder mehrere der in Absatz 2 erwähnten Bedingungen erfüllt, begründet der Fachbereich dies schriftlich und fügt das entsprechende Schriftstück dem Jugendhilfevertrag bei.

Die Regierung kann die in Absatz 2 erwähnten Bedingungen präzisieren.

§ 3 - Der Fachbereich übermittelt den Vertragsparteien eine Ausfertigung des Jugendhilfevertrags.

#### **Art. 31 - Umsetzung der einvernehmlichen Jugendhilfemaßnahmen**

Im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe kann der Fachbereich Jugendhilfeanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien mit der Umsetzung von Jugendhilfemaßnahmen beauftragen.

Die gemäß Absatz 1 beauftragten Jugendhilfeanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien erhalten vom Fachbereich alle zur Ausübung des Auftrags zweckdienlichen Informationen.

#### **Art. 32 - Koordination durch den Fachbereich**

Der Fachbereich koordiniert die gemäß Artikel 30 vertraglich festgehaltenen Jugendhilfemaßnahmen. Zu diesem Zweck kann er Koordinationsversammlungen organisieren, zu denen ebenfalls andere Dienstleister, die mit dem betroffenen Kind und seinen Erziehungsberechtigten arbeiten, eingeladen werden können.

Der Fachbereich kann Jugendhilfeanbieter und Dienstleister mit der Koordination beauftragen.

Die Regierung kann weitere Modalitäten zur Durchführung der Koordination festlegen.

#### **Art. 33 - Bilanzgespräch**

Spätestens sechs Monate nach Unterzeichnung des in Artikel 30 § 1 Absatz 2 erwähnten Jugendhilfevertrags und anschließend mindestens alle weiteren sechs Monate organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit den Vertragsparteien.

Das Bilanzgespräch dient dazu, die Umsetzung des Jugendhilfevertrags zu überprüfen und ihn gegebenenfalls an neue Umstände und Entwicklungen anzupassen.

In Abweichung von Absatz 1 organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit den Vertragsparteien spätestens sechs Monate nach Unterzeichnung des Jugendhilfevertrags und anschließend mindestens alle weiteren zwölf Monate:

1. bei Jugendhilfemaßnahmen, die mindestens für eine Dauer von zwei Jahren festgelegt wurden;
2. wenn der Fachbereich nach Rücksprache mit den Vertragsparteien keinen früheren Bedarf an Bilanzgesprächen feststellt.

#### **Art. 34 - Klärungsgespräch**

Stellt der Fachbereich im Rahmen der in Artikel 29 § 1 Absatz 1 erwähnten Einschätzung oder im Laufe seiner weiteren Intervention fest, dass eine mögliche Gefährdung des Kindes besteht, und verweigern die Erziehungsberechtigten oder das Kind die Zusammenarbeit im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe oder erscheint eine Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten oder dem Kind nicht möglich, teilt der Fachbereich dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten schriftlich mit, dass er beabsichtigt, eine Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts über den Prokurator des Königs zu beantragen, dass sie jedoch zuvor ein Klärungsgespräch beantragen können.

Ziel des Klärungsgesprächs ist es, mithilfe eines Mediators eine Vereinbarung zu den Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit zu treffen. Der Mediator wird von der Regierung bestellt und ist durch die Föderale Vermittlungskommission für die Vermittlung in Familiensachen anerkannt.

Die Regierung legt die Modalitäten des Antrags auf ein Klärungsgespräch und die Modalitäten des Klärungsgesprächs fest.

Unterabschnitt 2 — Einbeziehung des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts

#### **Art. 35 - Antrag auf Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts**

§ 1 - Wurde kein Klärungsgespräch beantragt, scheidet das Klärungsgespräch oder werden die in der Vereinbarung aufgeführten Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit nicht eingehalten und geht der Fachbereich weiterhin von einer möglichen Gefährdung des Kindes aus, beantragt er beim Prokurator des Königs eine Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts.

§ 2 - Stellt der Fachbereich im Rahmen der in Artikel 29 § 1 Absatz 1 erwähnten Einschätzung oder im Laufe seiner weiteren Intervention fest, dass eine akute Gefährdung des Kindes besteht, beantragt er unmittelbar beim Prokurator des Königs eine Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts. Hierbei entfällt die Möglichkeit, ein Klärungsgespräch zu beantragen.

§ 3 - Teilt der Prokurator des Königs die in § 1 erwähnte Feststellung des Fachbereichs bezüglich der Gefährdung des Kindes oder die in § 2 erwähnte Feststellung des Fachbereichs bezüglich der akuten Gefährdung des Kindes und erscheint eine Jugendhilfemaßnahme zum Schutz der Integrität dieses Kindes erforderlich, befasst er unmittelbar den Jugendrichter oder das Jugendgericht.

Teilt der Prokurator des Königs nicht die in Absatz 1 erwähnte Feststellung des Fachbereichs bezüglich der Gefährdung oder der akuten Gefährdung des Kindes, stellt er die Jugendhilfeakte ohne Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts ein und teilt diese Entscheidung dem Fachbereich mit.



**Art. 36 - Antrag auf unmittelbare Entscheidung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts**

Erachtet der Fachbereich eine unmittelbare Entscheidung über eine oder mehrere Jugendhilfemaßnahmen zum Schutz der Integrität des Kindes trotz fehlendem Einverständnis seiner Erziehungsberechtigten als erforderlich, erkennt der Jugendrichter oder das Jugendgericht über die Anträge des Fachbereichs.

Teilt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Meinung des Fachbereichs, kann er einmalig Jugendhilfemaßnahmen für die Dauer von höchstens einem Jahr anordnen. Die einvernehmliche Jugendhilfe wird in diesem Fall fortgeführt.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht die in Absatz 2 erwähnte Dauer einmalig für eine Dauer von höchstens einem Jahr verlängern.

Teilt der Jugendrichter oder das Jugendgericht nicht die Meinung des Fachbereichs, erklärt er den Antrag des Fachbereichs für unbegründet.

**Art. 37 - Jugendhilfemaßnahmen des Prokurators des Königs bei Gefahr im Verzug**

§ 1 - Bei Gefahr im Verzug kann der Prokurator des Königs die in den Artikeln 42 bis 46 erwähnten Jugendhilfemaßnahmen zum Schutz der Integrität des betroffenen Kindes für die Dauer von höchstens fünf Arbeitstagen anordnen, wenn diese nicht unmittelbar im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe umgesetzt werden können.

Der Prokurator des Königs beauftragt den Fachbereich, innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Dauer gemeinsam mit dem von der Jugendhilfemaßnahme betroffenen Kind und seinen Erziehungsberechtigten zu prüfen, ob eine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist.

Geht aus der Prüfung hervor, dass eine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist, plant der Fachbereich gemäß Artikel 30 unter Berücksichtigung der Meinung des Kindes und im Einvernehmen mit seinen Erziehungsberechtigten die weitere Hilfe.

Geht aus der Prüfung hervor, dass keine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist, befasst der Prokurator des Königs den Jugendrichter oder das Jugendgericht.

§ 2 - Auf Ersuchen des Kindes, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt oder mindestens zwölf Jahre alt ist, oder der Erziehungsberechtigten erkennt der Jugendrichter oder das Jugendgericht über Einsprüche gegen die gemäß § 1 Absatz 1 angeordneten Jugendhilfemaßnahmen.

Der Einspruch wird spätestens am zweiten Arbeitstag, der auf die Anordnung der Jugendhilfemaßnahmen folgt, mittels einfachem Schreiben bei der Kanzlei des Jugendgerichts eingelegt.

Wird ein Einspruch eingelegt, kann der Prokurator des Königs den Jugendrichter im Rahmen dieses Einspruchs ebenfalls gemäß § 1 Absatz 4 befragen.

*Abschnitt 3 — Gerichtliche Jugendhilfe**Unterabschnitt 1 — Verfahren***Art. 38 - Befassung des Jugendrichters und des Jugendgerichts**

§ 1 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht erkennt über die Anträge des Prokurators des Königs mit Bezug auf die Gefährdung des Kindes, um Jugendhilfemaßnahmen anzuordnen oder zu bestätigen:

1. in den in Artikel 35 § 3 Absatz 1 sowie 37 § 1 Absatz 4 und § 2 Absatz 3 erwähnten Fällen;
2. wenn ausreichend Hinweise für eine akute Gefährdung vorliegen, eine vorläufige Jugendhilfemaßnahme zum Schutz der Integrität des Kindes dringend erforderlich erscheint und diese nicht unmittelbar im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe umgesetzt werden kann;
3. wenn begründeter Verdacht auf eine Straftat eines Volljährigen oder eines Minderjährigen aus dem gleichen Haushalt an einem Kind besteht und eine Jugendhilfemaßnahme zum Schutz dieses Kindes erforderlich erscheint;
4. wenn der Jugendrichter oder das Jugendgericht im Rahmen des vorliegenden Dekrets bereits mit einer Situation befasst wurde und eine Jugendhilfemaßnahme für dasselbe Kind, seine Geschwister oder die gemäß Artikel 387*sexiesdecies* des früheren Zivilgesetzbuchs definierten gleichgestellten Geschwister erforderlich erscheint;
5. in dem in Artikel 61 erwähnten Fall.

§ 2 - Die Dauer der gemäß § 1 Nummer 2 angeordneten vorläufigen Jugendhilfemaßnahmen ist auf höchstens 30 Tage begrenzt.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt den Fachbereich, innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Dauer mit dem von der Jugendhilfemaßnahme betroffenen Kind und seinen Erziehungsberechtigten zu prüfen, ob eine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist.

Geht aus der Prüfung hervor, dass eine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist, plant der Fachbereich gemäß Artikel 30 unter Berücksichtigung der Meinung des Kindes und im Einvernehmen mit seinen Erziehungsberechtigten die weitere Hilfe. Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann das gerichtliche Jugendhilfverfahren nach entsprechender Mitteilung durch den Fachbereich einstellen.

Geht aus der Prüfung hervor, dass keine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht Jugendhilfemaßnahmen anordnen oder bestätigen.

§ 3 - In den in § 1 Nummern 1, 3, 4 und 5 sowie in den in § 2 Absatz 4 erwähnten Fällen kann der Jugendrichter Jugendhilfemaßnahmen vor der Entscheidung zum Grunde als vorläufige Jugendhilfemaßnahmen anordnen. Die Gesamtheit aller vorläufigen Jugendhilfemaßnahmen darf die Höchstdauer von zwölf Monaten nicht überschreiten.

**Art. 39 - Untersuchung und Einschätzung**

§ 1 - Um eine der Situation angemessene Entscheidung treffen zu können, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Fachbereich im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe mit der Durchführung einer Sozialuntersuchung beauftragen. Der Fachbereich untersucht eine mögliche Gefährdung des Kindes, berichtet über die Situation auf Grundlage der in Artikel 12 § 1 erwähnten Faktoren und schlägt geeignete Jugendhilfemaßnahmen vor.

Zu diesem Zweck organisiert der Fachbereich ein oder mehrere Treffen mit dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten, bei denen auch andere verwandte oder vertraute Personen des Kindes einbezogen werden können.

Unter Berücksichtigung der Meinung des Kindes und im Einvernehmen mit seinen Erziehungsberechtigten oder auf Anordnung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts kann der Fachbereich bereits intervenierende Dienstleister und Akteure aus den anderen Lebensbereichen des Kindes in die Sozialuntersuchung einbeziehen.

Zusätzlich zu den in Absatz 2 erwähnten Treffen kann ein getrenntes Gespräch mit dem Kind oder seinen Erziehungsberechtigten geführt werden.

§ 2 - Der Fachbereich führt die Sozialuntersuchung innerhalb der vom Jugendrichter oder vom Jugendgericht festgelegten Frist durch. Die Dauer dieser Frist beträgt höchstens 90 Tage.

§ 3 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Fachbereich im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe ermächtigen, eine psychologische oder medizinische Untersuchung des Jugendlichen in Auftrag zu geben, um herauszufinden, welche Jugendhilfemaßnahmen für seine Behandlung geeignet sind.

§ 4 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Fachbereich im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe ermächtigen, eine Einschätzung der Erziehungskompetenzen der Erziehungsberechtigten in Auftrag zu geben, um herauszufinden, welche Jugendhilfemaßnahmen geeignet sind, um sie in ihrer Erziehungsfunktion zu unterstützen.

§ 5 - Wird eine in § 1 oder § 3 erwähnte Untersuchung oder eine in § 4 erwähnte Einschätzung in Auftrag gegeben, ändert oder trifft der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Entscheidung, außer bei Fehlen der Untersuchung nach Ablauf der gemäß § 2 festgelegten Frist oder außer im Falle absoluter Notwendigkeit und unbeschadet der Artikel 42 Absatz 2, 44 Absatz 2 und 45 Absatz 4, erst, wenn er diese Untersuchung oder Einschätzung zur Kenntnis genommen hat.

Wurde vor Eingang der Untersuchung oder Einschätzung eine Jugendhilfemaßnahme angeordnet, überprüft der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Angemessenheit dieser Jugendhilfemaßnahme nach Eingang der Untersuchung oder Einschätzung.

#### **Art. 40 - Umsetzung und Koordination der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen**

§ 1 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt Jugendhilfeanbieter und Dienstleister mit der Umsetzung der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Fachbereich im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe ermächtigen, Jugendhilfeanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien mit der Umsetzung bestimmter Jugendhilfemaßnahmen zu beauftragen.

§ 2 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt den Fachbereich im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe mit der Organisation und Überprüfung der in § 1 erwähnten Umsetzung sowie mit der Koordination der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen.

Zu diesem Zweck kann der Fachbereich einen Vertrag mit den in § 1 erwähnten Jugendhilfeanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien und gegebenenfalls mit dem von der Jugendhilfemaßnahme betroffenen Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt, sowie seinen Erziehungsberechtigten abschließen.

Unter Berücksichtigung der gerichtlichen Entscheidung enthält der Vertrag Angaben über:

1. die Modalitäten der Jugendhilfemaßnahmen;
2. die in Kapitel 9 und Kapitel 10 beschriebenen Regelungen über das Berufsgeheimnis und den Datenschutz;
3. die in Artikel 115 festgelegten Beschwerdemöglichkeiten.

Der Fachbereich kann Jugendhilfeanbieter und Dienstleister mit der in Absatz 1 erwähnten Koordination beauftragen.

Die Regierung kann weitere Inhalte des Vertrags festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe beitragen können.

#### **Art. 41 - Bilanzgespräch und Bericht**

§ 1 - Spätestens vier Monate nach der Urteilsverkündung bzw. der Beschlussfassung und anschließend mindestens alle weiteren sechs Monate organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit dem von der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahme betroffenen Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt oder mindestens zwölf Jahre alt ist, seinen Erziehungsberechtigten und den Jugendhilfeanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien, die die gerichtliche Jugendhilfemaßnahme umsetzen.

Erscheint es angemessen oder ist es zum Schutz der Integrität des Kindes erforderlich, können jeweils getrennte Bilanzgespräche mit den in Absatz 1 erwähnten natürlichen und juristischen Personen geführt werden.

In Abweichung von Absatz 1 organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit dem von der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahme betroffenen Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt oder mindestens zwölf Jahre alt ist, seinen Erziehungsberechtigten und den Jugendhilfeanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien, die die gerichtliche Jugendhilfemaßnahme umsetzen, spätestens vier Monate nach der Urteilsverkündung bzw. der Beschlussfassung und anschließend mindestens alle weiteren zwölf Monate:

1. bei gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen, die für eine Dauer von zwei Jahren angeordnet wurden;
2. wenn der Fachbereich nach Rücksprache mit den in Absatz 1 erwähnten natürlichen und juristischen Personen sowie dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht keinen früheren Bedarf an Bilanzgesprächen feststellt.

Das Bilanzgespräch dient dazu, die Umsetzung der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen zu überprüfen und gegebenenfalls neuen Umständen und Entwicklungen Rechnung zu tragen. Zu diesem Zweck kann der Fachbereich dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht in dem in § 2 erwähnten Bericht Folgendes vorschlagen:

1. eine Abänderung der Jugendhilfemaßnahmen;
2. zusätzliche Jugendhilfemaßnahmen;
3. eine Aufhebung der Jugendhilfemaßnahmen.

§ 2 - Auf Anfrage des Jugendrichters oder des Jugendgerichts und spätestens 30 Tage vor einer Jugendgerichtssitzung erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Umsetzung der Maßnahme.

## Unterabschnitt 2 — Gerichtliche Jugendhelfemaßnahmen

**Art. 42 - Ambulante Begleitung und Betreuung**

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine oder mehrere der folgenden ambulanten Begleit- und Betreuungsmaßnahmen für das Kind und seine Erziehungsberechtigten anordnen:

1. eine Erziehungsbegleitung;
2. eine sozialpädagogische Begleitung;
3. eine therapeutische Begleitung;
4. eine Familienbegleitung;
5. begleitete Besuchskontakte;
6. eine psychologische, soziale oder pädagogische Beratung;
7. eine Aufsicht über das Kind;
8. eine ambulante Begleitung in einem psychologischen oder psychiatrischen Dienst, einem Dienst für Sexualerziehung oder einem für Suchtproblematiken fachkundigen Dienst;
9. andere der Situation angemessene ambulante Begleit- und Betreuungsformen.

Die in Absatz 1 Nummer 8 erwähnte ambulante Begleitung des Kindes in einem psychiatrischen Dienst wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 39 § 3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Begleitung feststellt, bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendhelfemaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendhelfemaßnahme.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der ambulanten Begleit- und Betreuungsmaßnahmen fest.

**Art. 43 - Verbleib am gewöhnlichen Lebensort unter Auflagen**

Insofern das Kind das erforderliche Urteilsvermögen besitzt oder mindestens zwölf Jahre alt ist, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht für eine Dauer von höchstens sechs Monaten den Verbleib des Kindes an seinem gewöhnlichen Lebensort an eine oder mehrere der folgenden Auflagen knüpfen:

1. regelmäßig dem Schulunterricht folgen;
2. an einem Programm zur Wiedereingliederung in den Schulalltag teilnehmen;
3. einer Ausbildung folgen;
4. an einer oder mehreren begleiteten sportlichen, sozialen oder kulturellen Aktivitäten teilnehmen;
5. an einer Trainingsmaßnahme zur Stärkung der Sozialkompetenzen teilnehmen;
6. andere der Situation angemessene punktuelle Auflagen einhalten.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der Auflagen fest.

**Art. 44 - Teilstationäre Behandlung, Begleitung und Betreuung**

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine der folgenden teilstationären Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsmaßnahmen für das Kind anordnen:

1. eine Teilzeitpflege;
2. einen Internatsaufenthalt;
3. andere der Situation angemessene teilstationäre Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsformen.

Die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Behandlung des Kindes in einer der Situation angemessenen teilstationären Behandlungsform wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 39 § 3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Behandlung feststellt, bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendhelfemaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendhelfemaßnahme.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der teilstationären Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsmaßnahmen fest.

**Art. 45 - Stationäre Behandlung und Betreuung**

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine der folgenden stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen für das Kind anordnen:

1. eine Betreuung durch eine verwandte oder vertraute Person, die sich innerhalb von sechs Monaten zur Teilnahme an der in Artikel 103 erwähnten Pflegschaftsvorbereitung einschreiben muss;
2. eine Bereitschafts- oder Langzeitpflege;
3. eine psychologische oder psychiatrische Diagnostik;
4. eine Behandlung oder Betreuung in einer offenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen offenen stationären Behandlungs- oder Betreuungsform;
5. insofern das Kind mindestens 14 Jahre alt ist, eine Behandlung oder Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Behandlungs- oder Betreuungsform.

Schreiben die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Personen sich nicht innerhalb von sechs Monaten zur Teilnahme an der Pflegschaftsvorbereitung ein oder wurden sie nicht gemäß Artikel 94 als Pflegefamilie anerkannt, hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Betreuung gemäß Artikel 48 auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendhelfemaßnahme.

Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine stationäre Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme des Kindes an, begründet er oder es diese Entscheidung gemäß Artikel 5 § 2 Absatz 1.

Die in Absatz 1 Nummern 4 und 5 erwähnte Behandlung des Kindes in einer Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen stationären Behandlungsform wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 39 § 3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Behandlung

feststellt, bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendhilfemaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendhilfemaßnahme.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen fest.

#### **Art. 46 - Beherbergung durch einen Erziehungsberechtigten**

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Aufenthalt des Kindes bei nur einem Erziehungsberechtigten anordnen.

#### **Art. 47 - Kumulierung der Jugendhilfemaßnahmen**

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann mehrere Jugendhilfemaßnahmen gleichzeitig anordnen. Diese Kumulierung wird ausdrücklich begründet.

#### **Art. 48 - Abänderung der Jugendhilfemaßnahmen**

Das Jugendgericht kann die Maßnahmen jederzeit von Amts wegen oder auf Ersuchen des Fachbereichs, des Prokurators des Königs, des Kindes, der Erziehungsberechtigten oder der gemäß Artikel 40 § 1 Absatz 2 beauftragten Pflegefamilie abändern, aufheben oder durch eine andere Jugendhilfemaßnahme ersetzen.

Das in Absatz 1 erwähnte Ersuchen des Kindes, der Erziehungsberechtigten oder der Pflegefamilie kann frühestens nach einer Frist von sechs Monaten ab dem Datum, an dem die Entscheidung zur Anordnung der Jugendhilfemaßnahme endgültig geworden ist, beim Jugendgericht eingereicht werden. Wird ein solches Ersuchen abgewiesen, kann ein neues Ersuchen frühestens nach Verstreichen von sechs Monaten ab dem Tag, an dem die Abweisungsentscheidung zum vorigen Ersuchen endgültig geworden ist, eingereicht werden.

#### **Art. 49 - Dauer der Jugendhilfemaßnahmen**

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht bestimmt die Dauer jeder angeordneten Jugendhilfemaßnahme.

Unbeschadet anderer im vorliegenden Dekret vorgesehenen Höchstdauern ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Jugendhilfemaßnahmen höchstens für zwei Jahre an.

#### *Abschnitt 4 — Verlängerung der Begleitung bei Erreichen der Volljährigkeit*

#### **Art. 50 - Verlängerungsantrag**

§ 1 - Das Kind, das vor dem Alter von 18 Jahren durch den Fachbereich begleitet wird, kann eine Verlängerung dieser Begleitung bis zu einem Alter von höchstens 21 Jahren beantragen. In diesem Rahmen können laufende Jugendhilfemaßnahmen verlängert und neue Jugendhilfemaßnahmen vereinbart werden.

Die Verlängerung hat zum Ziel, jungen Erwachsenen in einer Übergangsphase Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung oder für das Erreichen einer eigenverantwortlichen Lebensführung zu gewähren.

§ 2 - Zu diesem Zweck richtet das Kind einen schriftlichen Antrag an den Fachbereich, in dem es die Gründe und die Dauer der beantragten Verlängerung aufführt.

Der Verlängerungsantrag wird spätestens einen Monat vor dem Alter von 18 Jahren eingereicht.

§ 3 - Die Regierung legt das weitere Verfahren des Verlängerungsantrags fest.

#### **Art. 51 - Bilanz der Verlängerung**

Während der Verlängerung bleibt der Fachbereich für die regelmäßige Überprüfung der Jugendhilfemaßnahme zuständig.

Spätestens einen Monat vor Ablauf der Verlängerung oder mindestens einmal jährlich organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit dem jungen Erwachsenen und mit den mit der Umsetzung der Jugendhilfemaßnahme beauftragten Jugendhilfeanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien.

Das Bilanzgespräch dient dazu, die Umsetzung der Verlängerung zu überprüfen und sie gegebenenfalls an neue Umstände und Entwicklungen anzupassen.

#### **Art. 52 - Erneuerung der Verlängerung**

Wurde bereits eine Verlängerung genehmigt, kann sie auf einen mit Gründen versehenen Antrag bis zu dem in Artikel 50 § 1 Absatz 1 erwähnte Höchstalter erneuert werden.

Die Regierung legt das weitere Verfahren zur Erneuerung der Verlängerung fest.

#### **Art. 53 - Beendigung der Verlängerung**

Die Verlängerung kann jederzeit durch den jungen Erwachsenen oder durch den Fachbereich beendet werden.

Die Regierung legt die Verfahren und Bedingungen zur Beendigung der Verlängerung fest.

### **KAPITEL 5 — JUGENDSCHUTZ**

#### *Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen*

#### **Art. 54 - Spezifischer Anwendungsbereich**

Vorliegendes Kapitel ist anwendbar auf:

1. tatverdächtige und straffällige Jugendliche;
2. Erziehungsberechtigte der in Nummer 1 erwähnten Jugendlichen;
3. Jugendschutzanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien, die mit der Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen beauftragt sind;
4. den Prokurator des Königs, den Jugendrichter oder das Jugendgericht, die Jugendschutzmaßnahmen vorschlagen und anordnen.

Die Bestimmungen über das Verfahren des Gesetzes vom 8. April 1965 sind anwendbar auf die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Jugendlichen.



*Abschnitt 2 — Behandlung der Sache durch die Staatsanwaltschaft***Art. 55 - Sozialuntersuchung**

§ 1 - Um eine der Situation angemessene Entscheidung treffen zu können, kann der Prokurator des Königs den Fachbereich im Rahmen des Jugendschutzes mit der Durchführung einer Sozialuntersuchung beauftragen. Der Fachbereich berichtet über die Situation auf Grundlage der in Artikel 12 § 2 erwähnten Faktoren und schlägt geeignete Jugendschutzmaßnahmen vor.

Zu diesem Zweck organisiert der Fachbereich ein oder mehrere Treffen mit dem tatverdächtigen Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten, bei denen auch andere verwandte oder vertraute Personen des tatverdächtigen Jugendlichen einbezogen werden können.

Im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten des tatverdächtigen Jugendlichen kann der Fachbereich bereits intervenierende Dienstleister und Akteure aus den anderen Lebensbereichen des tatverdächtigen Jugendlichen in die Sozialuntersuchung einbeziehen.

Zusätzlich zu den in Absatz 2 erwähnten Treffen kann ein getrenntes Gespräch mit dem tatverdächtigen Jugendlichen oder seinen Erziehungsberechtigten geführt werden.

§ 2 - Der Fachbereich führt die Sozialuntersuchung innerhalb der vom Prokurator des Königs festgelegten Frist durch. Die Dauer dieser Frist beträgt höchstens 90 Tage.

§ 3 - Gibt der Prokurator des Königs eine Sozialuntersuchung in Auftrag, trifft oder ändert er seine Entscheidung, außer bei Fehlen der Sozialuntersuchung nach Ablauf der gemäß § 2 festgelegten Frist oder außer im Falle absoluter Notwendigkeit, erst, wenn er diese Sozialuntersuchung zur Kenntnis genommen hat.

**Art. 56 - Verwarnung**

Der Prokurator des Königs kann dem tatverdächtigen Jugendlichen ein Verwarnungsschreiben übermitteln, in dem er angibt, dass er den Sachverhalt zur Kenntnis genommen hat, dass er der Ansicht ist, dass dieser Sachverhalt zu seinen Lasten feststeht, dass er jedoch beschlossen hat, das Strafverfahren aus bestimmten Gründen einzustellen.

Eine Abschrift des Verwarnungsschreibens wird den Erziehungsberechtigten des tatverdächtigen Jugendlichen übermittelt.

Der Prokurator des Königs kann den tatverdächtigen Jugendlichen und seine Erziehungsberechtigten vorladen, um sie auf ihre jeweiligen gesetzlichen Verpflichtungen und die Konsequenzen ihres Verhaltens hinzuweisen.

**Art. 57 - Vermittlung**

§ 1 - Der Prokurator des Königs prüft, ob eine Vermittlung durchführbar und angebracht ist.

Der Prokurator des Königs kann dem tatverdächtigen Jugendlichen, dem Opfer der Tat und ihren Erziehungsberechtigten vorschlagen, an einer Vermittlung teilzunehmen, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. es besteht ein begründeter Tatverdacht;
2. es ist ein Opfer identifiziert worden;
3. der tatverdächtige Jugendliche bestreitet nicht die Verwicklung in den Sachverhalt.

Eine Vermittlung kann nur dann stattfinden, wenn die vom Vermittlungsvorschlag betroffenen Personen der Vermittlung, solange sie dauert, ausdrücklich und vorbehaltlos zustimmen.

Schlägt der Prokurator des Königs keine Vermittlung vor, begründet er diese Entscheidung spezifisch und teilt sie den Betroffenen mit. Außer in den in Artikel 49 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. April 1965 erwähnten Fällen führt das Fehlen einer solchen Begründung dazu, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht unrechtmäßig mit der Sache befasst wird.

Schlägt der Prokurator des Königs eine Vermittlung vor, teilt er den vom Vermittlungsvorschlag betroffenen Personen schriftlich mit, dass:

1. sie das Recht haben, sich während des Vermittlungsverfahrens von einem Rechtsanwalt beistehen zu lassen;
2. sie eine Bedenkzeit von 15 Arbeitstagen ab Erhalt des Vermittlungsvorschlags haben, um diesen anzunehmen oder abzulehnen;
3. sie jederzeit ihre Zustimmung zur Vermittlung widerrufen können;
4. die Vermittlung beendet wird, insofern sie nicht innerhalb der in § 5 erwähnten Fristen zu einer Vereinbarung führt.

Ziel der Vermittlung ist es, dass sich der tatverdächtige Jugendliche und das Opfer der Jugendstraftat gemeinsam und mit Hilfe eines unparteiischen Vermittlers insbesondere mit den relationalen und materiellen Folgen der Jugendstraftat auseinandersetzen und eine Vereinbarung zur Beilegung des Konfliktes treffen.

§ 2 - Der Prokurator des Königs beauftragt den Fachbereich mit der Vermittlung, übermittelt ihm eine Abschrift des Vermittlungsvorschlags und teilt ihm die Identität der betroffenen Personen mit.

Der Prokurator des Königs kann den Fachbereich mit einer gemeinsamen Vermittlung beauftragen, insofern mehreren tatverdächtigen Jugendlichen für dieselbe Jugendstraftat eine Vermittlung vorgeschlagen wurde.

Im Rahmen einer Vermittlung organisiert der Fachbereich ein oder mehrere Vermittlungsgespräche zwischen dem tatverdächtigen Jugendlichen, dem Opfer der Tat und gegebenenfalls ihren Erziehungsberechtigten.

Der Fachbereich kann einen anerkannten Mediator mit den in Absatz 3 erwähnten Vermittlungsgesprächen beauftragen.

§ 3 - Wenden sich die vom Vermittlungsvorschlag betroffenen Personen nicht innerhalb von acht Arbeitstagen ab Erhalt der in § 1 Absatz 5 erwähnten schriftlichen Mitteilung an den Fachbereich, nimmt dieser schriftlich Kontakt mit ihnen auf, um sie erneut auf die Möglichkeit einer Vermittlung hinzuweisen.

Stimmen die vom Vermittlungsvorschlag betroffenen Personen der Vermittlung nicht innerhalb von 15 Arbeitstagen ab Erhalt der in § 1 Absatz 5 erwähnten schriftlichen Mitteilung ausdrücklich und vorbehaltlos zu, setzt der Fachbereich den Prokurator des Königs darüber in Kenntnis.

§ 4 - Spätestens zwei Monate nach seiner Beauftragung durch den Prokurator des Königs erstellt der Fachbereich einen Zwischenbericht über das Vorschreiten der Vermittlung und richtet ihn an den Prokurator des Königs.



§ 5 - Widerrufen die vom Vermittlungsvorschlag betroffenen Personen ihre Zustimmung zur Vermittlung oder führt die Vermittlung innerhalb von sechs Monaten ab Erhalt der in § 1 Absatz 5 erwähnten schriftlichen Mitteilung zu keiner Vereinbarung, beendet der Fachbereich die Vermittlung und übermittelt dem Prokurator des Königs einen Bericht über die Gründe der Beendigung.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Prokurator des Königs die in Absatz 1 erwähnte Frist einmalig für eine Dauer von höchstens drei Monaten verlängern.

Führt die Vermittlung innerhalb der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Frist zu einer Vereinbarung, ist sie von den betroffenen Personen zu unterzeichnen. Der Fachbereich übermittelt dem Prokurator des Königs umgehend die unterzeichnete Vereinbarung.

Der Prokurator des Königs billigt die unterzeichnete Vereinbarung. Ihr Inhalt kann nicht abgeändert werden. Der Prokurator des Königs kann sich nur dann weigern, eine Vereinbarung zu billigen, wenn sie gegen die öffentliche Ordnung verstößt.

§ 6 - Billigt der Prokurator des Königs die Vereinbarung, beauftragt er den Fachbereich, die Durchführung dieser Vereinbarung zu überprüfen, und übermittelt ihm unverzüglich eine Abschrift der gebilligten Vereinbarung.

Der Fachbereich erstellt einen Bericht über die Durchführung der Vereinbarung und richtet ihn an den Prokurator des Königs.

§ 7 - Führt der tatverdächtige Jugendliche die Vereinbarung gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber und stellt die strafrechtliche Verfolgung ein. Durch die Einstellung des Strafverfahrens erlischt die Strafverfolgung.

Führt der tatverdächtige Jugendliche die Vereinbarung nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber. Er kann den Jugendrichter oder das Jugendgericht gemäß Artikel 63 mit Jugendschutzmaßnahmen befassen.

Eine Abschrift der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Protokolle wird den an der Vereinbarung beteiligten Personen sowie dem Fachbereich übermittelt.

§ 8 - Weder die Anerkennung des Tatbestands durch den tatverdächtigen Jugendlichen noch der Verlauf oder das Ergebnis der Vermittlung können von den Gerichtsbehörden oder jeglicher anderen Person zum Nachteil des tatverdächtigen Jugendlichen verwendet werden.

Die im Rahmen der Tätigkeit des Fachbereichs erstellten Dokumente und erfolgten Mitteilungen sind vertraulich, mit Ausnahme derjenigen, die mit dem Einverständnis der Parteien an die Gerichtsbehörden weitergeleitet werden. Sie dürfen nicht während eines Straf-, Zivil-, Verwaltungs- oder Schiedsverfahrens oder jeglichen anderen Verfahrens im Hinblick auf eine Konfliktlösung verwendet werden und sind als Beweis, selbst in Form eines außergerichtlichen Eingeständnisses, nicht annehmbar.

#### **Art. 58 - Durchführung eines Projekts**

§ 1 - Besteht begründeter Tatverdacht, informiert der Prokurator des Königs den tatverdächtigen Jugendlichen zu Beginn des Verfahrens über die Möglichkeit, ein Projekt vorzulegen.

§ 2 - Der Prokurator des Königs beauftragt den Fachbereich, den tatverdächtigen Jugendlichen bei der Ausarbeitung des Projekts zu unterstützen, und teilt ihm die Identität des tatverdächtigen Jugendlichen mit.

Der Fachbereich kann die Erziehungsberechtigten und andere verwandte oder vertraute Personen des tatverdächtigen Jugendlichen bei der Ausarbeitung des Projekts aktiv miteinbeziehen.

Wendet sich der tatverdächtige Jugendliche nicht innerhalb von 15 Arbeitstagen nach Erhalt der in § 1 erwähnten Information an den Fachbereich, nimmt dieser schriftlich Kontakt mit ihm auf, um ihn erneut auf die Möglichkeit hinzuweisen, dem Prokurator des Königs ein Projekt vorzulegen.

§ 3 - Das Projekt wird spätestens bei Erscheinen vor dem Prokurator des Königs eingereicht. Der Prokurator des Königs befindet über die Sinnhaftigkeit und die Legalität des Projekts, das ihm vorgelegt wird, entscheidet über seine Genehmigung oder Verweigerung und legt die Frist für seine Durchführung fest. Der Inhalt des Projekts kann nicht abgeändert werden.

Der Prokurator des Königs kann das Projekt nur mit einer diesbezüglich spezifisch mit Gründen versehenen Entscheidung verweigern. Genehmigt der Prokurator des Königs das Projekt, beauftragt er den Fachbereich, die Durchführung zu überprüfen, und übermittelt ihm unverzüglich eine Abschrift des genehmigten Projekts.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Prokurator des Königs die in Absatz 1 erwähnte Frist einmalig für eine von ihm festgelegte Dauer verlängern.

§ 4 - Spätestens einen Monat vor Ablauf der in § 3 Absätze 1 und 3 erwähnten Frist erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Durchführung des Projekts und richtet ihn an den Prokurator des Königs.

Führt der tatverdächtige Jugendliche das Projekt fristgerecht und gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber und stellt die strafrechtliche Verfolgung ein. Durch die Einstellung des Strafverfahrens erlischt die Strafverfolgung.

Führt der tatverdächtige Jugendliche das Projekt nicht fristgerecht oder nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber. Er kann den Jugendrichter oder das Jugendgericht gemäß Artikel 63 mit Jugendschutzmaßnahmen befassen.

Eine Abschrift der in den Absätzen 2 und 3 erwähnten Protokolle wird dem tatverdächtigen Jugendlichen, seinen Erziehungsberechtigten sowie dem Fachbereich übermittelt.

#### **Art. 59 - Durchführung und Einhaltung bestimmter Auflagen**

§ 1 - Ist der Prokurator des Königs der Ansicht, dass die Vermittlung undurchführbar oder unangebracht ist und besteht begründeter Tatverdacht, kann er dem tatverdächtigen Jugendlichen vorschlagen, das Erlöschen der Strafverfolgung an eine oder mehrere der folgenden Auflagen zu knüpfen:

1. keine neuen Jugendstraftaten begehen;
2. eine erzieherische und gemeinnützige Leistung gemäß Artikel 80 von höchstens 30 Stunden erbringen;
3. an einem Programm zur Wiedereingliederung in den Schulalltag teilnehmen;
4. an einer Trainingsmaßnahme zur Stärkung der Sozialkompetenzen teilnehmen;

5. sich einer ambulanten Begleitung in einem psychologischen oder psychiatrischen Dienst, einem Dienst für Sexualerziehung oder einem für Suchtproblematiken fachkundigen Dienst unterziehen;
6. andere der Situation angemessene punktuelle Auflagen einhalten.

Der Prokurator des Königs legt das Ziel der Auflagen sowie die Frist für ihre Durchführung fest.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Prokurator des Königs die in Absatz 2 erwähnte Frist einmalig für eine von ihm festgelegte Dauer verlängern.

§ 2 - Schlägt der Prokurator des Königs Auflagen vor, teilt er dem tatverdächtigen Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten schriftlich mit, dass:

1. der tatverdächtige Jugendliche das Recht hat, sich jederzeit von einem Rechtsanwalt beistehen zu lassen;
2. der tatverdächtige Jugendliche eine Bedenkzeit von 15 Arbeitstagen ab Erhalt des Vorschlags hat, um den Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen;
3. die Auflagen innerhalb der vom Prokurator des Königs festgelegten Frist durchgeführt werden müssen.

§ 3 - Der Prokurator des Königs beauftragt den Fachbereich mit der Organisation und Überprüfung der Einhaltung der Auflagen, übermittelt ihm eine Abschrift des Vorschlags und teilt ihm die Identität des tatverdächtigen Jugendlichen mit.

Zu diesem Zweck kann der Fachbereich einen Vertrag mit Jugendschutzanbietern und Dienstleistern und gegebenenfalls mit dem von den Auflagen betroffenen tatverdächtigen Jugendlichen sowie seinen Erziehungsberechtigten abschließen.

Unter Berücksichtigung des in Absatz 1 erwähnten Vorschlags enthält der Vertrag Angaben über:

1. die Modalitäten der Auflagen;
2. die in Kapitel 9 und Kapitel 10 beschriebenen Regelungen über das Berufsgeheimnis und den Datenschutz;
3. die in Artikel 115 festgelegten Beschwerdemöglichkeiten.

Die Regierung kann weitere Inhalte des Vertrags festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität des Jugendschutzes beitragen können.

Der Prokurator des Königs kann ebenfalls einen Polizeidienst mit der Überprüfung der Einhaltung der Auflagen beauftragen.

§ 4 - Wendet sich der tatverdächtige Jugendliche nicht innerhalb von acht Arbeitstagen nach Erhalt der in § 2 erwähnten schriftlichen Mitteilung an den Fachbereich, nimmt dieser schriftlich Kontakt mit ihm auf, um ihn erneut auf die vorgeschlagenen Auflagen hinzuweisen.

§ 5 - Der tatverdächtige Jugendliche teilt dem Fachbereich innerhalb von 15 Arbeitstagen ab Erhalt der in § 2 erwähnten schriftlichen Mitteilung mit, ob er den Vorschlag annimmt oder ablehnt. Bei Fehlen einer Mitteilung nach Ablauf dieser Frist gilt der Vorschlag als abgelehnt. Der Fachbereich setzt den Prokurator des Königs über die Entscheidung in Kenntnis.

§ 6 - Spätestens einen Monat vor Ablauf der in § 1 Absätze 2 und 3 erwähnten Frist erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Durchführung der Auflagen und richtet ihn an den Prokurator des Königs. Dieser Bericht wird der Verfahrensakte beigefügt.

Erfüllt der tatverdächtige Jugendliche die Auflagen fristgerecht und gemäß den vorgesehenen Modalitäten, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber und stellt die strafrechtliche Verfolgung ein. Durch die Einstellung des Strafverfahrens erlischt die Strafverfolgung.

Erfüllt der tatverdächtige Jugendliche die Auflagen nicht fristgerecht oder nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber. Er kann den Jugendrichter oder das Jugendgericht gemäß Artikel 63 mit Jugendschutzmaßnahmen befassen.

Eine Abschrift der in den Absätzen 2 und 3 erwähnten Protokolle wird dem tatverdächtigen Jugendlichen, seinen Erziehungsberechtigten sowie dem Fachbereich übermittelt.

#### **Art. 60 - Kumulierung der Maßnahmen**

Ist der Prokurator des Königs der Ansicht, dass eine Vermittlung durchführbar und angebracht, aber unter Berücksichtigung der in Artikel 12 § 2 Nummern 4 bis 6 erwähnten Faktoren unzureichend ist, kann er in Abweichung von den Artikeln 57 und 59 und unbeschadet des Artikels 61 zusätzlich die Durchführung und Einhaltung einer oder mehrerer der in Artikel 59 erwähnten Auflagen vorschlagen.

Schlägt der Prokurator des Königs gemäß Absatz 1 zusätzlich die Durchführung und Einhaltung einer oder mehrerer der in Artikel 59 erwähnten Auflagen vor, stellt er die strafrechtliche Verfolgung ein, wenn der tatverdächtige Jugendliche die Vereinbarung gemäß den vorgesehenen Modalitäten durchgeführt hat und er die Auflagen fristgerecht und gemäß den vorgesehenen Modalitäten erfüllt hat. Durch die Einstellung des Strafverfahrens erlischt die Strafverfolgung.

Führt der tatverdächtige Jugendliche die Vereinbarung nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch oder erfüllt der tatverdächtige Jugendliche die Auflagen nicht fristgerecht oder nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber. Er kann den Jugendrichter oder das Jugendgericht gemäß Artikel 63 mit Jugendschutzmaßnahmen befassen.

#### **Art. 61 - Maßnahmen für tatverdächtige Jugendliche, die vor dem Alter von zwölf Jahren eine Jugendstrafat begangen haben**

Der Prokurator des Königs kann gegenüber tatverdächtigen Jugendlichen, die vor dem Alter von zwölf Jahren eine Jugendstrafat begangen haben, nur die in Artikel 56 erwähnte Verwarnung aussprechen oder die in Artikel 57 erwähnte Vermittlung vorschlagen oder den Jugendrichter oder das Jugendgericht mit gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen befassen.

#### **Art. 62 - Informationspflicht über die Möglichkeit einer Vermittlung oder eines Projekts in der Vorbereitungsphase**

In der in Artikel 45 Nummer 2 Buchstabe *b*) des Gesetzes vom 8. April 1965 erwähnten Ladung informiert der Prokurator des Königs den tatverdächtigen Jugendlichen:

1. über die Möglichkeit, dem Jugendrichter ein in Artikel 77 erwähntes Projekt vorzulegen;

2. über die Möglichkeit, sich an den Fachbereich zu wenden, der ihn bei der Ausarbeitung des Projekts unterstützt;
3. dass das ausgearbeitete Projekt dem Jugendrichter spätestens am Tag der Anhörung zur Genehmigung vorgelegt werden muss und das genehmigte Projekt innerhalb einer vom Jugendrichter festgelegten Frist durchgeführt werden muss.

Ist ein Opfer identifiziert worden, informiert der Prokurator des Königs den tatverdächtigen Jugendlichen, das Opfer der Jugendstraftat und ihre Erziehungsberechtigten ebenfalls über die Möglichkeit, beim Jugendrichter eine in Artikel 76 erwähnte Vermittlung zu beantragen.

Eine Abschrift der in Absatz 1 erwähnten Ladung wird dem Fachbereich übermittelt.

### *Abschnitt 3* — Behandlung der Sache durch den Jugendrichter und das Jugendgericht

#### Unterabschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

#### **Art. 63 - Befassung des Jugendrichters und des Jugendgerichts**

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht erkennt über die Anträge des Prokurators des Königs mit Bezug auf tatverdächtige Jugendliche, um Jugendschutzmaßnahmen anzuordnen.

Außer bei Zusammenhang mit Verfolgungen wegen anderer Verstöße als denjenigen, die nachstehend erwähnt sind, erkennen die aufgrund des allgemeinen Rechts zuständigen Gerichte über die Anträge des Prokurators des Königs mit Bezug auf Personen, die zum Zeitpunkt der Tat älter als 16 und jünger als 18 Jahre alt waren und verfolgt werden wegen Verstößen:

1. gegen die Bestimmungen der Gesetze und Verordnungen über den Straßenverkehr;
2. gegen die Artikel 418, 419 und 420 des Strafgesetzbuches, sofern sie mit einem Verstoß gegen die in Nummer 1 erwähnten Gesetze und Verordnungen einhergehen;
3. gegen das Gesetz vom 21. November 1989 über die Haftpflichtversicherung in Bezug auf Kraftfahrzeuge.

Geht aus den Verhandlungen vor diesen Gerichten hervor, dass eine Jugendschutzmaßnahme in der Sache angebracht wäre, können diese Gerichte sich durch eine mit Gründen versehene Entscheidung für nicht mehr zuständig erklären und dem Prokurator des Königs die Angelegenheit gegebenenfalls im Hinblick auf Anträge beim Jugendgericht zuweisen.

#### **Art. 64 - Untersuchungen**

§ 1 - Um eine der Situation angemessene Entscheidung treffen zu können, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Fachbereich im Rahmen des Jugendschutzes mit der Durchführung einer Sozialuntersuchung beauftragen. Der Fachbereich berichtet über die Situation auf Grundlage der in Artikel 12 § 2 erwähnten Faktoren und schlägt geeignete Jugendschutzmaßnahmen vor.

Zu diesem Zweck organisiert der Fachbereich ein oder mehrere Treffen mit dem tatverdächtigen Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten, bei denen auch andere verwandte oder vertraute Personen des tatverdächtigen Jugendlichen einbezogen werden können.

Im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten des Jugendlichen oder auf Anordnung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts kann der Fachbereich bereits intervenierende Dienstleister und Akteure aus den anderen Lebensbereichen des tatverdächtigen Jugendlichen in die Sozialuntersuchung einbeziehen.

Zusätzlich zu den in Absatz 2 erwähnten Treffen kann ein getrenntes Gespräch mit dem tatverdächtigen Jugendlichen oder seinen Erziehungsberechtigten geführt werden.

§ 2 - Der Fachbereich führt die Sozialuntersuchung innerhalb der vom Jugendrichter oder vom Jugendgericht festgelegten Frist durch. Die Dauer dieser Frist beträgt höchstens 90 Tage.

§ 3 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Fachbereich im Rahmen des Jugendschutzes ermächtigen, eine psychologische oder medizinische Untersuchung des tatverdächtigen Jugendlichen in Auftrag zu geben, um herauszufinden, welche Jugendschutzmaßnahmen für seine Behandlung geeignet sind.

§ 4 - Wird eine in § 1 oder § 3 erwähnte Untersuchung in Auftrag gegeben, ändert oder trifft der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Entscheidung, außer bei Fehlen der Untersuchung nach Ablauf der gemäß § 2 festgelegten Frist oder außer im Falle absoluter Notwendigkeit und unbeschadet der Artikel 78 Absatz 2, 81 Absatz 2 und 82 § 3 Absatz 1, erst, wenn er diese Untersuchung zur Kenntnis genommen hat.

Wurde vor Eingang der Untersuchung eine Jugendschutzmaßnahme angeordnet, überprüft der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Angemessenheit dieser Jugendschutzmaßnahme nach Eingang der Untersuchung.

#### **Art. 65 - Besondere Begründungspflicht**

Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine Jugendschutzmaßnahme an, begründet er oder es diese Entscheidung auf Grundlage der in Artikel 12 § 2 erwähnten Faktoren spezifisch.

Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht mehrere Jugendschutzmaßnahmen an, wird diese Kumulierung ausdrücklich begründet.

#### **Art. 66 - Umsetzung und Koordination der Jugendschutzmaßnahmen**

§ 1 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt Jugendschutzanbieter und Dienstleister mit der Umsetzung der Jugendschutzmaßnahmen.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Fachbereich ermächtigen, Jugendschutzanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien mit der Umsetzung bestimmter Jugendschutzmaßnahmen zu beauftragen.

§ 2 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt den Fachbereich mit der Organisation und Überprüfung der in § 1 erwähnten Umsetzung sowie mit der Koordination der Jugendschutzmaßnahmen.

Zu diesem Zweck kann der Fachbereich einen Vertrag mit den in § 1 erwähnten Jugendschutzanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien und gegebenenfalls mit dem von der Jugendschutzmaßnahme betroffenen Jugendlichen sowie seinen Erziehungsberechtigten abschließen.

Unter Berücksichtigung der gerichtlichen Entscheidung enthält der Vertrag Angaben über:

1. die Modalitäten der Jugendschutzmaßnahmen;
2. die in Kapitel 9 und Kapitel 10 beschriebenen Regelungen über das Berufsgeheimnis und den Datenschutz;

3. die in Artikel 115 festgelegten Beschwerdemöglichkeiten.

Der Fachbereich kann Jugendschutzanbieter und Dienstleister mit der in Absatz 1 erwähnten Koordination beauftragen.

Die Regierung kann weitere Inhalte des Vertrags festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität des Jugendschutzes beitragen können.

#### **Art. 67 - Bilanzgespräch und Bericht**

§ 1 - Spätestens vier Monate nach der Urteilsverkündung bzw. der Beschlussfassung und anschließend mindestens alle weiteren sechs Monate organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit dem von der Jugendschutzmaßnahme betroffenen Jugendlichen, seinen Erziehungsberechtigten sowie den Jugendschutzanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien, die die Jugendschutzmaßnahme umsetzen.

Erscheint es angemessen oder ist es zum Schutz der Integrität des Jugendlichen erforderlich, können jeweils getrennte Bilanzgespräche mit den in Absatz 1 erwähnten natürlichen und juristischen Personen geführt werden.

Das Bilanzgespräch dient dazu, die Umsetzung der Jugendschutzmaßnahmen zu überprüfen und gegebenenfalls neuen Umständen und Entwicklungen Rechnung zu tragen. Zu diesem Zweck kann der Fachbereich in dem in § 2 erwähnten Bericht Folgendes vorschlagen:

1. eine Abänderung der Jugendschutzmaßnahme;
2. zusätzliche Jugendschutzmaßnahmen;
3. eine Aufhebung der Jugendschutzmaßnahmen.

§ 2 - Auf Anfrage des Jugendrichters oder des Jugendgerichts und spätestens 30 Tage vor einer Jugendgerichtssitzung erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Umsetzung der Maßnahme.

#### **Art. 68 - Abänderung der Jugendschutzmaßnahmen**

§ 1 - Der Jugendrichter kann vorläufige Jugendschutzmaßnahmen jederzeit von Amts wegen oder auf Antrag des Fachbereichs oder des Prokurators des Königs aufheben oder durch andere Jugendschutzmaßnahmen ersetzen. Zu diesem Zweck hört er den tatverdächtigen Jugendlichen, seine Erziehungsberechtigten sowie den Prokurator des Königs oder den Fachbereich an.

Der tatverdächtige Jugendliche und seine Erziehungsberechtigten können durch einen mit Gründen versehenen Antrag nach einer Frist von einem Monat ab dem Datum, an dem die Entscheidung endgültig geworden ist, eine Abänderung der vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen beim Jugendrichter beantragen. Der Jugendrichter hört den tatverdächtigen Jugendlichen und seine Erziehungsberechtigten an. Wird der Antrag abgewiesen, kann ein neuer Antrag frühestens nach Verstreichen eines Monats ab dem Tag, an dem die Abweisungsentscheidung zum vorigen Antrag endgültig geworden ist, eingereicht werden.

§ 2 - Das Jugendgericht kann in der Phase zum Grunde angeordnete Jugendschutzmaßnahmen jederzeit von Amts wegen oder auf Antrag des Fachbereichs oder des Prokurators des Königs aufheben oder durch andere Jugendschutzmaßnahmen ersetzen. Zu diesem Zweck hört es den straffälligen Jugendlichen, seine Erziehungsberechtigten sowie den Prokurator des Königs oder den Fachbereich an.

Der straffällige Jugendliche und seine Erziehungsberechtigten können durch einen mit Gründen versehenen Antrag nach einer Frist von sechs Monaten ab dem Datum, an dem die Entscheidung endgültig geworden ist, eine Abänderung der in der Phase zum Grunde angeordneten Jugendschutzmaßnahmen beim Jugendgericht beantragen. Das Jugendgericht hört den tatverdächtigen Jugendlichen und seine Erziehungsberechtigten an. Wird der Antrag abgewiesen, kann ein neuer Antrag frühestens nach Verstreichen von sechs Monaten ab dem Tag, an dem die Abweisungsentscheidung zum vorigen Antrag endgültig geworden ist, eingereicht werden.

In dem in Artikel 76 § 7 Absatz 2 erwähnten Fall gilt die in Absatz 2 erwähnte Frist nicht.

§ 3 - Bei absoluter Notwendigkeit kann der Jugendrichter eine durch das Jugendgericht angeordnete Jugendschutzmaßnahme jederzeit von Amts wegen oder auf Antrag des Fachbereichs oder des Prokurators des Königs aufheben oder durch andere Jugendschutzmaßnahmen ersetzen. Zu diesem Zweck hört er den straffälligen Jugendlichen, seine Erziehungsberechtigten sowie den Prokurator des Königs oder den Fachbereich an. Diese Abänderung muss innerhalb einer Frist von höchstens sechs Monaten durch das Jugendgericht überprüft werden.

#### Unterabschnitt 2 — Vorbereitungsphase

#### **Art. 69 - Dauer der Vorbereitungsphase**

Die Dauer der Vorbereitungsphase beträgt höchstens neun Monate ab dem in Artikel 63 Absatz 1 erwähnten Antrag bis zur Entscheidung zum Grunde. Nach Ablauf dieser Frist enden die vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen automatisch.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Vorbereitungsphase mittels einer mit Gründen versehenen Entscheidung mehrmals für eine Dauer von jeweils höchstens drei Monaten verlängert werden, insofern weitere Ermittlungen oder Nachforschungen zur Persönlichkeit und zur Lebenssituation des tatverdächtigen Jugendlichen erforderlich sind.

Im Rahmen der in Absatz 2 erwähnten Verlängerungen können vorläufige Jugendschutzmaßnahmen getroffen oder aufrechterhalten werden, insofern schwerwiegende und außergewöhnliche Umstände im Zusammenhang mit Anforderungen an die öffentliche Sicherheit dies rechtfertigen.

Die in Absatz 1 und 2 erwähnten Dauern werden zwischen der Berufungsschrift und dem Entscheid ausgesetzt. Die Dauer dieser Aussetzung beträgt höchstens zwei Monate.

#### **Art. 70 - Vorläufige Jugendschutzmaßnahmen**

§ 1 - Beantragt der tatverdächtige Jugendliche oder das Opfer der Jugendstraftat eine in Artikel 76 erwähnte Vermittlung oder legt der tatverdächtige Jugendliche ein in Artikel 77 erwähntes Projekt vor, prüft der Jugendrichter in der Vorbereitungsphase, ob die Vermittlung oder das Projekt durchführbar und angebracht sind.

§ 2 - Ist der Jugendrichter der Ansicht, dass die Vermittlung oder das Projekt durchführbar und angebracht, aber unzureichend sind, kann er zusätzlich eine oder mehrere der in § 3 erwähnten vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen.



§ 3 - Ist der Jugendrichter der Ansicht, dass die Vermittlung und das Projekt undurchführbar oder unangebracht sind, kann er eine oder mehrere der folgenden vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen:

1. eine in Artikel 78 erwähnte ambulante Begleitung und Betreuung;
2. einen in Artikel 79 erwähnten Verbleib am gewöhnlichen Lebensort unter Einhaltung einer oder mehrerer der in Artikel 79 Nummern 3, 4, 7, 8, 9, 10, 11 und 12 erwähnten Auflagen;
3. eine in Artikel 80 erwähnte erzieherische und gemeinnützige Leistung von höchstens 30 Stunden, die darauf abzielt, die Bedürfnisse und die Lebenssituation des tatverdächtigen Jugendlichen kennenzulernen und eine der Situation angemessene Entscheidung zum Grunde treffen zu können;
4. eine in Artikel 81 erwähnte teilstationäre Behandlung, Begleitung und Betreuung;
5. eine in Artikel 82 erwähnte stationäre Behandlung und Betreuung.

Der Jugendrichter darf keine vorläufige Jugendschutzmaßnahme im Hinblick auf eine sofortige Bestrafung ergreifen.

Der Jugendrichter kann gegenüber tatverdächtigen Jugendlichen, die vor dem Alter von zwölf Jahren eine Jugendstraftat begangen haben, nur die in Artikel 78 erwähnte ambulante Begleitung und Betreuung sowie Jugendhilfemaßnahmen anordnen.

§ 4 - Ordnet der Jugendrichter eine vorläufige Jugendschutzmaßnahme an, kann er dem tatverdächtigen Jugendlichen angesichts der Erfordernisse der Ermittlung oder der gerichtlichen Untersuchung und für eine mehrmals erneuerbare Dauer von höchstens 30 Tagen durch eine mit Gründen versehene Entscheidung den freien Umgang mit namentlich genannten Personen, seinen Rechtsanwalt ausgenommen, verbieten.

§ 5 - Die in Artikel 82 § 1 Nummer 6 erwähnte stationäre Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform und die in Artikel 82 § 1 Nummer 7 erwähnte stationäre Betreuung in einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung kann nur als vorläufige Jugendschutzmaßnahme und für eine Dauer von höchstens drei Monaten angeordnet werden, wenn zusätzlich zu den in Artikel 82 § 5 erwähnten Bedingungen eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

1. der tatverdächtige Jugendliche hat ein gefährliches Verhalten für sich selbst oder für andere;
2. es gibt ernsthafte Gründe zu befürchten, der tatverdächtige Jugendliche könnte im Falle seiner Freilassung erneut eine Jugendstraftat verüben, sich dem Zugriff des Gerichts entziehen, versuchen Beweismittel verschwinden zu lassen oder geheime Absprachen mit Dritten treffen.

Die in Absatz 1 erwähnte stationäre Betreuung kann nach Berichterstattung des Fachbereichs, der geschlossenen Einrichtung oder der öffentlichen Jugendschutzeinrichtung für eine mehrmals erneuerbare Dauer von jeweils höchstens 30 Tagen verlängert werden, wenn der tatverdächtige Jugendliche die öffentliche Sicherheit gefährdet. Der Jugendrichter hört den tatverdächtigen Jugendlichen vorher an.

§ 6 - Die Jugendkammer des Appellationshofs untersucht die Sache und befindet binnen 15 Werktagen ab der Berufungsschrift. Nach Verstreichen dieser Frist verfällt die in Absatz 1 erwähnte stationäre Betreuung.

#### **Art. 71 - Dauer der vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen**

Der Jugendrichter ordnet die vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen für eine möglichst kurze Dauer an. Er bestimmt die Dauer jeder angeordneten vorläufigen Jugendschutzmaßnahme, unbeschadet der im vorliegenden Dekret vorgesehenen Höchstdauern. Die vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen enden spätestens an dem Tag, an dem der tatverdächtige Jugendliche das Alter von 21 Jahren erreicht.

#### **Art. 72 - Informationspflicht über die Möglichkeit einer Vermittlung oder eines Projekts im Verfahren zum Grunde**

In der in Artikel 52<sup>ter</sup> des Gesetzes vom 8. April 1965 erwähnten Abschrift des Beschlusses bzw. in dem Gerichtsbrief zur Anberaumung der Sitzung informiert der Prokurator des Königs den tatverdächtigen Jugendlichen:

1. über die Möglichkeit, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht ein in Artikel 77 erwähntes Projekt vorzulegen;
2. über die Möglichkeit, sich an den Fachbereich zu wenden, der ihn bei der Ausarbeitung des Projekts unterstützt;
3. dass das ausgearbeitete Projekt dem Jugendgericht spätestens am Tag der Sitzung zur Genehmigung vorgelegt werden muss und das genehmigte Projekt innerhalb einer vom Jugendgericht festgelegten Frist durchgeführt werden muss.

Ist ein Opfer identifiziert worden, informiert der Prokurator des Königs den tatverdächtigen Jugendlichen, das Opfer der Jugendstraftat und ihre Erziehungsberechtigten ebenfalls über die Möglichkeit, eine in Artikel 76 erwähnte Vermittlung zu beantragen.

Eine Abschrift des in Absatz 1 erwähnten Gerichtsbriefs wird dem Fachbereich übermittelt.

#### Unterabschnitt 3 — Entscheidung zum Grunde

#### **Art. 73 - Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde**

§ 1 - Beantragt der tatverdächtige Jugendliche oder das Opfer der Jugendstraftat eine in Artikel 76 erwähnte Vermittlung oder legt der tatverdächtige Jugendliche ein in Artikel 77 erwähntes Projekt vor, prüft das Jugendgericht, das zum Grunde entscheidet, ob die Vermittlung oder das Projekt durchführbar und angebracht sind.

§ 2 - Ist das Jugendgericht der Ansicht, dass die Vermittlung oder das Projekt angebracht und durchführbar, aber unzureichend sind, kann es zusätzlich eine oder mehrere der in § 3 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 erwähnten Jugendschutzmaßnahmen für den straffälligen Jugendlichen anordnen.

§ 3 - Ist das Jugendgericht der Ansicht, dass die Vermittlung und das Projekt undurchführbar oder unangebracht sind, kann es eine oder mehrere der folgenden Jugendschutzmaßnahmen für den straffälligen Jugendlichen anordnen:

1. eine in Artikel 78 erwähnte ambulante Begleitung und Betreuung;
2. einen in Artikel 79 erwähnten Verbleib am gewöhnlichen Lebensort unter Einhaltung einer oder mehrerer Auflagen;
3. eine in Artikel 80 erwähnte erzieherische und gemeinnützige Leistung;
4. eine in Artikel 81 erwähnte teilstationäre Behandlung, Begleitung und Betreuung;



5. eine in Artikel 82 erwähnte stationäre Behandlung und Betreuung.

Das Jugendgericht kann gegenüber straffälligen Jugendlichen, die vor dem Alter von zwölf Jahren eine Jugendstraftat begangen haben, nur die in Artikel 78 erwähnte ambulante Begleitung und Betreuung sowie Jugendhilfemaßnahmen anordnen.

#### **Art. 74 - Dauer der Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde**

Das Jugendgericht bestimmt die Dauer jeder Jugendschutzmaßnahme zum Grunde.

Unbeschadet anderer in vorliegendem Dekret vorgesehenen Höchstdauern beträgt die in Absatz 1 erwähnte Dauer höchstens ein Jahr. Die Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde enden spätestens an dem Tag, an dem der straffällige Jugendliche das Alter von 18 Jahren erreicht.

In Abweichung von Absatz 2 kann das Jugendgericht auf Antrag des Prokurators des Königs und im Falle eines andauernden Fehlverhaltens oder gefährlichen Verhaltens des straffälligen Jugendlichen, Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde mehrmals für eine Dauer von höchstens einem Jahr, die spätestens an dem Tag endet, an dem der straffällige Jugendliche das Alter von 21 Jahren erreicht, verlängern. In diesem Fall wird der Antrag binnen drei Monaten vor dem Tag, an dem der straffällige Jugendliche das Alter von 18 Jahren erreicht, beim Jugendgericht anhängig gemacht.

In Abweichung von Absatz 2 kann das Jugendgericht, wenn die Jugendstraftat nach dem Alter von 16 Jahren begangen wurde, Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde mehrmals für eine Dauer von höchstens einem Jahr, die spätestens an dem Tag endet, an dem der straffällige Jugendliche das Alter von 21 Jahren erreicht, anordnen oder verlängern.

#### **Art. 75 - Verlängerung der Begleitung auf Antrag des Jugendlichen**

Der Jugendliche, der vor dem Alter von 18 Jahren durch den Fachbereich begleitet wird, kann eine Verlängerung dieser Begleitung gemäß Artikel 50 beantragen.

#### Unterabschnitt 4 — Jugendschutzmaßnahmen

#### **Art. 76 - Vermittlung**

§ 1 - Eine Vermittlung kann nur dann stattfinden, wenn die betroffenen Personen, solange die Vermittlung dauert, ihr ausdrücklich und vorbehaltlos zustimmen.

Ziel der Vermittlung ist es, dass sich der tatverdächtige Jugendliche und das Opfer der Jugendstraftat gemeinsam und mit Hilfe eines unparteiischen Vermittlers insbesondere mit den relationalen und materiellen Folgen der Jugendstraftat auseinandersetzen und eine Vereinbarung zur Beilegung des Konflikts treffen.

§ 2 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt den Fachbereich mit der Vermittlung und teilt ihm die Identität der betroffenen Personen mit.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Fachbereich mit einer gemeinsamen Vermittlung beauftragen, insofern mehrere Jugendliche für dieselbe Jugendstraftat von einer Vermittlung betroffen sind.

Im Rahmen einer Vermittlung organisiert der Fachbereich ein oder mehrere Vermittlungsgespräche zwischen dem tatverdächtigen Jugendlichen, dem Opfer der Tat und gegebenenfalls ihren Erziehungsberechtigten.

Der Fachbereich kann einen anerkannten Mediator mit den in Absatz 3 erwähnten Vermittlungsgesprächen beauftragen.

Der Fachbereich teilt den von der Vermittlung betroffenen Personen schriftlich mit, dass:

1. sie eine Bedenkzeit von 15 Arbeitstagen ab Erhalt der schriftlichen Mitteilung haben, um die Vermittlung anzunehmen oder abzulehnen;
2. sie jederzeit ihre Zustimmung zur Vermittlung widerrufen können;
3. die Vermittlung beendet wird, insofern sie nicht gemäß § 5 innerhalb von sechs Monaten zu einer Vereinbarung führt.

§ 3 - Wenden sich die betroffenen Personen nicht innerhalb von acht Arbeitstagen ab Erhalt der in § 2 Absatz 5 erwähnten schriftlichen Mitteilung an den Fachbereich, nimmt dieser schriftlich Kontakt mit ihnen auf, um sie erneut auf die Möglichkeit einer Vermittlung hinzuweisen.

Stimmen die betroffenen Personen der Vermittlung nicht innerhalb von 15 Arbeitstagen ab Erhalt der in § 2 Absatz 5 erwähnten schriftlichen Mitteilung ausdrücklich und vorbehaltlos zu, setzt der Fachbereich den Jugendrichter oder das Jugendgericht darüber in Kenntnis.

§ 4 - Spätestens zwei Monate nach seiner Beauftragung durch den Jugendrichter oder das Jugendgericht erstellt der Fachbereich einen Zwischenbericht über das Voranschreiten der Vermittlung und richtet ihn an den Jugendrichter oder das Jugendgericht und an den Prokurator des Königs.

§ 5 - Widerrufen die betroffenen Personen ihre Zustimmung zur Vermittlung oder führt die Vermittlung innerhalb von sechs Monaten ab Erhalt der in § 2 Absatz 5 erwähnten schriftlichen Mitteilung zu keiner Vereinbarung, beendet der Fachbereich die Vermittlung und übermittelt dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht und dem Prokurator des Königs einen Bericht über die Gründe der Beendigung.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht die in Absatz 1 erwähnte Frist einmalig für eine Dauer von höchstens drei Monaten verlängern.

Führt die Vermittlung innerhalb der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Frist zu einer Vereinbarung, ist sie von den betroffenen Personen zu unterzeichnen. Der Fachbereich übermittelt dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht umgehend die unterzeichnete Vereinbarung.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beglaubigt die unterzeichnete Vereinbarung. Ihr Inhalt kann nicht abgeändert werden. Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann sich nur dann weigern, eine Vereinbarung zu beglaubigen, wenn sie gegen die öffentliche Ordnung verstößt.

§ 6 - Beglaubigt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Vereinbarung, beauftragt er oder es den Fachbereich, die Durchführung dieser Vereinbarung zu überprüfen, und übermittelt ihm unverzüglich eine Abschrift der beglaubigten Vereinbarung.

Der Fachbereich erstellt einen Bericht über die Durchführung der Vereinbarung und richtet ihn an den Jugendrichter oder das Jugendgericht.

§ 7 - Führt der tatverdächtige Jugendliche die Vereinbarung gemäß den vorgesehenen Modalitäten im Rahmen der Vorbereitungsphase durch und kommt es zu einem Verfahren vor dem Jugendgericht, trägt das Jugendgericht dieser Vereinbarung und ihrer Durchführung Rechnung.

Führt der straffällige Jugendliche die Vereinbarung gemäß den vorgesehenen Modalitäten nach der Urteilsverkündung durch und wurden Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde angeordnet, trägt das Jugendgericht dieser Vereinbarung und ihrer Durchführung Rechnung, um die angeordneten Jugendschutzmaßnahmen in Anwendung von Artikel 68 aufzuheben oder zu ersetzen.

Führt der Jugendliche die Vereinbarung nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Vermittlung in Anwendung von Artikel 68 auf Antrag des Prokurators des Königs durch andere Jugendschutzmaßnahmen ersetzen.

§ 8 - Weder die Anerkennung des Tatbestands durch den Jugendlichen noch der Verlauf oder das Ergebnis der Vermittlung können von den Gerichtsbehörden oder jeglicher anderen Person zum Nachteil des Jugendlichen verwendet werden.

Die im Rahmen der Tätigkeit des Fachbereichs erstellten Dokumente und erfolgten Mitteilungen sind vertraulich, mit Ausnahme derjenigen, die mit dem Einverständnis der Parteien an die Gerichtsbehörden weitergeleitet werden. Sie dürfen nicht während eines Straf-, Zivil-, Verwaltungs- oder Schiedsverfahrens oder jeglichen anderen Verfahrens im Hinblick auf eine Konfliktlösung verwendet werden und sind als Beweis, selbst in Form eines außergerichtlichen Eingeständnisses, nicht annehmbar.

#### **Art. 77 - Durchführung eines Projekts**

§ 1 - Wendet sich der tatverdächtige Jugendliche nicht innerhalb von 15 Arbeitstagen nach Erhalt der in Artikel 62 erwähnten Ladung oder der in Artikel 72 erwähnten Abschrift des Beschlusses bzw. des in Artikel 72 erwähnten Gerichtsbriefs an den Fachbereich, nimmt dieser schriftlich Kontakt mit ihm auf, um ihn erneut auf die Möglichkeit hinzuweisen, sich bei der Ausarbeitung des Projekts unterstützen zu lassen.

§ 2 - Wendet sich der in Absatz 1 erwähnte tatverdächtige Jugendliche an den Fachbereich, unterstützt er ihn bei der Ausarbeitung des Projekts.

Der Fachbereich kann die Erziehungsberechtigten und andere verwandte oder vertraute Personen des tatverdächtigen Jugendlichen bei der Ausarbeitung des Projekts aktiv miteinbeziehen.

§ 3 - Das Projekt wird vom tatverdächtigen Jugendlichen unterzeichnet und spätestens am Tag der Sitzung des Jugendgerichts oder der Anhörung beim Jugendrichter eingereicht.

§ 4 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht befindet über die Sinnhaftigkeit und Legalität des Projekts, das ihm vorgelegt wird, entscheidet über seine Genehmigung oder Verweigerung und legt die Frist für seine Durchführung fest. Der Inhalt des Projekts kann nicht abgeändert werden.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht die in Absatz 1 erwähnte Frist einmalig für eine von ihm festgelegte Dauer verlängern.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann das Projekt nur mit einer diesbezüglich spezifisch mit Gründen versehenen Entscheidung verweigern. Genehmigt der Jugendrichter oder das Jugendgericht das Projekt, beauftragt er oder es den Fachbereich, die Durchführung zu überprüfen, und übermittelt ihm unverzüglich eine Abschrift des genehmigten Projekts.

§ 5 - Genehmigt das Jugendgericht ein Projekt, kann es gleichzeitig eine der in Artikel 73 § 3 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 erwähnten Jugendschutzmaßnahmen als Ersatzmaßnahmen bei nicht ordnungsgemäßer Durchführung des Projekts vorsehen. In diesem Fall informiert es den tatverdächtigen Jugendlichen über die möglichen Folgen einer Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen.

§ 6 - Spätestens einen Monat vor Ablauf der in § 4 Absätze 1 und 2 erwähnten Frist erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Durchführung des Projekts und richtet ihn an den Jugendrichter oder das Jugendgericht und den Prokurator des Königs.

§ 7 - Führt der tatverdächtige Jugendliche das Projekt fristgerecht und gemäß den vorgesehenen Modalitäten im Rahmen der Vorbereitungsphase durch und kommt es zu einem Verfahren vor dem Jugendgericht, trägt das Jugendgericht diesem Projekt und seiner Durchführung Rechnung.

Führt der straffällige Jugendliche das Projekt fristgerecht und gemäß den vorgesehenen Modalitäten nach der Urteilsverkündung durch und wurden Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde angeordnet, trägt das Jugendgericht diesem Projekt und seiner Durchführung Rechnung, um die angeordneten Jugendschutzmaßnahmen in Anwendung von Artikel 68 aufzuheben oder zu ersetzen.

Führt der tatverdächtige Jugendliche das Projekt nicht fristgerecht oder nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht das Projekt in Anwendung von Artikel 68 auf Antrag des Prokurators des Königs durch andere Jugendschutzmaßnahmen ersetzen oder die in § 5 erwähnten Ersatzmaßnahmen von Amts wegen auferlegen.

Das Jugendgericht kann ein teilweise durchgeführtes Projekt berücksichtigen, um die in § 5 erwähnten Ersatzmaßnahmen anzupassen.

#### **Art. 78 - Ambulante Begleitung und Betreuung**

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine oder mehrere der folgenden ambulanten Begleit- und Betreuungsmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen:

1. eine Erziehungsbegleitung;
2. eine sozialpädagogische Begleitung;
3. eine therapeutische Begleitung;
4. eine Aufsicht;
5. eine psychologische, soziale oder pädagogische Beratung;
6. eine ambulante Begleitung in einem psychologischen oder psychiatrischen Dienst, einem Dienst für Sexualerziehung oder einem für Suchtproblematiken fachkundigen Dienst;
7. andere der Situation angemessene ambulante Begleit- und Betreuungsformen.

Die in Absatz 1 Nummer 6 erwähnte ambulante Begleitung des tatverdächtigen Jugendlichen in einem psychiatrischen Dienst wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 64 § 3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Begleitung feststellt, bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendschutzmaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendschutzmaßnahme.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der Begleit- und Betreuungsmaßnahmen fest.

#### **Art. 79 - Verbleib am gewöhnlichen Lebensort unter Auflagen**

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Verbleib des tatverdächtigen Jugendlichen an seinem gewöhnlichen Lebensort an eine oder mehrere der folgenden Auflagen knüpfen:

1. sich schriftlich oder mündlich entschuldigen;
2. bestimmte Personen oder Orte, die mit der Jugendstrafat in Zusammenhang stehen, während einer bestimmten Dauer meiden;
3. eine oder mehrere bestimmte Aktivitäten aufgrund der besonderen Umstände während einer bestimmten Dauer nicht ausüben;
4. einen Hausarrest von höchstens drei Monaten einhalten;
5. den Schaden selbst in natura wiedergutmachen oder eine nachweislich bezahlte Arbeit zur Entschädigung des Opfers leisten;
6. an einem oder mehreren Ausbildungs- oder Sensibilisierungsmodulen mit Bezug auf die Konsequenzen der begangenen Jugendstrafat und ihrer Tragweite für die eventuellen Opfer teilnehmen;
7. an einer oder mehreren begleiteten sportlichen, sozialen oder kulturellen Aktivitäten teilnehmen;
8. regelmäßig dem Schulunterricht folgen;
9. einer Ausbildung folgen;
10. an einem Programm zur Wiedereingliederung in den Schulalltag teilnehmen;
11. an einer Trainingsmaßnahme zur Stärkung der Sozialkompetenzen teilnehmen;
12. andere der Situation angemessene Auflagen einhalten.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Fachbereich mit der Überprüfung der Einhaltung der in Absatz 1 erwähnten Auflagen beauftragen. Dieser informiert den Jugendrichter oder das Jugendgericht und den Prokurator des Königs über die Nichteinhaltung der Auflagen.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht übermittelt dem Prokurator des Königs eine Abschrift des Urteils oder des Beschlusses zwecks eventueller Beauftragung eines Polizeidienstes, um diesem die Kontrolle der Einhaltung der in Absatz 1 Nummern 2 und 4 erwähnten Auflagen anzuvertrauen. Der Prokurator des Königs informiert den Jugendrichter oder das Jugendgericht über die Nichteinhaltung der Auflagen.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der Auflagen fest.

#### **Art. 80 - Erzieherische und gemeinnützige Leistung**

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den tatverdächtigen Jugendlichen dazu verpflichten, innerhalb einer Frist von einem Jahr eine erzieherische und gemeinnützige Leistung von höchstens 250 Stunden zu erbringen.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der erzieherischen und gemeinnützigen Leistung fest.

Verpflichtet das Jugendgericht den tatverdächtigen Jugendlichen dazu, eine erzieherische und gemeinnützige Leistung von mehr als 150 Stunden zu erbringen, begründet es seine Entscheidung diesbezüglich ausdrücklich.

#### **Art. 81 - Teilstationäre Behandlung, Begleitung und Betreuung**

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine der folgenden teilstationären Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen:

1. eine Teilzeitpflege;
2. ein Internatsaufenthalt;
3. andere der Situation angemessene teilstationäre Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsformen.

Die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Behandlung des tatverdächtigen Jugendlichen in einer der Situation angemessenen teilstationären Behandlungsform wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 64 § 3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Behandlung feststellt, bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendschutzmaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendschutzmaßnahme.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der teilstationären Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsmaßnahmen fest.

#### **Art. 82 - Stationäre Behandlung und Betreuung**

§ 1 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine der folgenden stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen:

1. eine Betreuung durch eine verwandte oder vertraute Person, die sich innerhalb von sechs Monaten zur Teilnahme an der in Artikel 103 erwähnten Pflugschaftsvorbereitung einschreibt;
2. eine Bereitschafts- oder Langzeitpflege;
3. eine psychologische oder psychiatrische Diagnostik;
4. eine Behandlung oder Betreuung in einer offenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen offenen stationären Behandlungs- oder Betreuungsform;
5. eine Betreuung in einer offenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung;
6. eine Behandlung oder Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Behandlungs- oder Betreuungsform;
7. eine Betreuung in einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung.

Schreiben die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Personen sich nicht innerhalb von sechs Monaten zur Teilnahme an der Pflugschaftsvorbereitung ein oder wurden sie nicht gemäß Artikel 94 als Pflegefamilie anerkannt, hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Betreuung gemäß Artikel 68 auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendschutzmaßnahme.

Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine in Absatz 1 Nummern 6 und 7 erwähnte stationäre Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme des Jugendlichen an, begründet er oder es diese Entscheidung gemäß Artikel 5 § 2 Absatz 2 ausdrücklich.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen fest.

§ 2 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann die Betreuung in einer in § 1 Absatz 1 Nummer 5 erwähnten offenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung nur für tatverdächtige Jugendliche anordnen, die zum Zeitpunkt der Jugendstraftat 14 Jahre alt oder älter sind:

1. wenn sie entweder eine Jugendstraftat begangen haben, die, wenn diese Tat von einem Volljährigen begangen worden wäre, im Sinne des Strafgesetzbuches oder der besonderen Gesetze mit einer Hauptkorrektionalgefängnisstrafe von fünf Jahren oder einer schwereren Strafe bestraft worden wäre. Ausgeschlossen sind die als Diebstahl oder Hehlerei qualifizierte Tat ohne erschwerenden Umstand und die als Computerbetrug qualifizierte Tat;

2. oder wenn sie eine als Körperverletzung qualifizierte Tat mit erschwerendem Umstand begangen haben;

3. oder wenn schon vorher ein Urteil zum Grunde gegen sie ergangen ist, durch das eine Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform oder in einer offenen oder geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung angeordnet wurde und sie eine neue Jugendstraftat begangen haben;

4. oder wenn eine Abänderung der Jugendschutzmaßnahme gemäß Artikel 68 ihnen gegenüber erfolgt ist, weil sie die vorher auferlegten vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen oder Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde nicht eingehalten haben. In diesem Fall kann die stationäre Betreuung für einen nicht verlängerbaren Zeitraum von höchstens sechs Monaten angeordnet werden.

§ 3 - Die in § 1 Absatz 1 Nummern 4 und 6 erwähnte Behandlung des tatverdächtigen Jugendlichen in einer Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen stationären Behandlungsform wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 64 § 3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Behandlung feststellt, bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendschutzmaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendschutzmaßnahme.

Die in § 1 Absatz 1 Nummern 4 und 6 erwähnte Behandlung des tatverdächtigen Jugendlichen in einer Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen stationären Behandlungsform erfolgt in Anwendung von Artikel 43 des Gesetzes vom 8. April 1965.

§ 4 - Beschließt der Jugendrichter oder das Jugendgericht, die Betreuung des tatverdächtigen Jugendlichen in einer in § 1 Absatz 1 Nummern 5 und 7 erwähnten öffentlichen Jugendschutzeinrichtung oder einer in § 1 Absatz 1 Nummer 6 erwähnten Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform anzuordnen, wird in der Entscheidung die Dauer der Jugendschutzmaßnahme festgelegt. Diese Dauer kann nur aus außergewöhnlichen Gründen in Zusammenhang mit dem gefährlichen Verhalten des tatverdächtigen Jugendlichen für sich selbst oder für andere verlängert werden.

§ 5 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann die Betreuung in einer in § 1 Absatz 1 Nummer 6 erwähnten geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform oder einer in § 1 Absatz 1 Nummer 7 erwähnten geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung nur für tatverdächtige Jugendliche anordnen, die zum Zeitpunkt der Jugendstraftat 14 Jahre alt oder älter sind:

1. wenn sie entweder eine Jugendstraftat begangen haben, die, wenn diese Tat von einem Volljährigen begangen worden wäre, im Sinne des Strafgesetzbuches oder der besonderen Gesetze mit einer Zuchthausstrafe von fünf bis zu zehn Jahren oder einer schwereren Strafe bestraft worden wäre;

2. oder wenn sie einen als schweren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht qualifizierte Tat oder eine als terroristische Straftat qualifizierte Tat begangen haben;

3. oder wenn sie eine als Beeinträchtigung der sexuellen Unversehrtheit, als vorsätzliche Körperverletzung gemäß Artikel 400 des Strafgesetzbuches, als Vereinigung von Missetätern mit dem Ziel, Verbrechen zu begehen, oder als Bedrohung von Personen gemäß Artikel 327 des Strafgesetzbuches qualifizierte Tat begangen haben;

4. oder wenn schon vorher ein Urteil zum Grunde gegen sie ergangen ist, durch das eine stationäre Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform oder in einer offenen oder geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung angeordnet wurde und sie eine neue in § 2 Nummern 1, 2 oder 3 erwähnte Jugendstraftat begangen haben;

5. oder wenn eine Änderung der vorläufigen Jugendschutzmaßnahme oder der Jugendschutzmaßnahme zum Grunde gemäß Artikel 68 ihnen gegenüber erfolgt ist, weil sie die in Anwendung von § 2 vorher auferlegten Maßnahmen nicht eingehalten haben oder weil sie eine andere ihnen vorher auferlegte Maßnahme nicht eingehalten haben und sie eine neue in § 2 Nummern 1, 2 oder 3 erwähnte Jugendstraftat begangen haben. In diesem Fall kann die stationäre Betreuung für einen nicht verlängerbaren Zeitraum von höchstens sechs Monaten angeordnet werden.

§ 6 - Unbeschadet der in §§ 2 und 5 erwähnten Bedingungen kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht die stationäre Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform oder in einer offenen oder geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung für einen tatverdächtigen Jugendlichen im Alter von zwölf bis 14 Jahre anordnen, wenn dieser das Leben oder die Gesundheit einer anderen Person ernsthaft gefährdet hat oder sein Verhalten besonders gefährlich ist.

§ 7 - Der Jugendrichter besucht mindestens einmal alle drei Monate den Jugendlichen, der stationär betreut wird. Er kann den Fachbereich mit dieser Aufgabe beauftragen.

### **Art. 83 - Aussetzung der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen zur Bewährung**

§ 1 - Das Jugendgericht kann eine stationäre Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme zur Bewährung aussetzen.

Die Aussetzung der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme zur Bewährung besteht in der Verpflichtung, eine oder mehrere der in Artikel 73 § 3 Nummern 1, 2, und 3 erwähnten Jugendschutzmaßnahmen einzuhalten.



§ 2 - Das Jugendgericht bestimmt die Dauer der Bewährungszeit. Diese Dauer beträgt mindestens sechs und höchstens zwölf Monate ab dem Datum des Urteils.

§ 3 - Das Jugendgericht unterstellt den straffälligen Jugendlichen während der Bewährungszeit der Aufsicht des Fachbereichs. Der Fachbereich steht dem straffälligen Jugendlichen unterstützend zur Seite. Er prüft die Einhaltung der in § 1 Absatz 2 erwähnten Jugendschutzmaßnahmen.

Spätestens zwei Monate vor Ablauf der Bewährungszeit erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Einhaltung der Jugendschutzmaßnahmen und richtet ihn an den Prokurator des Königs.

§ 4 - Das Jugendgericht kann die durch den straffälligen Jugendlichen einzuhaltenden Jugendschutzmaßnahmen entweder auf Antrag des straffälligen Jugendlichen oder auf Antrag des Prokurators des Königs abändern.

§ 5 - Das Jugendgericht kann die Aussetzung der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme widerrufen, wenn der straffällige Jugendliche:

1. in der Bewährungszeit eine Jugendstraftat begeht und dadurch zeigt, dass die Erwartung, die der Aussetzung der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme zugrunde lag, sich nicht erfüllt hat;

2. die Jugendschutzmaßnahme nicht einhält oder sich der Aufsicht des Fachbereichs entzieht und dadurch Anlass zu der Besorgnis gibt, dass er erneut eine Jugendstraftat begehen wird.

Das Jugendgericht kann von dem Widerruf absehen, wenn es ausreicht:

1. weitere Jugendschutzmaßnahmen zu erteilen;

2. die Bewährungszeit bis zu der in § 2 erwähnten Höchstdauer von zwölf Monaten zu verlängern.

#### Unterabschnitt 5 — Abgabe der Sache

#### Art. 84 - Abgabe der Sache

§ 1 - War ein tatverdächtiger Jugendlicher, der wegen einer Jugendstraftat an das Jugendgericht verwiesen wurde, zum Zeitpunkt dieser Tat 16 Jahre alt oder älter und ist das Jugendgericht der Ansicht, dass eine Jugendschutzmaßnahme nicht angebracht ist, kann es die Sache durch eine mit Gründen versehene Entscheidung an den Prokurator des Königs abgeben, damit die Verfolgung vor den zuständigen Gerichtsbarkeiten erfolgt, die, wenn dazu Anlass besteht, das allgemeine Strafrecht und das gemeinrechtliche Strafverfahren anwenden.

Das Jugendgericht kann die Sache jedoch nur dann abgeben, wenn zusätzlich zu der in Absatz 1 erwähnten Bedingung folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. gegen den tatverdächtigen Jugendlichen ist bereits aufgrund einer früheren Jugendstraftat, für die er rechtskräftig verurteilt wurde, eine in Artikel 82 § 1 Absatz 1 Nummer 6 erwähnte stationäre Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform oder eine in Artikel 82 Absatz 1 § 1 Nummer 7 erwähnte stationäre Betreuung in einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung angeordnet worden;

2. es handelt sich im Sinne des Strafgesetzbuches um:

a) Totschlag oder Mord oder den Versuch eine als Totschlag oder Mord qualifizierte Tat zu begehen;

b) Körperverletzung, die eine scheinbar unheilbare Krankheit oder eine Unfähigkeit zur Verrichtung persönlicher Arbeit von mehr als vier Monaten oder den völligen Verlust einer Organfunktion oder eine schwere Verstümmelung zur Folge hat;

c) nicht als Totschlag qualifizierte vorsätzliche Tötung;

d) Folter oder unmenschliche Behandlung;

e) Beeinträchtigung der sexuellen Unversehrtheit, Voyeurismus, nicht einvernehmliche Verbreitung von Inhalten sexueller Art oder Vergewaltigung, eventuell mit erschwerendem Umstand;

f) Diebstahl mit Gewaltanwendung oder Drohung.

In Abweichung von Absatz 2 kann das Jugendgericht die Sache ebenfalls abgeben, wenn:

1. der straffällige Jugendliche eine im Sinne des Strafgesetzbuches als schwerer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht oder terroristische Straftat qualifizierte Tat begangen hat, die, wenn sie von einer volljährigen Person begangen worden wäre, eine Hauptkorrektionalgefängnisstrafe von fünf bis zu zehn Jahren oder eine schwerere Strafe zur Folge hätte;

2. der straffällige Jugendliche eine Jugendstraftat begangen hat, die, wenn diese Tat von einer volljährigen Person begangen worden wäre, im Sinne des Strafgesetzbuches eine Haftstrafe von 20 Jahren oder eine schwerere Strafe zur Folge hätte.

Die in § 1 Absatz 1 erwähnte Begründung betrifft insbesondere die Persönlichkeit des straffälligen Jugendlichen, seine Lebenssituation und sein Urteilsvermögen.

§ 2 - Das Jugendgericht kann eine Sache erst abgeben, nachdem es die in Artikel 64 § 1 erwähnte Sozialuntersuchung und die in Artikel 64 § 3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung hat durchführen lassen.

Ziel der psychologischen oder medizinischen Untersuchung ist es, die Lage entsprechend der Persönlichkeit des straffälligen Jugendlichen, seine Lebenssituation sowie sein Urteilsvermögen zu beurteilen. Die Art, die Häufigkeit und die Schwere der ihm angelasteten Taten werden in Betracht gezogen, sofern sie zur Beurteilung seiner Persönlichkeit beitragen.

In Abweichung von Absatz 1 kann das Jugendgericht:

1. eine Sache abgeben, ohne über den Bericht der psychologischen oder medizinischen Untersuchung zu verfügen, wenn es feststellt, dass der tatverdächtige Jugendliche sich dieser Untersuchung entzieht oder sie verweigert;

2. eine Sache abgeben, ohne eine Sozialuntersuchung durchführen zu lassen und ohne eine psychologische oder medizinische Untersuchung beantragen zu müssen, wenn gegenüber dem tatverdächtigen Jugendlichen aufgrund einer oder mehrerer in Artikel 323 erwähnter Taten oder im Sinne des Strafgesetzbuches als Beeinträchtigung der sexuellen Unversehrtheit mit erschwerenden Umständen, Vergewaltigung, Totschlag, Mord, nicht als Totschlag qualifizierte vorsätzliche Tötung oder Diebstahl mit Gewaltanwendung oder Drohung qualifizierte Taten, die er nach dem Alter von 16 Jahren begangen hat, per Urteil bereits eine Maßnahme ergriffen wurde und der tatverdächtige Jugendliche erneut wegen einer oder mehrerer dieser nach der ersten Verurteilung begangener Taten verfolgt wird. Die Aktenstücke des vorherigen Verfahrens müssen denen des neuen Verfahrens beigelegt werden.



§ 3 - Vorliegender Artikel ist anwendbar, wenn der straffällige Jugendliche zum Zeitpunkt des Urteils das Alter von 18 Jahren bereits erreicht hat.

## KAPITEL 6 — Anerkennung und Bezuschussung

### Abschnitt 1 — Anerkennung von Jugendhilfe- und Jugendschutzanbietern

#### Art. 85 - Spezifischer Anwendungsbereich

Dieser Abschnitt ist anwendbar auf die Anerkennung von Jugendhilfe- und Jugendschutzanbietern, mit Ausnahme der Anerkennung von Pflegefamilien.

#### Art. 86 - Anerkennungsbedingungen

Jede natürliche oder juristische Person, die im deutschen Sprachgebiet hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes tätig ist, muss vor Aufnahme der Tätigkeit von der Regierung als Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter anerkannt sein und mindestens folgende Bedingungen erfüllen:

1. als juristische Person ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sein oder eine juristische Person öffentlichen Rechts sein und über qualifiziertes Personal verfügen, das den von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen entspricht, oder eine qualifizierte natürliche Person sein, die den von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen entspricht;
2. die Personalmitglieder der juristischen Person ohne Gewinnerzielungsabsicht oder der juristischen Person öffentlichen Rechts oder die natürliche Person haben keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches, der ihnen u. a. die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes oder der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen untersagt. Liegt der Wohnsitz dieser Personen im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das ihnen die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder der Betreuung von Minderjährigen ermöglicht;
3. eine oder mehrere der in den Artikeln 9, 10 oder 11 erwähnten Formen der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen anbieten;
4. die Integrität des Kindes und dessen nationale und internationale Grundrechte sowie die in den Artikeln 4 und 6 erwähnten Rechte und Ansprüche des Kindes, des Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten achten;
5. den in den Artikeln 7 und 8 erwähnten Zielen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes folgen;
6. die von der Regierung festgelegten Bedingungen in Bezug auf die Infrastruktur erfüllen;
7. die Aufsicht der Regierung in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungs-erlasse akzeptieren.

Der Fachbereich gilt in Anwendung des vorliegenden Artikels von Rechts wegen als anerkannt.

Die Regierung legt die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Mindestanforderungen und die in Absatz 1 Nummer 6 erwähnten Bedingungen in Bezug auf die Infrastruktur fest.

#### Art. 87 - Anerkennungsverfahren

§ 1 - Für den Erhalt der Anerkennung als Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter reichen die natürlichen oder juristischen Personen einen schriftlichen Antrag bei der Regierung ein.

Dem Antrag sind Unterlagen beigefügt, aus denen hervorgeht, dass die in Artikel 86 erwähnten Bedingungen erfüllt sind. Die Regierung kann weitere Inhalte des Antrags auf Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe und des Jugendschutzes beitragen können.

Jede natürliche oder juristische Person kann die Anerkennung für eine oder mehrere der in den Artikeln 9, 10 oder 11 erwähnten Formen der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen beantragen.

§ 2 - Die Anerkennung wird für eine Dauer von sechs Jahren erteilt und ist erneuerbar.

Die Anerkennung kann keiner anderen natürlichen oder juristischen Personen übertragen werden.

§ 3 - Die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter stellen einen neuen Antrag auf Anerkennung:

1. spätestens drei Monate, bevor die Anerkennung abgelaufen ist;
2. wenn festgestellt wird, dass die in der Anerkennung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder aus anderen Gründen die Notwendigkeit besteht, die in der Anerkennung erwähnten Angaben abzuändern.

§ 4 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Anerkennung;
2. die Verfahren zur Abänderung der Anerkennung;
3. die Verfahren zur Erneuerung der Anerkennung;
4. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Verweigerung der Anerkennung oder einer Verweigerung der Abänderung der Anerkennung.

#### Art. 88 - Gleichstellung der Anerkennung

§ 1 - Verfügt der Antragsteller bereits über eine entsprechende Anerkennung, die durch eine Behörde einer anderen Gemeinschaft, eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Beitrittslandes eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens ausgestellt wurde, kann diese Anerkennung zur Niederlassung des Dienstes im deutschen Sprachgebiet in Anwendung von Artikel 49 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union durch die Regierung auf Antrag einer in Anwendung des vorliegenden Dekrets erteilten Anerkennung gleichgestellt werden.

Dienstleistungserbringer aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder eines Beitrittslandes eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens können in Anwendung von Artikel 45 Absatz 3 und Artikel 56 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union im deutschen Sprachgebiet hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes tätig werden, insofern sie in ihrem Herkunftsland über eine Anerkennung oder Zulassung zur Begleitung oder Betreuung von Kindern und Jugendlichen verfügen.

Die Regierung legt das Verfahren zur Gleichstellung der Anerkennung und die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Verweigerung der Gleichstellung der Anerkennung fest.

§ 2 - Die Personen, die in Anwendung von Artikel 86 Absatz 1 Nummer 1 eine Berufsqualifikation nachweisen müssen und diese in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Beitrittsland eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens erhalten haben, beantragen in Anwendung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen bei der zuständigen Behörde eine Anerkennung der im Ausland erhaltenen Qualifikation.

Sind diese Personen bei einem in § 1 Absatz 2 erwähnten Dienstleistungserbringer beschäftigt, der seine Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder eines Beitrittslandes eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens hat, gelten die in Artikel 86 Absatz 1 Nummer 1 festgelegten Qualifikationsbedingungen in Anwendung von Artikel 5 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen als erfüllt.

#### **Art. 89 - Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung**

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter die in Artikel 86 erwähnten Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, sowie folgende weitere Verpflichtungen ein:

1. sie nehmen an fachbezogenen Fortbildungen und Supervisionen teil;
2. sie übermitteln dem Fachbereich auf Anfrage alle erforderlichen Auskünfte;
3. sie übermitteln dem Fachbereich, dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht fristgerecht oder auf Anfrage die erforderlichen Berichte und Informationen;
4. sie übermitteln dem Fachbereich bis zum 31. Mai jeden Jahres einen Bericht über die Umsetzung ihrer Aufgaben zum vorherigen Jahr. Die Regierung legt den Inhalt dieses Berichts fest;
5. sie nehmen mindestens einmal jährlich an einem Inspektionstreffen mit dem Fachbereich teil. Dieses kann bei Bedarf vor Ort stattfinden.

Die Regierung kann die in Absatz 1 erwähnten Verpflichtungen präzisieren und weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes beitragen können.

#### **Art. 90 - Aussetzung und Entzug der Anerkennung**

§ 1 - Hält der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter eine oder mehrere Verpflichtungen nicht ein, fordert die Regierung ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Kommt der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie.

§ 2 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Aussetzung der Anerkennung;
2. die Verfahren zum Entzug der Anerkennung;
3. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Aussetzung und/oder eines Entzugs der Anerkennung.

§ 3 - Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens kann der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter nur die Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen fortführen, die bereits vor Notifizierung der Entscheidung über die Aussetzung oder die Einleitung eines Entzugsverfahrens begonnen wurden.

Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens kann der Fachbereich, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Umsetzung laufender Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen beenden.

#### **Art. 91 - Beendigung der Dienstleistungen**

Unbeschadet einer freiwilligen Einstellung der Dienstleistungen haben der Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 90 oder gegebenenfalls der Ablauf der Anerkennung die Beendigung aller Dienstleistungen im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes des betroffenen Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieters zur Folge.

Die Regierung legt die Verfahren zur Beendigung der Dienstleistungen fest.

### *Abschnitt 2 — Anerkennung von Pflegefamilien*

#### *Unterabschnitt 1 — Anwendungsbereich*

#### **Art. 92 - Spezifischer Anwendungsbereich**

Vorliegender Abschnitt ist anwendbar auf die Anerkennung von Pflegefamilien.

#### *Unterabschnitt 2 — Anerkennungsbedingungen und Anerkennungsverfahren*

#### **Art. 93 - Anerkennungsbedingungen**

Jede natürliche Person, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets eine Pflegschaft übernimmt, muss vor Aufnahme der Tätigkeit von der Regierung als Pflegefamilie anerkannt sein und mindestens folgende Bedingungen erfüllen:

1. keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches haben, der ihr u. a. die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen untersagt. Liegt der Wohnsitz dieser Person im Ausland, weist sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das ihr die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder der Betreuung von Minderjährigen ermöglicht;
2. über ausreichenden und angepassten Wohnraum für die Aufnahme des Kindes oder Jugendlichen verfügen;
3. über dem Bedarf des Kindes oder des Jugendlichen entsprechenden zeitlichen Freiraum verfügen;
4. die Mitglieder der Pflegefamilie, die dem Haushalt angehören, haben keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches, der ihnen u. a. die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen untersagt. Liegt der Wohnsitz dieser Personen im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das ihnen die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder der Betreuung von Minderjährigen ermöglicht;

5. die Mitglieder der Pflegefamilie, die dem Haushalt angehören, sind frei von Suchtproblemen oder Krankheiten, die die Integrität des Kindes oder Jugendlichen ernsthaft gefährden könnten;
6. der Lebensunterhalt der Mitglieder der Pflegefamilie, die dem Haushalt angehören, ist gesichert;
7. die hygienischen Voraussetzungen für die Aufnahme des Kindes oder Jugendlichen sind gegeben.

#### **Art. 94 - Anerkennungsverfahren**

§ 1 - Für den Erhalt der Anerkennung schließen die in Artikel 93 erwähnten natürlichen Personen die Pflegschaftsvorbereitung ab.

Die Pflegefamilienkandidaten können für eine oder mehrere der folgenden Formen der Pflegschaft anerkannt werden:

1. Bereitschaftspflege;
2. Langzeitpflege;
3. Teilzeitpflege.

§ 2 - Die Anerkennung wird für eine Dauer von sechs Jahren erteilt und ist erneuerbar.

Die Anerkennung kann keiner anderen natürlichen Person übertragen werden.

§ 3 - Die Pflegefamilien stellen einen Antrag auf Erneuerung der Anerkennung spätestens einen Monat, bevor die Anerkennung abgelaufen ist.

§ 4 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Anerkennung;
2. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Verweigerung der Anerkennung;
3. die Verfahren zur Abänderung der Anerkennung;
4. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Verweigerung der Abänderung der Anerkennung;
5. die Verfahren zur Erneuerung der Anerkennung;
6. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Verweigerung der Erneuerung der Anerkennung.

#### **Art. 95 - Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung**

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die Pflegefamilien die in Artikel 93 erwähnten Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, sowie folgende weitere Verpflichtungen ein:

1. sie achten die Integrität des Kindes oder Jugendlichen und dessen nationale und internationale Grundrechte sowie die in den Artikeln 4 und 6 erwähnten Rechte und Ansprüche des Kindes, des Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten;
2. sie folgen den in den Artikeln 7 und 8 erwähnten Zielen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes;
3. sie gewährleisten die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Fachbereich;
4. sie gewährleisten den Kontakt der Kinder und Jugendlichen mit ihren Erziehungsberechtigten unter Berücksichtigung der Auflagen und Bedingungen des Fachbereichs, des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts;
5. sie verpflichten sich zu einer respektvollen Haltung gegenüber den Erziehungsberechtigten und grenzen sich gegenüber ihrer Rolle ab;
6. unbeschadet der Informationspflicht gegenüber dem Fachbereich, dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht geben sie vertrauliche Informationen über den Werdegang des Pflegekinde und seine Familienverhältnisse, auch nach Beendigung der Pflegschaft, nicht an andere Personen weiter;
7. sie schließen eine Haftpflichtversicherung zugunsten des Pflegekinde ab;
8. sie nehmen regelmäßig an Gesprächskreisen, organisierten Weiterbildungen oder sonstigen Angeboten des Fachbereichs teil;
9. sie gestatten den Mitarbeitern des Fachbereichs die Durchführung von Hausbesuchen;
10. sie schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Mitarbeiter des Fachbereichs sich jederzeit mit dem Pflegekinde in Verbindung setzen können;
11. sie lassen dem Fachbereich auf Anfrage die notwendigen Auskünfte zukommen.

Die Regierung kann weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Pflegschaft beitragen können.

#### **Art. 96 - Aussetzung und Entzug der Anerkennung**

§ 1 - Hält die Pflegefamilie eine oder mehrere Verpflichtungen nicht ein, fordert die Regierung sie gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Kommt die Pflegefamilie nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie.

§ 2 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Aussetzung der Anerkennung;
2. die Verfahren zum Entzug der Anerkennung;
3. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Aussetzung und/oder eines Entzugs der Anerkennung.

Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens kann der Fachbereich, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Pflegschaft der Pflegefamilie beenden.

#### **Art. 97 - Beendigung der Pflegschaft**

Unbeschadet einer freiwilligen Einstellung der Pflegschaft durch die Pflegefamilie hat der Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 96 oder gegebenenfalls der Ablauf der Anerkennung die Beendigung der Pflegschaft der betroffenen Pflegefamilie zur Folge.

Die Regierung legt die Verfahren zur Beendigung der Pflegschaft fest.

#### **Art. 98 - Pflegeelternausweis**

Jeder Elternteil einer gemäß Artikel 94 anerkannten Langzeitpflegefamilie, die eine Pflegschaft übernimmt, erhält einen Pflegeelternausweis, der ihr Statut als Pflegeeltern belegt.

Der Pflegeelternausweis ist für die Dauer der Pflegschaft gültig und enthält mindestens folgende Angaben:

1. die Identität der Pflegeeltern;
2. die Identität des Pflegekinds;
3. die Pflegschaftsform.

#### **Art. 99 - Höchstanzahl Pflegekinder**

Eine Bereitschafts- oder Langzeitpflegefamilie betreut höchstens drei Pflegekinder gleichzeitig.

In Abweichung von Absatz 1 können nach einer positiven Stellungnahme des Fachbereichs mehr als drei Pflegekinder gleichzeitig betreut werden.

### Unterabschnitt 3 — Pflegschaftsvorbereitung

#### **Art. 100 - Informationsgespräch**

Vor der Pflegschaftsvorbereitung nehmen die Pflegefamilienkandidaten an einem persönlichen Informationsgespräch mit dem Fachbereich teil. Im Rahmen dieses Gesprächs erhalten die Pflegefamilienkandidaten allgemeine Informationen zur Pflegschaft, zur Pflegschaftsvorbereitung und zum Anerkennungsverfahren.

#### **Art. 101 - Fragebogen**

Im Rahmen des in Artikel 100 erwähnten Informationsgesprächs händigt der Fachbereich den Pflegefamilienkandidaten einen Fragebogen zur Teilnahme an der Pflegschaftsvorbereitung aus.

Der Fragebogen enthält folgende Angaben über die Pflegefamilienkandidaten:

1. Identität;
2. Sprachkenntnisse;
3. Wohnsituation;
4. Familiensituation;
5. Familiengeschichte;
6. soziales Umfeld;
7. persönliche Entwicklung;
8. Schulabschluss und Ausbildung;
9. berufliche und finanzielle Situation;
10. Gesundheitszustand;
11. philosophische Auffassung oder Religionszugehörigkeit;
12. Freizeitbeschäftigung;
13. Fähigkeiten und Interessen;
14. Kontaktangaben;
15. Informationen zum Pflegschaftsprojekt.

Die Regierung legt das Muster des Fragebogens fest.

#### **Art. 102 - Einschreibung**

Um sich für die Pflegschaftsvorbereitung einschreiben zu können, erfüllen die Pflegefamilienkandidaten die in Artikel 93 erwähnten Anerkennungsbedingungen. Der Fachbereich überprüft die Erfüllung der Anerkennungsbedingungen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung natürliche Personen, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets die Pflegschaft eines verwandten oder vertrauten Kindes oder Jugendlichen übernehmen, ungeachtet der Erfüllung der in Artikel 93 erwähnten Anerkennungsbedingungen für die Pflegschaftsvorbereitung zulassen, insofern eine positive Stellungnahme des Fachbereichs vorliegt.

Die Regierung legt die Liste der Dokumente, die für die Einschreibung zur Teilnahme an der Pflegschaftsvorbereitung vorzulegen sind, sowie das Verfahren zur Erstellung der positiven Stellungnahme des Fachbereichs fest.

#### **Art. 103 - Pflegschaftsvorbereitung**

Die Pflegschaftsvorbereitung wird durch den Fachbereich organisiert.

Pflegefamilienkandidaten, die zusammenwohnen, müssen gemeinsam an der Pflegschaftsvorbereitung teilnehmen.

Der Fachbereich kann Dritte mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der Pflegschaftsvorbereitung beauftragen.

Die Regierung legt den Inhalt, die Modalitäten und die Dauer der Pflegschaftsvorbereitung fest.

#### **Art. 104 - Gleichstellung einer Vorbereitung**

Die Regierung legt fest, unter welchen Bedingungen eine andere Pflegschaftsvorbereitung oder die Vorbereitung auf eine andere Form der Aufnahme von Kindern der Pflegschaftsvorbereitung des Fachbereichs ganz oder teilweise gleichgestellt werden kann.

*Abschnitt 3 — Vertrag***Art. 105 - Inhalt**

§ 1 - Die in Artikel 107 Absatz 1 erwähnte Bezuschussung, deren Modalitäten sowie eine Aufgabenbeschreibung werden im Rahmen eines Vertrags zwischen der Regierung und den anerkannten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbietern festgelegt.

Die Regierung legt den Rahmen sowie die weiteren Inhalte des Vertrags fest.

§ 2 - Die Regierung kann mit anerkannten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbietern oder mit Dienstleistern einen Vertrag abschließen, in dem die Modalitäten der in Artikel 107 Absatz 2 erwähnten Kostenübernahme festgelegt werden.

Die Regierung legt den Rahmen sowie die weiteren Inhalte des Vertrags fest.

**Art. 106 - Dauer**

Die Dauer der in Artikel 105 erwähnten Verträge beträgt mindestens ein Jahr und höchstens sechs Jahre. Insofern der Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter weiterhin anerkannt ist, ist der Vertrag nach Ablauf verlängerbar.

**KAPITEL 7 — FINANZIELLE BESTIMMUNGEN***Abschnitt 1 — Bezuschussung, Kostenübernahme und Pflegschaftsgeld***Art. 107 - Bezuschussung und Kostenübernahme**

Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel unter den von ihr festgelegten Bedingungen den Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbietern Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten zwecks Umsetzung der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen gewähren.

Unbeschadet anderslautender innerbelgischer oder internationaler Zusammenarbeitsabkommen und der Amtshilfe sowie anderer in vorliegendem Dekret festgelegten finanziellen Bestimmungen übernimmt die Regierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel unter den von ihr festgelegten Bedingungen die Kosten der Beratungen sowie der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen, die in Anwendung des vorliegenden Dekrets vereinbart oder angeordnet wurden.

**Art. 108 - Zuschusskontrolle**

Die Kontrolle der Verwendung der in Ausführung des vorliegenden Dekrets gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

**Art. 109 - Pflegschaftsgeld**

Personen, die in Ausführung des vorliegenden Dekrets eine Pflegschaft übernehmen, erhalten zur Deckung der Betreuungskosten der Pflegekinder eine pauschale Entschädigung pro Tag und pro Pflegekind. Diese Entschädigung wird Pflegschaftsgeld genannt.

Die Regierung legt die Höhe, die Gewährungsbedingungen und die Auszahlungsmodalitäten des Pflegschaftsgelds fest.

*Abschnitt 2 — Kostenbeteiligung***Art. 110 - Kostenbeteiligung der Unterhaltspflichtigen**

§ 1 - Die unterhaltspflichtigen Personen oder der junge Erwachsene können zu einer Beteiligung an den Kosten der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen sowie der in Artikel 28 erwähnten Beratung verpflichtet werden.

Die Regierung legt die Bedingungen und die Höhe der Kostenbeteiligung sowie die Modalitäten zu ihrer Berechnung fest.

Die Regierung legt die Bedingungen fest, unter denen eine Kostenbeteiligung ganz oder teilweise erlassen werden kann, wenn die finanzielle Belastung den unterhaltspflichtigen Personen oder dem jungen Erwachsenen nicht zuzumuten ist.

§ 2 - Die Kostenbeteiligung tritt am ersten Tag des Monats nach dem Monat, in dem die Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme begonnen hat, in Kraft.

§ 3 - Im Falle einer ausbleibenden Zahlung der in § 1 erwähnten Kostenbeteiligung können die ausstehenden Beträge gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begetrieben werden.

*Abschnitt 3 — Finanzielle Beihilfen***Art. 111 - Lebenshaltungskosten**

Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter sowie Dienstleister, die selbstständig wohnende Kinder und Jugendliche im Rahmen des Dekrets ambulant begleiten, können für die Deckung der Lebenshaltungskosten dieser Kinder und Jugendlichen eine Kostenentschädigung pro Kind oder Jugendlichen beantragen.

Die Regierung legt die Gewährungsbedingungen und die Finanzierungsmodalitäten der Kostenentschädigung sowie die Bedingungen und die Modalitäten des Antrags fest.

**Art. 112 - Sonderauslagen und Ausgaben von Erziehungsberechtigten**

§ 1 - Erziehungsberechtigte, deren Kind oder Jugendlicher im Rahmen des vorliegenden Dekrets durch den Fachbereich, einen Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter, einen Dienstleister oder eine Pflegefamilie behandelt, betreut oder begleitet wird, können eine Finanzierung der Sonderauslagen für dieses Kind oder diesen Jugendlichen beantragen.

Die Regierung legt die Art der Sonderauslagen, die Bedingungen und die Modalitäten ihrer Finanzierung sowie die Bedingungen und die Modalitäten des Antrags fest.

§ 2 - Erziehungsberechtigte, deren Kind oder Jugendlicher sich in einer stationären Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme befindet, können eine Finanzierung der Ausgaben zur Förderung der Kontakte mit diesem Kind oder Jugendlichen beantragen.



Die Regierung legt die Art der Ausgaben, die Bedingungen und die Modalitäten ihrer Finanzierung sowie die Bedingungen und die Modalitäten des Antrags fest.

#### **Art. 113 - Ausgaben von stationären und teilstationären Anbietern, Dienstleistern sowie Pflegefamilien**

Im Rahmen von stationären und teilstationären Maßnahmen können Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, Dienstleister sowie Pflegefamilien eine Finanzierung der Ausgaben für die behandelten, betreuten oder begleiteten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen beantragen.

Die Regierung legt die Art der Ausgaben, die Bedingungen und die Modalitäten ihrer Finanzierung sowie die Bedingungen und die Modalitäten des Antrags fest.

#### **Art. 114 - Finanzielle Unterstützung der stationär betreuten Kinder**

Die Regierung kann Kindern, die sich in einer stationären Jugendhilfemaßnahme befinden, während der Dauer der Maßnahme zur Förderung ihrer Integration bei Erreichen der Volljährigkeit eine finanzielle Unterstützung gewähren.

Die Regierung legt die Höhe, die Gewährungsbedingungen und die Auszahlungsmodalitäten der finanziellen Unterstützung fest.

### KAPITEL 8 — BESCHWERDEN

#### **Art. 115 - Beschwerderecht**

§ 1 - Kinder, Jugendliche und ihre Erziehungsberechtigten sowie junge Erwachsene, die eine Beschwerde gegen eine Amtshandlung oder Arbeitsweise einer natürlichen oder juristischen Person, die mit der Umsetzung von Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen oder einer Beratung beauftragt wurde, erheben möchten, richten diese schriftlich an die Leitung der juristischen Person oder an die natürliche Person selbst.

Kommt es auf Initiative der Person, gegen die sich die Beschwerde richtet, im Rahmen eines Gesprächs zu keiner Einigung, richten die Parteien ihre Beschwerde an die Leitung des Fachbereichs, die sie zum Sachverhalt der Beschwerde anhört.

Kinder, Jugendliche und ihre Erziehungsberechtigten sowie junge Erwachsene, die eine Beschwerde gegen eine Amtshandlung oder Arbeitsweise des Fachbereichs erheben möchten, richten diese schriftlich an die Leitung des Fachbereichs.

Sowohl die Person, die die Beschwerde eingereicht hat, als auch die von der Beschwerde betroffene Person haben das Recht, von der Leitung des Fachbereichs zum Sachverhalt der Beschwerde angehört zu werden.

Jede an die Leitung des Fachbereichs herangetragene Beschwerde und deren Folge werden in ein dazu angelegtes Register eingetragen. Die Regierung hat Einsicht in dieses Register.

§ 2 - Die Regierung legt das weitere Verfahren für Beschwerden fest.

### KAPITEL 9 — BERUFSGEHEIMNIS UND AKTENEINSICHT

#### **Art. 116 - Geheimhaltungspflicht**

§ 1 - Gemäß Artikel 458 des Strafgesetzbuches ist jeder, der in gleich welcher Eigenschaft an der Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen mitwirkt, aufgrund dieser Mitwirkung zur Geheimhaltung der Sachverhalte verpflichtet, die ihm bei der Erfüllung seines Auftrags anvertraut werden und damit im Zusammenhang stehen.

§ 2 - In Abweichung von § 1 darf jede natürliche oder juristische Person, die an der Anwendung des vorliegenden Dekrets mitwirkt, die Sachverhalte, die ihr bei der Erfüllung ihres Auftrags anvertraut werden und damit im Zusammenhang stehen, nur unter einer der folgenden Bedingungen weitergeben:

1. der Empfänger unterliegt ebenfalls dem Berufsgeheimnis und die Weitergabe ist erforderlich, um das Ziel der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme oder der Beratung zu erreichen oder um die mögliche Gefährdung des Kindes oder Jugendlichen festzustellen. Der weitergegebene Sachverhalt beschränkt sich auf das für das Ziel der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme oder der Beratung oder auf das für die Feststellung der Gefährdung notwendige Maß. Das Kind oder der Jugendliche, die das erforderliche Urteilsvermögen besitzen oder mindestens zwölf Jahre alt sind, und die Erziehungsberechtigten des Kindes oder des Jugendlichen sowie der junge Erwachsene müssen vorab ihre Einwilligung zur Weitergabe des Sachverhalts an den Empfänger erteilt haben, es sei denn, dies steht der Integrität des Kindes oder Jugendlichen entgegen;

2. die Weitergabe erfolgt an Mitarbeiter des Fachbereichs, die diese vertraulichen Sachverhalte ausschließlich für zweckgebundene Verwaltungsaufgaben benötigen. Diese vertraulichen Sachverhalte werden, soweit dies mit dem Ziel zu vereinbaren ist, anonymisiert;

3. die Weitergabe erfolgt an die Leitung des Fachbereichs, unter der Voraussetzung, dass dies zur Ausübung der Aufsicht über den Fachbereich erforderlich ist. Diese vertraulichen Sachverhalte werden, soweit dies mit dem Ziel zu vereinbaren ist, anonymisiert;

4. die Weitergabe erfolgt im Rahmen eines durch Vertrag, Urteil oder Beschluss erteilten Auftrags in der Form einer Sozialuntersuchung oder eines Berichts, die dem Auftraggeber übermittelt werden und nur die vertraulichen Sachverhalte enthalten, die für die Ausführung des Auftrags erforderlich sind. Die Person, die Gegenstand dieser Sozialuntersuchung oder dieses Berichts ist, muss vorab über die erforderliche Berichterstattung informiert werden.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Einholung der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Einwilligung fest.

§ 3 - Die Person, die die vertraulichen Sachverhalte schriftlich festgehalten hat, muss jeweils in die Übermittlung ihrer Unterlagen eingewilligt haben.

Werden vertrauliche Sachverhalte übermittelt, dürfen sie vom Empfänger nur zu dem Zweck weitergegeben werden, zu dem er diese befugterweise erhalten hat.

#### **Art. 117 - Akteneinsicht**

§ 1 - Unbeschadet des Artikels 55 des Gesetzes vom 8. April 1965 ist das Dekret vom 16. Oktober 1995 anwendbar auf den Fachbereich.

In Abweichung von Artikel 9 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 und unbeschadet des Artikels 5 §§ 1 und 2 desselben Dekrets weist der Fachbereich einen Antrag auf Einsicht, Erklärung oder Abschrift bezüglich eines Verwaltungsdokuments ab, wenn die Öffentlichkeit des Verwaltungsdokuments:

1. der Integrität Dritter oder der Integrität des von der Jugendhilfe- oder der Jugendschutzmaßnahme betroffenen Kindes, Jugendlichen oder Erziehungsberechtigten oder des von der Beratung betroffenen jungen Erwachsenen entgegensteht;

2. dem Ziel der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes widerspricht;

3. die erreichten Resultate der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme gefährdet.

Ungeachtet des Artikels 5 § 3 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 weist der Fachbereich einen Antrag auf Einsicht, Erklärung oder Abschrift bezüglich eines Verwaltungsdokuments ab, wenn dieses psychologische oder medizinische Gutachten oder vertrauliche Unterlagen betrifft, die dem Fachbereich vom Prokurator des Königs, vom Jugendrichter oder vom Jugendgericht übermittelt wurden.

§ 2 - Die Regierung legt die weiteren Modalitäten des Einsichtverfahrens sowie das Einspruchsverfahren im Falle eines abgelehnten Antrags fest.

#### KAPITEL 10 — VERTRAULICHKEIT, ZUSAMMENARBEIT UND DATENSCHUTZ

##### **Art. 118 - Vertraulichkeit**

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen ist jeder, der in gleich welcher Eigenschaft an der Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen mitwirkt, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihm in Ausübung seines Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

##### **Art. 119 - Verarbeitung personenbezogener Daten**

§ 1 - Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Die Regierung, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter, das Jugendgericht, die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, die Dienstleister, die Pflegefamilien und der in Artikel 34 Absatz 2, 57 § 2 Absatz 4 und 76 § 2 Absatz 4 erwähnte Mediator dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge in Zusammenhang mit dem vorliegenden Dekret verwenden.

Die in Absatz 2 erwähnten natürlichen und juristischen Personen weisen in diesem Zusammenhang ihre Mitarbeiter und externen Berater auf ihre Pflichten zur Informationssicherheit und zum Datenschutz hin.

§ 2 - Die Regierung, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter, das Jugendgericht, die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, die Dienstleister und die Pflegefamilien sind jeweils für die im vorliegenden Dekret erwähnten Verarbeitungen personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Als Verantwortliche für diese Verarbeitung im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung gelten:

1. die Regierung für die Erfüllung der in den Artikeln 21, 22 und 23 sowie Kapitel 6 erwähnten Aufgaben;

2. der Prokurator des Königs, der Jugendrichter und das Jugendgericht für die Erfüllung der in Kapitel 4 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2, Kapitel 4 Abschnitt 3 und Kapitel 5 erwähnten Aufgaben;

3. die Jugendhilfeanbieter, die Jugendschutzanbieter, die Dienstleister und die Pflegefamilien für die Erfüllung der in den Artikeln 28 Absatz 3, 31, 40 und 66 erwähnten Aufgaben.

§ 3 - Im Sinne von Artikel 4 Nummer 8 der Datenschutz-Grundverordnung gilt der in Artikel 34 Absatz 2, 57 § 2 Absatz 4 und 76 § 2 Absatz 4 erwähnte Mediator als Auftragsverarbeiter. Er verarbeitet personenbezogene Daten im Rahmen dieses Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen ausschließlich im Auftrag der Regierung.

##### **Art. 120 - Datenkategorien**

§ 1 - Die Regierung, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter, das Jugendgericht, die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, die Dienstleister und die Pflegefamilien können gemäß Artikel 119 folgende Kategorien personenbezogener Daten der Kinder, Jugendlichen und ihrer Erziehungsberechtigten sowie der jungen Erwachsenen verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;

2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;

3. Daten zu den Sprachkenntnissen;

4. Daten zur Familiensituation;

5. Daten zur sozialen und finanziellen Situation;

6. Daten zur Freizeitbeschäftigung;

7. Daten zu den Fähigkeiten und Interessen;

8. medizinische und psychologische Daten;

9. besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;

10. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung;

11. Daten zur philosophischen Auffassung oder zur Religionszugehörigkeit.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes gemäß den Artikeln 7 und 8 verarbeitet werden.

§ 2 - Die anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter können gemäß Artikel 119 folgende Kategorien personenbezogener Daten der Personalmitglieder verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;

2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;

3. Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;

4. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Beantragung der Anerkennung durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter Einhaltung der in Artikel 86 aufgeführten Bedingungen verarbeitet werden.

§ 3 - Im Auftrag der Regierung kann der in Artikel 34 Absatz 2, 57 § 2 Absatz 4 und 76 § 2 Absatz 4 erwähnte Mediator alle in § 1 Absatz 1 erwähnten angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten verarbeiten.

§ 4 - Die Regierung kann die in §§ 1 bis 3 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.

#### **Art. 121 - Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken**

Die Regierung greift zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf anonymisierte Daten über die in Artikel 120 erwähnten Personenkategorien zurück.

Die Erstellung von Analysen und Statistiken dient der Regierung dazu, den Bedarf in der Jugendhilfe und im Jugendschutz zu ermitteln und die Politik in der Jugendhilfe und im Jugendschutz zu planen.

#### **Art. 122 - Dauer der Datenverarbeitung**

Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, dürfen die in Artikel 120 § 1 Absatz 1 erwähnten Daten höchstens 30 Jahre ab dem Erreichen der Volljährigkeit der betroffenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, dürfen die in Artikel 120 § 2 Absatz 1 erwähnten Daten höchstens zehn Jahre ab ihrer Erhebung in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden die Daten spätestens nach Ablauf der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Fristen vernichtet.

#### **Art. 123 - Sicherheitsmaßnahmen**

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.

### KAPITEL 11 — STRAFRECHTLICHE BESTIMMUNGEN

#### **Art. 124 - Strafmaßnahmen**

§ 1 - Jede natürliche oder juristische Person, die hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes tätig ist oder im Rahmen des vorliegenden Dekrets eine Pflegschaft übernimmt, ohne über eine gemäß Artikel 87 oder Artikel 94 erteilte Anerkennung zu verfügen, oder deren Anerkennung ausgesetzt oder entzogen wurde, wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten und mit einer Geldstrafe von 25 Euro bis zu 5.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen belegt.

Im Wiederholungsfall innerhalb von fünf Jahren nach einer rechtskräftigen Verurteilung wegen des vorgenannten Verstoßes können die Strafen verdoppelt werden.

§ 2 - Die Erziehungsberechtigten, die sich vereinbarten oder angeordneten Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen entziehen oder die bei deren Umsetzung offensichtlich nicht kooperieren, werden mit einer Geldstrafe von 25 Euro bis 500 Euro belegt.

### KAPITEL 12 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

#### **Art. 125 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 29*bis* des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz, die Betreuung Minderjähriger, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, und die Wiedergutmachung des durch diese Tat verursachten Schadens, ersetzt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

#### **Art. 126 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 36 Nummer 4 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 24. Dezember 1992, wird aufgehoben.

#### **Art. 127 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 36*bis* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 9. Mai 1972, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1, abgeändert durch die Gesetze vom 19. Januar 1990 und 2. Februar 1994, wird aufgehoben.

2. Absatz 2, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird aufgehoben.

3. In Absatz 3, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird die Wortfolge „im vorliegenden Artikel“ durch die Wortfolge „in Artikel 63 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

#### **Art. 128 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 37 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird wie folgt abgeändert:

1. Die §§ 1 bis 2*quinquies*, abgeändert durch die Gesetze vom 13. Juni 2006 und 27. Dezember 2006 und das Dekret vom 22. Februar 2016, werden aufgehoben.

2. § 3 Absätze 1 bis 3, abgeändert durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und das Dekret vom 22. Februar 2016, werden aufgehoben.

3. § 4, abgeändert durch das Gesetz vom 10. August 2005, wird aufgehoben.

#### **Art. 129 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 37bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 15. Mai 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

**Art. 130 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 37ter desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 15. Mai 2006, wird aufgehoben.

**Art. 131 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 37quater desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 15. Mai 2006, wird aufgehoben.

**Art. 132 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 37quinquies desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 15. Mai 2006, wird aufgehoben.

**Art. 133 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 39 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird aufgehoben.

**Art. 134 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 41 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 1994 und 13. Juni 2006, wird aufgehoben.

**Art. 135 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 42 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 1994 und 15. Mai 2006, wird aufgehoben.

**Art. 136 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 43 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe „Artikel 36 Nr. 4“ durch die Wortfolge „Artikel 63 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ und die Wortfolge „des vorliegenden Gesetzes“ durch die Wortfolge „des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Angabe „Artikel 36 Nr. 4“ durch die Wortfolge „Artikel 63 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ und die Angabe „Artikel 37“ durch die Wortfolge „Artikel 73 § 3 Absatz 1 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

**Art. 137 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 44 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 30. Juli 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 wird die Wortfolge „als Straftat qualifizierte Tat“ durch das Wort „Jugendstraftat“ ersetzt.

2. In § 3 wird die Wortfolge „als Straftat qualifizierte Tat“ durch das Wort „Jugendstraftat“ ersetzt.

**Art. 138 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 45bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

**Art. 139 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 45ter desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben.

**Art. 140 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 45quater desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

**Art. 141 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 46bis Absatz 1 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 27. April 1999, wird die Angabe „Artikel 36 Nr. 4“ durch die Wortfolge „Artikel 63 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

**Art. 142 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 47 Absatz 3 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 15. Mai 2006, wird die Angabe „Artikel 36 Nr. 4“ durch die Wortfolge „Artikel 63 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ und die Angabe „Artikel 45quater“ durch die Wortfolge „Artikel 57 des oben genannten Dekrets“ ersetzt.

**Art. 143 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 48 § 2 Absatz 2 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird die Angabe „Artikel 57bis“ durch die Wortfolge „Artikel 84 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

**Art. 144 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 49 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch die Gesetze vom 4. Mai 1999, 6. Januar 2003 und 13. Juni 2006, wird die Wortfolge „in Artikel 52 erwähnten Betreuungsmaßnahmen ergreifen“ durch die Wortfolge „in Artikel 70 § 3 Absatz 1 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz erwähnten Maßnahmen anordnen,“ ersetzt.



2. In Absatz 5 wird die Angabe „Artikel 57bis“ durch die Wortfolge „Artikel 84 des oben genannten Dekrets“ ersetzt.

**Art. 145 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 50 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 15. Mai 2006, wird aufgehoben.

**Art. 146 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 51 § 1 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge „als Straftat qualifizierte Tat“ durch das Wort „Jugendstraftat“ ersetzt.

**Art. 147 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 52 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und abgeändert durch die Gesetze vom 15. Mai 2006 und vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

**Art. 148 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 52bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

**Art. 149 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 52ter Absatz 5 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird die Angabe „Artikel 52“ durch die Wortfolge „Artikel 70 § 3 Absatz 1 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

**Art. 150 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 52quater Absätze 1 bis 4 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch die Gesetze vom 30. Juni 1994, 13. Juni 2006 und 27. Dezember 2006, werden aufgehoben.

**Art. 151 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 52quinquies desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben.

**Art. 152 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 56 Absatz 1 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird die Wortfolge „in Artikel 52 erwähnte Maßnahmen ergriffen werden“ durch die Wortfolge „in Artikel 70 § 3 Absatz 1 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz erwähnte Maßnahmen angeordnet werden“ ersetzt.

**Art. 153 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 57bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 31. Juli 2009, wird aufgehoben.

2. § 2 wird aufgehoben.

3. In § 5 wird die Wortfolge „des vorliegenden Artikels“ durch die Wortfolge „von Artikel 84 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

**Art. 154 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 58 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 1994 und 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge „der Artikel 52,“ durch die Wortfolge „der Artikel 69, 70 und 71 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz sowie Artikel“ ersetzt und zwischen die Angabe „Artikel 53 Absatz 3“ und den Punkt wird die Wortfolge „des vorliegenden Gesetzes“ eingefügt.

**Art. 155 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 59 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 4. Mai 1999, wird die Angabe „Artikel 52“ durch die Wortfolge „Artikel 70 § 3 Absatz 1 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

**Art. 156 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 60 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1 und 2, abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 1994, 15. Mai 2006, 13. Juni 2006 und 27. Dezember 2006, werden aufgehoben.

2. Absatz 3, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben, mit Ausnahme von Satz 2.

3. Absatz 4, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben, mit Ausnahme von Satz 2.

4. Absatz 5, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben, mit Ausnahme von Satz 2.

5. Absatz 6, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben.

**Art. 157 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 61 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch die Gesetze vom 15. Mai 2006 und vom 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge „als Straftat qualifizierte Tat“ durch die Wortfolge „Jugendstraftat“ ersetzt.

2. In Absatz 4, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird die Wortfolge „als Straftat qualifizierte Tat“ durch die Wortfolge „Jugendstraftat“ ersetzt.

**Art. 158 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 63 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und das Dekret vom 20. März 1995, wird die Wortfolge „der Artikel 37 und 39“ durch die Wortfolge „des Artikels 73 § 3 Absatz 1 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ und die Angabe „Artikel 36 Nr. 1, 3 und 4“ durch die Wortfolge „Artikel 63 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

**Art. 159 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 63ter Absatz 1 Buchstabe b) desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird die Angabe „Artikel 37 § 2“ durch die Wortfolge „Artikel 73 § 3 Absatz 1 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

**Art. 160 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 63quater desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge „Die Artikel 52bis;“ durch die Wortfolge „Die Artikel 69, 70 und 71 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz sowie die Artikel“ ersetzt und zwischen die Wortfolge „52quater Absatz 9 und 10“ und das Wort „sind“ wird die Wortfolge „des vorliegenden Gesetzes“ eingefügt.

**Art. 161 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 69 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 20. März 1995, wird aufgehoben.

**Art. 162 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 74 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 20. März 1995, wird aufgehoben.

**Art. 163 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 78 desselben Gesetzes wird aufgehoben.

**Art. 164 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 79 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 20. März 1995, wird aufgehoben.

**Art. 165 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 85 desselben Gesetzes, wieder eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben.

**Art. 166 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 6bis des Dekrets vom 9. Mai 1988 über den Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 3, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 19. April 2010, wird die Wortfolge „der Artikel 32 und 33 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen“ durch die Wortfolge „von Kapitel 7 Abschnitt 2 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

2. § 2 Nummer 3, ersetzt durch das Dekret vom 27. April 2020, wird wie folgt ersetzt:

„3. Übernahme von finanziellen Beihilfen in Anwendung von Kapitel 7 Abschnitt 3 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz;“

3. § 2 Nummer 4, eingefügt durch das Dekret vom 23. April 2018, wird aufgehoben.

**Art. 167 - Aufhebungsbestimmung**

Das Dekret vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird aufgehoben.

**Art. 168 - Übergangsbestimmung**

Ungeachtet eventuell abgeschlossener Verträge sind die in Anwendung von Artikel 22 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen erteilten Anerkennungen bei Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets bis zu ihrem Ablauf weiterhin gültig.

**Art. 169 - Übergangsbestimmung**

Die Artikel 35 und 36 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen bleiben auf alle bei Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets am Jugendgericht anhängigen Angelegenheiten bis zu deren Abschluss anwendbar.

**Art. 170 - Übergangsbestimmung**

Eine vorläufige Maßnahme oder eine Maßnahme zum Grunde, die vom Jugendrichter oder Jugendgericht in Anwendung des Gesetzes vom 8. April 1965 oder des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen angeordnet wurde und die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets in Umsetzung ist, wird weiterhin umgesetzt.

**Art. 171 - Übergangsbestimmung**

Eine Sache, die vor dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht in Anwendung des Gesetzes vom 8. April 1965 oder des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen verhandelt wurde und über die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets eine Entscheidung getroffen wurde, die aber noch nicht vollstreckt wird, wird gemäß der getroffenen Entscheidung vollstreckt.

**Art. 172 - Übergangsbestimmung**

Die im Gesetz vom 8. April 1965 und im Dekret vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen erwähnten Bestimmungen über die Vollstreckung der in den Artikeln 170 und 171 erwähnten vorläufigen Maßnahmen, Maßnahmen zum Grunde und Entscheidungen sind anwendbar, einschließlich der in Artikel 60 des vorgenannten Gesetzes und Artikel 17 § 2 des vorgenannten Dekrets vorgesehenen Möglichkeiten der Abänderung.

**Art. 173 - Übergangsbestimmung**

Für die Anwendung der in Artikel 84 § 1 erwähnten Entscheidung zur Abgabe der Sache wird die in Artikel 37 § 2 Nummer 8 des Gesetzes vom 8. April 1965 erwähnte Unterbringung in einer öffentlichen gemeinschaftlichen Jugendschutzeinrichtung den in Artikel 82 § 1 Absatz 1 Nummern 6 und 7 erwähnten stationären Betreuungen gleichgestellt.

**Art. 174 - Inkrafttreten**

Das vorliegende Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.  
Eupen, den 13. November 2023

O. PAASCH

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—  
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2023-2024*

Nummerierte Dokumente:

284 (2022-2023) Nr. 1 Dekretentwurf + Erratum

284 (2023-2024) Nr. 2 Bericht

284 (2023-2024) Nr. 3 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 13. November 2023 - Nr. 64 Diskussion und Abstimmung

—  
TRADUCTION

COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[C – 2024/001120]

**13 NOVEMBRE 2023. — Décret relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse (1)**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup> — DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Section 1<sup>re</sup> — Dispositions introductives

**Article 1<sup>er</sup>. Champ d'application général**

Les dispositions du présent décret sont applicables :

1° aux enfants dont l'intégrité, le bon développement, l'éducation ou la participation sociale sont menacés par leur propre comportement, par le comportement des personnes qui exercent l'autorité parentale, par le comportement de tiers, par leurs conditions de vie, par des conflits relationnels ou par des événements particuliers ;

2° aux jeunes adultes qui ont besoin de conseils et d'une orientation lors de leur transition vers une vie autonome ;

3° aux jeunes suspects ou délinquants ;

4° aux personnes qui exercent l'autorité parentale qui ont des difficultés à assurer l'intégrité, le bon développement, l'éducation ou la participation sociale de leur enfant ;

5° aux opérateurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse, les prestataires de services ainsi que les familles d'accueil chargés de mettre en œuvre des mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse dans le cadre du présent décret ;

6° au procureur du Roi, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse, qui proposent ou ordonnent des mesures d'aide ou de protection de la jeunesse dans le cadre du présent décret.

**Art. 2. Désignations de personnes**

Dans le présent décret, les désignations des personnes s'appliquent à tous les genres.

**Art. 3. Définitions**

Aux fins du présent décret, il faut entendre par :

1° accueil d'urgence : l'accueil temporaire d'un enfant ou d'un jeune dans une famille d'accueil d'urgence ;

2° famille d'accueil d'urgence : la famille d'accueil reconnue conformément à l'article 94, qui peut être chargée d'un accueil d'urgence ;

3° Règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données) ;

4° décret du 16 octobre 1995 : le décret du 16 octobre 1995 relatif à la publicité des documents administratifs ;

5° prestataire de services : la personne physique ou morale dont l'activité principale n'est pas l'aide à la jeunesse ou la protection de la jeunesse et qui peut être chargée de la mise en œuvre de mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse ;

6° aide consensuelle à la jeunesse : l'aide spécialisée élaborée par le département en accord avec l'enfant ayant le discernement nécessaire ou âgé d'au moins douze ans et avec les personnes qui exercent l'autorité parentale ou le jeune adulte ;

7° prestation éducative et d'intérêt général : travail non rémunéré d'un certain nombre d'heures dans un service, une association ou une institution, qui peut être ordonné par le juge de la jeunesse ou par le tribunal de la jeunesse conformément aux articles 59, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, à l'article 70, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, et à l'article 73, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, 3° ;

8° personne qui exerce l'autorité parentale : la personne physique qui, en vertu de la loi ou d'une décision judiciaire, dispose de l'autorité parentale sur l'enfant ou le jeune, son tuteur ainsi que la personne désignée conformément à l'article 34 de la loi du 8 avril 1965 ;

9° département : le département du ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse ;

10° menace : l'atteinte à l'intégrité de l'enfant déjà survenue ou à laquelle il faut s'attendre en raison de son propre comportement, du comportement des personnes qui exercent l'autorité parentale, du comportement de tiers, de ses conditions de vie, de conflits relationnels ou d'événements particuliers ;

11° aide judiciaire à la jeunesse : l'aide spécialisée ordonnée par le juge de la jeunesse ou par le tribunal de la jeunesse ;

12° loi du 8 avril 1965 : la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse, à la prise en charge des mineurs ayant commis un fait qualifié infraction et à la réparation du dommage causé par ce fait ;

13° lieu de vie habituel : l'endroit où se trouve le centre d'activité de la personne physique ;

14° intégrité : l'intégrité physique, psychique et morale ;

15° aide à la jeunesse : l'aide spécialisée accordée à l'enfant et aux personnes qui exercent l'autorité parentale. L'aide à la jeunesse comprend l'aide consensuelle et l'aide judiciaire à la jeunesse ;

16° opérateur de l'aide à la jeunesse : la personne physique ou morale reconnue conformément à l'article 87, qui peut être chargée de la mise en œuvre de mesures d'aide à la jeunesse ;

17° mesures d'aide à la jeunesse : les mesures convenues ou ordonnées dans le cadre de l'aide consensuelle ou judiciaire à la jeunesse pour les enfants jusqu'à l'âge de 18 ans ou les personnes qui exercent l'autorité parentale ou qui sont prolongées ou convenues jusqu'à l'âge de 21 ans au maximum conformément à l'article 50, § 1<sup>er</sup> ;

18° jeune : le jeune suspect ou délinquant ;

19° protection de la jeunesse : l'intervention du procureur du Roi, du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse à l'égard des jeunes ;

20° opérateur de la protection de la jeunesse : la personne physique ou morale reconnue conformément à l'article 87, qui peut être chargée de la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse ;

21° mesures de protection de la jeunesse : les mesures proposées ou ordonnées dans le cadre de la protection de la jeunesse ;

22° fait de délinquance juvénile : fait qualifié infraction commis par une personne physique avant l'âge de 18 ans ;

23° jeune adulte : toute personne physique âgée de 18 à 21 ans, domiciliée en région de langue allemande, et qui demande une prolongation de l'accompagnement conformément aux articles 50 ou 75 ou qui bénéficie d'une orientation dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse conformément à l'article 28 ;

24° enfant : toute personne physique de moins de 18 ans accompagnée dans le cadre de l'aide à la jeunesse ;

25° entretien à long terme : l'accueil à long terme d'un enfant ou d'un jeune dans une famille d'accueil à long terme ;

26° famille d'accueil à long terme : la famille d'accueil reconnue conformément à l'article 94, qui peut être chargée d'un entretien à long terme ;

27° victime : la personne physique qui a subi un préjudice physique, psychique ou moral ou une perte économique, conséquence directe ou indirecte d'un fait de délinquance juvénile, ou la personne morale qui a subi une perte économique, conséquence directe ou indirecte d'un fait de délinquance juvénile ;

28° accueil familial : la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse résidentielle ou semi-résidentielle, qui comprend l'accueil d'urgence, l'entretien à long terme, ainsi que l'entretien à temps partiel ;

29° famille d'accueil : la famille d'accueil d'urgence, la famille d'accueil à long terme ou la famille d'accueil à temps partiel ;

30° jeune délinquant : la personne physique ayant fait l'objet d'une condamnation coulée en force de chose jugée pour un fait de délinquance juvénile ;

31° jeune suspect : la personne physique soupçonnée d'un fait de délinquance juvénile ;

32° entretien à temps partiel : la prise en charge ponctuelle d'un enfant ou d'un jeune par une famille d'accueil à temps partiel ;

33° famille d'accueil à temps partiel : la famille d'accueil reconnue conformément à l'article 94, qui peut être chargée d'un entretien à temps partiel ;

34° personnes familières : les personnes physiques avec lesquelles l'enfant ou le jeune a un lien social ou affectif, sans qu'il y ait nécessairement un lien de parenté ;

35° personnes apparentées : les personnes physiques qui ont un lien de parenté avec l'enfant ou le jeune ;



36° ACCA : l'Autorité centrale communautaire en matière d'adoption visée à l'article 6 du décret du 27 avril 2020 relatif à l'adoption d'enfants, qui peut, dans le cadre du présent décret, demander une prise en charge résidentielle d'enfants.

*Section 2 — Droits de l'enfant, du jeune et des personnes qui exercent l'autorité parentale*

**Art. 4. Droits**

Toute personne physique ou morale qui participe à l'exécution du présent décret respecte les droits de l'enfant et du jeune, notamment ceux énumérés dans la Constitution et la Convention du 20 novembre 1989 relative aux droits de l'enfant. Les éléments suivants sont notamment garantis :

1° Toute personne physique ou morale qui participe à l'exécution du présent décret tient compte en priorité des besoins de l'enfant et du jeune. Ceux-ci sont recueillis dans le cadre d'un échange avec l'enfant ou le jeune et, dans la mesure du possible, avec la participation des personnes qui exercent l'autorité parentale.

2° Sans préjudice des dispositions procédurales de la loi du 8 avril 1965, l'enfant et le jeune ont, dans le cadre du présent décret, le droit d'exprimer librement leur opinion sur toute décision les concernant. Leur avis doit être pris en compte en fonction de leur âge et de leur discernement.

3° Toute personne physique ou morale qui participe à l'exécution du présent décret respecte les droits de l'enfant et du jeune, sans aucune discrimination, notamment toute discrimination fondée sur l'un des critères protégés visés à l'article 2 du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination.

4° Sauf décision contraire du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse ou sauf si cela est contraire à l'intégrité de l'enfant ou du jeune, l'enfant et le jeune ont le droit d'être accompagnés par une personne de leur choix dans leurs contacts avec les personnes physiques ou morales qui participent à l'exécution du présent décret.

5° L'enfant et le jeune ont le droit de recevoir des informations suffisantes et compréhensibles sur l'aide à la jeunesse et la protection de la jeunesse et sur toutes les décisions qui en découlent et qui les concernent. La communication avec l'enfant et le jeune se fait dans un langage compréhensible, adapté à leur âge et à leur discernement.

**Art. 5. Priorité aux mesures ambulatoires et semi-résidentielles**

§ 1<sup>er</sup> - Les mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse doivent en premier lieu favoriser le développement et l'éducation de l'enfant ou du jeune dans son lieu de vie habituel. Dans ce contexte, les mesures ambulatoires et semi-résidentielles doivent être privilégiées par rapport aux mesures résidentielles.

Le traitement ou la prise en charge résidentiels ont lieu sur la base d'une décision motivée.

§ 2 - Dans le cadre d'une mesure d'aide à la jeunesse, le traitement ou la prise en charge résidentiels peuvent être motivés exclusivement par le fait que les personnes qui exercent l'autorité parentale ne veulent pas ou ne peuvent pas assurer, à l'aide de mesures ambulatoires ou semi-résidentielles, l'intégrité, le bon développement, l'éducation ou la participation sociale de l'enfant.

Dans le cadre d'une mesure de protection de la jeunesse, le traitement ou la prise en charge résidentiels en milieu d'accueil ou de traitement ou dans une unité fermée d'une institution publique de protection de la jeunesse peut avoir lieu dans le but exclusif de protéger la société ou de protéger l'intégrité du jeune pendant une période limitée.

§ 3 - En cas de mesure résidentielle, il est veillé à préserver le droit de l'enfant ou du jeune à avoir des contacts directs réguliers avec les personnes qui exercent l'autorité parentale, avec ses frères et sœurs et avec les personnes qui lui sont familières, dans la mesure où cela ne porte pas atteinte à l'intégrité de l'enfant ou du jeune. Compte tenu des besoins de l'enfant et du jeune visés à l'article 4, 1°, la nécessité de la mesure résidentielle est examinée régulièrement dans le cadre des discussions-bilans visées aux articles 33, 41, 51 et 67.

Dans la mesure où cela est possible et ne porte pas atteinte à l'intégrité de l'enfant, il est veillé, en application de l'article 387septiesdecies de l'ancien Code civil, à ce que l'enfant ne soit pas séparé de ses frères et sœurs en cas de mesure résidentielle d'aide à la jeunesse.

**Art. 6. Droits et devoir des personnes qui exercent l'autorité parentale**

Toute personne physique ou morale qui participe à l'exécution du présent décret veille à ce que les droits et devoirs des personnes qui exercent l'autorité parentale soient respectés et promus. Toutes les mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse impliquent activement, dans la mesure du possible, les personnes qui exercent l'autorité parentale et d'autres personnes familières ou apparentées de l'enfant ou du jeune.

*Section 3 — Objectif de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse*

**Art. 7. Objectif de l'aide à la jeunesse**

L'objectif principal de l'aide à la jeunesse est de permettre à l'enfant de mener une vie digne et adaptée à son âge et de favoriser au mieux son bon développement, son éducation et sa participation sociale. Elle a en outre pour but de soutenir la famille en tant qu'unité de base de la société et environnement naturel pour le développement de l'enfant. Elle offre protection et assistance à l'enfant pour consolider sa confiance en lui et son intégration sociale, scolaire et, le cas échéant, professionnelle, et conseille les jeunes adultes dans leur transition vers une vie autonome.

**Art. 8. Objectif de la protection de la jeunesse**

L'objectif principal de la protection de la jeunesse est de promouvoir l'éducation, la réinsertion sociale, la responsabilité personnelle et le bon développement du jeune, ainsi que la protection de la société. La protection de la jeunesse doit amener le jeune à prendre conscience des conséquences de ses actes et ainsi prévenir les récidives.

*Section 4 — Formes des mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse*

**Art. 9. Mesures ambulatoires**

Les mesures ambulatoires comprennent la prise en charge ou l'accompagnement non résidentiels ou non semi-résidentiels de l'enfant, du jeune ou des personnes qui exercent l'autorité parentale.

Les mesures ambulatoires poursuivent notamment un ou plusieurs des objectifs suivants :

1° favoriser le bon développement de l'enfant ou du jeune ;

2° soutenir l'enfant, le jeune ou les personnes qui exercent l'autorité parentale pour clarifier et surmonter les conflits relationnels et les crises individuelles et familiales, ainsi que les facteurs sous-jacents ;

- 3° le renforcement de la relation entre l'enfant ou le jeune et les personnes qui exercent l'autorité parentale ;
- 4° promouvoir les compétences éducatives des personnes qui exercent l'autorité parentale et soutenir ces dernières dans leurs missions éducatives afin d'améliorer les conditions d'éducation de l'enfant ou du jeune ;
- 5° soutenir l'enfant ou le jeune pour qu'il surmonte ses difficultés quotidiennes et de développement ainsi que ses problèmes de comportement ;
- 6° soutenir l'enfant ou le jeune dans son insertion sociale, scolaire et, le cas échéant, professionnelle ;
- 7° promouvoir une vie autonome et responsable de l'enfant ou du jeune.

Le Gouvernement peut fixer les modalités ainsi que les autres objectifs des mesures ambulatoires visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, dans la mesure où ces autres objectifs peuvent contribuer à améliorer la qualité de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse.

#### **Art. 10. Mesures semi-résidentielles**

Les mesures semi-résidentielles comprennent le traitement, la prise en charge ou l'accompagnement de l'enfant, du jeune ou des personnes qui exercent l'autorité parentale dans une structure d'accueil encadrée ou dans une famille d'accueil à temps partiel en journée et, si nécessaire, pendant la nuit. Pendant la durée de la mesure semi-résidentielle, le lieu de vie habituel de l'enfant, du jeune ou des personnes qui exercent l'autorité parentale se situe en dehors de la structure d'accueil ou de la famille d'accueil à temps partiel.

Les mesures semi-résidentielles poursuivent notamment un ou plusieurs des objectifs suivants :

- 1° favoriser le bon développement de l'enfant ou du jeune ;
- 2° soutenir l'enfant ou le jeune pour qu'il surmonte ses difficultés quotidiennes et de développement ainsi que ses problèmes de comportement ;
- 3° soutenir l'enfant ou le jeune dans son insertion sociale, scolaire et, le cas échéant, professionnelle ;
- 4° soulager l'enfant ou le jeune, les personnes qui exercent l'autorité parentale et l'ensemble de la situation familiale ;
- 5° renforcer la relation entre l'enfant ou le jeune et les personnes qui exercent l'autorité parentale ;
- 6° promouvoir une vie autonome et responsable de l'enfant ou du jeune.

Le Gouvernement peut fixer les modalités ainsi que les autres objectifs des mesures semi-résidentielles visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, dans la mesure où ces autres objectifs peuvent contribuer à améliorer la qualité de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse.

#### **Art. 11. Mesures résidentielles**

Les mesures résidentielles comprennent le traitement, la prise en charge ou l'accompagnement de l'enfant, du jeune ou des personnes qui exercent l'autorité parentale dans une structure d'accueil encadrée ou dans une famille d'accueil d'urgence ou à long terme en journée et pendant la nuit. Pendant la durée de la mesure résidentielle, le lieu de vie habituel de l'enfant, du jeune ou des personnes qui exercent l'autorité parentale se situe au sein de la structure d'accueil ou de la famille d'accueil d'urgence ou à long terme.

Les mesures résidentielles poursuivent notamment un ou plusieurs des objectifs suivants :

- 1° favoriser le bon développement de l'enfant ou du jeune ;
- 2° soutenir l'enfant ou le jeune pour qu'il surmonte ses difficultés quotidiennes et de développement ainsi que ses problèmes de comportement ;
- 3° soutenir l'enfant ou le jeune dans son insertion sociale, scolaire et, le cas échéant, professionnelle ;
- 4° renforcer la relation entre l'enfant ou le jeune et les personnes qui exercent l'autorité parentale ;
- 5° promouvoir une vie autonome et responsable de l'enfant ou du jeune.

Le Gouvernement peut fixer les modalités ainsi que les autres objectifs des mesures résidentielles visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, dans la mesure où ces autres objectifs peuvent contribuer à améliorer la qualité de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse.

#### **Art. 12. Facteurs à prendre en considération**

§ 1<sup>er</sup> - Lorsqu'il planifie, propose ou ordonne une des formes de mesures d'aide à la jeunesse visées aux articles 9 à 11, le département, le procureur du Roi, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse tiennent compte des facteurs suivants :

- 1° les besoins de l'enfant ;
- 2° l'âge et le discernement de l'enfant ;
- 3° les compétences des personnes qui exercent l'autorité parentale à garantir l'intégrité, le bon développement, l'éducation et la participation sociale de leur enfant ;
- 4° la situation de vie de l'enfant.

§ 2 - Lorsqu'il propose ou ordonne une des formes de mesures de protection de la jeunesse visées aux articles 9 à 11, le département, le procureur du Roi, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse tiennent compte des facteurs suivants :

- 1° les besoins du jeune ;
- 2° l'âge et le discernement du jeune ;
- 3° la situation de vie du jeune ;
- 4° la gravité du fait de délinquance juvénile, les circonstances dans lesquelles elle a été commise, ainsi que les préjudices et les conséquences pour la victime ;
- 5° les mesures provisoires de protection de la jeunesse et les mesures de protection de la jeunesse de base déjà prises à l'égard du jeune, ainsi que son comportement pendant leur mise en œuvre ;
- 6° la sécurité publique.

## CHAPITRE 2 — PRÉVENTION ET TRAVAIL EN RÉSEAU

**Art. 13. Mesures de prévention**

La prévention dans le cadre de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse comprend des mesures qui ont pour but de prévenir la menace d'enfants, de jeunes et de jeunes adultes.

Les mesures de prévention peuvent prendre différentes formes, notamment :

1° projets de prévention des inégalités, des addictions, des abus et de la violence, et de renforcement de la résilience des enfants, des jeunes et des jeunes adultes ;

2° projets d'information et de sensibilisation des enfants, des jeunes et des personnes qui exercent l'autorité parentale ainsi que des jeunes adultes ;

3° offre de formations et de formations continues ;

4° travail de publicité dans les domaines de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse.

Le département assure la coordination, la planification, la mise en œuvre et l'évaluation des mesures de prévention visées à l'alinéa 2.

Le Gouvernement peut définir les modalités de coordination, de planification, de mise en œuvre, d'évaluation et de financement des mesures de prévention.

**Art. 14. Réseaux d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse**

Le réseau d'aide à la jeunesse poursuit, par un échange organisé, structuré et intersectoriel des acteurs concernés, les objectifs de l'aide à la jeunesse visés à l'article 7.

Le réseau de protection de la jeunesse poursuit, par un échange organisé, structuré et intersectoriel des acteurs concernés, les objectifs de la protection de la jeunesse visés à l'article 8.

Les missions des réseaux comprennent notamment :

1° l'observation de la situation des enfants, des jeunes et des jeunes adultes en région de langue allemande ;

2° l'analyse des offres et des mesures existantes et l'identification des besoins en matière d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse ;

3° l'analyse et la promotion de la coopération entre les acteurs concernés.

Pour mener à bien ces missions, une réunion de réseau est organisée au moins une fois par an. Il peut s'agir d'une réunion commune des réseaux d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse.

**Art. 15. Création du comité de pilotage pour les réseaux d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse**

Un comité de pilotage pour les réseaux d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse est créé.

**Art. 16. Missions du comité de pilotage**

Les missions du groupe de pilotage comprennent :

1° l'organisation et le pilotage des réseaux d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse visés à l'article 14 ;

2° sur la base des conclusions des réunions de réseau visées à l'article 14 :

a) l'élaboration d'offres possibles répondant aux besoins des enfants, des jeunes et des personnes qui exercent l'autorité parentale ainsi que des jeunes adultes, compte tenu des évolutions sociales et des nouvelles connaissances ;

b) l'élaboration de recommandations au Gouvernement ou au Parlement concernant l'élaboration de la politique en matière d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse ;

3° l'organisation d'un forum intersystème sur des thèmes liés à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse, au moins une fois tous les quatre ans.

**Art. 17. Composition du comité de pilotage**

§ 1<sup>er</sup> - Le comité de pilotage comprend au moins les membres suivants ayant le droit de vote :

1° un représentant du département ;

2° un représentant de chaque opérateur de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse reconnu conformément à l'article 87 ;

3° un représentant du Centre pour le développement sain des enfants et des jeunes ;

4° un représentant de l'enseignement ;

5° un représentant d'une organisation active dans le domaine du travail avec la jeunesse en région de langue allemande ;

6° un représentant d'une institution d'utilité publique active dans le domaine de l'information et de la prévention en matière de santé en région de langue allemande.

Le comité de pilotage comprend au moins un représentant des autorités judiciaires, qui dispose d'une voix consultative.

Le Gouvernement peut désigner d'autres membres.

§ 2 - Le Gouvernement désigne, parmi les membres ayant voix délibérative, un coordinateur du comité de pilotage pour la durée du mandat.

§ 3 - Le Gouvernement désigne les membres du comité de pilotage, ainsi qu'un suppléant pour chaque membre.

Les membres visés au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, sont désignés sur proposition des institutions, services et organisations respectifs représentés dans le comité de pilotage.

§ 4 - La durée du mandat des membres est de six ans et est renouvelable.

Sauf en cas de démission volontaire, le mandat des membres du comité de pilotage prend fin avec le retrait de leur mandat par le Gouvernement.

En cas de démission d'un membre, le membre suppléant termine le mandat du membre démissionnaire.

En cas de vacance d'un mandat au sein du comité de pilotage, le Gouvernement désigne un nouveau membre conformément à la procédure définie aux §§ 1<sup>er</sup> et 3.

**Art. 18. Fonctionnement du comité de pilotage**

Le comité de pilotage se réunit au moins trois fois par an, à l'exception de l'année de sa création.

Le comité de pilotage se réunit pour la première fois au plus tard quatre mois après la désignation de ses membres.

Dans les deux mois qui suivent cette première réunion, le groupe de pilotage se dote d'un règlement intérieur qui doit être approuvé par le Gouvernement. Ledit règlement intérieur fixe les détails du fonctionnement et de la méthode de travail du comité de pilotage.

Le comité de pilotage peut inviter des experts à ses réunions pour l'accomplissement de ses missions. En outre, le comité de pilotage peut mettre en place des groupes de travail auxquels des experts peuvent également être invités.

**Art. 19. Jetons de présence et indemnités de déplacement**

Les membres du comité de pilotage ont droit à des jetons de présence et indemnités de déplacement conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement.

CHAPITRE 3 — *AUTORITÉ COMPÉTENTE POUR L'AIDE À LA JEUNESSE ET POUR LA PROTECTION DE LA JEUNESSE*

*Section 1<sup>re</sup> — Dispositions générales*

**Art. 20. Manuel de qualité**

Le département élabore un manuel de qualité. Celui-ci comprend au moins les informations suivantes :

- 1° les procédures du département dans le cadre de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse ;
- 2° les critères permettant de garantir l'assurance qualité ;
- 3° la charte du département ;
- 4° les directives déontologiques.

Le manuel de qualité est adapté au plus tard tous les quatre ans aux évolutions juridiques et sociales.

**Art. 21. Rapport d'activité**

Le Gouvernement transmet chaque année au Parlement un rapport sur la mise en œuvre des missions du département au cours de l'année précédente, telles qu'énumérées aux articles 22 à 24.

*Section 2 — Missions du service*

**Art. 22. Missions dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse**

Les missions du département dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse comprennent notamment :

- 1° l'information, le conseil et l'orientation des demandeurs ;
- 2° l'évaluation de la situation de vie de l'enfant, afin de déterminer le besoin d'aide qui en résulte ainsi qu'une éventuelle menace de l'enfant ;
- 3° la planification de l'aide d'un commun accord avec l'enfant et les personnes qui exercent l'autorité parentale ;
- 4° la délégation de l'opérateur de l'aide à la jeunesse, de prestataires de services et de familles d'accueil pour la mise en œuvre des mesures d'aide à la jeunesse fixées de manière contractuelle ;
- 5° la coordination des mesures d'aide à la jeunesse contractuelles ;
- 6° la réalisation de discussions-bilans pour vérifier la mise en œuvre du contrat d'aide à la jeunesse ;
- 7° la collaboration avec le procureur du Roi, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse dans les situations visées aux articles 35 à 38.

**Art. 23. Missions dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse et de la protection de la jeunesse**

Les missions du département dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse et de la protection de la jeunesse comprennent notamment :

- 1° la réalisation d'enquêtes sociales à la demande du procureur du Roi, du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse ;
- 2° la délégation de l'opérateur de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse, de prestataires de services et de familles d'accueil pour la mise en œuvre des mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse ordonnées par le juge de la jeunesse ou par le tribunal de la jeunesse ;
- 3° l'organisation, la vérification et la coordination des mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse ordonnées ;
- 4° la réalisation de discussions-bilans pour vérifier la mise en œuvre des mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse ordonnées ;
- 5° le rapport au procureur du Roi, au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse sur la mise en œuvre des mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse ordonnées ;
- 6° la surveillance de l'enfant ou du juge visée à l'article 42, alinéa 1<sup>er</sup>, 7°, à l'article 78, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, et à l'article 83, § 3, alinéa 1<sup>er</sup> ;
- 7° la réalisation des médiations visées aux articles 57 et 76 à la demande du procureur du Roi, du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse ;
- 8° le suivi et la vérification des obligations visées aux articles 43, 59 et 79, à la demande du procureur du Roi, du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse ;
- 9° l'encadrement des projets visés aux articles 58 et 77, à la demande du procureur du Roi, du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse.



**Art. 24. Missions spécifiques dans le cadre de l'accueil familial**

Les missions spécifiques du département dans le cadre de l'accueil familial comprennent notamment :

- 1° la publication d'informations sur l'accueil familial en région de langue allemande ;
- 2° le recrutement, la préparation et la formation des candidats famille d'accueil ;
- 3° la réalisation d'expertises pour l'agrément des candidats famille d'accueil ;
- 4° l'organisation de l'accompagnement et de la prise en charge semi-résidentiels et résidentiels d'enfants et de jeunes dans des familles d'accueil dans le cadre de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse ou sur ordre de l'ACCA ;
- 5° l'organisation et l'accompagnement des contacts entre les enfants placés et les personnes qui exercent l'autorité parentale ;
- 6° l'accompagnement, le conseil et le soutien des familles d'accueil ainsi que des enfants placés pendant la durée de l'accueil familial ;
- 7° l'organisation et la réalisation d'offres de formation continue pour les familles d'accueil ;
- 8° le rapport régulier sur le développement de l'enfant au sein de la famille d'accueil.

*Section 3 — Compétence territoriale du service***Art. 25. Compétence territoriale en matière d'aide consensuelle à la jeunesse**

§ 1<sup>er</sup> - Sans préjudice de l'entraide administrative fournie à la demande d'une autre autorité, le département est territorialement compétent dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse, lorsque les personnes qui exercent l'autorité parentale de l'enfant sont domiciliées en région de langue allemande ou, en cas d'exercice commun de l'autorité parentale par des personnes séparées, lorsque la personne chez qui l'enfant a sa résidence habituelle est domiciliée en région de langue allemande.

En cas d'hébergement alterné par les personnes qui exercent l'autorité parentale, le département est territorialement compétent dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse, si l'enfant est domicilié en région de langue allemande.

Si les personnes qui exercent l'autorité parentale n'ont pas de domicile en Belgique et que leur domicile est inconnu ou incertain, le département est territorialement compétent dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse si l'enfant a son lieu de vie habituel en région de langue allemande.

§ 2 - Si, dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse, le département ne dispose plus de la compétence territoriale en raison d'un changement de domicile et si une autre intervention est nécessaire, il contacte directement l'autorité devenue compétente en raison du changement de domicile et lui transmet les informations utiles. Le département peut poursuivre son intervention dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse, en accord avec l'autorité devenue compétente suite au changement de domicile, pendant une période transitoire de six mois maximum à compter de la transmission des informations. Dans ce cadre, les mesures d'aide à la jeunesse en cours peuvent être poursuivies.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le département peut, en accord avec l'autorité devenue compétente du fait du changement de domicile, poursuivre son intervention à l'issue de la période transitoire visée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, si la continuité de cette intervention est nécessaire à la protection de l'intégrité de l'enfant. Dans ce cadre, les mesures d'aide à la jeunesse en cours peuvent être prolongées et de nouvelles mesures d'aide à la jeunesse peuvent être convenues.

À cette fin, le Gouvernement conclut une convention de collaboration avec les instances concernées, conformément à l'article 92bis, § 1<sup>er</sup> de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles.

**Art. 26. Compétence territoriale en matière d'aide judiciaire à la jeunesse et de protection de la jeunesse**

Sans préjudice de l'entraide administrative fournie à la demande d'une autre autorité, la compétence territoriale du département dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse et de la protection de la jeunesse correspond à la compétence territoriale du juge de la jeunesse et du tribunal de la jeunesse de l'arrondissement judiciaire d'Eupen.

*CHAPITRE 4 — AIDE CONSENSUELLE ET JUDICIAIRE À LA JEUNESSE**Section 1<sup>re</sup> — Champ d'application***Art. 27. Champ d'application spécifique**

Le présent chapitre s'applique :

- 1° aux enfants dont l'intégrité, le bon développement, l'éducation ou la participation sociale sont menacés par leur propre comportement, par le comportement des personnes qui exercent l'autorité parentale, par le comportement de tiers, par leurs conditions de vie, par des conflits relationnels ou par des événements particuliers ;
- 2° aux personnes qui exercent l'autorité parentale qui ont des difficultés à assurer l'intégrité, le bon développement, l'éducation ou la participation sociale de leur enfant ;
- 3° aux jeunes adultes qui ont besoin de soutien lors de leur transition vers une vie autonome ;
- 4° aux opérateurs de l'aide à la jeunesse, aux prestataires de services et familles d'accueil chargés de la mise en œuvre des mesures d'aide à la jeunesse ;
- 5° au procureur du Roi, au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse, qui proposent ou ordonnent des mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse dans le cadre du présent décret.

*Section 2 — Aide consensuelle à la jeunesse**Sous-section 1<sup>re</sup> — Procédure***Art. 28. Demandes et consultations**

Toute personne physique ou morale peut adresser des demandes au département dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse.

Le département informe et conseille les demandeurs ou les oriente vers les prestataires de services qui peuvent offrir une aide adéquate.

Le département peut mandater des opérateurs de l'aide à la jeunesse ainsi que des prestataires de services pour fournir des informations et des conseils.

Le Gouvernement fixe les modalités des demandes ainsi que les modalités et la procédure de consultation.

#### **Art. 29. Évaluation de la situation de vie**

§ 1<sup>er</sup> - S'il ressort de la demande ou de la consultation qu'une intervention du département est éventuellement nécessaire, le département évalue la situation de vie de l'enfant, afin de déterminer le besoin d'aide qui en résulte ainsi qu'une éventuelle menace de l'enfant.

À cette fin, le département organise une ou plusieurs rencontres avec l'enfant et les personnes qui exercent l'autorité parentale, auxquelles d'autres personnes apparentées ou familières de l'enfant peuvent également être associées.

En tenant compte de l'avis de l'enfant et en accord avec les personnes qui exercent l'autorité parentale, le département peut impliquer dans l'évaluation des prestataires de services et des acteurs intervenant déjà dans les autres domaines de la vie de l'enfant.

En plus des rencontres visées à l'alinéa 2, un entretien séparé peut être organisé avec l'enfant ou les personnes qui exercent l'autorité parentale.

§ 2 - Si l'évaluation révèle l'existence d'un besoin d'aide et d'un danger pour l'enfant, la poursuite de l'aide est planifiée compte tenu de l'avis de l'enfant et en accord avec les personnes qui exercent l'autorité parentale.

#### **Art. 30. Planification de l'aide et contrat d'aide à la jeunesse**

§ 1<sup>er</sup> - Lors de la planification de l'aide visée à l'article 29, § 2, les besoins, les mesures d'aide à la jeunesse nécessaires, leur objectif, leur durée et la participation aux frais visée à l'article 110 sont abordés.

Le résultat consensuel de la planification de l'aide est consigné par écrit dans un contrat d'aide à la jeunesse.

Outre les informations mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le contrat d'aide à la jeunesse contient des informations sur :

1° les règles relatives au secret professionnel et à la protection des données décrites aux chapitres 9 et 10 ;

2° les possibilités de recours visées à l'article 115.

Le Gouvernement peut fixer d'autres dispositions, dans la mesure où ceux-ci peuvent contribuer à améliorer la qualité de l'aide à la jeunesse.

§ 2 - Le contrat d'aide à la jeunesse est signé par l'enfant concerné jouissant du discernement nécessaire, par les personnes qui exercent l'autorité parentale, par le service, ainsi que par les opérateurs de l'aide à la jeunesse et les prestataires de services chargés de la mise en œuvre de la mesure d'aide à la jeunesse.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, la signature du contrat d'aide à la jeunesse par une personne qui exerce l'autorité parentale suffit, pour autant qu'une ou plusieurs des conditions suivantes soient remplies :

1° la signature par l'autre personne qui exerce l'autorité parentale n'est pas possible en raison de son état de santé altéré ou de son domicile inconnu ;

2° l'autre personne qui exerce l'autorité parentale fait preuve d'un désintérêt manifeste pour l'enfant ;

3° la mesure d'aide à la jeunesse a été convenue en faveur du signataire qui exerce l'autorité parentale et concerne exclusivement cette dernière.

Si une ou plusieurs des conditions visées à l'alinéa 2 sont remplies, le département le motive par écrit et joint le document correspondant au contrat d'aide à la jeunesse.

Le Gouvernement peut préciser les conditions visées à l'alinéa 2.

§ 3 - Le département transmet aux parties un exemplaire du contrat d'aide à la jeunesse.

#### **Art. 31. Mise en œuvre des mesures d'aide consensuelle à la jeunesse**

Dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse, le département peut mandater des opérateurs de l'aide à la jeunesse, des prestataires de services et des familles d'accueil pour la mise en œuvre de mesures d'aide à la jeunesse.

Les opérateurs de l'aide à la jeunesse, les prestataires de services et les familles d'accueil mandatés conformément au § 1<sup>er</sup> reçoivent du département toutes les informations utiles à l'exercice de leur mission.

#### **Art. 32. Coordination par le service**

Le département coordonne les mesures d'aide à la jeunesse contractuelles conformément à l'article 30. À cette fin, il peut organiser des réunions de coordination auxquelles peuvent également être invités d'autres prestataires de services travaillant avec l'enfant concerné et les personnes qui exercent l'autorité parentale.

Le département peut confier la coordination à des opérateurs de l'aide à la jeunesse et à des prestataires de services.

Le Gouvernement peut définir d'autres modalités de mise en œuvre de la coordination.

#### **Art. 33. Discussion-bilan**

Au plus tard six mois après la signature du contrat d'aide à la jeunesse visé à l'article 30, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, et ensuite au moins tous les six mois, le département organise une discussion-bilan avec les parties.

La discussion-bilan permet de vérifier la mise en œuvre du contrat d'aide à la jeunesse et, le cas échéant, de l'adapter aux nouvelles circonstances et évolutions.

En dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le département organise une discussion-bilan avec les parties au plus tard six mois après la signature du contrat d'aide à la jeunesse, et ensuite au moins tous les douze mois suivants :

1° pour les mesures d'aide aux jeunes fixées pour une durée minimale de deux ans ;

2° si, après consultation des parties contractantes, le département ne constate pas de besoin antérieur de discussions-bilans.

#### **Art. 34. Entretien de clarification**

Si, dans le cadre de l'évaluation visée à l'article 29, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, ou au cours de la poursuite de son intervention, le département constate une menace potentielle de l'enfant et que les personnes qui exercent l'autorité parentale ou l'enfant refusent de coopérer dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse ou qu'une coopération avec les

personnes qui exercent l'autorité parentale ou l'enfant ne semble pas possible, le département informe par écrit l'enfant et les personnes qui exercent l'autorité parentale qu'il a l'intention de demander une saisine du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse par l'intermédiaire du procureur du Roi, mais qu'ils peuvent auparavant demander un entretien de clarification.

L'objectif de l'entretien de clarification est de parvenir, avec l'aide d'un médiateur, à un accord sur les modalités de la suite de la collaboration. Le médiateur est désigné par le Gouvernement et est reconnu par la Commission fédérale de médiation en matière familiale.

Le Gouvernement fixe les modalités de la demande d'entretien de clarification et les modalités de l'entretien de clarification.

Sous-section 2 — Implication du procureur du Roi, du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse

#### **Art. 35. Demande de saisine du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse**

§ 1<sup>er</sup> - Si aucun entretien de clarification n'a été demandé, si l'entretien de clarification échoue ou si les modalités de la poursuite de la collaboration mentionnées dans la convention ne sont pas respectées et si le département craint encore une menace de l'enfant, il demande au procureur du Roi de saisir le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse.

§ 2 - Si, dans le cadre de l'évaluation visée à l'article 29, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, ou au cours de la poursuite de son intervention, le département constate une menace grave de l'enfant, il demande immédiatement au procureur du Roi de saisir le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse. Dans ce cas, il n'est pas possible de demander un entretien de clarification.

§ 3 - Si le procureur du Roi partage le constat du département visé au § 1<sup>er</sup> quant à la menace de l'enfant ou le constat du département visé au § 2 quant à la menace grave de l'enfant et si une mesure d'aide à la jeunesse apparaît nécessaire pour protéger l'intégrité de cet enfant, il saisit directement le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse.

Si le procureur du Roi ne partage pas le constat du département visé à l'alinéa 1<sup>er</sup> en ce qui concerne la menace ou la menace grave de l'enfant, il clôt le dossier d'aide à la jeunesse sans saisir le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse et communique cette décision au département.

#### **Art. 36. Demande de décision immédiate du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse**

Si le département estime qu'une décision immédiate sur une ou plusieurs mesures d'aide à la jeunesse est nécessaire pour protéger l'intégrité de l'enfant malgré l'absence de consentement des personnes qui exercent l'autorité parentale, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse statue sur les demandes du département.

Si le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse partage l'avis du département, il peut ordonner des mesures d'aide à la jeunesse à titre unique pour une durée maximale d'un an. Dans ce cas, l'aide consensuelle à la jeunesse se poursuit.

Sur demande motivée du département, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut prolonger une fois la durée mentionnée à l'alinéa 2 pour une durée maximale d'un an.

Si le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ne partage pas l'avis du département, il déclare la demande du secteur spécialisé non fondée.

#### **Art. 37. Mesures d'aide à la jeunesse prises par le procureur du Roi en cas de menace imminente**

§ 1<sup>er</sup> - En cas de menace imminente, le procureur du Roi peut ordonner les mesures d'aide à la jeunesse visées aux articles 42 à 46 en vue de protéger l'intégrité de l'enfant concerné, pour une durée maximale de cinq jours ouvrables, lorsque celles-ci ne peuvent être mises en œuvre directement dans le cadre de l'aide consensuelle à la jeunesse.

Le procureur du Roi charge le département d'examiner, dans le cadre de la durée visée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, avec l'enfant concerné par la mesure d'aide à la jeunesse et les personnes qui exercent l'autorité parentale, si une aide consensuelle à la jeunesse est possible.

Si l'évaluation révèle qu'une aide consensuelle à la jeunesse est possible, le département, conformément à l'article 30, planifie la poursuite de l'aide compte tenu de l'avis de l'enfant et en accord avec les personnes qui exercent l'autorité parentale.

S'il ressort de l'évaluation qu'aucune aide consensuelle à la jeunesse n'est possible, le procureur du Roi saisit le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse.

§ 2 - À la demande de l'enfant qui jouit du discernement nécessaire ou qui est âgé d'au moins douze ans, ou des personnes qui exercent l'autorité parentale, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse statue sur les recours formés contre les mesures d'aide à la jeunesse ordonnées conformément au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>.

Le recours est introduit au plus tard le deuxième jour ouvrable suivant l'ordonnance des mesures d'aide à la jeunesse, par lettre simple au greffe du tribunal de la jeunesse.

En cas d'introduction d'un recours, le procureur du Roi peut également saisir le juge de la jeunesse dans le cadre de ce recours, conformément au § 1<sup>er</sup>, alinéa 4.

### *Section 3 — Aide judiciaire à la jeunesse*

#### *Sous-section 1<sup>re</sup> — Procédure*

#### **Art. 38. Saisine du juge de la jeunesse et du tribunal de la jeunesse**

§ 1<sup>er</sup> - Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse statue sur les requêtes du procureur du Roi relatives à la menace de l'enfant, en vue d'ordonner ou de confirmer des mesures d'aide à la jeunesse :

1° dans les cas visés à l'article 35, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, et à l'article 37, § 1<sup>er</sup>, alinéa 4, et § 2, alinéa 3 ;

2° lorsqu'il existe suffisamment d'indices d'une menace grave, qu'une mesure provisoire d'aide à la jeunesse semble nécessaire et urgente pour protéger l'intégrité de l'enfant et que cette mesure ne peut pas être mise en œuvre immédiatement dans le cadre d'une aide consensuelle à la jeunesse ;

3° en cas de présomptions fondées d'infraction commise par un majeur ou un mineur du même ménage à l'encontre d'un enfant et qu'une mesure d'aide à la jeunesse semble nécessaire pour protéger cet enfant ;

4° lorsque le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse a déjà été saisi d'une situation dans le cadre du présent décret et qu'une mesure d'aide à la jeunesse apparaît nécessaire pour le même enfant, ses frères et sœurs ou les frères et sœurs assimilés définis conformément à l'article 387<sup>sexies</sup>decies de l'ancien Code civil ;

5° dans le cas visé à l'article 61.

§ 2 - La durée des mesures provisoires d'aide à la jeunesse ordonnées conformément au § 1<sup>er</sup>, 2°, est limitée à 30 jours au maximum.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse charge le département d'examiner, dans le cadre de la durée visée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, avec l'enfant concerné par la mesure d'aide à la jeunesse et les personnes qui exercent l'autorité parentale, si une aide à la jeunesse consensuelle est possible.

Si l'évaluation révèle qu'une aide consensuelle à la jeunesse est possible, le département, conformément à l'article 30, planifie la poursuite de l'aide compte tenu de l'avis de l'enfant et en accord avec les personnes qui exercent l'autorité parentale. Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut mettre fin à la procédure judiciaire d'aide à la jeunesse après en avoir été informé par le département.

S'il ressort de l'évaluation qu'aucune aide consensuelle à la jeunesse n'est possible, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut ordonner ou confirmer des mesures d'aide à la jeunesse.

§ 3 - Dans les cas visés au § 1<sup>er</sup>, 1°, 3°, 4° et 5°, ainsi que dans les cas visés au § 2, alinéa 4, le juge de la jeunesse peut ordonner des mesures d'aide à la jeunesse à titre provisoire avant de statuer sur le fond. L'ensemble des mesures provisoires d'aide à la jeunesse ne peut dépasser la durée maximale de douze mois.

#### **Art. 39. Enquête et évaluation**

§ 1<sup>er</sup> - Afin de pouvoir prendre une décision adaptée à la situation, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut charger le département, dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse, de réaliser une enquête sociale. Le département étudie une éventuelle menace pour l'enfant, rend compte de la situation sur la base des facteurs mentionnés à l'article 12, § 1<sup>er</sup>, et propose des mesures d'aide à la jeunesse adéquates.

À cette fin, le département organise une ou plusieurs rencontres avec l'enfant et les personnes qui exercent l'autorité parentale, auxquelles d'autres personnes apparentées ou familiales de l'enfant peuvent également être associées.

En tenant compte de l'avis de l'enfant et en accord avec les personnes qui exercent l'autorité parentale ou sur ordre du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse, le secteur spécialisé peut impliquer dans l'enquête sociale des prestataires de services et des acteurs déjà présents dans les autres domaines de la vie de l'enfant.

En plus des rencontres visées à l'alinéa 2, un entretien séparé peut être organisé avec l'enfant ou les personnes qui exercent l'autorité parentale.

§ 2 - Le département effectue l'enquête sociale dans le délai fixé par le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse. La durée de ce délai n'excède pas 90 jours.

§ 3 - Dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut autoriser le département à faire procéder à un examen psychologique ou médical du jeune afin de déterminer les mesures d'aide à la jeunesse adaptées à son traitement.

§ 4 - Dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut autoriser le département à commander une évaluation des compétences éducatives des personnes qui exercent l'autorité parentale afin de déterminer les mesures d'aide à la jeunesse adéquates pour les soutenir dans leur fonction éducative.

§ 5 - Lorsqu'une enquête visée au § 1<sup>er</sup> ou au § 3 ou une évaluation visée au § 4 est demandée, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ne modifie ou ne prend la décision, sauf en l'absence d'enquête à l'expiration du délai fixé conformément au § 2 ou sauf en cas d'absolue nécessité et sans préjudice des articles 42, alinéa 2, 44, alinéa 2 et 45, alinéa 4, qu'après avoir pris connaissance de cette enquête ou de cette évaluation.

Si une mesure d'aide à la jeunesse a été ordonnée avant le début de l'enquête ou de l'évaluation, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse vérifie l'adéquation de cette mesure d'aide à la jeunesse après le début de l'enquête ou de l'évaluation.

#### **Art. 40. Mise en œuvre et coordination des mesures judiciaires d'aide à la jeunesse**

§ 1<sup>er</sup> - Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse mandate des opérateurs de l'aide à la jeunesse et des prestataires de services pour mettre en œuvre les mesures judiciaires d'aide à la jeunesse.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut, dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse, autoriser le département à mandater des opérateurs de l'aide à la jeunesse, des prestataires de services et des familles d'accueil de la mise en œuvre de certaines mesures d'aide à la jeunesse.

§ 2 - Dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse charge le département de l'organisation et du contrôle de la mise en œuvre visée au § 1<sup>er</sup> ainsi que de la coordination des mesures d'aide judiciaire à la jeunesse.

À cette fin, le département peut conclure un contrat avec les opérateurs de l'aide à la jeunesse, les prestataires de services et les familles d'accueil visés au § 1<sup>er</sup> et, le cas échéant, avec l'enfant concerné par la mesure d'aide à la jeunesse qui jouit du discernement nécessaire et les personnes qui exercent l'autorité parentale.

Compte tenu de la décision judiciaire, le contrat contient des informations sur :

- 1° les modalités des mesures d'aide à la jeunesse ;
- 2° les règles relatives au secret professionnel et à la protection des données décrites aux chapitres 9 et 10 ;
- 3° les possibilités de recours visées à l'article 115.

Le département peut confier la coordination visée à l'alinéa 1<sup>er</sup> à des opérateurs de l'aide à la jeunesse et à des prestataires de services.

Le Gouvernement peut fixer d'autres dispositions contractuelles, dans la mesure où celles-ci peuvent contribuer à améliorer la qualité de l'aide à la jeunesse.

#### **Art. 41. Discussion-bilan et rapport**

§ 1<sup>er</sup> - Au plus tard quatre mois après le prononcé du jugement ou de la décision, et ensuite au moins tous les six mois supplémentaires, le département organise une discussion-bilan avec l'enfant concerné par la mesure d'aide judiciaire à la jeunesse, qui jouit du discernement ou qui est âgé d'au moins douze ans, les personnes qui exercent l'autorité parentale et les opérateurs de l'aide à la jeunesse, les prestataires de services et les familles d'accueil qui mettent en œuvre la mesure d'aide judiciaire à la jeunesse.



Si cela semble approprié ou si cela est nécessaire pour protéger l'intégrité de l'enfant, des discussions-bilans séparées peuvent être organisées avec chacune des personnes physiques et morales visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le département organise une discussion-bilan avec l'enfant concerné par la mesure d'aide à la jeunesse judiciaire qui jouit du discernement nécessaire ou âgé d'au moins douze ans, les personnes qui exercent l'autorité parentale et les opérateurs de l'aide à la jeunesse, les prestataires de services et les familles d'accueil qui mettent en œuvre la mesure d'aide judiciaire à la jeunesse, au plus tard quatre mois après le prononcé du jugement ou de la décision et ensuite au moins tous les douze mois supplémentaires :

1° pour les mesures d'aide judiciaire à la jeunesse fixées pour une durée minimale de deux ans ;

2° si, après consultation des personnes physiques et morales visées à l'alinéa 1<sup>er</sup> ainsi que du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse, le département ne constate pas de besoin antérieur de discussion-bilan.

La discussion-bilan permet de vérifier la mise en œuvre des mesures d'aide judiciaire à la jeunesse et, le cas échéant, de l'adapter aux nouvelles circonstances et évolutions. À cette fin, le département peut proposer au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse les éléments suivants dans le rapport visé au § 2 :

1° une modification des mesures d'aide à la jeunesse ;

2° des mesures supplémentaires d'aide à la jeunesse ;

3° une levée des mesures d'aide à la jeunesse ;

§ 2 - À la demande du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse et au plus tard 30 jours avant une audience du tribunal de la jeunesse, le département établit un rapport sur la mise en œuvre de la mesure.

#### Sous-section 2 — Mesures d'aide judiciaire à la jeunesse

##### **Art. 42. Accompagnement et prise en charge ambulatoires**

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut ordonner une ou plusieurs des mesures d'accompagnement et de prise en charge ambulatoires suivantes pour l'enfant et les personnes qui exercent l'autorité parentale :

1° un accompagnement éducatif ;

2° un accompagnement sociopédagogique ;

3° un accompagnement thérapeutique ;

4° un accompagnement familial ;

5° des visites accompagnées ;

6° un conseil psychologique, social ou pédagogique ;

7° une supervision de l'enfant ;

8° un accompagnement ambulatoire dans un service psychologique ou psychiatrique, un service d'éducation sexuelle ou un service spécialisé dans les assuétudes ;

9° d'autres formes d'accompagnement et de prise en charge ambulatoires adaptées à la situation.

L'encadrement ambulatoire de l'enfant dans un service psychiatrique, visé à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 8°, est confirmé dans les trente jours de sa prescription par un examen psychologique ou médical visé à l'article 39, § 3, qui établit la nécessité de cet accompagnement. En l'absence d'une telle confirmation, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse annule la mesure d'aide à la jeunesse ordonnée ou la remplace par une autre mesure d'aide à la jeunesse.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse fixe l'objectif des mesures d'accompagnement et de prise en charge ambulatoires.

##### **Art. 43. Maintien dans le lieu de vie habituel sous conditions**

Pour autant que l'enfant ait le discernement nécessaire ou qu'il soit âgé d'au moins douze ans, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut, pour une durée maximale de six mois, subordonner le maintien de l'enfant dans son lieu de vie habituel à une ou plusieurs des conditions suivantes :

1° assiduité aux cours à l'école ;

2° participation à un programme de réinsertion scolaire ;

3° suivi d'une formation ;

4° participation à une ou plusieurs activités sportives, sociales ou culturelles accompagnées ;

5° participation à une mesure de formation visant à renforcer les compétences sociales ;

6° respect d'autres obligations ponctuelles adaptées à la situation.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse fixe l'objectif des obligations.

##### **Art. 44. Accompagnement et prise en charge semi-résidentiels**

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut ordonner une des mesures suivantes de traitement, d'accompagnement ou de prise en charge semi-résidentielles pour l'enfant :

1° des soins à temps partiel ;

2° un séjour en internat ;

3° autres formes de traitement, d'accompagnement ou de prise en charge semi-résidentielles adaptées à la situation.

Le traitement semi-résidentiel de l'enfant adapté à sa situation, visé à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, est confirmé dans les 30 jours à compter de sa prescription par un examen psychologique ou médical visé à l'article 39, § 3, qui établit la nécessité de ce traitement. En l'absence d'une telle confirmation, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse annule la mesure d'aide à la jeunesse ordonnée ou la remplace par une autre mesure d'aide à la jeunesse.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse fixe l'objectif des mesures de traitement, d'accompagnement ou de prise en charge semi-résidentielles.

**Art. 45. Traitement et prise en charge résidentiels**

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut ordonner une des mesures suivantes de traitement, d'accompagnement ou de prise en charge résidentielles pour l'enfant :

1° une prise en charge par une personne apparentée ou familière qui doit s'inscrire dans les six mois pour participer à la préparation à l'accueil familial visée à l'article 103 ;

2° un service de garde ou de soins de longue durée ;

3° un diagnostic psychologique ou psychiatrique ;

4° un traitement ou une prise en charge dans une institution ouverte ou une autre forme de traitement ou de prise en charge résidentielle ouverte adaptée à la situation ;

5° si l'enfant est âgé d'au moins 14 ans, un traitement ou une prise en charge dans une institution fermée ou une autre forme de traitement ou de prise en charge résidentielle fermée adaptée à la situation ;

Si les personnes visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, ne s'inscrivent pas dans les six mois à la préparation à l'accueil familial ou si elles n'ont pas été reconnues comme famille d'accueil conformément à l'article 94, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse met fin à la prise en charge visée à l'article 48 ou la remplace par une autre mesure d'aide à la jeunesse.

Si le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ordonne une mesure de traitement ou de prise en charge résidentielle de l'enfant, il motive sa décision conformément à l'article 5, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>.

Le traitement de l'enfant dans une institution ou moyennant une autre forme de traitement résidentielle adaptée à sa situation, visé à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 4° et 5°, est confirmé dans les 30 jours à compter de sa prescription par un examen psychologique ou médical visé à l'article 39, § 3, qui établit la nécessité de ce traitement. En l'absence d'une telle confirmation, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse annule la mesure d'aide à la jeunesse ordonnée ou la remplace par une autre mesure d'aide à la jeunesse.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse fixe l'objectif des mesures de traitement ou de prise en charge résidentielles.

**Art. 46. Hébergement par une personne qui exerce l'autorité parentale**

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut ordonner le séjour de l'enfant auprès d'une seule personne qui exerce l'autorité parentale.

**Art. 47. Cumul des mesures d'aide à la jeunesse**

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut ordonner plusieurs mesures d'aide à la jeunesse simultanément. Ce cumul est explicitement motivé.

**Art. 48. Modification des mesures d'aide à la jeunesse**

Le tribunal de la jeunesse peut à tout moment, d'office ou à la demande du département, du procureur du Roi, de l'enfant, des personnes qui exercent l'autorité parentale ou de la famille d'accueil mandatée conformément à l'article 40, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, modifier les mesures, y mettre fin ou les remplacer par une autre mesure d'aide à la jeunesse.

La demande de l'enfant, des personnes qui exercent l'autorité parentale ou de la famille d'accueil visée à l'alinéa 1<sup>er</sup> ne peut être introduite auprès du tribunal de la jeunesse avant l'expiration d'un délai de six mois à compter de la date à laquelle la décision ordonnant la mesure d'aide à la jeunesse est devenue définitive. En cas de rejet d'une telle demande, une nouvelle demande ne peut être introduite avant l'expiration d'un délai de six mois à compter de la date à laquelle la décision de rejet de la demande précédente est devenue définitive.

**Art. 49. Durée des mesures d'aide à la jeunesse**

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse fixe la durée de chaque mesure d'aide à la jeunesse ordonnée.

Sans préjudice des autres durées maximales prévues par le présent décret, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ordonne les mesures d'aide à la jeunesse pour une durée maximale de deux ans.

*Section 4 — Prolongation de l'accompagnement à la majorité***Art. 50. Demande de prolongation**

§ 1<sup>er</sup> - L'enfant accompagné par le département avant l'âge de 18 ans peut demander une prolongation de cet accompagnement jusqu'à l'âge de 21 ans maximum. Dans ce cadre, les mesures d'aide à la jeunesse en cours peuvent être prolongées et de nouvelles mesures d'aide à la jeunesse peuvent être convenues.

La prolongation a pour but d'apporter une aide aux jeunes adultes dans une phase de transition pour le développement de la personnalité ou pour l'obtention d'un mode de vie autonome.

§ 2 - À cette fin, l'enfant adresse une demande écrite au département, en précisant les motifs et la durée de la prolongation demandée.

La demande de renouvellement est introduite au plus tard un mois avant l'âge de 18 ans.

§ 3 - Le Gouvernement détermine la suite de la procédure de demande de prolongation.

**Art. 51. Bilan de la prolongation**

Pendant la prolongation, le département reste responsable de la vérification régulière de la mesure d'aide à la jeunesse.

Au plus tard un mois avant l'expiration de la prolongation ou au moins une fois par an, le département organise une discussion-bilan avec le jeune adulte et avec les opérateurs de l'aide à la jeunesse, les prestataires de services et les familles d'accueil chargés de la mise en œuvre de la mesure d'aide à la jeunesse.

La discussion-bilan permet de vérifier la mise en œuvre de la prolongation et, le cas échéant, de l'adapter aux nouvelles circonstances et évolutions.

**Art. 52. Renouvellement de la prolongation**

Si une prolongation a déjà été accordée, elle peut être renouvelée, sur demande motivée, jusqu'à l'âge maximal visé à l'article 50, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>.

Le Gouvernement définit la procédure à suivre pour le renouvellement de la prolongation.

**Art. 53. Fin de la prolongation**

La prolongation peut être interrompue à tout moment par le jeune adulte ou par le département.

Le Gouvernement fixe les procédures et les conditions de fin de la prolongation.

## CHAPITRE 5 — PROTECTION DE LA JEUNESSE

Section 1<sup>re</sup> — Dispositions générales**Art. 54. Champ d'application spécifique**

Le présent chapitre s'applique :

1° aux jeunes suspects et délinquants ;

2° aux personnes qui exercent l'autorité parentale des jeunes visées au 1° ;

3° aux opérateurs de la protection de la jeunesse, aux prestataires de services et familles d'accueil chargés de la mise en œuvre des mesures de protection de la jeunesse ;

4° au procureur du Roi, au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse, qui proposent ou ordonnent des mesures de protection de la jeunesse.

Les dispositions relatives à la procédure de la loi du 8 avril 1965 sont applicables aux jeunes visés à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°.

## Section 2 — Traitement du dossier par le ministère public

**Art. 55. Enquête sociale**

§ 1<sup>er</sup> - Afin de pouvoir prendre une décision adaptée à la situation, le procureur du Roi peut charger le département de réaliser une enquête sociale dans le cadre de la protection de la jeunesse. Le département fait rapport sur la situation sur la base des facteurs visés à l'article 12, § 2, et propose des mesures appropriées de protection de la jeunesse.

À cette fin, le département organise une ou plusieurs rencontres avec le jeune suspect et les personnes qui exercent l'autorité parentale, auxquelles d'autres personnes apparentées ou familiales du jeune suspect peuvent également être associées.

De commun accord avec les personnes qui exercent l'autorité parentale du jeune suspect, le département peut impliquer dans l'enquête sociale des prestataires de services et des acteurs intervenant déjà dans les autres domaines de la vie du jeune suspect.

En plus des rencontres visées à l'alinéa 2, une rencontre séparée peut être organisée avec le jeune suspect ou les personnes qui exercent l'autorité parentale.

§ 2 - Le département effectue l'enquête sociale dans le délai fixé par le procureur du Roi. La durée de ce délai n'excède pas 90 jours.

§ 3 - Lorsque le procureur du Roi demande une enquête sociale, il ne prend ou ne modifie sa décision qu'après avoir pris connaissance de cette enquête sociale, sauf en l'absence d'enquête sociale à l'expiration du délai fixé conformément au § 2 ou sauf en cas d'absolue nécessité.

**Art. 56. Avertissement**

Le procureur du Roi peut envoyer au jeune suspect une lettre d'avertissement dans laquelle il indique avoir pris connaissance des faits, estimer que ces faits sont établis à sa charge, mais avoir décidé de suspendre la procédure pénale pour des motifs précis.

Une copie de la lettre d'avertissement est transmise aux personnes qui exercent l'autorité parentale du jeune suspect.

Le procureur du Roi peut convoquer le jeune suspect et les personnes qui exercent l'autorité parentale afin de les informer de leurs obligations légales respectives et des conséquences de leur comportement.

**Art. 57. Médiation**

§ 1<sup>er</sup> - Le procureur du Roi examine si une médiation est réalisable et opportune.

Le procureur du Roi peut proposer au jeune suspect, à la victime de l'infraction et aux personnes qui exercent leur autorité parentale de participer à une médiation si les conditions suivantes sont remplies :

1° il existe des présomptions fondées ;

2° une victime a été identifiée ;

3° le jeune suspect ne conteste pas son implication dans les faits.

Une médiation ne peut avoir lieu que si les personnes concernées par la proposition de médiation acceptent expressément et sans réserve la médiation pendant toute sa durée.

Si le procureur du Roi ne propose pas de médiation, il motive spécifiquement sa décision et la communique aux personnes concernées. Sauf dans les cas visés à l'article 49, alinéa 2, de la loi du 8 avril 1965, l'absence d'une telle motivation entraîne la saisine irrégulière du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse.

Lorsque le procureur du Roi propose une médiation, il informe par écrit les personnes concernées par la proposition de médiation :

1° qu'elles ont le droit d'être assistées par un avocat pendant la procédure de médiation ;

2° qu'elles disposent d'un délai de réflexion de 15 jours ouvrables à compter de la réception de la proposition de médiation pour l'accepter ou la refuser ;

3° qu'elles peuvent à tout moment retirer leur consentement à la médiation ;

4° qu'il est mis fin à la médiation dans la mesure où elle n'aboutit pas à un accord dans les délais visés au § 5.

L'objectif de la médiation est que le jeune suspect et la victime du fait de délinquance juvénile se concertent, avec l'aide d'un médiateur impartial, notamment sur les conséquences relationnelles et matérielles de la délinquance juvénile et parviennent à un accord pour régler le conflit.

§ 2 - Le procureur du Roi charge le département de la médiation, lui transmet une copie de la proposition de médiation et lui communique l'identité des personnes concernées.

Le procureur du Roi peut charger le département d'une médiation commune, pour peu qu'une médiation ait été proposée à plusieurs jeunes suspects du même fait de délinquance juvénile.

Dans le cadre d'une médiation, le département organise un ou plusieurs entretiens de médiation entre le jeune suspect, la victime de l'infraction et, le cas échéant, les personnes qui exercent l'autorité parentale.

Le département peut charger un médiateur agréé de mener les entretiens de médiation visés à l'alinéa 3.

§ 3 - Si les personnes concernées par la proposition de médiation ne s'adressent pas au département dans un délai de huit jours ouvrables à compter de la réception de la communication écrite visée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 5, celui-ci prend contact avec elles par écrit afin de les informer à nouveau de la possibilité d'une médiation.

Si les personnes concernées par la proposition de placement n'acceptent pas expressément et sans réserve la médiation dans les quinze jours ouvrables de la réception de la communication écrite visée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 5, le département en informe le Procureur du Roi.

§ 4 - Au plus tard deux mois après avoir été mandaté par le procureur du Roi, le département établit un rapport intermédiaire sur l'avancement de la médiation et l'adresse au procureur du Roi.

§ 5 - Si les personnes concernées par la proposition de médiation retirent leur consentement à la médiation ou si la médiation n'aboutit pas à un accord dans un délai de six mois à compter de la réception de la communication écrite visée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 5, le département met fin à la médiation et transmet au Procureur du Roi un rapport sur les motifs de la fin.

Sur demande motivée du département, le procureur du Roi peut prolonger une fois le délai visé à l'alinéa 1<sup>er</sup> pour une durée maximale de trois mois.

Si la médiation aboutit à un accord dans le délai visé aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2, celui-ci doit être signé par les personnes concernées. Le département transmet immédiatement la convention signée au procureur du Roi.

Le procureur du roi approuve la convention signée. Son contenu ne peut pas être modifié. Le procureur du Roi ne peut refuser d'approuver une convention que si elle est contraire à l'ordre public.

§ 6 - Si le procureur du Roi approuve la convention, il charge le département de vérifier l'exécution de cette convention et lui transmet immédiatement une copie de la convention approuvée.

Le département établit un rapport sur l'exécution de la convention et l'adresse au procureur du Roi.

§ 7 - Si le jeune suspect exécute la convention selon les modalités prévues, le procureur du Roi en dresse procès-verbal et classe l'affaire sans suite. Le classement sans suite a pour effet l'extinction de l'action publique.

Si le jeune suspect n'exécute pas la convention selon les modalités prévues, le procureur du Roi en dresse procès-verbal. Il peut saisir le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse conformément à l'article 63 pour des mesures de protection de la jeunesse.

Une copie des procès-verbaux visés aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2 est transmise aux personnes concernées par la convention ainsi qu'au département.

§ 8 - Ni la reconnaissance des faits par le jeune suspect, ni le déroulement ou le résultat de la médiation ne peuvent être utilisés par les autorités judiciaires ou par toute autre personne au préjudice du jeune suspect.

Les documents produits et les communications effectuées dans le cadre des activités du département sont confidentiels, à l'exception de ceux qui sont transmis aux autorités judiciaires avec l'accord des parties. Ils ne peuvent pas être utilisés au cours d'une procédure pénale, civile, administrative ou d'arbitrage ou de toute autre procédure en vue de la résolution d'un conflit et ne sont pas acceptables comme preuve, même sous la forme d'aveu extrajudiciaire.

#### **Art. 58. Mise en œuvre d'un projet**

§ 1<sup>er</sup> - S'il existe des présomptions fondées, le procureur du Roi informe le jeune suspect, au début de la procédure, de la possibilité de présenter un projet.

§ 2 - Le procureur du Roi charge le département d'assister le jeune suspect dans l'élaboration de son projet et lui communique l'identité du jeune suspect.

Le département peut faire participer activement à l'élaboration du projet les personnes qui exercent l'autorité parentale et d'autres personnes apparentées ou familiales du jeune suspect.

Si le jeune suspect ne s'adresse pas au département dans les 15 jours ouvrables suivant la réception de l'information visée au § 1<sup>er</sup>, le département le contacte par écrit afin de l'informer à nouveau de la possibilité de présenter un projet au procureur du Roi.

§ 3 - Le projet est déposé au plus tard lors de la comparution devant le procureur du Roi. Le procureur du Roi se prononce sur le bien-fondé et la légalité du projet qui lui est soumis, décide de son approbation ou de son refus et fixe le délai de sa mise en œuvre. Le contenu du projet ne peut pas être modifié.

Le procureur du Roi ne peut refuser le projet que par une décision spécifiquement motivée en ce sens. Si le procureur du Roi approuve le projet, il charge le département de vérifier sa mise en œuvre et lui transmet immédiatement une copie du projet approuvé.

Sur demande motivée du département, le procureur du Roi peut prolonger une fois le délai visé à l'alinéa 1<sup>er</sup> pour une durée qu'il détermine.

§ 4 - Au plus tard un mois avant l'expiration du délai visé au § 3, alinéas 1<sup>er</sup> et 3, le département établit un rapport sur la mise en œuvre du projet et l'adresse au procureur du Roi.

Si le jeune suspect met en œuvre le projet dans le délai imparti et selon les modalités prévues, le procureur du Roi en dresse procès-verbal et classe l'affaire sans suite. Le classement sans suite a pour effet l'extinction de l'action publique.

Si le jeune suspect ne met pas en œuvre le projet dans le délai imparti ou selon les modalités prévues, le procureur du Roi en dresse procès-verbal. Il peut saisir le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse conformément à l'article 63 pour des mesures de protection de la jeunesse.

Une copie des procès-verbaux visés aux alinéas 2 et 3 est transmise au jeune suspect, aux personnes qui exercent l'autorité parentale ainsi qu'au département.



**Art. 59. Mise en œuvre et respect de certaines obligations**

§ 1<sup>er</sup> - Si le procureur du Roi estime que la médiation est impraticable ou inopportune et qu'il existe des présomptions fondées, il peut proposer au jeune soupçonné des faits d'assortir l'extinction de l'action pénale d'une ou plusieurs des obligations suivantes :

- 1° ne commettre aucun autre fait de délinquance juvénile ;
- 2° fournir une prestation éducative et d'intérêt général, conformément à l'article 80, d'une durée maximale de 30 heures ;
- 3° participer à un programme de réinsertion scolaire ;
- 4° participer à une mesure de formation visant à renforcer ses compétences sociales ;
- 5° se soumettre à accompagnement ambulatoire dans un service psychologique ou psychiatrique, un service d'éducation sexuelle ou un service spécialisé dans les assuétudes ;
- 6° respect d'autres obligations ponctuelles adaptées à la situation.

Le procureur du Roi fixe l'objectif des obligations ainsi que le délai de leur exécution.

Sur demande motivée du département, le procureur du Roi peut prolonger une fois le délai visé à l'alinéa 2 pour une durée qu'il détermine.

§ 2 - Si le procureur du Roi propose des obligations, il informe par écrit le jeune suspect et les personnes qui exercent l'autorité parentale :

- 1° que le jeune suspecté a le droit d'être assisté par un avocat à tout moment ;
- 2° que le jeune suspect dispose d'un délai de réflexion de 15 jours ouvrables à compter de la réception de la proposition pour l'accepter ou la refuser ;
- 3° que les obligations doivent être exécutées dans le délai fixé par le procureur du roi.

§ 3 - Le procureur du Roi charge le département d'organiser et de vérifier le respect des obligations, lui transmet une copie de la proposition et lui communique l'identité du jeune suspect.

À cette fin, le département peut conclure un contrat avec des opérateurs de la protection de la jeunesse et, le cas échéant, avec le jeune suspect concerné par les obligations ainsi qu'avec les personnes qui exercent l'autorité parentale.

Compte tenu de la proposition visée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le contrat contient des informations concernant :

- 1° les modalités des conditions ;
- 2° les règles relatives au secret professionnel et à la protection des données décrites aux chapitres 9 et 10 ;
- 3° les possibilités de recours visées à l'article 115.

Le Gouvernement peut fixer d'autres dispositions contractuelles, dans la mesure où celles-ci peuvent contribuer à améliorer la qualité de la protection de la jeunesse.

Le procureur du Roi peut également charger un service de police de vérifier le respect des conditions.

§ 4 - Si le jeune suspect ne s'adresse pas au département dans les huit jours ouvrables suivant la réception de la communication écrite visée au § 2, le département le contacte par écrit pour lui rappeler les conditions proposées.

§ 5 - Le jeune suspect fait savoir au département s'il accepte ou refuse la proposition dans un délai de 15 jours ouvrables à compter de la réception de la communication écrite visée au § 2. En l'absence de réponse à l'expiration de ce délai, la proposition est réputée rejetée. Le département informe le procureur du Roi de la décision prise.

§ 6 - Au plus tard un mois avant l'expiration du délai visé au § 1<sup>er</sup>, alinéas 2 et 3, le département établit un rapport sur le respect des conditions et l'adresse au procureur du Roi. Ce rapport est joint au dossier de la procédure.

Si le jeune suspect respecte les conditions dans le délai imparti selon les modalités prévues, le procureur du Roi en dresse procès-verbal et classe l'affaire sans suite. Le classement sans suite a pour effet l'extinction de l'action publique.

Si le jeune suspect ne respecte pas les obligations dans le délai imparti ou selon les modalités prévues, le procureur du Roi en dresse procès-verbal. Il peut saisir le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse conformément à l'article 63 pour des mesures de protection de la jeunesse.

Une copie des procès-verbaux visés aux alinéas 2 et 3 est transmise au jeune suspect, aux personnes qui exercent l'autorité parentale ainsi qu'au département.

**Art. 60. Cumul des mesures**

Si le procureur du Roi estime qu'une médiation est réalisable et opportune, mais insuffisante compte tenu des facteurs visés à l'article 12, § 2, 4° à 6°, il peut, par dérogation aux articles 57 et 59 et sans préjudice de l'article 61, proposer en outre l'exécution et le respect d'une ou plusieurs des conditions visées à l'article 59.

Lorsque le procureur du Roi propose en outre, conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>, l'exécution et le respect d'une ou plusieurs des conditions visées à l'article 59, il classe l'affaire sans suite si le jeune suspect a exécuté la convention selon les modalités prévues et s'il a respecté les obligations dans le délai imparti et selon les modalités prévues. Le classement sans suite a pour effet l'extinction de l'action publique.

Si le jeune suspect n'exécute pas la convention selon les modalités prévues ou ne respecte pas les obligations dans le délai imparti ou selon les modalités prévues, le procureur du Roi en dresse procès-verbal. Il peut saisir le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse conformément à l'article 63 pour des mesures de protection de la jeunesse.

**Art. 61. Mesures applicables aux jeunes suspectés d'un fait de délinquance juvénile avant l'âge de douze ans**

À l'égard des jeunes suspectés d'un fait de délinquance juvénile avant l'âge de douze ans, le procureur du Roi peut uniquement prononcer l'avertissement visé à l'article 56 ou proposer la médiation visée à l'article 57 ou saisir le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse de mesures d'aide judiciaire à la jeunesse.

**Art. 62. Devoir d'information sur la possibilité d'une médiation ou d'un projet pendant la phase préparatoire**

Dans la convocation visée à l'article 45, 2°, b), de la loi du 8 avril 1965, le procureur du Roi informe le jeune suspect :

- 1° de la possibilité de soumettre au juge de la jeunesse un projet visé à l'article 77 ;
- 2° de la possibilité de s'adresser au département qui le soutient dans l'élaboration de son projet ;

3° que le projet élaboré doit être soumis au juge de la jeunesse pour approbation au plus tard le jour de l'audience et que le projet approuvé doit être mis en œuvre dans un délai fixé par le juge de la jeunesse.

Lorsqu'une victime a été identifiée, le procureur du Roi informe également le jeune suspect, la victime du fait de délinquance juvénile et les personnes qui exercent leur autorité parentale de la possibilité de demander au juge de la jeunesse une médiation visée à l'article 76.

Une copie de la convocation visée à l'alinéa 1<sup>er</sup> est transmise au département.

### Section 3 — Traitement du dossier par le juge de la jeunesse et le tribunal de la jeunesse

#### Sous-section 1<sup>re</sup> — Dispositions générales

#### Art. 63. Saisine du juge de la jeunesse et du tribunal de la jeunesse

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse statue sur les requêtes du procureur du Roi relatives aux jeunes suspects, afin d'ordonner des mesures de protection de la jeunesse.

À l'exception des poursuites pour des infractions autres que celles mentionnées ci-après, les juridictions compétentes en vertu du droit commun statuent sur les requêtes du procureur du Roi relatives aux personnes âgées de plus de 16 ans et de moins de 18 ans au moment des faits et poursuivies pour des infractions :

1° aux dispositions des lois et règlements relatifs à la circulation routière ;

2° aux articles 418, 419 et 420 du Code pénal, dans la mesure où elles s'accompagnent d'une violation des lois et règlements visés au 1° ;

3° à la loi du 21 novembre 1989 relative à l'assurance obligatoire de la responsabilité en matière de véhicules automoteurs.

S'il ressort des débats devant ces juridictions qu'une mesure de protection de la jeunesse serait plus appropriée en l'espèce, ces juridictions peuvent, par décision motivée, se dessaisir de l'affaire et la confier au procureur du Roi, le cas échéant, en vue de requêtes devant le tribunal de la jeunesse.

#### Art. 64. Enquêtes

§ 1<sup>er</sup> - Afin de pouvoir prendre une décision adaptée à la situation, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut charger le département, dans le cadre de la protection de la jeunesse, de réaliser une enquête sociale. Le département fait rapport sur la situation sur la base des facteurs visés à l'article 12, § 2, et propose des mesures appropriées de protection de la jeunesse.

À cette fin, le département organise une ou plusieurs rencontres avec le jeune suspect et les personnes qui exercent l'autorité parentale, auxquelles d'autres personnes apparentées ou familiales du jeune suspect peuvent également être associées.

De commun accord avec les personnes qui exercent l'autorité parentale du jeune suspect ou sur ordre du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse, le département peut impliquer dans l'enquête sociale des prestataires de services et des acteurs intervenant déjà dans les autres domaines de la vie du jeune suspect.

En plus des rencontres visées à l'alinéa 2, une rencontre séparée peut être organisée avec le jeune suspect ou les personnes qui exercent l'autorité parentale.

§ 2 - Le département effectue l'enquête sociale dans le délai fixé par le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse. La durée de ce délai n'excède pas 90 jours.

§ 3 - Dans le cadre de la protection de la jeunesse, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut habiliter le département à faire procéder à un examen psychologique ou médical du jeune suspect afin de déterminer les mesures de protection de la jeunesse adaptées à son traitement.

§ 4 - Lorsqu'une enquête visée au § 1<sup>er</sup> ou au § 3 est demandée, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ne modifie ou ne prend la décision, sauf en l'absence d'enquête à l'expiration du délai fixé conformément au § 2 ou sauf en cas d'absolue nécessité et sans préjudice des articles 78, alinéa 2, 81, alinéa 2 et 82, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, qu'après avoir pris connaissance de cette enquête.

Si une mesure de protection de la jeunesse a été ordonnée avant le début de l'enquête, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse vérifie l'adéquation de cette mesure d'aide à la jeunesse après l'ouverture de l'enquête ou de l'évaluation.

#### Art. 65. Devoir particulier de motivation

Si le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ordonne une mesure de protection de la jeunesse, il motive spécifiquement sa décision sur la base des éléments mentionnés à l'article 12, § 2.

Lorsque le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ordonne plusieurs mesures de protection de la jeunesse, ce cumul est expressément motivé.

#### Art. 66. Mise en œuvre et coordination des mesures de protection de la jeunesse

§ 1<sup>er</sup> - Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse mandate des opérateurs de la protection de la jeunesse et des prestataires de services pour mettre en œuvre les mesures de protection de la jeunesse.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut habiliter le département à mandater des opérateurs de la protection de la jeunesse, des prestataires de services et des familles d'accueil de la mise en œuvre de certaines mesures de protection de la jeunesse.

§ 2 - Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse charge le département de l'organisation et du contrôle de la mise en œuvre visée au § 1<sup>er</sup> ainsi que de la coordination des mesures de protection de la jeunesse.

À cette fin, le département peut conclure un contrat avec les opérateurs de la protection de la jeunesse, les prestataires de services et les familles d'accueil visés au § 1<sup>er</sup> et, le cas échéant, avec le jeune concerné par la mesure de protection de la jeunesse et les personnes qui exercent l'autorité parentale.

Compte tenu de la décision judiciaire, le contrat contient des informations sur :

1° les modalités des mesures de protection de la jeunesse ;

2° les règles relatives au secret professionnel et à la protection des données décrites aux chapitres 9 et 10 ;

3° les possibilités de recours visées à l'article 115.

Le département peut confier la coordination visée à l'alinéa 1<sup>er</sup> à des opérateurs de la protection de la jeunesse et à des prestataires de services.

Le Gouvernement peut fixer d'autres dispositions contractuelles, dans la mesure où celles-ci peuvent contribuer à améliorer la qualité de la protection de la jeunesse.

#### **Art. 67. Discussion-bilan et rapport**

§ 1<sup>er</sup> - Au plus tard quatre mois après le prononcé du jugement ou de la décision, et ensuite au moins tous les six mois supplémentaires, le département organise une discussion-bilan avec le jeune concerné par la mesure de protection de la jeunesse, les personnes qui exercent l'autorité parentale et les opérateurs de la protection de la jeunesse, les prestataires de services et les familles d'accueil qui mettent en œuvre la mesure de protection de la jeunesse.

Si cela semble approprié ou si cela est nécessaire pour protéger l'intégrité du jeune, des discussions-bilans séparées peuvent être organisées avec chacune des personnes physiques et morales visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

La discussion-bilan permet de vérifier la mise en œuvre des mesures de protection de la jeunesse et, le cas échéant, de l'adapter aux nouvelles circonstances et évolutions. À cette fin, le département peut proposer les éléments suivants dans le rapport visé au § 2 :

- 1° une modification des mesures de protection de la jeunesse ;
- 2° des mesures supplémentaires de protection de la jeunesse ;
- 3° une levée des mesures de protection de la jeunesse ;

§ 2 - À la demande du juge de la jeunesse ou du tribunal de la jeunesse et au plus tard 30 jours avant une audience du tribunal de la jeunesse, le département établit un rapport sur la mise en œuvre de la mesure.

#### **Art. 68. Modification des mesures de protection de la jeunesse**

§ 1<sup>er</sup> - Le juge de la jeunesse peut à tout moment lever les mesures provisoires de protection de la jeunesse ou les remplacer par d'autres mesures de protection de la jeunesse, soit d'office, soit à la demande du département ou du procureur du Roi. À cette fin, il entend le jeune suspect, les personnes qui exercent l'autorité parentale ainsi que le procureur du Roi ou le département.

Le jeune suspect et les personnes qui exercent l'autorité parentale peuvent, par requête motivée, demander au juge de la jeunesse, après un délai d'un mois à compter de la date à laquelle la décision est devenue définitive, une modification des mesures provisoires de protection de la jeunesse. Le juge de la jeunesse entend le jeune suspect et les personnes qui exercent l'autorité parentale. En cas de rejet de la requête, une nouvelle requête ne peut être introduite avant l'expiration d'un délai d'un mois à compter de la date à laquelle la décision de rejet de la requête précédente est devenue définitive.

§ 2 - Durant la phase sur le fond, le juge de la jeunesse peut à tout moment, d'office ou à la demande du département ou du procureur du Roi, lever les mesures de protection de la jeunesse ou les remplacer par d'autres mesures de protection de la jeunesse, soit d'office, soit à la demande du département ou du procureur du Roi. À cette fin, il entend le jeune délinquant, les personnes qui exercent l'autorité parentale ainsi que le procureur du Roi ou le département.

Le jeune délinquant et les personnes qui exercent l'autorité parentale peuvent, par requête motivée, demander au tribunal de la jeunesse, après un délai de six mois à compter de la date à laquelle la décision est devenue définitive, une modification des mesures de protection de la jeunesse ordonnées durant la phase sur le fond. Le tribunal de la jeunesse entend le jeune suspect et les personnes qui exercent l'autorité parentale. En cas de rejet de la requête, une nouvelle requête ne peut être introduite avant l'expiration d'un délai de six mois à compter de la date à laquelle la décision de rejet de la requête précédente est devenue définitive.

Dans le cas visé à l'article 76, § 7, alinéa 2, le délai visé à l'alinéa 2 ne s'applique pas.

§ 3 - En cas d'absolue nécessité, le juge de la jeunesse peut à tout moment lever une mesure de protection de la jeunesse ordonnée par le tribunal de la jeunesse ou les remplacer par d'autres mesures de protection de la jeunesse, soit d'office, soit à la demande du département ou du procureur du Roi. À cette fin, il entend le jeune délinquant, les personnes qui exercent l'autorité parentale ainsi que le procureur du Roi ou le département. Cette modification doit être réexaminée par le tribunal de la jeunesse dans un délai maximum de six mois.

#### Sous-section 2 — Phase préparatoire

#### **Art. 69. Durée de la phase préparatoire**

La durée de la phase préparatoire est de neuf mois maximum à compter de la requête visée à l'article 63, alinéa 1<sup>er</sup>, jusqu'à la décision sur le fond. Passé ce délai, les mesures provisoires de protection de la jeunesse prennent automatiquement fin.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, la phase préparatoire peut être prolongée à plusieurs reprises par décision motivée, pour une durée n'excédant pas trois mois à chaque fois, dans la mesure où des actes d'information ou des compléments d'enquête sur la personnalité et la situation du jeune suspect sont nécessaires.

Dans le cadre des prolongations visées à l'alinéa 2, des mesures provisoires de protection de la jeunesse peuvent être adoptées ou maintenues si des circonstances graves et exceptionnelles liées à des exigences de sécurité publique le justifient.

Les durées mentionnées aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2 sont suspendues entre l'acte d'appel et la décision. La durée de cette suspension n'excède pas deux mois.

#### **Art. 70. Mesures provisoires de protection de la jeunesse**

§ 1<sup>er</sup> - Si le jeune suspect ou la victime du fait de délinquance juvénile demande une médiation visée à l'article 76 ou si le jeune suspect présente un projet visé à l'article 77, le juge de la jeunesse examine, lors de la phase préparatoire, si la médiation ou le projet est réalisable et adéquat.

§ 2 - Si le juge de la jeunesse estime que la médiation ou le projet est réalisable et adéquat, mais insuffisant, il peut en outre ordonner une ou plusieurs des mesures provisoires de protection de la jeunesse mentionnées au § 3 à l'égard du jeune suspect.

§ 3 - Si le juge de la jeunesse estime que la médiation ou le projet est impraticable ou inadéquat, il peut en outre ordonner une ou plusieurs des mesures provisoires de protection de la jeunesse suivantes à l'égard du jeune suspect :

- 1° un accompagnement et une prise en charge ambulatoires visés à l'article 78 ;

2° un maintien dans le lieu de vie habituel visé à l'article 79, sous réserve du respect d'une ou de plusieurs des obligations visées à l'article 79, 3°, 4°, 7°, 8°, 9°, 10°, 11° et 12° ;

3° une prestation éducative et d'intérêt général, mentionnée à l'article 80, d'une durée maximale de 30 heures, visant à connaître les besoins et la situation de vie du jeune suspect et à pouvoir prendre une décision sur le fond adaptée à la situation ;

4° un traitement, un accompagnement et une prise en charge semi-résidentiels visés à l'article 81 ;

5° un traitement et une prise en charge résidentiels visés à l'article 82.

Le juge de la jeunesse ne peut pas prendre de mesure provisoire de protection de la jeunesse en vue d'une sanction immédiate.

À l'égard des jeunes suspects d'un fait délinquance juvénile avant l'âge de douze ans, le juge de la jeunesse peut uniquement prononcer l'avertissement visé à l'article 78 ou proposer l'accompagnement et la prise en charge ambulatoires visées à l'article 78 ainsi que des mesures d'aide à la jeunesse.

§ 4 - Lorsque le juge de la jeunesse ordonne une mesure provisoire de protection de la jeunesse, il peut, au vu des nécessités de l'information ou de l'instruction judiciaire et pour une durée de maximum 30 jours renouvelable plusieurs fois, interdire par décision motivée au jeune suspect d'avoir des relations libres avec des personnes nommément désignées, à l'exception de son avocat.

§ 5 - La prise en charge résidentielle dans une institution fermée ou dans une autre forme de prise en charge fermée adaptée à la situation, visée à l'article 82, § 1<sup>er</sup>, 6°, et la prise en charge en section fermée d'une institution publique de protection de la jeunesse, visée à l'article 82, § 1, 7°, ne peuvent être ordonnées qu'à titre de mesure provisoire de protection de la jeunesse et pour une durée maximale de trois mois, si, outre les conditions visées à l'article 82, § 5, une des conditions suivantes est remplie :

1° le jeune suspect a un comportement dangereux pour lui-même ou pour les autres ;

2° il existe des motifs sérieux de craindre qu'en cas de libération du jeune suspect, celui-ci commette à nouveau un fait de délinquance juvénile, se soustraie à l'intervention du tribunal, tente de faire disparaître des preuves ou procède à des ententes secrètes avec des tiers.

La prise en charge résidentielle visée à l'alinéa 1<sup>er</sup> peut être prolongée après rapport du département, de l'institution fermée ou de l'institution publique de protection de la jeunesse, renouvelable plusieurs fois, chaque fois pour une durée maximale de 30 jours, si le jeune suspecté d'avoir commis l'infraction représente un danger pour la sécurité publique. Le juge de la jeunesse entend le jeune suspect.

§ 6 - La chambre de la jeunesse de la cour d'appel instruit l'affaire et statue dans un délai de 15 jours ouvrables à compter de l'acte d'appel. Passé ce délai, la prise en charge résidentielle visée à l'alinéa 1<sup>er</sup> devient caduque.

#### **Art. 71. Durée des mesures provisoires de protection de la jeunesse**

Le juge de la jeunesse ordonne les mesures provisoires de protection de la jeunesse pour une durée aussi courte que possible. Il fixe la durée de chaque mesure provisoire de protection de la jeunesse ordonnée, sans préjudice des durées maximales prévues par le présent décret. Les mesures provisoires de protection de la jeunesse prennent fin au plus tard le jour où le jeune suspect atteint l'âge de 21 ans.

#### **Art. 72. Devoir d'information sur la possibilité d'une médiation ou d'un projet pendant la procédure sur le fonds**

Dans la copie de la décision visée à l'article 52<sup>ter</sup> de la loi du 8 avril 1965 ou dans le pli judiciaire de fixation de l'audience, le procureur du Roi informe le jeune suspect :

1° de la possibilité de soumettre au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse un projet visé à l'article 77 ;

2° de la possibilité de s'adresser au département qui le soutient dans l'élaboration de son projet ;

3° que le projet élaboré doit être soumis à l'approbation du tribunal de la jeunesse au plus tard le jour de l'audience et que le projet approuvé doit être mis en œuvre dans un délai fixé par le tribunal de la jeunesse.

Lorsqu'une victime a été identifiée, le procureur du Roi informe également le jeune suspect, la victime du fait de délinquance juvénile et les personnes qui exercent leur autorité parentale de la possibilité de demander une médiation visée à l'article 76.

Une copie du pli judiciaire visé à l'alinéa 1<sup>er</sup> est transmise au département.

#### Sous-section 3 — Décision sur le fond

#### **Art. 73. Mesures sur le fond de protection de la jeunesse**

§ 1<sup>er</sup> - Si le jeune suspect ou la victime du fait de délinquance juvénile demande une médiation visée à l'article 76 ou si le jeune suspect présente un projet visé à l'article 77, le tribunal de la jeunesse statuant sur le fond examine si la médiation ou le projet est réalisable et adéquat.

§ 2 - Si le tribunal de la jeunesse estime que la médiation ou le projet est réalisable et adéquat, mais insuffisant, il peut en outre ordonner une ou plusieurs des mesures de protection de la jeunesse visées au § 3, 1° à 5°, à l'égard du jeune délinquant.

§ 3 - Si le tribunal de la jeunesse estime que la médiation ou le projet est impraticable ou inadéquat, il peut ordonner une ou plusieurs des mesures de protection de la jeunesse suivantes à l'égard du jeune délinquant :

1° un accompagnement et une prise en charge ambulatoires visés à l'article 78 ;

2° un maintien dans le lieu de vie habituel visé à l'article 79, sous réserve du respect d'une ou de plusieurs obligations ;

3° une prestation éducative et d'intérêt général mentionnée à l'article 80 ;

4° un traitement, un accompagnement et une prise en charge semi-résidentiels visés à l'article 81 ;

5° un traitement et une prise en charge résidentiels visés à l'article 82.

À l'égard des jeunes délinquants ayant commis un fait de délinquance juvénile avant l'âge de douze ans, le tribunal de la jeunesse peut uniquement prononcer l'avertissement visé à l'article 78 ou proposer l'accompagnement et la prise en charge ambulatoires visées à l'article 78 ainsi que des mesures d'aide à la jeunesse.



**Art. 74. Durée des mesures sur le fond de protection de la jeunesse**

Le tribunal de la jeunesse fixe la durée de chaque mesure d'aide à la jeunesse ordonnée.

Sans préjudice des autres durées maximales prévues par le présent décret, la durée visée à l'alinéa 1<sup>er</sup> est d'un an maximum. Les mesures sur le fond de protection de la jeunesse prennent fin au plus tard le jour où le jeune délinquant atteint l'âge de 18 ans.

Par dérogation à l'alinéa 2, le tribunal de la jeunesse peut, à la demande du procureur du Roi et en cas de persistance de la mauvaise conduite ou du comportement dangereux du jeune délinquant, prolonger à plusieurs reprises les mesures sur le fond de protection de la jeunesse pour une durée maximale d'un an, qui prennent fin au plus tard le jour où le jeune délinquant atteint l'âge de 21 ans. Dans ce cas, le tribunal de la jeunesse est saisi de la demande dans les trois mois précédant le jour où le jeune délinquant atteint l'âge de 18 ans.

Par dérogation à l'alinéa 2, le tribunal de la jeunesse peut, lorsque le fait de délinquance juvénile a été commis après l'âge de 16 ans, prolonger ou ordonner à plusieurs reprises les mesures sur le fond de protection de la jeunesse pour une durée maximale d'un an, qui prennent fin au plus tard le jour où le jeune délinquant atteint l'âge de 21 ans.

**Art. 75. Prolongation de l'accompagnement à la demande du jeune**

Le jeune accompagné par le département avant l'âge de 18 ans peut demander une prolongation de cet accompagnement conformément à l'article 50.

Sous-section 4 — Mesures de protection de la jeunesse

**Art. 76. Médiation**

§ 1<sup>er</sup> - Une médiation ne peut avoir lieu que si les personnes concernées acceptent expressément et sans réserve la médiation pendant toute sa durée.

L'objectif de la médiation est que le jeune suspect et la victime du fait de délinquance juvénile se concertent avec l'aide d'un médiateur impartial, notamment sur les conséquences relationnelles et matérielles du fait de délinquance juvénile et parviennent à un accord pour régler le conflit.

§ 2 - Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse charge le département de la médiation et lui communique l'identité des personnes concernées.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut charger le département d'une médiation commune, pour peu que plusieurs jeunes soient concernés par une médiation pour un même fait de délinquance juvénile.

Dans le cadre d'une médiation, le département organise un ou plusieurs entretiens de médiation entre le jeune suspect, la victime de l'infraction et, le cas échéant, les personnes qui exercent l'autorité parentale.

Le département peut charger un médiateur agréé de mener les entretiens de médiation visés à l'alinéa 3.

Le département informe par écrit les personnes concernées par la médiation :

1° qu'elles disposent d'un délai de réflexion de 15 jours ouvrables à compter de la réception de la communication écrite pour accepter ou refuser la médiation ;

2° qu'elles peuvent à tout moment retirer leur consentement à la médiation ;

3° qu'il est mis fin à la médiation dans la mesure où elle n'aboutit pas à un accord dans un délai de six mois conformément au § 5.

§ 3 - Si les personnes concernées ne s'adressent pas au département dans un délai de huit jours ouvrables à compter de la réception de la communication écrite visée au § 2, alinéa 5, celui-ci prend contact avec elles par écrit afin de les informer à nouveau de la possibilité d'une médiation.

Si les personnes concernées n'acceptent pas expressément et sans réserve la médiation dans un délai de 15 jours ouvrables à compter de la réception de la communication écrite visée au § 2, alinéa 5, le département en informe le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse.

§ 4 - Au plus tard deux mois après avoir été mandaté par le juge de la jeunesse ou par le tribunal de la jeunesse, le département établit un rapport intermédiaire sur l'avancement de la médiation et l'adresse au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse et au procureur du Roi.

§ 5 - Si les personnes concernées retirent leur consentement à la médiation ou si la médiation n'aboutit pas à un accord dans un délai de six mois à compter de la réception de la communication écrite visée au § 2, alinéa 5, le département met fin à la médiation et transmet au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse et au Procureur du Roi un rapport sur les motifs de la fin.

Sur demande motivée du département, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut prolonger une fois le délai visé à l'alinéa 1<sup>er</sup> pour une durée maximale de trois mois.

Si la médiation aboutit à un accord dans le délai visé aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2, celui-ci doit être signé par les personnes concernées. Le département transmet immédiatement la convention signée au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse légalise la convention signée. Son contenu ne peut pas être modifié. Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ne peut refuser de légaliser une convention que si elle est contraire à l'ordre public.

§ 6 - Si le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse légalise la convention, il charge le département de vérifier l'exécution de cette convention et lui transmet immédiatement une copie de la convention légalisée.

Le département établit un rapport sur l'exécution de la convention et l'adresse au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse.

§ 7 - Si le jeune suspect exécute la convention selon les modalités prévues dans le cadre de la phase préparatoire et qu'une procédure est engagée devant le tribunal de la jeunesse, ce dernier tient compte de cette convention et de son exécution.

Si le jeune délinquant exécute la convention selon les modalités prévues après le prononcé du jugement et que des mesures de protection de la jeunesse ont été ordonnées à son égard, le tribunal de la jeunesse tient compte de cette convention et de son exécution pour lever ou remplacer les mesures de protection de la jeunesse ordonnées en application de l'article 68.

Si le jeune n'exécute pas la convention selon les modalités prévues, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut, en application de l'article 68, remplacer la médiation par d'autres mesures de protection de la jeunesse, à la demande du procureur du Roi.

§ 8 - Ni la reconnaissance des faits par le jeune, ni le déroulement ou le résultat de la médiation ne peuvent être utilisés par les autorités judiciaires ou par toute autre personne au préjudice du jeune.

Les documents produits et les communications effectuées dans le cadre des activités du département sont confidentiels, à l'exception de ceux qui sont transmis aux autorités judiciaires avec l'accord des parties. Ils ne peuvent pas être utilisés au cours d'une procédure pénale, civile, administrative ou d'arbitrage ou de toute autre procédure en vue de la résolution d'un conflit et ne sont pas acceptables comme preuve, même sous la forme d'aveu extrajudiciaire.

#### **Art. 77. Mise en œuvre d'un projet**

§ 1<sup>er</sup> - Si le jeune suspect ne s'adresse pas au département dans les 15 jours ouvrables de la réception de la convocation visée à l'article 62 ou de la copie de la décision ou du pli judiciaire visé à l'article 72, le département le contacte par écrit pour lui rappeler la possibilité de se faire assister dans l'élaboration du projet.

§ 2 - Si le jeune suspect visé à l'alinéa 1<sup>er</sup> s'adresse au département, celui-ci l'assiste dans l'élaboration de son projet.

Le département peut faire participer activement à l'élaboration du projet les personnes qui exercent l'autorité parentale et d'autres personnes apparentées ou familières du jeune suspect.

§ 3 - Le projet est signé par le jeune suspect et déposé au plus tard le jour de l'audience du tribunal de la jeunesse ou de l'audience du juge de la jeunesse.

§ 4 - Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse se prononce sur le bien-fondé et la légalité du projet qui lui est soumis, décide de son approbation ou de son refus et fixe le délai de sa mise en œuvre. Le contenu du projet ne peut pas être modifié.

Sur demande motivée du département, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut prolonger une fois le délai visé à l'alinéa 1<sup>er</sup> pour une durée qu'il détermine.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ne peut refuser le projet que par une décision spécifiquement motivée en ce sens. Si le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse approuve le projet, il charge le département de vérifier sa mise en œuvre et lui transmet immédiatement une copie du projet approuvé.

§ 5 - Lorsque le tribunal de la jeunesse autorise un projet, il peut prévoir simultanément l'une des mesures de protection de la jeunesse visées à l'article 73, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> à 5<sup>o</sup> comme mesures de substitution en cas d'exécution non conforme du projet. Dans ce cas, il informe le jeune suspecté des conséquences possibles du non-respect de ses obligations.

§ 6 - Au plus tard un mois avant l'expiration du délai visé au § 4, alinéas 1<sup>er</sup> et 2, le département établit un rapport sur la mise en œuvre du projet et l'adresse au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse.

§ 7 - Si le jeune suspect exécute le projet dans le délai imparti et selon les modalités prévues dans le cadre de la phase préparatoire et qu'une procédure est engagée devant le tribunal de la jeunesse, ce dernier tient compte de ce projet et de son exécution.

Si le jeune délinquant exécute le projet dans le délai imparti et selon les modalités prévues après le prononcé du jugement et que des mesures de protection de la jeunesse ont été ordonnées à son égard, le tribunal de la jeunesse tient compte de ce projet et de son exécution pour lever ou remplacer les mesures de protection de la jeunesse ordonnées en application de l'article 68.

Si le jeune suspect n'exécute pas le projet dans le délai imparti ou selon les modalités prévues, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut, en application de l'article 68, remplacer le projet par d'autres mesures de protection de la jeunesse, à la demande du procureur du Roi ou imposer d'office les mesures de substitution visées au § 5.

Le tribunal de la jeunesse peut tenir compte d'un projet partiellement réalisé pour adapter les mesures de substitution visées au § 5.

#### **Art. 78. Accompagnement et prise en charge ambulatoires**

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut ordonner une ou plusieurs des mesures d'accompagnement et de prise en charge ambulatoires suivantes pour le jeune suspect et les personnes qui exercent l'autorité parentale :

1<sup>o</sup> un accompagnement éducatif ;

2<sup>o</sup> un accompagnement sociopédagogique ;

3<sup>o</sup> un accompagnement thérapeutique ;

4<sup>o</sup> émettre une injonction de payer ;

5<sup>o</sup> un conseil psychologique, social ou pédagogique ;

6<sup>o</sup> un accompagnement ambulatoire dans un service psychologique ou psychiatrique, un service d'éducation sexuelle ou un service spécialisé dans les assuétudes ;

7<sup>o</sup> d'autres formes d'accompagnement et de prise en charge ambulatoires adaptées à la situation.

L'encadrement ambulatoire du jeune suspect dans un service psychiatrique, visé à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 6<sup>o</sup>, est confirmé dans les trente jours de sa prescription par un examen psychologique ou médical visé à l'article 64, § 3, qui établit la nécessité de cet accompagnement. En l'absence d'une telle confirmation, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse annule la mesure de protection de la jeunesse ordonnée ou la remplace par une autre mesure d'aide à la jeunesse.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse fixe l'objectif des mesures d'accompagnement et de prise en charge.

#### **Art. 79. Maintien dans le lieu de vie habituel sous conditions**

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut, pour une durée maximale de six mois, subordonner le maintien du jeune suspect dans son lieu de vie habituel à une ou plusieurs des conditions suivantes :

1<sup>o</sup> s'excuser par écrit ou oralement ;

2<sup>o</sup> pendant une durée déterminée, éviter certaines personnes ou certains lieux en rapport avec le fait de délinquance juvénile ;

3<sup>o</sup> s'abstenir d'exercer une ou plusieurs activités spécifiques pendant une durée déterminée en raison de circonstances particulières ;

- 4° respecter une assignation à résidence d'une durée maximale de trois mois ;
- 5° réparer lui-même le dommage en nature ou effectuer un travail rémunéré prouvé pour indemniser la victime ;
- 6° participer à un ou plusieurs modules de formation ou de sensibilisation en rapport avec les conséquences du fait de délinquance juvénile et sa portée pour les éventuelles victimes ;
- 7° participer à une ou plusieurs activités sportives, sociales ou culturelles accompagnées ;
- 8° assiduité aux cours à l'école ;
- 9° suivi d'une formation ;
- 10° participer à un programme de réinsertion scolaire ;
- 11° participer à une mesure de formation visant à renforcer ses compétences sociales ;
- 12° respecter d'autres obligations adaptées à la situation.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut charger le département de vérifier le respect des obligations visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>. Celui-ci informe le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse et le procureur du Roi du non-respect des obligations.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse transmet une copie du jugement ou de la décision au procureur du Roi en vue d'une éventuelle commission d'un service de police pour lui confier le contrôle du respect des obligations visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2° et 4°. Le procureur du Roi informe le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse du non-respect des obligations.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse fixe l'objectif des obligations.

#### **Art. 80. Prestation éducative et d'intérêt général**

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut obliger le jeune suspect à effectuer une prestation éducative et d'intérêt général d'une durée maximale de 250 heures dans un délai d'un an.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse fixe l'objectif des obligations éducatives et d'intérêt général.

Si le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse oblige le jeune suspect à effectuer une prestation éducative et d'intérêt général d'une durée maximale de 150 heures dans un délai d'un an, il motive expressément sa décision à cet égard.

#### **Art. 81. Accompagnement et prise en charge semi-résidentiels**

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut ordonner une des mesures suivantes de traitement, d'accompagnement ou de prise en charge semi-résidentielles pour le jeune suspect :

- 1° des soins à temps partiel ;
- 2° un séjour en internat ;
- 3° autres formes de traitement, d'accompagnement ou de prise en charge semi-résidentielles adaptées à la situation.

Le traitement semi-résidentiel du jeune suspect adapté à sa situation, visé à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, est confirmé dans les 30 jours à compter de sa prescription par un examen psychologique ou médical visé à l'article 64, § 3, qui établit la nécessité de ce traitement. En l'absence d'une telle confirmation, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse annule la mesure de protection de la jeunesse ordonnée ou la remplace par une autre mesure d'aide à la jeunesse.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse fixe l'objectif des mesures de traitement, d'accompagnement ou de prise en charge semi-résidentielles.

#### **Art. 82. Traitement et prise en charge résidentiels**

§ 1<sup>er</sup> - Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut ordonner une des mesures suivantes de traitement ou de prise en charge résidentielles pour le jeune suspect :

- 1° une prise en charge par une personne apparentée ou familière qui s'inscrit dans les six mois pour participer à la préparation à l'accueil familial visée à l'article 103 ;
- 2° un service de garde ou de soins de longue durée ;
- 3° un diagnostic psychologique ou psychiatrique ;
- 4° un traitement ou une prise en charge dans une institution ouverte ou une autre forme de traitement ou de prise en charge résidentielle ouverte adaptée à la situation ;
- 5° une prise en charge dans une unité ouverte d'une institution publique de protection de la jeunesse ;
- 6° un traitement ou une prise en charge dans une institution fermée ou une autre forme de traitement ou de prise en charge résidentielle fermée adaptée à la situation ;
- 7° une prise en charge dans une unité fermée d'une institution publique de protection de la jeunesse ;

Si les personnes visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, ne s'inscrivent pas dans les six mois à la préparation à l'accueil familial ou si elles n'ont pas été reconnues comme famille d'accueil conformément à l'article 94, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse met fin à la prise en charge visée à l'article 68 ou la remplace par une autre mesure de protection de la jeunesse.

Si le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ordonne une mesure de traitement ou de prise en charge résidentielle du jeune visée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 6° et 7°, il motive expressément sa décision conformément à l'article 5, § 2, alinéa 2.

Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse fixe l'objectif des mesures de traitement ou de prise en charge résidentielles.

§ 2 - Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ne peut ordonner la prise en charge dans une unité ouverte d'une institution publique de protection de la jeunesse, visée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, que pour les jeunes suspects âgés de 14 ans ou plus au moment du fait de délinquance juvénile :

- 1° qui ont commis soit un fait de délinquance juvénile qui, s'il avait été commis par un majeur, aurait été puni, au sens du Code pénal ou des lois spéciales, d'une peine correctionnelle d'emprisonnement à titre principal de cinq ans ou d'une peine plus grave. Sont exclues l'infraction qualifiée de vol ou de recel sans circonstance aggravante et l'infraction qualifiée de fraude informatique ;

2° ou s'ils ont commis un acte qualifié de coups et blessures avec circonstance aggravante ;

3° ou s'ils ont déjà fait l'objet d'un jugement sur le fond ordonnant une prise en charge dans une institution fermée ou une autre forme de prise en charge résidentielle fermée adaptée à leur situation, ou dans une unité ouverte ou fermée d'une institution publique de protection de la jeunesse, et s'ils ont commis un nouveau fait de délinquance juvénile ;

4° ou si une modification de la mesure de protection de la jeunesse visée à l'article 68 a été prise à leur égard pour non-respect des mesures provisoires de protection de la jeunesse ou des mesures de protection de la jeunesse sur le fond imposées précédemment. Dans ce cas, la prise en charge résidentielle peut être ordonnée pour une période non renouvelable de six mois maximum.

§ 3 - Le traitement du jeune suspect dans une institution ou moyennant une autre forme de traitement résidentielle adaptée à sa situation, visé au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 4° et 6°, est confirmé dans les 30 jours à compter de sa prescription par un examen psychologique ou médical visé à l'article 64, § 3, qui établit la nécessité de ce traitement. En l'absence d'une telle confirmation, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse annule la mesure de protection de la jeunesse ordonnée ou la remplace par une autre mesure d'aide à la jeunesse.

Le traitement du jeune suspect dans une institution ou moyennant une autre forme de traitement résidentielle adaptée à sa situation, visé au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 4° et 6°, est effectué en application de l'article 43 de la loi du 8 avril 1965.

§ 4 - Si le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse décide d'ordonner la prise en charge du jeune suspect dans une institution publique de protection de la jeunesse visée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 5° et 7°, ou une prise en charge dans une institution fermée visée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 6°, ou une autre forme de prise en charge résidentielle fermée adaptée à la situation, la décision fixe la durée de la mesure de protection de la jeunesse. Cette durée ne peut être prolongée que pour des motifs exceptionnels liés au comportement dangereux du jeune suspect pour lui-même ou pour autrui.

§ 5 - Le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ne peut ordonner la prise en charge dans une institution fermée visée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 6° ou dans une autre forme de prise en charge résidentielle fermée adaptée à la situation ou dans une unité fermée d'une institution publique de protection de la jeunesse visée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 7° que pour les jeunes suspects âgés de 14 ans ou plus au moment du fait de délinquance juvénile :

1° qui ont commis soit un fait de délinquance juvénile qui, s'il avait été commis par un majeur, aurait été puni, au sens du Code pénal ou des lois spéciales, d'une peine d'emprisonnement de cinq ans ou d'une peine plus grave ;

2° ou lorsqu'ils ont commis un acte qualifié de violation grave du droit international humanitaire ou un acte qualifié d'infraction terroriste ;

3° ou s'ils ont commis un acte qualifié d'atteinte à l'intégrité sexuelle, de coups et blessures volontaires au sens de l'article 400 du Code pénal, d'association de malfaiteurs en vue de commettre des crimes ou de menaces contre les personnes au sens de l'article 327 du Code pénal ;

4° ou s'ils ont déjà fait l'objet d'un jugement sur le fond ordonnant une prise en charge résidentielle dans une institution fermée ou une autre forme de prise en charge résidentielle fermée adaptée à leur situation, ou dans une unité ouverte ou fermée d'une institution publique de protection de la jeunesse, et s'ils ont commis un nouveau fait de délinquance juvénile visé au § 2, 1°, 2° ou 3° ;

5. ou si une modification de la mesure provisoire de protection de la jeunesse ou de la mesure de protection de la jeunesse sur le fond en vertu de l'article 68 a été prise à leur égard parce qu'ils n'ont pas respecté les mesures qui leur étaient précédemment imposées ou parce qu'ils n'ont pas respecté une autre mesure qui leur était précédemment imposée et qu'ils ont commis un nouveau fait de délinquance juvénile visé au § 2, 1°, 2° ou 3°. Dans ce cas, la prise en charge résidentielle peut être ordonnée pour une période non renouvelable de six mois maximum.

§ 6 - Sans préjudice des conditions visées aux §§ 2 et 5, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peut ordonner la prise en charge résidentielle dans une institution fermée ou une autre forme de prise en charge résidentielle fermée adaptée à la situation, ou dans une unité ouverte ou fermée dans une institution publique de protection de la jeunesse, d'un jeune suspect âgé de douze à quatorze ans, lorsque celui-ci a gravement mis en danger la vie ou la santé d'autrui ou que son comportement est particulièrement dangereux.

§ 7 - Le juge de la jeunesse rend visite au moins une fois tous les trois mois au jeune qui fait l'objet d'une prise en charge résidentielle. Il peut confier cette mission au département.

#### **Art. 83. Suspension des mesures de traitement ou de prise en charge résidentielle à titre probatoire**

§ 1<sup>er</sup> - Le tribunal de la jeunesse peut suspendre une mesure de traitement ou de prise en charge résidentielle à titre probatoire.

La suspension de la mesure de traitement ou de prise en charge résidentielle à titre probatoire consiste en l'obligation de respecter une ou plusieurs des mesures de protection de la jeunesse visées à l'article 73, § 3, 1°, 2°, et 3°.

§ 2 - Le tribunal de la jeunesse fixe la durée de la période de probation. Cette durée est de six mois au minimum et de douze mois au maximum à compter de la date du jugement.

§ 3 - Le tribunal de la jeunesse soumet le jeune délinquant à la surveillance du département pendant la période de probation. Le département est aux côtés du jeune délinquant pour le soutenir. Il vérifie le respect des mesures de protection de la jeunesse visées au § 1<sup>er</sup>, alinéa 2.

Au plus tard deux mois avant la fin de la période de probation, le département établit un rapport sur le respect des mesures de protection de la jeunesse et l'adresse au procureur du Roi.

§ 4 - Le tribunal de la jeunesse peut modifier les mesures de protection de la jeunesse à respecter par le jeune délinquant, soit à la demande du jeune délinquant, soit à la demande du procureur du Roi.

§ 5 - Le tribunal de la jeunesse peut révoquer la suspension de la mesure de traitement ou de prise en charge résidentielle si le jeune délinquant :

1° commet un fait de délinquance juvénile pendant la période de probation et démontre ainsi que l'attente à l'origine de la suspension de la mesure de traitement ou de prise en charge résidentielle ne s'est pas réalisée ;

2° ne respecte pas la mesure de protection de la jeunesse ou se soustrait à la surveillance du département et donne ainsi des motifs de craindre qu'il ne commette à nouveau un fait de délinquance juvénile.

Le tribunal de la jeunesse peut renoncer à la révocation s'il suffit :

1° d'imposer d'autres mesures de protection de la jeunesse ;

2° de prolonger la période de probation jusqu'à la durée maximale de douze mois mentionnée au § 2.



## Sous-section 5 — Dessaisissement

**Art. 84. Dessaisissement**

§ 1<sup>er</sup> - Lorsqu'un mineur suspect renvoyé devant le tribunal de la jeunesse pour fait de délinquance juvénile était âgé de 16 ans ou plus au moment des faits et que le tribunal de la jeunesse estime qu'une mesure de protection de la jeunesse n'est pas opportune, il peut, par décision motivée, se dessaisir de l'affaire au profit du procureur du Roi afin que les poursuites soient engagées devant les juridictions compétentes qui appliquent, s'il y a lieu, le droit pénal général et la procédure pénale de droit commun.

Le tribunal de la jeunesse ne peut toutefois se dessaisir de l'affaire que si, outre la condition mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les conditions suivantes sont remplies :

1° le jeune suspect a déjà fait l'objet, en raison d'un fait antérieur de délinquance juvénile et pour lesquels il a été fait l'objet d'un jugement exécutoire, d'une prise en charge résidentielle visée à l'article 82, alinéa 1<sup>er</sup>, § 1<sup>er</sup>, 6°, dans une institution fermée, ou d'une autre forme de prise en charge résidentielle en milieu fermé adaptée à la situation, ou d'une prise en charge résidentielle visée à l'article 82, § 1<sup>er</sup>, 7°, dans une unité fermée d'une institution publique de protection de la jeunesse ;

2° il s'agit, au sens du Code pénal :

- a) d'un meurtre ou d'un assassinat, ou d'une tentative d'acte qualifié de meurtre ou d'assassinat ;
- b) de coups et blessures entraînant une maladie apparemment incurable ou une incapacité de travail personnel de plus de quatre mois, ou la perte totale d'une fonction organique ou une mutilation grave ;
- c) d'un homicide volontaire non qualifié de meurtre ;
- d) de torture ou de traitements inhumains ;
- e) d'une atteinte à l'intégrité sexuelle, de voyeurisme, de la diffusion non consensuelle de contenus à caractère sexuel ou d'un viol, éventuellement avec circonstance aggravante ;
- f) de vol avec violence ou de menace.

Par dérogation à l'alinéa 2, le tribunal de la jeunesse peut également se dessaisir de l'affaire si :

1° le mineur délinquant a commis un acte qualifié d'infraction grave au droit international humanitaire ou d'infraction terroriste au sens du Code pénal, qui, s'il avait été commis par une personne majeure, aurait entraîné une peine correctionnelle d'emprisonnement à titre principal de cinq à dix ans ou une peine plus grave ;

2° le mineur délinquant a commis un fait de délinquance juvénile, qui, s'il avait été commis par une personne majeure, aurait entraîné une détention de 20 ans ou une peine plus grave.

La motivation visée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, concerne notamment la personnalité du jeune délinquant, sa situation de vie et son discernement.

§ 2 - Le tribunal de la jeunesse ne peut se dessaisir d'un dossier qu'après la réalisation de l'enquête sociale visée à l'article 64, § 1<sup>er</sup>, et de l'examen psychologique ou médical visé à l'article 64, § 3.

L'objectif de l'examen psychologique ou médical est d'évaluer la situation compte tenu de la personnalité du jeune délinquant, de sa situation de vie ainsi que de son discernement. La nature, la fréquence et la gravité des faits qui lui sont reprochés sont prises en considération dans la mesure où elles contribuent à l'évaluation de sa personnalité.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le tribunal de la jeunesse peut :

1° se dessaisir d'un dossier sans disposer du rapport de l'examen psychologique ou médical, s'il constate que le jeune suspect se soustrait à cet examen ou le refuse ;

2° se dessaisir d'un dossier sans réaliser d'enquête sociale et sans devoir demander d'examen psychologique ou médical si, à l'encontre du jeune suspecté d'avoir commis un ou plusieurs des faits visés à l'article 323 ou des faits qualifiés d'atteinte à l'intégrité sexuelle avec circonstances aggravantes au sens du Code pénal, de viol, de meurtre, d'assassinat, d'homicide volontaire non qualifié de meurtre ou de vol avec violence ou menace, commis après l'âge de 16 ans, et que le jeune suspecté est à nouveau poursuivi pour un ou plusieurs de ces faits commis après la première condamnation. Les pièces de la procédure précédente doivent être versées à celles de la nouvelle procédure.

§ 3 - Le présent article s'applique lorsque le jeune délinquant a déjà atteint l'âge de 18 ans au moment du jugement.

## CHAPITRE 6 — Agrément et subventions

Section 1<sup>re</sup> — Agrément des opérateurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse**Art. 85. Champ d'application spécifique**

La présente section s'applique à l'agrément des opérateurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse, à l'exception de l'agrément des familles d'accueil.

**Art. 86. Conditions d'agrément**

Toute personne physique ou morale qui, en région de langue allemande, est principalement active dans le domaine de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse doit, avant de commencer son activité, être agréée par le Gouvernement comme opérateurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse et remplir au moins les conditions suivantes :

1° être constituée en personne morale sans but lucratif ou être une personne morale de droit public et disposer d'un personnel qualifié répondant aux conditions minimales fixées par le Gouvernement ou être une personne physique qualifiée répondant aux conditions minimales fixées par le Gouvernement ;

2° les membres du personnel de la personne morale sans but lucratif ou de la personne morale de droit public ou la personne physique n'ont pas d'inscription au casier judiciaire conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle, qui leur interdit notamment d'exercer des activités dans le domaine de l'éducation, de l'assistance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection de l'enfance ou de l'animation ou de la prise en charge de mineurs. Si ces personnes résident à l'étranger, elles présentent un document équivalent délivré par une autorité compétente leur permettant d'exercer une activité dans le domaine de l'éducation, de l'assistance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection de l'enfance, de l'animation ou de la prise en charge de mineurs ;

3° proposer une ou plusieurs des formes d'aide et de protection des mineurs visées aux articles 9, 10 ou 11 ;

- 4° respecter l'intégrité de l'enfant et ses droits fondamentaux nationaux et internationaux, ainsi que les droits de l'enfant, du jeune et des personnes qui exercent l'autorité parentale visés aux articles 4 et 6 ;
- 5° suivre les objectifs d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse visés aux articles 7 et 8 ;
- 6° remplir les conditions fixées par le Gouvernement en matière d'infrastructure ;
- 7° accepter la surveillance du Gouvernement en ce qui concerne l'application du présent décret et de ses arrêtés d'exécution.

Le département est réputé agréé de plein droit en application du présent article.

Le Gouvernement fixe les exigences minimales visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, et les conditions relatives à l'infrastructure visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 6°.

#### **Art. 87. Procédure d'agrément**

§ 1<sup>er</sup> - Pour obtenir l'agrément en tant qu'opérateur de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse, les personnes physiques ou morales introduisent une demande écrite auprès du Gouvernement.

La demande est accompagnée d'un dossier prouvant que les conditions mentionnées à l'article 86 sont remplies. Le Gouvernement peut fixer d'autres dispositions contractuelles, dans la mesure où celles-ci peuvent contribuer à améliorer la qualité de la protection de la jeunesse.

Toute personne physique ou morale peut demander l'agrément pour une ou plusieurs des formes d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse visées aux articles 9, 10 ou 11.

§ 2 - L'agrément est accordé pour une durée de six ans et est renouvelable.

L'agrément ne peut être délégué à une autre personne physique ou morale.

§ 3 - Les opérateurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse introduisent une nouvelle demande d'agrément :

- 1° au plus tard trois mois avant l'expiration de l'agrément ;
- 2° lorsqu'il est constaté que les informations mentionnées dans l'agrément ne correspondent plus à la réalité ou qu'il est nécessaire, pour d'autres motifs, de modifier les informations mentionnées dans l'agrément.

§ 4 - Le Gouvernement fixe ce qui suit :

- 1° les procédures d'agrément ;
- 2° les procédures de modification de l'agrément ;
- 3° les procédures de renouvellement de l'agrément ;
- 4° les possibilités de recours en cas de refus de l'agrément ou de refus de modification de l'agrément.

#### **Art. 88. Équivalence d'agrément**

§ 1<sup>er</sup> - Si le demandeur dispose déjà d'un agrément correspondant délivré par une autorité d'une autre Communauté, d'un autre État membre de l'Union européenne ou d'un pays candidat à une convention d'association conclue avec l'Union européenne, cet agrément peut être assimilé, pour l'établissement du service en région de langue allemande, en application de l'article 49 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, par le Gouvernement, sur demande, à un agrément délivré en application du présent décret.

Les prestataires d'un autre État membre de l'Union européenne ou d'un pays candidat à une convention d'association conclue avec l'Union européenne peuvent, en application de l'article 45, alinéa 3, et de l'article 56 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, intervenir en région de langue allemande principalement dans le domaine de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse, dans la mesure où ils disposent dans leur pays d'origine d'un agrément ou d'une autorisation pour accompagner ou prendre en charge des enfants et des jeunes.

Le Gouvernement fixe la procédure d'équivalence de la reconnaissance et les possibilités de recours en cas de refus d'équivalence de l'agrément.

§ 2 - Les personnes qui, en application de l'article 86, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, doivent justifier d'une qualification professionnelle et qui l'ont obtenue dans un autre État membre de l'Union européenne ou dans un pays candidat à une convention d'association conclue avec l'Union européenne, demandent, en application de la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles, à l'autorité compétente la reconnaissance de la qualification obtenue à l'étranger.

Lorsque ces personnes sont employées par un prestataire visé à l'article 1<sup>er</sup>, alinéa 2, ayant son établissement dans un autre État membre de l'Union européenne ou dans un pays candidat à une convention d'association conclue avec l'Union européenne, les conditions de qualification fixées à l'article 86, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, sont réputées remplies en application de l'article 5 de la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles.

#### **Art. 89. Obligations relatives au maintien de l'agrément**

Aux fins du maintien de l'agrément, les opérateurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse respectent les conditions mentionnées à l'article 86, qui sont à la base de l'agrément, ainsi que les autres obligations suivantes :

- 1° ils participent à des formations continues spécialisées et à des supervisions ;
- 2° ils fournissent au département tous les renseignements nécessaires, sur demande ;
- 3° ils transmettent les rapports et informations nécessaires au département, au procureur du Roi, au juge de la jeunesse ou au tribunal de la jeunesse, dans le délai imparti ou sur demande ;
- 4° chaque année avant le 31 mai, ils transmettent au département un rapport sur la mise en œuvre de leurs missions pour l'année précédente. Le Gouvernement détermine le contenu de ce rapport ;
- 5° ils participent au moins une fois par an à une réunion d'inspection avec le département. Celle-ci peut avoir lieu sur place si nécessaire.

Le Gouvernement peut fixer les obligations visées à l'alinéa 1<sup>er</sup> et fixer d'autres obligations pour le maintien de l'agrément, dans la mesure où celles-ci peuvent contribuer à améliorer la qualité de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse.

**Art. 90. Suspension et retrait de l'agrément**

§ 1<sup>er</sup> - Si l'opérateur de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse ne respecte pas une ou plusieurs obligations, le Gouvernement le met en demeure de s'y conformer, selon les modalités qu'il détermine.

Si, après la mise en demeure visée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, l'opérateur de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse ne respecte toujours pas ses obligations, le Gouvernement suspend et/ou retire l'agrément.

§ 2 - Le Gouvernement fixe les éléments suivants :

- 1° les procédures de suspension de l'agrément ;
- 2° les procédures de retrait de l'agrément ;
- 3° les possibilités de recours en cas de suspension de l'agrément et/ou de retrait de l'agrément.

§ 3 - Pendant la suspension ou la procédure de retrait, l'opérateur de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse ne peut poursuivre que les mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse déjà entamées avant la notification de la décision de suspension ou d'ouverture d'une procédure de retrait.

Pendant la suspension ou la procédure de retrait, le département, le procureur du Roi, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peuvent mettre fin à la mise en œuvre des mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse en cours.

**Art. 91. Fin des prestations**

Sans préjudice d'un arrêt volontaire des services, le retrait de l'agrément visé à l'article 90 ou, le cas échéant, l'expiration de l'agrément, entraînent l'arrêt de tous les services d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse de l'opérateur de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse concerné.

Le Gouvernement fixe les procédures de fin des prestations.

*Section 2 — Agrément des familles d'accueil**Sous-section 1<sup>re</sup> — Champ d'application***Art. 92. Champ d'application spécifique**

La présente section s'applique à l'agrément des familles d'accueil.

*Sous-section 2 — Conditions et procédure d'agrément***Art. 93. Conditions d'agrément**

Toute personne physique responsable d'un accueil familial doit, avant de commencer son activité, être agréée par le Gouvernement comme famille d'accueil et remplir au moins les conditions suivantes :

1° n'avoir aucune inscription au casier judiciaire, conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle, lui interdisant notamment d'exercer une activité dans le domaine de l'éducation, de l'assistance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection de l'enfance, de l'animation ou de la prise en charge de mineurs. Si cette personne réside à l'étranger, elle présente un document équivalent délivré par une autorité compétente lui permettant d'exercer une activité dans le domaine de l'éducation, de l'assistance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection de l'enfance, de l'animation ou de la prise en charge de mineurs ;

2° disposer d'un logement suffisant et adapté pour accueillir l'enfant ou le jeune ;

3° disposer d'un temps libre correspondant aux besoins de l'enfant ou du jeune ;

4° les membres d'une famille d'accueil faisant partie du ménage n'ont aucune inscription au casier judiciaire, conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle, leur interdisant notamment d'exercer une activité dans le domaine de l'éducation, de l'assistance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection de l'enfance, de l'animation ou de la prise en charge de mineurs. Si ces personnes résident à l'étranger, elles présentent un document équivalent délivré par une autorité compétente leur permettant d'exercer une activité dans le domaine de l'éducation, de l'assistance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection de l'enfance, de l'animation ou de la prise en charge de mineurs ;

5° les membres de la famille d'accueil faisant partie du ménage ne souffrent pas de problèmes d'assuétude ou de maladies susceptibles de compromettre gravement l'intégrité de l'enfant ou du jeune ;

6° la subsistance des membres de la famille d'accueil faisant partie du ménage est assurée ;

7° les conditions d'hygiène nécessaires à l'accueil de l'enfant ou du jeune sont réunies.

**Art. 94. Procédure d'agrément**

§ 1<sup>er</sup> - Pour obtenir l'agrément, les personnes physiques visées à l'article 93 achèvent la préparation à l'accueil familial.

Les candidats famille d'accueil peuvent être agréés pour une ou plusieurs des formes d'accueil suivantes :

- 1° accueil d'urgence ;
- 2° entretien à long terme ;
- 3° entretien à temps partiel.

§ 2 - L'agrément est accordé pour une durée de six ans et est renouvelable.

L'agrément ne peut être transféré à une autre personne physique.

§ 3 - Les familles d'accueil introduisent une demande de renouvellement de l'agrément au plus tard un mois avant l'expiration de l'agrément.

§ 4 - Le Gouvernement fixe ce qui suit :

- 1° les procédures d'agrément ;
- 2° les possibilités de recours en cas de refus de l'agrément ou de refus de modification de l'agrément.
- 3° les procédures de modification de l'agrément ;
- 4° les possibilités de recours en cas de refus de l'agrément de modification de l'agrément ;
5. les procédures de renouvellement de l'agrément ;

6° les possibilités de recours en cas de refus de renouvellement de l'agrément.

#### **Art. 95. Obligations relatives au maintien de l'agrément**

Aux fins du maintien de l'agrément, les familles d'accueil respectent les conditions mentionnées à l'article 93, qui sont à la base de l'agrément, ainsi que les autres obligations suivantes :

1° respecter l'intégrité de l'enfant ou du jeune et ses droits fondamentaux nationaux et internationaux, ainsi que les droits l'enfant, du jeune et des personnes qui exercent l'autorité parentale visés aux articles 4 et 6 ;

2° suivre les objectifs d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse visés aux articles 7 et 8 ;

3° garantir une collaboration constructive avec le département ;

4° garantir le contact des enfants et des jeunes avec les personnes qui exercent l'autorité parentale, compte tenu des obligations et des conditions imposées par le département, par le procureur du Roi, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse ;

5° s'engager à adopter une attitude respectueuse à l'égard des personnes qui exercent l'autorité parentale et à se démarquer de leur rôle ;

6° sans préjudice de l'obligation d'informer le département, le procureur du Roi, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse, ne pas divulguer à d'autres personnes des informations confidentielles sur le parcours de l'enfant d'accueil et sa situation familiale, même après la fin de l'accueil familial ;

7° souscrire une assurance responsabilité civile en faveur de l'enfant d'accueil ;

8° participer régulièrement à des cercles de discussion, à des formations continues organisées ou à d'autres offres du département ;

9° autoriser le personnel du département à effectuer des visites à domicile ;

10° créer des conditions permettant aux collaborateurs du département de contacter l'enfant d'accueil à tout moment ;

11° faire parvenir les informations nécessaires au département sur demande.

Le Gouvernement peut fixer d'autres obligations pour le maintien de l'agrément, dans la mesure où celles-ci peuvent contribuer à améliorer la qualité de l'accueil familial.

#### **Art. 96. Suspension et retrait de l'agrément**

§ 1<sup>er</sup> - Si la famille d'accueil ne respecte pas une ou plusieurs obligations, le Gouvernement le met en demeure de s'y conformer, selon les modalités qu'il détermine.

Si, après la mise en demeure visée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, la famille d'accueil ne respecte toujours pas ses obligations, le Gouvernement suspend et/ou retire l'agrément.

§ 2 - Le Gouvernement fixe les éléments suivants :

1° les procédures de suspension de l'agrément ;

2° les procédures de retrait de l'agrément ;

3° les possibilités de recours en cas de suspension de l'agrément et/ou de retrait de l'agrément.

Pendant la suspension ou la procédure de retrait, le département, le procureur du Roi, le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse peuvent mettre fin à l'accueil familial de la famille d'accueil.

#### **Art. 97. Fin de l'accueil familial**

Sans préjudice d'un arrêt volontaire de l'accueil familial par la famille d'accueil, le retrait de l'agrément visé à l'article 96 ou, le cas échéant, l'expiration de l'agrément, entraînent la fin de l'accueil familial de la famille d'accueil en question.

Le Gouvernement fixe les procédures de fin de l'accueil familial.

#### **Art. 98. Attestation de parents d'accueil**

Chaque parent d'une famille d'accueil à long terme agréée conformément à l'article 94 responsable d'un accueil familial reçoit une carte de parent d'accueil qui atteste de son statut de parent d'accueil.

L'attestation de parent d'accueil est valable pour la durée de l'accueil familial et contient au moins les informations suivantes :

1° l'identité des parents d'accueil ;

2° l'identité de l'enfant d'accueil ;

3° la forme de l'accueil familial.

#### **Art. 99. Nombre maximal d'enfants d'accueil**

Une famille d'accueil d'urgence ou à long terme prend en charge maximum trois enfants d'accueil en même temps.

En dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, plus de trois enfants d'accueil peuvent être pris en charge simultanément après avis favorable du département.

### Sous-section 3 — Préparation à l'accueil familial

#### **Art. 100. Entretien d'information**

Avant la préparation à l'accueil familial, les candidats famille d'accueil participent à un entretien d'information personnel avec le département. Dans le cadre de cet entretien, les candidats famille d'accueil reçoivent des informations générales sur l'accueil familial, sur la préparation à l'accueil familial et sur la procédure d'agrément.

#### **Art. 101. Questionnaire**

Dans le cadre de l'entretien d'information visé à l'article 100, le département remet aux candidats famille d'accueil un questionnaire de participation à la préparation à l'accueil familial.

Le questionnaire contient les informations suivantes sur les candidats famille d'accueil :

1° identité ;



- 2° compétences linguistiques ;
- 3° conditions de logement ;
- 4° situation familiale ;
- 5° historique familial ;
- 6° environnement social ;
- 7° développement personnel ;
- 8° diplôme scolaire et formation ;
- 9. situation professionnelle et financière ;
- 10° état de santé ;
- 11° conceptions philosophiques ou appartenance religieuse ;
- 12° loisirs ;
- 13° compétences et intérêts ;
- 14° coordonnées ;
- 15° informations sur le projet d'accueil familial.

Le Gouvernement fixe le modèle du questionnaire.

#### **Art. 102. Inscription**

Pour pouvoir s'inscrire à la préparation à l'accueil familial, les candidats famille d'accueil remplissent les conditions d'agrément visées à l'article 93. Le département vérifie que les conditions d'agrément sont remplies.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le Gouvernement peut agréer les personnes physiques responsables de l'accueil familial d'un enfant ou d'un jeune apparenté ou familial dans le cadre du présent décret, nonobstant le fait qu'elles remplissent les conditions d'agrément pour la préparation à la garde visées à l'article 93, pour autant qu'elles aient reçu un avis favorable du département.

Le Gouvernement dresse la liste des documents à fournir pour l'inscription à la préparation à l'accueil familial ainsi que la procédure d'établissement de l'avis favorable du département.

#### **Art. 103. Préparation à l'accueil familial**

La préparation à l'accueil familial est organisée par le département.

Les candidats famille d'accueil qui vivent ensemble doivent participer ensemble à la préparation à l'accueil familial.

Le département peut confier à des tiers l'exécution totale ou partielle de la préparation à l'accueil familial.

Le Gouvernement détermine le contenu, les modalités et la durée de la préparation à l'accueil familial.

#### **Art. 104. Équivalence d'une préparation**

Le Gouvernement fixe les conditions dans lesquelles une autre préparation à l'accueil familial ou une préparation à une autre forme d'accueil peut être assimilée, en tout ou en partie, à la préparation à l'accueil familial du département.

### *Section 3 — Contrat*

#### **Art. 105. Contenu**

§ 1<sup>er</sup> - Le subventionnement visé à l'article 107, alinéa 1<sup>er</sup>, ses modalités ainsi qu'une description des missions sont fixés dans le cadre d'un contrat entre le Gouvernement et les opérateurs agréés de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse.

Le Gouvernement définit le cadre ainsi que les autres dispositions du contrat.

§ 2 - Le Gouvernement peut conclure avec des opérateurs agréés de l'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse ou avec des prestataires de services un contrat fixant les modalités de prise en charge des frais visés à l'article 107, alinéa 2.

Le Gouvernement définit le cadre ainsi que les autres dispositions du contrat.

#### **Art. 106. Durée**

La durée des contrats visés à l'article 105 est d'un an au minimum et de six ans au maximum. Dans la mesure où l'opérateur de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse est toujours agréé, le contrat est renouvelable à son échéance.

## *CHAPITRE 7 — DISPOSITIONS FINANCIÈRES*

### *Section 1<sup>re</sup> — Subvention, prise en charge des frais et allocation d'entretien*

#### **Art. 107. Subvention et prise en charge des frais**

Le Gouvernement peut, dans la limite des budgets disponibles et aux conditions qu'il fixe, octroyer des subventions aux opérateurs de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse pour les frais de personnel et de fonctionnement en vue de la mise en œuvre des mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse.

Sans préjudice de conventions de coopération et d'entraide internes ou internationales contraires et des autres dispositions financières fixées par le présent décret, le gouvernement prend en charge, dans la limite des budgets disponibles et aux conditions qu'il fixe, les frais des consultations et des mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse convenues ou ordonnées en application du présent décret.

#### **Art. 108. Contrôle des subventions**

Le contrôle de l'affectation des subsides octroyés en exécution du présent décret s'effectue conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

**Art. 109. Allocation d'entretien**

Les personnes responsables d'un accueil familial en exécution du présent décret reçoivent, pour couvrir les frais de prise en charge des enfants d'accueil, une indemnité forfaitaire par jour et par enfant d'accueil. Cette indemnité est appelée « allocation de tutelle ».

Le Gouvernement fixe le montant, les conditions d'octroi et les modalités de versement de l'allocation d'entretien.

*Section 2 — Participation aux frais***Art. 110. Participation aux frais des débiteurs d'aliments**

§ 1<sup>er</sup> - Les débiteurs d'aliment ou le jeune adulte peuvent être tenus de participer aux frais des mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse ainsi que des conseils visés à l'article 28.

Le Gouvernement fixe les conditions et le montant de la participation aux frais ainsi que les modalités de son calcul.

Le Gouvernement fixe les conditions dans lesquelles il peut être renoncé à tout ou partie d'une participation aux frais si la charge financière ne peut être raisonnablement imposée aux débiteurs d'aliment ou au jeune adulte.

§ 2 - La participation aux frais entre en vigueur le premier jour du mois suivant le mois au cours duquel la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse a débuté.

§ 3 - En cas de non-paiement de la participation aux frais visée au § 1<sup>er</sup>, les montants dus peuvent être recouvrés conformément à l'article 51.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

*Section 3 — Aides financières***Art. 111. Coût de la vie**

Les opérateurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse ainsi que les prestataires de services qui accompagnent de manière ambulatoire des enfants et des jeunes en résidence autonome dans le cadre du décret peuvent demander une indemnité de frais par enfant ou par jeune pour couvrir le coût de la vie de ces enfants et de ces jeunes.

Le Gouvernement détermine les conditions d'octroi et les modalités de financement de l'indemnité de frais ainsi que les conditions et les modalités de la demande.

**Art. 112. Dépenses spéciales et dépenses des personnes qui exercent l'autorité parentale**

§ 1<sup>er</sup> - Les titulaires de l'autorité parentale dont l'enfant ou le jeune est traité, pris en charge ou accompagné dans le cadre du présent décret par le département, un opérateur de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse, un prestataire de services ou une famille d'accueil, peuvent demander un financement des dépenses spéciales pour cet enfant ou ce jeune.

Le Gouvernement fixe la nature des dépenses spéciales, les conditions et les modalités de leur financement ainsi que les conditions et les modalités de la demande.

§ 2 - Les personnes qui exercent l'autorité parentale dont l'enfant ou le jeune fait l'objet d'une mesure résidentielle d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse peuvent demander un financement des dépenses visant à favoriser les contacts avec cet enfant ou ce jeune.

Le Gouvernement fixe la nature des dépenses, les conditions et les modalités de leur financement ainsi que les conditions et les modalités de la demande.

**Art. 113. Dépenses des opérateurs, des prestataires de services ainsi que des familles d'accueil résidentiels et semi-résidentiels**

Dans le cadre de mesures résidentielles et semi-résidentielles, les opérateurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse, les prestataires de services ainsi que les familles d'accueil peuvent demander un financement des dépenses pour les enfants, les jeunes et les jeunes adultes traités, pris en charge ou accompagnés.

Le Gouvernement fixe la nature des dépenses, les conditions et les modalités de leur financement ainsi que les conditions et les modalités de la demande.

**Art. 114. Soutien financier des enfants faisant l'objet d'une prise en charge résidentielle**

Le Gouvernement peut accorder une aide financière aux enfants qui font l'objet d'une mesure résidentielle d'aide à la jeunesse pendant la durée de cette mesure, afin de favoriser leur intégration à leur majorité.

Le Gouvernement fixe le montant, les conditions d'octroi et les modalités de versement du soutien financier.

*CHAPITRE 8 — PLAINTES***Art. 115. Droit de recours**

§ 1<sup>er</sup> - Les enfants, les jeunes et les personnes qui exercent l'autorité parentale ainsi que les jeunes adultes qui souhaitent déposer une plainte contre un acte administratif ou une méthode de travail d'une personne physique ou morale chargée de la mise en œuvre de mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse ou d'un conseil, l'adressent par écrit à la direction de la personne morale ou à la personne physique proprement dite.

Si, à l'initiative de la personne contre laquelle la plainte est dirigée, aucun accord n'est trouvé dans le cadre d'un entretien, les parties adressent leur plainte au chef de département, qui les entend sur les faits de la plainte.

Les enfants, les jeunes et les personnes qui exercent l'autorité parentale ainsi que les jeunes adultes qui souhaitent déposer une plainte contre un acte administratif ou une méthode de travail du département, l'adressent par écrit au chef de département.

Tant la personne qui a déposé la plainte que la personne concernée par la plainte ont le droit d'être entendues par le chef de département au sujet des faits de la plainte.

Chaque plainte adressée au chef de département et sa suite sont inscrites dans un registre créé à cet effet. Le Gouvernement a accès à ce registre.

§ 2 - Le Gouvernement détermine la suite de la procédure de traitement des plaintes.

## CHAPITRE 9 — SECRET PROFESSIONNEL ET ACCÈS AU DOSSIER

**Art. 116. Obligation de secret**

§ 1<sup>er</sup> - Conformément à l'article 458 du Code pénal, toute personne qui, à quelque titre que ce soit, prend part à l'application du présent décret et de ses dispositions d'exécution est tenue, en raison de cette participation, au secret des matières qui lui sont confiées dans l'accomplissement de sa mission et qui s'y rapportent.

§ 2 - Par dérogation au § 1<sup>er</sup>, toute personne physique ou morale qui prend part à l'application du présent décret ne peut divulguer les faits qui lui sont confiés dans l'accomplissement de sa mission et qui s'y rapportent qu'à l'une des conditions suivantes :

1° le destinataire est également soumis au secret professionnel et la communication est nécessaire pour atteindre l'objectif de la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse ou du conseil, ou pour déterminer le danger éventuel encouru par l'enfant ou par le jeune. Les faits communiqués se limitent à ce qui est nécessaire pour atteindre l'objectif de la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse ou du conseil, ou à ce qui est nécessaire pour constater le danger. L'enfant ou le jeune qui jouit du discernement nécessaire ou âgé d'au moins douze ans, ainsi que les personnes qui exercent l'autorité parentale à l'égard de l'enfant ou du jeune et le jeune adulte, doivent avoir donné leur consentement préalable à la communication des faits au destinataire, sauf si cela est contraire à l'intégrité de l'enfant ou du jeune ;

2° la communication est effectuée à des collaborateurs du département qui ont besoin de ces faits confidentiels exclusivement pour des tâches administratives liées à leur objectif. Ces faits confidentiels sont anonymisés dans la mesure où cela est compatible avec l'objectif poursuivi ;

3° la communication est effectuée au chef de département, à condition que cela soit nécessaire à l'exercice de la surveillance du département. Ces faits confidentiels sont anonymisés dans la mesure où cela est compatible avec l'objectif poursuivi ;

4° la communication s'effectue dans le cadre d'une mission confiée par contrat, jugement ou décision, sous la forme d'une enquête sociale ou d'un rapport transmis au donneur d'ordre et ne contenant que les faits confidentiels nécessaires à l'exécution de la mission. La personne qui fait l'objet de cette enquête sociale ou de ce rapport doit être informée à l'avance du rapport requis.

Le Gouvernement fixe les modalités d'obtention du consentement visé à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°.

§ 3 - La personne qui a consigné par écrit les faits confidentiels doit avoir à chaque fois donné son consentement à la communication de ses documents.

Lorsque des informations confidentielles sont communiquées, elles ne peuvent être divulguées par le destinataire qu'aux finalités pour lesquelles il les a légitimement reçues.

**Art. 117. Accès au dossier**

§ 1<sup>er</sup> - Sans préjudice de l'article 55 de la loi du 8 avril 1965, le décret du 16 octobre 1995 est applicable au département.

Par dérogation à l'article 9 du décret du 16 octobre 1995 et sans préjudice de l'article 5, §§ 1<sup>er</sup> et 2, du même décret, le département rejette une demande de consultation, d'explication ou de copie concernant un document administratif lorsque la publication du document administratif :

1° est contraire à l'intégrité de tiers ou à l'intégrité de l'enfant, du jeune ou de la personne qui exerce l'autorité parentale concernée par la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse, ou du jeune adulte concerné par le conseil ;

2° est contraire à l'objectif de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse ;

3° compromet les résultats obtenus par la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse.

Sans préjudice de l'article 5, § 3, du décret du 16 octobre 1995, le département rejette une demande de consultation, d'explication ou de copie concernant un document administratif lorsque celui-ci concerne des expertises psychologiques ou médicales ou des documents confidentiels transmis au département par le procureur du Roi, par le juge de la jeunesse ou par le tribunal de la jeunesse.

§ 2 - Le Gouvernement détermine les autres modalités de la procédure de consultation ainsi que la procédure d'opposition en cas de rejet de la demande.

## CHAPITRE 1- — CONFIDENTIALITÉ, COOPÉRATION ET PROTECTION DES DONNÉES

**Art. 118. Confidentialité**

Sauf disposition légale ou décréte contraire, toute personne qui, à quelque titre que ce soit, prend part à l'application du présent décret et de ses dispositions d'exécution est tenue de garder confidentielles les informations qui lui sont confiées dans l'exercice de sa mission.

**Art. 119. Traitement des données à caractère personnel**

§ 1<sup>er</sup> - La collecte et le traitement des données à caractère personnel sont effectués dans le respect de la législation applicable en matière de protection des données.

Le Gouvernement, le procureur du Roi, le juge de la jeunesse, le tribunal de la jeunesse, les opérateurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse, les prestataires de services, les familles d'accueil et le médiateur visé aux articles 34, alinéa 2, 57, § 2, alinéa 4, et 76, § 2, alinéa 4, ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exécution de leurs missions légales ou décréteales en rapport avec le présent décret.

Dans ce contexte, les personnes physiques et morales visées à l'alinéa 2 attirent l'attention de leurs collaborateurs et conseillers externes sur leurs obligations en matière de sécurité de l'information et de protection des données.

§ 2 - Le Gouvernement, le procureur du Roi, le juge de la jeunesse, le tribunal de la jeunesse, les opérateurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse, les prestataires de services et les familles d'accueil sont respectivement responsables des traitements de données à caractère personnel visés dans le présent décret au sens du Règlement général sur la protection des données. Sont considérés comme responsables de ce traitement au sens de l'article 4, 7°, du RGPD :

1° le Gouvernement, pour l'accomplissement des missions visées aux articles 21, 22 et 23 et au chapitre 6 ;

2° le procureur du Roi, le juge de la jeunesse et le tribunal de la jeunesse, pour l'accomplissement des missions visées au chapitre 4, section 2, sous-section 2, au chapitre 4, section 3, et au chapitre 5 ;

3° les opérateurs de l'aide à la jeunesse, les opérateurs de la protection de la jeunesse, les prestataires de services et les familles d'accueil, pour l'accomplissement des missions visées aux articles 28, alinéa 3, 31, 40 et 66.

§ 3 - Aux fins de l'article 4, 8°, du RGPD, le médiateur visé aux articles 34, alinéa 2, 57, § 2, alinéa 4, et 76, § 2, alinéa 4, est considéré comme un sous-traitant. Il traite les données à caractère personnel dans le cadre du présent décret et de ses dispositions d'exécution exclusivement pour le compte du Gouvernement.

#### **Art. 120. Catégories de données**

§ 1<sup>er</sup> - Le Gouvernement, le Procureur du Roi, le juge de la jeunesse, le tribunal de la jeunesse, les opérateurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse, les prestataires de services et les familles d'accueil peuvent, conformément à l'article 119, traiter les catégories suivantes de données à caractère personnel des enfants, des jeunes et des personnes qui exercent l'autorité parentale ainsi que des jeunes adultes :

- 1° données relatives à l'identité et aux coordonnées ;
- 2° données relatives à la fin de la scolarité et à la formation ;
- 3° données relatives aux compétences linguistiques ;
- 4° données relatives à la situation familiale ;
- 5° données relatives à la situation sociale et financière ;
- 6° données relatives aux loisirs ;
- 7° données relatives aux compétences et aux intérêts ;
- 8° données médicales et psychologiques ;
- 9° données particulièrement sensibles, visées à l'article 9 du RGPD ;
10. données judiciaires, visées à l'article 10 du RGPD ;
- 11° données relatives aux opinions philosophiques ou à l'appartenance religieuse.

Les catégories de données visées à l'alinéa 1<sup>er</sup> peuvent être traitées aux fins de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse, conformément aux articles 7 et 8.

§ 2 - Les opérateurs agréés de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse peuvent traiter les catégories suivantes de données à caractère personnel des membres du personnel, conformément à l'article 119 :

- 1° données relatives à l'identité et aux coordonnées ;
- 2° données relatives à la fin de la scolarité et à la formation ;
- 3° données relatives à la relation de travail et au salaire ;
- 4° données judiciaires, visées à l'article 10 du RGPD, limitées à l'extrait de casier judiciaire.

Les catégories de données visées à l'alinéa 1<sup>er</sup> peuvent être traitées aux fins de la demande d'agrément par le Gouvernement de la Communauté germanophone, dans le respect des conditions visées à l'article 86.

§ 3 - Sur ordre du Gouvernement, le médiateur visé aux articles 34, alinéa 2, 57, § 2, alinéa 4, et 76, § 2, alinéa 4, peut traiter toutes les données à caractère personnel adéquates, pertinentes et proportionnées mentionnées au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>.

§ 4 - Le Gouvernement peut préciser la catégorie de données visée aux §§ 1<sup>er</sup> et 3.

#### **Art. 121. Utilisation des données pour l'établissement d'analyses et de statistiques**

Pour établir des analyses et des statistiques, le Gouvernement a recours à des données anonymisées concernant les catégories de personnes visées à l'article 120.

La production d'analyses et de statistiques permet au Gouvernement de déterminer les besoins en matière d'aide et de protection de la jeunesse et de planifier la politique en la matière.

#### **Art. 122. Durée du traitement des données**

Sans préjudice d'autres dispositions législatives, décrétales ou réglementaires prévoyant, le cas échéant, une durée de conservation plus longue, les données visées à l'article 120, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup> peuvent être conservées pendant une durée maximale de 30 ans à compter de la majorité des enfants, des jeunes et des jeunes adultes concernés, sous une forme permettant l'identification des personnes concernées.

Sans préjudice d'autres dispositions législatives, décrétales ou réglementaires prévoyant, le cas échéant, une durée de conservation plus longue, les données visées à l'article 120, § 2, alinéa 1<sup>er</sup> peuvent être conservées pendant une durée maximale de dix ans à compter de leur collecte, sous une forme permettant l'identification des personnes concernées.

Sans préjudice des dispositions relatives aux archives, les données sont détruites au plus tard à l'expiration des délais mentionnés aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2.

#### **Art. 123. Mesures de sécurité**

Le Gouvernement fixe, le cas échéant, les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par le présent chapitre.

### CHAPITRE 11- — DISPOSITIONS PÉNALES

#### **Art. 124. Mesures de sécurité**

§ 1<sup>er</sup> - Toute personne physique ou morale qui agit principalement dans le domaine de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse ou qui assume un accueil familial dans le cadre du présent décret sans disposer d'un agrément délivré conformément à l'article 87 ou à l'article 94, ou dont l'agrément a été suspendu ou retiré, est passible d'un emprisonnement de huit jours à six mois et d'une amende de 25 euros à 5 000 euros ou d'une de ces peines seulement.

En cas de récidive dans les cinq ans suivant une condamnation définitive pour l'infraction précitée, les peines peuvent être doublées.

§ 2 - Les personnes qui exercent l'autorité parentale qui se soustraient aux mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse convenues ou ordonnées, ou qui ne coopèrent manifestement pas à leur mise en œuvre, sont passibles d'une amende de 25 euros à 500 euros.

## CHAPITRE 12. — DISPOSITIONS FINALES

**Art. 125. Disposition modificative**

L'article 29bis de la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse, à la prise en charge des mineurs ayant commis un fait qualifié infraction et à la réparation du dommage causé par ce fait, remplacé par la loi du 27 décembre 2006, est abrogé.

**Art. 126. Disposition modificative**

L'article 36, 4°, de la même loi, remplacé par la loi du 24 décembre 1992, est abrogé.

**Art. 127. Disposition modificative**

L'article 36bis de la même loi, inséré par la loi du 9 mai 1972, est modifié comme suit :

1° L'alinéa 1<sup>er</sup>, tel que modifié par les lois du 19 janvier 1990 et du 2 février 1994, est abrogé.

2° L'alinéa 2, modifié par la loi du 2 février 1994, est abrogé.

3° À l'alinéa 3, tel que modifié par la loi du 2 février 1994, les termes « au présent article » sont remplacés par « à l'article 63 du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ».

**Art. 128. Disposition modificative**

L'article 37 de la même loi, remplacé par la loi du 2 février 1994, est modifié comme suit :

1° Les §§ 1<sup>er</sup> à 2quinquies, modifiés par les lois du 13 juin 2006 et du 27 décembre 2006 et par le décret du 22 février 2016, sont abrogés.

2° Au § 3, les § 1<sup>er</sup> à 3, modifiés par la loi du 13 juin 2006 et par le décret du 22 février 2016, sont abrogés.

3° Le § 4, modifié par la loi du 10 août 2005, est abrogé.

**Art. 129. Disposition modificative**

L'article 37bis de la même loi, inséré par la loi du 15 mai 2006 et modifié par la loi du 27 décembre 2006, est abrogé.

**Art. 130. Disposition modificative**

L'article 37ter de la même loi, inséré par la loi du 15 mai 2006, est abrogé.

**Art. 131. Disposition modificative**

L'article 37quater de la même loi, inséré par la loi du 15 mai 2006, est abrogé.

**Art. 132. Disposition modificative**

L'article 37quinquies de la même loi, inséré par la loi du 15 mai 2006, est abrogé.

**Art. 133. Disposition modificative**

L'article 39 de la même loi, modifié par le décret du 2 mars 1994, est abrogé.

**Art. 134. Disposition modificative**

L'article 41 de la même loi, modifié par la loi du 2 février 1994 et du 13 juin 2006, est abrogé.

**Art. 135. Disposition modificative**

L'article 42 de la même loi, modifié par les lois du 2 février 1994 et du 15 mai 2006, est abrogé.

**Art. 136. Disposition modificative**

L'article 43 de la même loi, remplacé par la loi du 13 juin 2006, est modifié comme suit :

1° À l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « article 36, 4° » sont remplacés par les mots « article 63 du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse » et les mots « de la présente loi » sont remplacés par les mots « du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ».

2° À l'alinéa 2, les mots « article 36, 4° » sont remplacés par les mots « article 63 du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse » et les mots « article 37 » sont remplacés par les mots « article 73, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ».

**Art. 137. Disposition modificative**

L'article 44 de la même loi, remplacé par la loi du 30 juillet 2013, est modifié comme suit :

1° Au § 2, les mots « le fait qualifié infraction » sont remplacés par les mots « le fait de délinquance juvénile ».

2° Au § 3, les mots « le fait qualifié infraction » sont remplacés par les mots « le fait de délinquance juvénile ».

**Art. 138. Disposition modificative**

L'article 45bis de la même loi, inséré par la loi du 13 juin 2006 et modifié par la loi du 27 décembre 2006, est abrogé.

**Art. 139. Disposition modificative**

L'article 45ter de la même loi, inséré par la loi du 13 juin 2006, est abrogé.

**Art. 140. Disposition modificative**

L'article 45quater de la même loi, inséré par la loi du 13 juin 2006 et modifié par la loi du 27 décembre 2006, est abrogé.

**Art. 141. Disposition modificative**

À l'article 46bis, alinéa 1<sup>er</sup>, de la même loi, inséré par la loi du 27 avril 1999, les mots « article 36, 4° » sont remplacés par les mots « article 63 du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ».



**Art. 142. Disposition modificative**

À l'article 47, alinéa 3, de la même loi, inséré par la loi du 15 mai 2006, les mots « article 36, 4° » sont remplacés par les mots « article 63 du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse » et les mots « article 45<sup>quater</sup> » sont remplacés par les mots « article 57 du décret précité ».

**Art. 143. Disposition modificative**

À l'article 48, alinéa 2, de la même loi, remplacé par la loi du 2 février 1994 et modifié par la loi du 27 décembre 2006, les mots « article 57<sup>bis</sup> » sont remplacés par les mots « article 84 du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ».

**Art. 144. Disposition modificative**

L'article 49 de la même loi est modifié comme suit :

1° À l'alinéa 2, remplacé par la loi du 2 février 1994 et modifié par les lois du 4 mai 1999, du 6 janvier 2003 et du 13 juin 2006, les mots « une des mesures de garde visées (à l'article 52) » sont remplacés par les mots « ordonner les mesures visées à l'article 70, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse, ».

2° À l'alinéa 5, les mots « l'article 57<sup>bis</sup> » sont remplacés par les mots « l'article 84 du décret précité ».

**Art. 145. Disposition modificative**

L'alinéa 50 de la même loi, inséré par la loi du 2 février 1994 et modifié par la loi du 15 mai 2006, est abrogé.

**Art. 146. Disposition modificative**

Dans l'article 51, § 1<sup>er</sup>, de la même loi, inséré par la loi du 13 juin 2006 et modifié par la loi du 27 décembre 2006, les mots « fait qualifié infraction » sont remplacés par les mots « fait de délinquance juvénile ».

**Art. 147. Disposition modificative**

L'article 52 de la même loi, remplacé par la loi du 13 juin 2006 et modifié par les lois du 15 mai 2006 et du 27 décembre 2006, est abrogé.

**Art. 148. Disposition modificative**

L'article 52<sup>bis</sup> de la même loi, inséré par la loi du 2 février 1994 et modifié par la loi du 27 décembre 2006, est abrogé.

**Art. 149. Disposition modificative**

À l'article 52<sup>ter</sup>, alinéa 5, de la même loi, inséré par la loi du 2 février 1994, les mots « article 52 » sont remplacés par les mots « article 70, § 3, alinéa 1<sup>er</sup> du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ».

**Art. 150. Disposition modificative**

L'article 52<sup>quater</sup>, alinéas 1<sup>er</sup> et 4 de la même loi, modifiés par la loi du 2 février 1994, et modifié par les lois du 30 juin 1994, du 13 juin 2006 et du 27 décembre 2006, sont abrogés.

**Art. 151. Disposition modificative**

L'article 52<sup>quinquies</sup> de la même loi, inséré par la loi du 13 juin 2006, est abrogé.

**Art. 152. Disposition modificative**

À l'article 56, l'alinéa 1<sup>er</sup> de la même loi, modifié par la loi du 2 février 1994, les mots « sont prises à leur égard des mesures prévues à l'article 52 » sont remplacés par « sont ordonnées des mesures visées à l'article 70, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ».

**Art. 153. Disposition modificative**

L'article 57<sup>bis</sup> de la même loi, remplacé par la loi du 13 juin 2006, est modifié comme suit :

1° Le § 1<sup>er</sup>, modifié par la loi du 31 juillet 2009, est abrogé.

2° le § 2 est abrogé :

3° Au § 5, les termes « du présent article » sont remplacés par « de l'article 84 du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ».

**Art. 154. Disposition modificative**

À l'article 58, alinéa 1<sup>er</sup>, de la même loi, modifié par les lois du 2 février 1994 et du 27 décembre 2006, les mots « des articles 52 » sont remplacés par les termes « des articles 69, 70 et 71 du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse et des articles » et les mots « de la présente loi » sont ajoutés entre les mots « et 53, alinéa 3) » et le point.

**Art. 155. Disposition modificative**

À l'article 59, alinéa 1<sup>er</sup>, de la même loi, modifié par la loi du 4 mai 1999, les mots « article 52 » sont remplacés par les mots « article 70, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ».

**Art. 156. Disposition modificative**

L'article 60 de la même loi est modifié comme suit :

1° Les alinéas 1<sup>er</sup> et 2, modifiés par les lois du 2 février 1994, du 15 mai 2006, du 13 juin 2006 et du 27 décembre 2006, sont abrogés.

2° L'alinéa 3, inséré par la loi du 13 juin 2006 et modifié par la loi du 27 décembre 2006, est abrogé, à l'exception de la phrase 2.

3° L'alinéa 4, inséré par la loi du 2 février 1994 et modifié par la loi du 13 juin 2006, est abrogé, à l'exception de la phrase 2.

4° L'alinéa 5, inséré par la loi du 13 juin 2006, est abrogé, à l'exception de la phrase 2.

5° L'alinéa 6, inséré par la loi du 2 février 1994 et modifié par la loi du 13 juin 2006, est abrogé.

**Art. 157. Disposition modificative**

L'article 61 de la même loi est modifié comme suit :

1° À l'alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par les lois du 15 mai 2006 et du 27 décembre 2006, les mots « fait qualifié infraction » est remplacé par les mots « fait de délinquance juvénile ».

2° À l'alinéa 4, inséré par la loi du 13 juin 2006, les mots « fait qualifié infraction » est remplacé par les mots « fait de délinquance juvénile ».

**Art. 158. Disposition modificative**

À l'article 63, alinéa 1<sup>er</sup> de la même loi, modifié par la loi du 2 février 1994 et par le décret du 20 mars 1995, les mots « des articles 37 et 39 » sont remplacés par les mots « de l'article 73, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse » et les mots « l'article 36, 1°, 3° et 4° » sont remplacés par les mots « l'article 63 du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ».

**Art. 159. Disposition modificative**

À l'article 63<sup>ter</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, b), de la même loi, inséré par la loi du 2 février 1994, les mots « l'article 37, § 2 » sont remplacés par les mots « l'article 73, § 3, alinéa 1<sup>er</sup> du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ».

**Art. 160. Disposition modificative**

À l'article 63<sup>quater</sup> de la même loi, inséré par la loi du 2 février 1994 et modifié par la loi du 27 décembre 2006, les mots « Les articles 52<sup>bis</sup> » sont remplacés par les mots « les articles 69, 70 et 71 du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse et des articles » et les mots « de la présente loi » sont ajoutés entre les mots « 52 quater, alinéas 9 et 10) » et le point.

**Art. 161. Disposition modificative**

L'article 69 de la même loi, modifié par le décret du 20 mars 1995, est abrogé.

**Art. 162. Disposition modificative**

L'article 74 de la même loi, modifié par le décret du 20 mars 1995, est abrogé.

**Art. 163. Disposition modificative**

L'article 78 de la même loi est abrogé.

**Art. 164. Disposition modificative**

L'article 79 de la même loi, modifié par le décret du 20 mars 1995, est abrogé.

**Art. 165. Disposition modificative**

L'article 85 de la même loi, réinséré par la loi du 13 juin 2006, est abrogé.

**Art. 166. Disposition modificative**

L'article 6<sup>bis</sup> du décret du 9 mai 1988 relatif au Fonds pour une aide spécifique aux enfants et aux jeunes est modifié comme suit :

1° Au § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 3°, inséré par le décret du 20 février 2006 et modifié par le décret du 19 avril 2010, les mots « des articles 32 et 33 du décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et à la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse » sont remplacés par les mots « du chapitre 7, section 2, du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide aux jeunes et à la protection des jeunes ».

2° Le § 2, 3° remplacé par le décret du 27 avril 2020, est remplacé comme suit :

« 3° Prise en charge des aides financières en application du chapitre 7, section 3, du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ; »

3° Le § 2, 4° inséré par le décret du 23 avril 2018, est abrogé.

**Art. 167. Disposition abrogatoire**

Le décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse, modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2021, est abrogé.

**Art. 168. Disposition transitoire**

Nonobstant les contrats éventuellement conclus, les agréments délivrés en application de l'article 22 du décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse demeurent valables à la date d'entrée en vigueur du présent décret et jusqu'à leur échéance.

**Art. 169. Disposition transitoire**

Les articles 35 et 36 du décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse restent applicables à toutes les affaires pendantes devant le tribunal de la jeunesse à la date d'entrée en vigueur du présent décret, jusqu'à leur clôture.

**Art. 170. Disposition transitoire**

Une mesure provisoire ou une mesure sur le fond ordonnée par le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse en application de la loi du 8 avril 1965 ou du décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse et qui est en cours d'exécution à la date d'entrée en vigueur du présent décret continue à être mise en œuvre.

**Art. 171. Disposition transitoire**

Un dossier jugé par le juge de la jeunesse ou le tribunal de la jeunesse en application de la loi du 8 avril 1965 ou du décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse et qui, à la date d'entrée en vigueur du présent décret, a fait l'objet d'une décision n'ayant toutefois pas encore été exécutée, est exécutée conformément à la décision rendue.

**Art. 172. Disposition transitoire**

Les dispositions mentionnées dans la loi du 8 avril 1965 et dans le décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse concernant l'exécution des mesures provisoires, des mesures sur le fond et des décisions visées aux articles 170 et 171 sont applicables, y compris les possibilités de modification prévues à l'article 60 de la loi précitée et à l'article 17, § 2, du décret précité.

**Art. 173. Disposition transitoire**

Pour l'application de la décision de dessaisissement visée à l'article 84, § 1<sup>er</sup>, le placement dans une institution communautaire publique de protection de la jeunesse visé à l'article 37, § 2, 8<sup>o</sup>, de la loi du 8 avril 1965 est assimilé aux prises en charge résidentielles visées à l'article 82, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 6<sup>o</sup> et 7<sup>o</sup>.

**Art. 174. Entrée en vigueur**

Le présent décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2024.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 13 novembre 2023.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé et des Affaires sociales,  
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG,

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—  
Note

(1) *Session 2023-2024*

Documents parlementaires : 284 (2022-2023) n° 1 Projet de décret + erratum

284 (2023-2024) n° 2 Rapport

284 (2023-2024) n° 3 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 13 novembre 2023 – n° 64 Discussion et vote

—  
VERTALING

**DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

[C – 2024/001120]

**13 NOVEMBER 2023. — Decreet inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming (1)**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1 — *Algemene bepalingen*

*Afdeling 1 — Inleidende bepalingen*

**Artikel 1. Algemeen toepassingsgebied**

De bepalingen van dit decreet zijn van toepassing op:

1° kinderen wier integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie in gevaar is door hun eigen gedrag, het gedrag van de personen belast met hun opvoeding, het gedrag van derden, hun levensomstandigheden, relatieconflicten of bijzondere gebeurtenissen;

2° jongvolwassenen die advies en oriëntatie nodig hebben op hun weg naar zelfstandigheid;

3° verdachte of delinquente jongeren;

4° personen belast met de opvoeding die het moeilijk hebben om de integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie van hun kind te waarborgen;

5° aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen die in het kader van dit decreet belast zijn met de uitvoering van de maatregelen inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming;

6° de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank die in het kader van dit decreet maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming voorstellen of bevelen.

**Art. 2. Hoedanigheden**

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

**Art. 3. Definities**

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° crisispleegzorg: kortdurende opname van een kind of jongere in een pleeggezin voor crisispleegzorg;

2° pleeggezin voor crisispleegzorg: overeenkomstig artikel 94 erkend pleeggezin dat opdracht kan krijgen crisispleegzorg te verlenen;

3° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (algemene verordening gegevensbescherming);

- 4° decreet van 16 oktober 1995: het decreet van 16 oktober 1995 betreffende de openbaarheid van de bestuursdocumenten;
- 5° dienstverrichter: natuurlijke persoon of rechtspersoon die niet hoofdzakelijk werkzaam is in de jeugdbijstand en de jeugdbescherming en die de opdracht kan krijgen maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming uit te voeren;
- 6° consensuele jeugdbijstand: gespecialiseerde hulp die het departement uitwerkt met instemming van het kind dat het vereiste beoordelingsvermogen bezit of ten minste twaalf jaar oud is en de personen belast met zijn opvoeding of met instemming van de jongvolwassene;
- 7° prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut: niet-vergoed werk voor een bepaald aantal uren in een dienst, vereniging of instelling dat kan worden bevolen door de jeugdrechter of jeugdrechtbank overeenkomstig artikel 59, § 1, eerste lid, 2°, artikel 70, § 3, eerste lid, 3°, en artikel 73, § 3, eerste lid, 3°;
- 8° persoon belast met de opvoeding: natuurlijke persoon die op basis van de wet of een rechterlijke beslissing het ouderlijk gezag over het kind of de jongere uitoefent, de voogd van het kind of de jongere en de overeenkomstig artikel 34 van de wet van 8 april 1965 aangewezen persoon;
- 9° departement: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Jeugdbijstand en Jeugdbescherming;
- 10° gevaar: reeds opgetreden of te verwachten schending van de integriteit van het kind door zijn eigen gedrag, het gedrag van de personen belast met zijn opvoeding, het gedrag van derden, zijn levensomstandigheden, relatieconflicten of bijzondere gebeurtenissen;
- 11° gerechtelijke jeugdbijstand: de gespecialiseerde hulp die wordt bevolen door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank;
- 12° wet van 8 april 1965: wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming, het ten laste nemen van minderjarigen die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd en het herstel van de door dit feit veroorzaakte schade;
- 13° gewone leefomgeving: plaats waar zich het levensmiddelpunt van de natuurlijke persoon bevindt;
- 14° integriteit: de fysieke, psychische en morele integriteit;
- 15° jeugdbijstand: de gespecialiseerde hulp aan het kind en de personen belast met zijn opvoeding. Jeugdbijstand omvat de consensuele jeugdbijstand en de gerechtelijke jeugdbijstand;
- 16° aanbieder van jeugdbijstand: overeenkomstig artikel 87 erkende natuurlijke persoon of rechtspersoon die opdracht kan krijgen om jeugdbijstandsmaatregelen uit te voeren;
- 17° jeugdbijstandsmaatregelen: maatregelen die worden overeengekomen of worden bevolen in het kader van de consensuele of gerechtelijke jeugdbijstand voor kinderen tot en met 18 jaar of de personen belast met hun opvoeding of overeenkomstig artikel 50, § 1, ten hoogste tot de leeftijd van 21 jaar verlengd of overeengekomen worden;
- 18° jongere: verdachte of delinquente jongere;
- 19° jeugdbescherming: optreden van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank ten aanzien van jongeren;
- 20° aanbieder van jeugdbescherming: overeenkomstig artikel 87 erkende natuurlijke persoon of rechtspersoon die opdracht kan krijgen om jeugdbeschermingsmaatregelen uit te voeren;
- 21° jeugdbeschermingsmaatregelen: maatregelen die worden voorgesteld of bevolen in het kader van de jeugdbescherming;
- 22° jeugddelict: een als misdrijf omschreven feit dat een natuurlijke persoon vóór de leeftijd van 18 jaar heeft gepleegd;
- 23° jongvolwassene: elke natuurlijke persoon van 18 tot 21 jaar die zijn woonplaats heeft in het Duitse taalgebied en overeenkomstig artikel 50 of artikel 75 een verlenging van de begeleiding aanvraagt of overeenkomstig artikel 28 een beroep doet op adviesverlening in het kader van de consensuele jeugdbijstand;
- 24° kind: elke natuurlijke persoon tot 18 jaar die wordt begeleid in het kader van de jeugdbijstand;
- 25° langdurige pleegzorg: langdurige opname van een kind of jongere in een pleeggezin voor langdurige pleegzorg;
- 26° pleeggezin voor langdurige pleegzorg: overeenkomstig artikel 94 erkend pleeggezin dat opdracht kan krijgen langdurige pleegzorg te verlenen;
- 27° slachtoffer: natuurlijke persoon die als direct of indirect gevolg van een jeugddelict fysieke, psychische of morele schade of economisch verlies heeft geleden of rechtspersoon die als direct of indirect gevolg van een jeugddelict economisch verlies heeft geleden;
- 28° pleegzorg: residentiële of semi-residentiële jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel die de crisisleegzorg, de langdurige pleegzorg en de ondersteunende pleegzorg omvat;
- 29° pleeggezin: pleeggezin voor crisisleegzorg, pleeggezin voor langdurige pleegzorg of pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg;
- 30° delinquente jongere: natuurlijke persoon die bij een in kracht van gewijsde gegane beslissing veroordeeld is voor een jeugddelict;
- 31° verdachte jongere: natuurlijke persoon die ervan wordt verdacht een jeugddelict te hebben gepleegd;
- 32° ondersteunende pleegzorg: occasionele opvang van een kind of jongere door een pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg;
- 33° pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg: overeenkomstig artikel 94 erkend pleeggezin dat opdracht kan krijgen ondersteunende pleegzorg te verlenen;
- 34° vertrouwde personen: natuurlijke personen met wie het kind of de jongere een sociale of affectieve band heeft, zonder dat er sprake is van een familieband;
- 35° verwante personen: natuurlijke personen met wie het kind of de jongere een familieband heeft;

36° ZBGA: de centrale autoriteit van de Gemeenschap inzake adoptie vermeld in artikel 6 van het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen die in het kader van dit decreet opdracht kan geven om residentiële opvang te bieden.

#### *Afdeling 2 — Rechten van het kind, de jongere en de personen belast met de opvoeding*

##### **Art. 4. Rechten**

Elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die bij de uitvoering van dit decreet betrokken is, eerbiedigt de rechten van het kind en de jongere, in het bijzonder de rechten die worden opgesomd in de Grondwet en in het Verdrag van 20 november 1989 inzake de rechten van het kind. In het bijzonder wordt het volgende gewaarborgd:

1° elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die bij de uitvoering van dit decreet betrokken is, geeft voorrang aan de behoeften van het kind en de jongere. Die worden vastgelegd in overleg met het kind of de jongere en, voor zover mogelijk, in overleg met de personen belast met zijn opvoeding;

2° onverminderd de procedurebepalingen van de wet van 8 april 1965 hebben het kind en de jongere in het kader van dit decreet het recht zich vrij te uiten over alle beslissingen die hen aangaan. Met hun mening moet rekening worden gehouden overeenkomstig hun leeftijd en hun beoordelingsvermogen;

3° elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die bij de uitvoering van dit decreet betrokken is, eerbiedigt de rechten van het kind en de jongere zonder enige discriminatie, in het bijzonder zonder enige discriminatie op grond van een van de beschermde criteria vermeld in artikel 2 van het decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie;

4° tenzij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank anders beslist of tenzij dit in strijd is met de integriteit van het kind of de jongere, hebben het kind en de jongere het recht zich in hun contacten met de bij de uitvoering van dit decreet betrokken natuurlijke personen of rechtspersonen te laten begeleiden door een persoon van hun keuze;

5° het kind en de jongere hebben recht op voldoende en begrijpelijke informatie over jeugdbijstand en jeugdbescherming en alle daarmee verband houdende beslissingen die hen aangaan. De communicatie met het kind en de jongere verloopt in begrijpelijke taal die past bij hun leeftijd en hun beoordelingsvermogen.

##### **Art. 5. Voorrang aan ambulante en semi-residentiële maatregelen**

§ 1 – Jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen zijn in de eerste plaats bedoeld om de ontwikkeling en opvoeding van het kind of de jongere in zijn gewone leefomgeving te bevorderen. In dat verband verdienen ambulante en semi-residentiële maatregelen de voorkeur boven residentiële maatregelen.

Residentiële behandeling of opvang wordt verleend op basis van een gemotiveerde beslissing.

§ 2 – In het kader van een jeugdbijstandsmaatregel kan residentiële behandeling of opvang uitsluitend worden gerechtvaardigd door het feit dat de personen belast met de opvoeding niet bereid of in staat zijn de integriteit, de gezonde ontwikkeling, de opvoeding of de maatschappelijke participatie van het kind met behulp van ambulante of semi-residentiële maatregelen te waarborgen.

In het kader van een jeugdbeschermingsmaatregel is residentiële behandeling of opvang in een gesloten vorm van residentiële behandeling of opvang, dan wel in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming alleen toegestaan ter bescherming van de samenleving of ter bescherming van de integriteit van de jongere gedurende een beperkte periode.

§ 3 – In het geval van een residentiële maatregel wordt erop gelet dat het recht op regelmatig rechtstreeks contact met de personen belast met de opvoeding, broers en zussen en vertrouwde personen gevrijwaard wordt, tenzij de integriteit van het kind of de jongere daardoor in het gedrang komt. Met inachtneming van de in artikel 4, 1°, vermelde behoeften van het kind of de jongere wordt in het kader van de balansgesprekken vermeld in de artikelen 33, 41, 51 en 67 regelmatig nagegaan of de residentiële maatregel noodzakelijk is.

Voor zover dit mogelijk is en niet in strijd is met de integriteit van het kind, wordt met toepassing van artikel 387septiesdecies van het oud Burgerlijk Wetboek ervoor gezorgd dat het kind bij een residentiële jeugdbijstandsmaatregel niet van zijn broers en zussen wordt gescheiden.

##### **Art. 6. Rechten en plichten van de personen belast met de opvoeding**

Elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die bij de uitvoering van dit decreet betrokken is, zorgt ervoor dat de rechten en plichten van de personen belast met de opvoeding worden gerespecteerd en bevorderd. De personen belast met de opvoeding en andere verwante of vertrouwde personen van het kind of de jongere worden zoveel mogelijk actief betrokken bij alle jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen.

#### *Afdeling 3 — Doel van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming*

##### **Art. 7. Doel van de jeugdbijstand**

Het hoofddoel van de jeugdbijstand is ervoor te zorgen dat het kind een aan zijn leeftijd aangepast en menswaardig leven kan leiden en dat zijn gezonde ontwikkeling, opvoeding en maatschappelijke participatie zo goed mogelijk wordt bevorderd. Voorts heeft jeugdbijstand tot doel het gezin als hoeksteen van de samenleving en als natuurlijke omgeving voor de ontwikkeling van het kind te ondersteunen. Ze biedt het kind bescherming en bijstand om zijn zelfbewustzijn en zijn integratie in de maatschappij, op school en eventueel in het beroepsleven te versterken en biedt jongvolwassenen advies op hun weg naar zelfstandigheid.

##### **Art. 8. Doel van de jeugdbescherming**

Het hoofddoel van de jeugdbescherming is de opvoeding, sociale re-integratie, persoonlijke verantwoordelijkheid en gezonde ontwikkeling van de jongere te bevorderen en de samenleving te beschermen. Jeugdbescherming heeft tot doel de jongere bewust te maken van de gevolgen van zijn daden en zo herhaling te voorkomen.

#### *Afdeling 4 — Vormen van jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen*

##### **Art. 9. Ambulante maatregelen**

Ambulante maatregelen omvatten de niet-residentiële of niet-semi-residentiële opvang of begeleiding van het kind, de jongere of de personen belast met de opvoeding.

Ambulante maatregelen hebben in het bijzonder een of meer van de volgende doeleinden:

1° de gezonde ontwikkeling van het kind of de jongere bevorderen;



2° het kind, de jongere of de personen belast met de opvoeding ondersteunen bij het oplossen en beheersen van individuele en gezinsgerelateerde relatieconflicten en crisissen en de onderliggende factoren;

3° de relatie tussen het kind of de jongere en de personen belast met de opvoeding versterken;

4° de opvoedingscompetenties van de personen belast met de opvoeding bevorderen en de personen belast met de opvoeding ondersteunen bij hun opvoedingstaken, om de opvoedingsomstandigheden van het kind of de jongere te verbeteren;

5° het kind of de jongere helpen om te gaan met alledaagse problemen, ontwikkelingsproblemen en gedragsproblemen;

6° het kind of de jongere ondersteunen bij zijn integratie in de maatschappij, op school en eventueel in het beroepsleven;

7° het kind of de jongere stimuleren om zijn verantwoordelijkheid op te nemen en zelfstandig te worden.

De Regering kan de nadere regels en de verdere doeleinden van de ambulante maatregelen vermeld in het eerste lid bepalen, voor zover die verdere doeleinden de kwaliteit van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

#### **Art. 10. Semi-residentiële maatregelen**

Semi-residentiële maatregelen omvatten de behandeling, opvang of begeleiding van het kind, de jongere of de personen belast met de opvoeding in een vorm van residentiële opvang of in een pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg, overdag en zo nodig 's nachts. Gedurende de semi-residentiële maatregel bevindt de gewone leefomgeving van het kind, de jongere of de personen belast met de opvoeding zich buiten de vorm van residentiële opvang of het pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg.

Semi-residentiële maatregelen hebben in het bijzonder een of meer van de volgende doeleinden:

1° de gezonde ontwikkeling van het kind of de jongere bevorderen;

2° het kind of de jongere helpen om te gaan met alledaagse problemen, ontwikkelingsproblemen en gedragsproblemen;

3° het kind of de jongere ondersteunen bij zijn integratie in de maatschappij, op school en eventueel in het beroepsleven;

4° de druk op het kind, de jongere, de personen belast met de opvoeding en de hele gezinssituatie verlichten;

5° de relatie tussen het kind of de jongere en de personen belast met de opvoeding versterken;

6° het kind of de jongere stimuleren om zijn verantwoordelijkheid op te nemen en zelfstandig te worden.

De Regering kan de nadere regels en de verdere doeleinden van de semi-residentiële maatregelen vermeld in het eerste lid bepalen, voor zover die verdere doeleinden de kwaliteit van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

#### **Art. 11. Residentiële maatregelen**

Residentiële maatregelen omvatten de behandeling, opvang of begeleiding van het kind, de jongere of de personen belast met de opvoeding in een vorm van residentiële opvang of in een pleeggezin voor crisispleegzorg of langdurige pleegzorg, overdag en 's nachts. Gedurende de residentiële maatregel bevindt de gewone leefomgeving van het kind of de jongere zich in de vorm van residentiële opvang of in het pleeggezin dat crisispleegzorg of langdurige pleegzorg biedt.

Residentiële maatregelen hebben in het bijzonder een of meer van de volgende doeleinden:

1° de gezonde ontwikkeling van het kind of de jongere bevorderen;

2° het kind of de jongere helpen om te gaan met alledaagse problemen, ontwikkelingsproblemen en gedragsproblemen;

3° het kind of de jongere ondersteunen bij zijn integratie in de maatschappij, op school en eventueel in het beroepsleven;

4° de relatie tussen het kind of de jongere en de personen belast met de opvoeding versterken;

5° het kind of de jongere stimuleren om zijn verantwoordelijkheid op te nemen en zelfstandig te worden.

De Regering kan de nadere regels en de verdere doeleinden van de residentiële maatregelen vermeld in het eerste lid bepalen, voor zover die verdere doeleinden de kwaliteit van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

#### **Art. 12. In aanmerking te nemen factoren**

§ 1 – Bij het plannen, voorstellen of bevelen van een van de in de artikelen 9 tot 11 vermelde vormen van jeugdbijstandsmaatregelen houden het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank rekening met de volgende factoren:

1° de behoeften van het kind;

2° de leeftijd en het beoordelingsvermogen van het kind;

3° de competenties van de personen belast met de opvoeding om de integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie van hun kind te waarborgen;

4° de levenssituatie van het kind.

§ 2 – Bij het voorstellen of bevelen van een van de in de artikelen 9 tot 11 vermelde vormen van jeugdbeschermingsmaatregelen houden het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank rekening met de volgende factoren:

1° de behoeften van de jongere;

2° de leeftijd en het beoordelingsvermogen van de jongere;

3° de levenssituatie van de jongere;

4° de ernst van het jeugddelict, de omstandigheden waarin het is gepleegd, de schade en de gevolgen voor het slachtoffer;

5° de voorlopige en in de procedure ten gronde opgelegde jeugdbeschermingsmaatregelen die reeds ten aanzien van de jongere zijn genomen, alsook zijn gedrag tijdens de uitvoering ervan;

6° de openbare veiligheid.

#### HOOFDSTUK 2 — *Preventie en werken in een netwerk*

##### **Art. 13. Preventiemaatregelen**

Preventie in het kader van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming omvat maatregelen die tot doel hebben te voorkomen dat kinderen, jongeren en jongvolwassenen gevaar lopen.

De preventiemaatregelen kunnen verschillende vormen aannemen, in het bijzonder:

1° projecten om benadeling, verslaving, misbruik en geweld te voorkomen en projecten om de weerbaarheid van kinderen, jongeren en jongvolwassenen te versterken;

2° projecten ter voorlichting en bewustmaking van kinderen, jongeren, de personen belast met hun opvoeding en jongvolwassenen;

3° het aanbieden van opleidingen en bijscholingen;

4° public relations op het gebied van jeugdbijstand en jeugdbescherming.

Het departement zorgt voor de coördinatie, planning, uitvoering en evaluatie van de preventiemaatregelen vermeld in het tweede lid.

De Regering kan de nadere regels voor de coördinatie, planning, uitvoering, evaluatie en financiering van de preventiemaatregelen bepalen.

##### **Art. 14. Netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming**

Het netwerk van de jeugdbijstand tracht de in artikel 7 vermelde doelstellingen van de jeugdbijstand te bereiken door een georganiseerde, gestructureerde en sectoroverschrijdende uitwisseling tussen de betrokken actoren.

Het netwerk van de jeugdbescherming tracht de in artikel 8 vermelde doelstellingen van de jeugdbescherming te bereiken door een georganiseerde, gestructureerde en sectoroverschrijdende uitwisseling tussen de betrokken actoren.

De netwerken hebben in het bijzonder de volgende taken:

1° de situatie van kinderen, jongeren en jongvolwassenen in het Duitse taalgebied in het oog houden;

2° het bestaande aanbod en de bestaande maatregelen analyseren en de behoeften in de jeugdbijstand en in de jeugdbescherming bepalen;

3° de samenwerking tussen de betrokken actoren analyseren en bevorderen.

Voor de uitvoering van die taken vindt minstens één netwerkbijeenkomst per jaar plaats. Daarbij kan het gaan om een gezamenlijke bijeenkomst van de netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming.

##### **Art. 15. Oprichting van de stuurgroep voor de netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming**

Er wordt een stuurgroep voor de netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming opgericht.

##### **Art. 16. Taken van de stuurgroep**

De stuurgroep heeft tot taak:

1° de in artikel 14 vermelde netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming te organiseren en te sturen;

2° op basis van de bevindingen van de in artikel 14 vermelde netwerkbijeenkomsten:

a) een realistisch aanbod uit te werken dat overeenstemt met de behoeften van de kinderen, jongeren, personen belast met hun opvoeding en jongvolwassenen, waarbij rekening wordt gehouden met maatschappelijke ontwikkelingen en nieuwe inzichten;

b) aanbevelingen uit te werken voor de Regering of het Parlement om het beleid inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming vorm te geven;

3° een overkoepelend forum over thema's inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming te organiseren, dat minstens om de vier jaar plaatsvindt.

##### **Art. 17. Samenstelling van de stuurgroep**

§ 1 – De stuurgroep heeft minstens de volgende stemgerechtigde leden:

1° een vertegenwoordiger van het departement;

2° een vertegenwoordiger van elk van de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming die overeenkomstig artikel 87 erkend zijn;

3° een vertegenwoordiger van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren;

4° een vertegenwoordiger van het onderwijs;

5° een vertegenwoordiger van een organisatie die in het Duitse taalgebied werkzaam is op het gebied van jeugdwerk;

6° een vertegenwoordiger van een instelling van algemeen nut die in het Duitse taalgebied werkzaam is op het gebied van gezondheidsvoorlichting en gezondheidspreventie.

De stuurgroep telt minstens één vertegenwoordiger van de gerechtelijke autoriteiten met raadgevende stem.

De Regering kan bepalen dat nog andere leden worden aangewezen.

§ 2 – De Regering wijst onder de stemgerechtigde leden een coördinator van de stuurgroep aan voor de duur van het mandaat.

§ 3 – De Regering wijst de leden van de stuurgroep aan en wijst voor elk van hen een plaatsvervangend lid aan.

De leden vermeld in § 1, eerste lid, worden aangewezen op de voordracht van hun instellingen, diensten en organisaties die in de stuurgroep vertegenwoordigd zijn.

§ 4 – Het mandaat van de leden duurt zes jaar en kan worden verlengd.

Ongeacht een vrijwillig ontslag eindigt het mandaat van de leden van de stuurgroep als hun mandaat door de Regering wordt ingetrokken.

Bij ontslag van een lid doet het plaatsvervangende lid het mandaat van het ontslagnemende lid uit.

Als een mandaat in de stuurgroep vacant wordt, wijst de Regering een nieuw lid aan overeenkomstig de procedure bepaald in de §§ 1 en 3.

#### **Art. 18. Werkwijze van de stuurgroep**

De stuurgroep komt minstens drie keer per jaar bijeen, behalve in het jaar waarin hij wordt opgericht.

De eerste vergadering van de stuurgroep vindt ten laatste vier maanden na de aanwijzing van zijn leden plaats.

Binnen twee maanden na deze eerste vergadering neemt de stuurgroep een huishoudelijk reglement aan dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Dat huishoudelijk reglement regelt de details van de werkwijze van de stuurgroep.

Met het oog op de uitoefening van zijn taken kan de stuurgroep deskundigen uitnodigen voor de vergaderingen. De stuurgroep kan bovendien werkgroepen instellen, waarvoor ook deskundigen kunnen worden uitgenodigd.

#### **Art. 19. Presentiegeld en reisvergoedingen**

De leden van de stuurgroep hebben recht op presentiegeld en reisvergoedingen onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

### HOOFDSTUK 3 — *Overheid die bevoegd is voor de jeugdbijstand en de jeugdbescherming*

#### *Afdeling 1 — Algemene bepalingen*

#### **Art. 20. Kwaliteitshandboek**

Het departement stelt een kwaliteitshandboek op. Dat bevat minstens de volgende gegevens:

- 1° de manier waarop het departement te werk gaat in het kader van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming;
- 2° de criteria voor kwaliteitsbewaking;
- 3° de missie en visie van het departement;
- 4° de deontologische richtlijnen.

Het kwaliteitshandboek wordt uiterlijk om de vier jaar aangepast aan de juridische en maatschappelijke ontwikkelingen.

#### **Art. 21. Activiteitenverslag**

De Regering bezorgt het Parlement elk jaar een verslag over de uitvoering van de in de artikelen 22 tot 24 vermelde taken van het departement in de loop van het voorbije jaar.

#### *Afdeling 2 — Taken van het departement*

#### **Art. 22. Taken in het kader van de consensuele jeugdbijstand**

In het kader van de consensuele jeugdbijstand heeft het departement in het bijzonder de volgende taken:

- 1° de aanvragers voorlichten, adviseren en oriënteren;
- 2° de levenssituatie van het kind inschatten om de daaruit voortvloeiende behoefte aan hulp en een mogelijk gevaar voor het kind vast te stellen;
- 3° de hulp plannen in consensus met het kind en de personen belast met zijn opvoeding;
- 4° aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen opdracht geven om de bij overeenkomst vastgelegde jeugdbijstandsmaatregelen uit te voeren;
- 5° de bij overeenkomst vastgelegde jeugdbijstandsmaatregelen coördineren;
- 6° balansgesprekken voeren om de uitvoering van de jeugdbijstandsovereenkomst te controleren;
- 7° samenwerken met de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank in de situaties vermeld in de artikelen 35 tot 38.

#### **Art. 23. Taken in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand en in het kader van de jeugdbescherming**

In het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand en in het kader van de jeugdbescherming heeft het departement in het bijzonder de volgende taken:

- 1° maatschappelijke onderzoeken verrichten in opdracht van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank;
- 2° aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen opdracht geven om jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen uit te voeren die door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank zijn bevolen;
- 3° de bevolen jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen organiseren, controleren en coördineren;
- 4° balansgesprekken voeren om de uitvoering van de bevolen jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen te controleren;
- 5° aan de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank verslag uitbrengen over de uitvoering van de bevolen jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen;
- 6° toezicht uitoefenen op het kind of de jongere overeenkomstig artikel 42, eerste lid, 7°, artikel 78, eerste lid, 4°, en artikel 83, § 3, eerste lid;
- 7° de in de artikelen 57 en 76 vermelde bemiddelingen in opdracht van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank uitvoeren;
- 8° de in de artikelen 43, 59 en 79 vermelde voorwaarden in opdracht van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank begeleiden en controleren;

9° de projecten vermeld in de artikelen 58 en 77 in opdracht van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank begeleiden.

**Art. 24. Specifieke taken in het kader van de pleegzorg**

In het kader van de pleegzorg heeft het departement in het bijzonder de volgende specifieke taken:

- 1° informatie over pleegzorg in het Duitse taalgebied publiceren;
- 2° kandidaat-pleeggezinnen werven, voorbereiden en opleiden;
- 3° adviezen opstellen met het oog op de erkenning van de kandidaat-pleeggezinnen;
- 4° residentiële en semi-residentiële begeleiding en opvang van kinderen en jongeren in pleeggezinnen organiseren, in het kader van de jeugdbijstand, in het kader van de jeugdbescherming of in opdracht van de ZBGA;
- 5° de contacten tussen de pleegkinderen en de personen belast met hun opvoeding organiseren en begeleiden;
- 6° de pleeggezinnen tijdens de pleegzorgperiode begeleiden, adviseren en ondersteunen;
- 7° voortgezette opleidingen voor pleeggezinnen organiseren en geven;
- 8° regelmatig rapporteren over de ontwikkeling van het kind in het pleeggezin.

*Afdeling 3 — Territoriale bevoegdheid van het departement*

**Art. 25. Territoriale bevoegdheid in de consensuele jeugdbijstand**

§ 1 – Onverminderd de administratieve bijstand op verzoek van een andere overheid is het departement in het kader van de consensuele jeugdbijstand territoriaal bevoegd als de personen belast met de opvoeding van het kind hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied of – in geval van gezamenlijke uitoefening van het ouderlijk gezag door personen die niet bij elkaar wonen – als de persoon bij wie het kind zijn gewone verblijfplaats heeft, zijn woonplaats heeft in het Duitse taalgebied.

In geval van wisselende onderbrenging bij de personen belast met de opvoeding is het departement in het kader van de consensuele jeugdbijstand territoriaal bevoegd als het kind zijn woonplaats in het Duitse taalgebied heeft.

Als de personen belast met de opvoeding geen woonplaats in België hebben en hun woonplaats onbekend of onzeker is, is het departement in het kader van de consensuele jeugdbijstand territoriaal bevoegd als het kind zijn gewone leefomgeving in het Duitse taalgebied heeft.

§ 2 – Indien het departement in het kader van de consensuele jeugdbijstand door een verandering van woonplaats niet langer territoriaal bevoegd is en verdere interventie vereist is, neemt het departement rechtstreeks contact op met de overheid die door de verandering van woonplaats bevoegd is geworden en verstrekt het departement haar de relevante informatie. Met instemming van de overheid die door de verandering van woonplaats bevoegd is geworden, kan het departement zijn interventie in het kader van de consensuele jeugdbijstand voortzetten gedurende een overgangperiode van ten hoogste zes maanden, te rekenen vanaf de datum van toezending van de informatie. In dat kader kunnen lopende jeugdbijstandsmaatregelen worden voortgezet.

In afwijking van het eerste lid kan het departement na het verstrijken van de overgangperiode vermeld in het eerste lid zijn interventie voortzetten in consensus met de overheid die door de verandering van woonplaats bevoegd is geworden, als de continuïteit van die interventie noodzakelijk is ter bescherming van de integriteit van het kind. In dat kader kunnen lopende jeugdbijstandsmaatregelen worden verlengd en kunnen nieuwe jeugdbijstandsmaatregelen worden overeengekomen.

Daartoe sluit de Regering samenwerkingsovereenkomsten met de betrokken instanties overeenkomstig artikel 92bis, § 1, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen.

**Art. 26. Territoriale bevoegdheid in de gerechtelijke jeugdbijstand en in de jeugdbescherming**

Onverminderd de administratieve bijstand op verzoek van een andere overheid stemt de territoriale bevoegdheid van het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand en in het kader van de jeugdbescherming overeen met de territoriale bevoegdheid van de jeugdrechter en de jeugdrechtbank van het gerechtelijk arrondissement Eupen.

*HOOFDSTUK 4 — Consensuele en gerechtelijke jeugdbijstand*

*Afdeling 1 — Toepassingsgebied*

**Art. 27. Specifiek toepassingsgebied**

Dit hoofdstuk is van toepassing op:

- 1° kinderen wier integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie in gevaar is door hun eigen gedrag, het gedrag van de personen belast met hun opvoeding, het gedrag van derden, hun levensomstandigheden, relatieconflicten of bijzondere gebeurtenissen;
- 2° personen belast met de opvoeding die het moeilijk hebben om de integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie van hun kind te waarborgen;
- 3° jongvolwassenen die ondersteuning nodig hebben op hun weg naar zelfstandigheid;
- 4° aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen die opdracht hebben gekregen om de jeugdbijstandsmaatregelen uit te voeren;
- 5° de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank die jeugdbijstandsmaatregelen bevelen.

*Afdeling 2 — Consensuele jeugdbijstand*

*Onderafdeling 1 — Procedure*

**Art. 28. Aanvragen en adviesverlening**

Elke natuurlijke persoon of rechtspersoon kan in het kader van de consensuele jeugdbijstand aanvragen bij het departement indienen.

Het departement informeert en adviseert de aanvragers of verwijst hen door naar dienstverrichters die passende hulp kunnen aanbieden.

Het departement kan het informeren en adviseren opdragen aan aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de aanvragen, alsook de nadere regels en de procedure voor de adviesverlening.

#### **Art. 29. Inschatting van de levenssituatie**

§ 1 – Indien uit de aanvraag of het advies blijkt dat een interventie van de dienst nodig kan zijn, schat het departement de levenssituatie van het kind in om de daaruit voortvloeiende behoefte aan hulp en een mogelijk gevaar voor het kind vast te stellen.

Daartoe organiseert het departement een of meer bijeenkomsten met het kind en de personen belast met zijn opvoeding, waaraan ook andere verwante of vertrouwde personen van het kind kunnen deelnemen.

Met inachtneming van de mening van het kind en in consensus met de personen belast met zijn opvoeding kan het departement reeds interveniërende dienstverrichters en actoren uit andere levensgebieden van het kind bij de inschatting betrekken.

Naast de bijeenkomsten vermeld in het tweede lid kan een afzonderlijk gesprek worden gevoerd met het kind of de personen belast met zijn opvoeding.

§ 2 – Indien uit de inschatting blijkt dat er behoefte is aan hulp en dat het kind gevaar loopt, wordt verdere hulp gepland, rekening houdend met de mening van het kind en in consensus met de personen belast met zijn opvoeding.

#### **Art. 30. Planning van de hulp en jeugdbijstandsovereenkomst**

§ 1 – Tijdens de in artikel 29, § 2, vermelde planning van de hulp worden de behoefte, de noodzakelijke jeugdbijstandsmaatregelen, het doel ervan, de duur ervan en de in artikel 110 vermelde tegemoetkoming in de kosten besproken.

Het op basis van consensus afgesproken resultaat van de planning van de hulp wordt schriftelijk vastgelegd in een jeugdbijstandsovereenkomst.

Naast de informatie vermeld in het eerste lid bevat de jeugdbijstandsovereenkomst informatie over:

- 1° de regelingen inzake beroepsgeheim en gegevensbescherming beschreven in hoofdstuk 9 en hoofdstuk 10;
- 2° de in artikel 115 vermelde mogelijkheden om een klacht in te dienen.

De Regering kan nog andere inhoudelijke punten van de jeugdbijstandsovereenkomst bepalen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbijstand kunnen verbeteren.

§ 2 – De jeugdbijstandsovereenkomst wordt ondertekend door het betrokken kind dat over het vereiste beoordelingsvermogen beschikt, de personen belast met zijn opvoeding, het departement en de aanbieders van jeugdbijstand en dienstverrichters die belast zijn met de jeugdbijstandsmaatregel.

In afwijking van het eerste lid volstaat de ondertekening van de jeugdbijstandsovereenkomst door één persoon belast met de opvoeding, voor zover aan een of meer van de volgende voorwaarden is voldaan:

- 1° de ondertekening door de andere persoon belast met de opvoeding is niet mogelijk, omdat zijn gezondheidstoestand te wensen overlaat of zijn woonplaats onbekend is;
- 2° de andere persoon belast met de opvoeding toont een duidelijk gebrek aan belangstelling voor het kind;
- 3° de jeugdbijstandsmaatregel is overeengekomen ten gunste van de ondertekenende persoon belast met de opvoeding en betreft uitsluitend die persoon.

Indien aan een of meer van de voorwaarden vermeld in het tweede lid is voldaan, motiveert het departement dat schriftelijk en voegt het departement het desbetreffende bescheid bij de jeugdbijstandsovereenkomst.

De Regering kan de voorwaarden vermeld in het tweede lid preciseren.

§ 3 – Het departement bezorgt de partijen een exemplaar van de jeugdbijstandsovereenkomst.

#### **Art. 31. Uitvoering van consensuele jeugdbijstandsmaatregelen**

In het kader van de consensuele jeugdbijstand kan het departement aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen opdracht geven om de jeugdbijstandsmaatregelen uit te voeren.

De aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen die overeenkomstig het eerste lid met een opdracht zijn belast, ontvangen van het departement alle informatie die voor de uitoefening van hun opdracht relevant is.

#### **Art. 32. Coördinatie door het departement**

Het departement coördineert de jeugdbijstandsmaatregelen die overeenkomstig artikel 30 bij overeenkomst zijn vastgelegd. Daartoe kan het departement coördinatievergaderingen organiseren waarvoor ook andere dienstverrichters kunnen worden uitgenodigd die met het betrokken kind en de personen belast met zijn opvoeding werken.

Het departement kan de coördinatie opdragen aan aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters.

De Regering kan nog andere nadere regels voor de uitvoering van de coördinatie bepalen.

#### **Art. 33. Balansgesprek**

Uiterlijk zes maanden na ondertekening van de jeugdbijstandsovereenkomst vermeld in artikel 30, § 1, tweede lid, en vervolgens ten minste om de zes maanden organiseert het departement een balansgesprek met de partijen.

Het balansgesprek dient om de uitvoering van de jeugdbijstandsovereenkomst te controleren en de overeenkomst zo nodig aan te passen aan nieuwe omstandigheden en ontwikkelingen.

In afwijking van het eerste lid organiseert het departement een balansgesprek met de partijen en dit uiterlijk zes maanden na ondertekening van de jeugdbijstandsovereenkomst en vervolgens ten minste om de twaalf maanden:

- 1° bij jeugdbijstandsmaatregelen die voor een periode van ten minste twee jaar zijn vastgelegd;
- 2° indien het departement na overleg met de partijen geen behoefte vaststelt om balansgesprekken vroeger te laten plaatsvinden.

#### **Art. 34. Verhelderingsgesprek**

Indien het departement in het kader van de inschatting vermeld in artikel 29, § 1, eerste lid, of tijdens zijn verdere interventie vaststelt dat er een mogelijk gevaar voor het kind bestaat en de personen belast met de opvoeding of het kind weigeren samen te werken in het kader van de consensuele jeugdbijstand, of indien samenwerking met de



personen belast met de opvoeding of met het kind niet mogelijk lijkt, deelt het departement het kind en de personen belast met zijn opvoeding schriftelijk mee dat het voornemens is om via de procureur des Konings te vragen om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank, maar dat zij vooraf om een verhelderingsgesprek kunnen verzoeken.

Het verhelderingsgesprek heeft tot doel de nadere regels omtrent de verdere samenwerking af te spreken met hulp van een bemiddelaar. De bemiddelaar wordt aangewezen door de Regering en is erkend door de Federale Bemiddelingscommissie in Familiezaken.

De Regering bepaalt de nadere regels voor het verzoek om een verhelderingsgesprek en voor het verhelderingsgesprek zelf.

Onderafdeling 2 — Inschakeling van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank

#### **Art. 35. Verzoek om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank**

§ 1 – Indien niet om een verhelderingsgesprek werd verzocht, het verhelderingsgesprek mislukt of de in de overeenkomst vermelde nadere regels omtrent de verdere samenwerking niet worden nageleefd en indien het departement nog altijd van een mogelijk gevaar voor het kind uitgaat, verzoekt het departement de procureur des Konings om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

§ 2 – Indien het departement in het kader van de inschatting vermeld in artikel 29, § 1, eerste lid, of tijdens zijn verdere interventie vaststelt dat een acuut gevaar voor het kind bestaat, verzoekt het departement de procureur des Konings onmiddellijk om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank. De mogelijkheid om een verhelderingsgesprek te verzoeken, valt in dat geval weg.

§ 3 – Indien de procureur des Konings het eens is met de in paragraaf 1 vermelde vaststelling van het departement betreffende het gevaar voor het kind of met de in paragraaf 2 vermelde vaststelling van het departement betreffende het acute gevaar voor het kind en indien een jeugdbijstandsmaatregel noodzakelijk lijkt om de integriteit van het kind te beschermen, dan maakt hij de zaak onmiddellijk aanhangig bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

Indien de procureur des Konings het niet eens is met de in het eerste lid vermelde vaststelling van het departement betreffende het gevaar of acute gevaar voor het kind, dan sluit hij het jeugdbijstandsdossier zonder de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en deelt hij die beslissing mee aan het departement.

#### **Art. 36. Verzoek om een onmiddellijke beslissing van de jeugdrechter of de jeugdrechtbank**

Indien het departement een onmiddellijke beslissing over een of meer jeugdbijstandsmaatregelen noodzakelijk acht om de integriteit van het kind te beschermen hoewel de toestemming van de personen belast met de opvoeding ontbreekt, beslist de jeugdrechter of de jeugdrechtbank over de verzoeken van het departement.

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de mening van het departement deelt, kan hij eenmaal jeugdbijstandsmaatregelen bevelen voor een periode van ten hoogste één jaar. In dat geval wordt de consensuele jeugdbijstand voortgezet.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de periode vermeld in het tweede lid eenmaal met ten hoogste één jaar verlengen.

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de mening van het departement niet deelt, verklaart hij het verzoek van het departement ongegrond.

#### **Art. 37. Jeugdbijstandsmaatregelen van de procureur des Konings in geval van dreigend gevaar**

§ 1 – In geval van dreigend gevaar kan de procureur des Konings de jeugdbijstandsmaatregelen vermeld in de artikelen 42 tot 46 voor een periode van ten hoogste vijf werkdagen bevelen om de integriteit van het kind te beschermen, als die jeugdbijstandsmaatregelen niet onmiddellijk in het kader van de consensuele jeugdbijstand kunnen worden uitgevoerd.

De procureur des Konings geeft het departement opdracht om, samen met het kind waarop de jeugdbijstandsmaatregel betrekking heeft en de personen belast met de opvoeding van dat kind, binnen de termijn vermeld in het eerste lid na te gaan of consensuele jeugdbijstand mogelijk is.

Indien daaruit blijkt dat consensuele jeugdbijstand mogelijk is, plant het departement de verdere hulp overeenkomstig artikel 30, rekening houdend met de mening van het kind en in consensus met de personen belast met zijn opvoeding.

Indien daaruit blijkt dat consensuele jeugdbijstand niet mogelijk is, maakt de procureur des Konings de zaak aanhangig bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

§ 2 – Op verzoek van het kind dat het vereiste beoordelingsvermogen bezit of minstens twaalf jaar oud is of op verzoek van de personen belast met de opvoeding beslist de jeugdrechter of de jeugdrechtbank over beroepen tegen jeugdbijstandsmaatregelen die overeenkomstig § 1, eerste lid, zijn bevolen.

Het beroep wordt ingesteld via een gewoon schrijven dat gericht is aan de griffie van de jeugdrechtbank en dit uiterlijk op de tweede werkdag die volgt op de datum waarop de jeugdbijstandsmaatregelen werden bevolen.

Als beroep wordt ingesteld, kan de procureur des Konings de zaak in het kader van dat beroep ook aanhangig maken bij de jeugdrechter overeenkomstig § 1, vierde lid.

### *Afdeling 3 — Gerechtelijke jeugdbijstand*

#### *Onderafdeling 1 — Procedure*

#### **Art. 38. Aanhangigmaking bij de jeugdrechter en de jeugdrechtbank**

§ 1 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank beslist over de vorderingen van de procureur des Konings om met betrekking tot het gevaar voor het kind jeugdbijstandsmaatregelen te bevelen of te bevestigen:

1° in de gevallen vermeld in artikel 35, § 3, eerste lid, artikel 37, § 1, vierde lid, en § 2, derde lid;

2° indien er voldoende aanwijzingen van acuut gevaar zijn, een voorlopige jeugdbijstandsmaatregel ter bescherming van de integriteit van het kind dringend noodzakelijk lijkt en die jeugdbijstandsmaatregel niet onmiddellijk in het kader van de consensuele jeugdbijstand kan worden uitgevoerd;

3° indien er een gegronde vermoeden bestaat dat een meerderjarige of minderjarige uit hetzelfde gezin een als misdrijf omschreven feit tegen een kind pleegt en een jeugdbijstandsmaatregel noodzakelijk lijkt om het kind te beschermen;

4° indien een situatie reeds in het kader van dit decreet aanhangig werd gemaakt bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en een jeugdbijstandsmaatregel noodzakelijk lijkt voor het betrokken kind, zijn broers of zussen of de met broers en zussen gelijkgestelde personen bedoeld in artikel 387*sexies*decies van het oud Burgerlijk Wetboek;

5° in het geval vermeld in artikel 61.

§ 2 – De duur van de voorlopige jeugdbijstandsmaatregelen die overeenkomstig § 1, 2°, zijn bevolen, is beperkt tot ten hoogste dertig dagen.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank geeft het departement opdracht, samen met het kind waarop de jeugdbijstandsmaatregel betrekking heeft en de personen belast met de opvoeding van dat kind, binnen de termijn vermeld in het eerste lid na te gaan of consensuele jeugdbijstand mogelijk is.

Indien daaruit blijkt dat consensuele jeugdbijstand mogelijk is, plant het departement de verdere hulp overeenkomstig artikel 30, rekening houdend met de mening van het kind en in consensus met de personen belast met zijn opvoeding. Nadat het departement dat ter kennis heeft gebracht, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de gerechtelijke jeugdbijstandsprocedure beëindigen.

Indien daaruit blijkt dat consensuele jeugdbijstand niet mogelijk is, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank jeugdbijstandsmaatregelen bevelen of bevestigen.

§ 3 – In de gevallen vermeld in § 1, 1°, 3°, 4° en 5°, en § 2, vierde lid, kan de jeugdrechter vóór de beslissing ten gronde voorlopige jeugdbijstandsmaatregelen bevelen. Alle voorlopige jeugdbijstandsmaatregelen samen mogen de maximumduur van twaalf maanden niet overschrijden.

#### **Art. 39. Onderzoek en inschatting**

§ 1 – Om een bij de situatie passende beslissing te kunnen nemen, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand opdragen om een maatschappelijk onderzoek te verrichten. Het departement onderzoekt of het kind mogelijk in gevaar is, brengt verslag uit over de situatie op basis van de factoren vermeld in artikel 12, § 1, en stelt passende jeugdbijstandsmaatregelen voor.

Daartoe organiseert het departement een of meer bijeenkomsten met het kind en de personen belast met zijn opvoeding, waaraan ook andere verwante of vertrouwde personen van het kind kunnen deelnemen.

Met inachtneming van de mening van het kind en in consensus met de personen belast met zijn opvoeding of op bevel van de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement reeds interveniërende dienstverrichters en actoren uit andere levensgebieden van het kind bij het maatschappelijk onderzoek betrekken.

Naast de bijeenkomsten vermeld in het tweede lid kan een afzonderlijk gesprek worden gevoerd met het kind of de personen belast met zijn opvoeding.

§ 2 – Het departement verricht het maatschappelijk onderzoek binnen de door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank gestelde termijn. Die termijn bedraagt ten hoogste negentig dagen.

§ 3 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand machtigen om een psychologisch of medisch onderzoek van de jongere te laten uitvoeren om na te gaan welke jeugdbijstandsmaatregelen geschikt zijn voor zijn behandeling.

§ 4 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand machtigen om een inschatting van de opvoedingscompetenties van de personen belast met de opvoeding te laten uitvoeren, om na te gaan welke jeugdbijstandsmaatregelen geschikt zijn om hen te ondersteunen in hun opvoedkundige taak.

§ 5 – Indien opdracht wordt gegeven tot een onderzoek vermeld in paragraaf 1 of paragraaf 3 of tot een inschatting vermeld in paragraaf 4, wijzigt of neemt de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de beslissing pas nadat hij kennis heeft genomen van dat onderzoek of van die inschatting, behalve indien na het verstrijken van de overeenkomstig paragraaf 2 gestelde termijn geen onderzoek heeft plaatsgevonden of behalve in geval van absolute noodzaak en onverminderd artikel 42, tweede lid, artikel 44, tweede lid, en artikel 45, vierde lid.

Indien een jeugdbijstandsmaatregel werd bevolen voordat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het onderzoek of de inschatting had ontvangen, dan wordt na ontvangst van het onderzoek of de inschatting door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank getoetst of die jeugdbijstandsmaatregel passend is.

#### **Art. 40. Uitvoering en coördinatie van de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen**

§ 1 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank draagt de uitvoering van de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen op aan aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters.

In afwijking van het eerste lid kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand machtigen om de uitvoering van bepaalde jeugdbijstandsmaatregelen op te dragen aan aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen.

§ 2 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank belast het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand met de organisatie en controle van de uitvoering vermeld in paragraaf 1, alsook met de coördinatie van de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen.

Daartoe kan het departement een overeenkomst sluiten met de aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen vermeld in paragraaf 1 en, in voorkomend geval, met het kind waarop de jeugdbijstandsmaatregel betrekking heeft en dat het vereiste beoordelingsvermogen bezit, alsook met de personen belast met zijn opvoeding.

Met inachtneming van de gerechtelijke beslissing bevat de overeenkomst informatie over:

1° de nadere regels voor de jeugdbijstandsmaatregelen;

2° de regelingen inzake beroepsgeheim en gegevensbescherming beschreven in hoofdstuk 9 en hoofdstuk 10;

3° de in artikel 115 vermelde mogelijkheden om een klacht in te dienen.

Het departement kan de coördinatie vermeld in het eerste lid opdragen aan aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters.

De Regering kan nog andere inhoudelijke punten van de overeenkomst bepalen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbijstand kunnen verbeteren.

**Art. 41. Balansgesprek en verslag**

§ 1 – Uiterlijk vier maanden na de uitspraak of de beslissing en vervolgens ten minste om de zes maanden organiseert het departement een balansgesprek met het kind waarop de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregel betrekking heeft en dat het vereiste beoordelingsvermogen bezit of ten minste twaalf jaar oud is, de personen belast met zijn opvoeding en de aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen die de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregel uitvoeren.

Indien dit passend lijkt of indien dit noodzakelijk is om de integriteit van het kind te beschermen, kunnen afzonderlijke gesprekken worden gevoerd met elke natuurlijke persoon of rechtspersoon vermeld in het eerste lid.

In afwijking van het eerste lid en uiterlijk vier maanden na de uitspraak of de beslissing en vervolgens ten minste om de twaalf maanden organiseert het departement een balansgesprek met het kind waarop de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregel betrekking heeft en dat het vereiste beoordelingsvermogen bezit of ten minste twaalf jaar oud is, de personen belast met zijn opvoeding en de aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen die de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregel uitvoeren:

1° bij gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen die voor een periode van twee jaar zijn bevolen;

2° indien het departement na overleg met de natuurlijke personen of rechtspersonen vermeld in het eerste lid, alsook met de jeugdrechter of de jeugdrechtbank geen behoefte vaststelt om balansgesprekken vroeger te laten plaatsvinden.

Het balansgesprek dient om de uitvoering van de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen te controleren en zo nodig rekening te houden met nieuwe omstandigheden en ontwikkelingen. Daartoe kan het departement, in het verslag vermeld in paragraaf 2, aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het volgende voorstellen:

1° een wijziging van de jeugdbijstandsmaatregelen;

2° aanvullende jeugdbijstandsmaatregelen;

3° een opheffing van de jeugdbijstandsmaatregelen.

§ 2 – Op verzoek van de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en uiterlijk dertig dagen vóór een zitting van de jeugdrechtbank stelt het departement een verslag over de uitvoering van de maatregel op.

**Onderafdeling 2 — Gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen****Art. 42. Ambulante begeleiding en opvang**

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een of meer van de volgende ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen voor het kind en de personen belast met zijn opvoeding bevelen:

1° begeleiding bij de opvoeding;

2° sociaal-pedagogische begeleiding;

3° therapeutische begeleiding;

4° gezinsbegeleiding;

5° begeleide bezoekcontacten;

6° psychologische, sociale of pedagogische adviesverlening;

7° toezicht over het kind;

8° ambulante begeleiding in een psychologische of psychiatrische dienst, een dienst voor seksuele opvoeding of een dienst die deskundig is op het gebied van verslavingsproblemen;

9° andere vormen van ambulante begeleiding en opvang die passen bij de situatie.

De ambulante begeleiding van het kind in een psychiatrische dienst vermeld in het eerste lid, 8°, wordt binnen dertig dagen nadat die begeleiding is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek vermeld in artikel 39, § 3, waarin de noodzaak van die begeleiding wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbijstandsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbijstandsmaatregel.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen.

**Art. 43. Verblijf in de gewone leefomgeving onder voorwaarden**

Voor zover het kind het vereiste beoordelingsvermogen bezit of ten minste twaalf jaar oud is, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een of meer van de volgende voorwaarden verbinden aan het verblijf van het kind in zijn gewone leefomgeving en dit voor ten hoogste zes maanden:

1° regelmatig de lessen volgen;

2° deelnemen aan een programma voor re-integratie in het dagelijkse schoolleven;

3° een opleiding volgen;

4° deelnemen aan een of meer begeleide sportieve, sociale of culturele activiteiten;

5° deelnemen aan een trainingsmaatregel om de sociale competenties te versterken;

6° andere bij de situatie passende voorwaarden naleven die zo nodig worden opgelegd.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de voorwaarden.

**Art. 44. Semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang**

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een van de volgende semi-residentiële behandelings-, begeleidings- of opvangmaatregelen voor het kind bevelen:

1° ondersteunende pleegzorg;

2° verblijf in een internaat;

3° andere vormen van semi-residentiële behandeling, begeleiding of opvang die passen bij de situatie.

De behandeling van het kind in een bij de situatie passende vorm van semi-residentiële behandeling als vermeld in het eerste lid, 3°, wordt binnen dertig dagen nadat die behandeling is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek vermeld in artikel 39, § 3, waarin de noodzaak van die behandeling wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbijstandsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbijstandsmaatregel.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de semi-residentiële behandelings-, begeleidings- of opvangmaatregelen.

#### **Art. 45. Residentiële behandeling en opvang**

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een van de volgende residentiële behandelings- of opvangmaatregelen voor het kind bevelen:

1° opvang door een verwante of vertrouwde persoon die zich binnen zes maanden moet inschrijven voor deelname aan de in artikel 103 vermelde voorbereiding op de pleegzorg;

2° crisispleegzorg of langdurige pleegzorg;

3° psychologische of psychiatrische diagnosestelling;

4° behandeling of opvang in een open instelling of in een andere, bij de situatie passende open vorm van residentiële behandeling of opvang;

5° voor zover het kind ten minste veertien jaar oud is: behandeling of opvang in een gesloten instelling of in een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële behandeling of opvang.

Indien de personen vermeld in het eerste lid, 1°, zich niet binnen zes maanden inschrijven voor deelname aan de voorbereiding op de pleegzorg of indien ze niet overeenkomstig artikel 94 als pleeggezin zijn erkend, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de opvang overeenkomstig artikel 48 op of vervangt hij hem door een andere jeugdbijstandsmaatregel.

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een residentiële maatregel voor de behandeling of opvang van het kind beveelt, motiveert hij die beslissing overeenkomstig artikel 5, § 2, eerste lid.

De behandeling van het kind in een instelling of in een andere, bij de situatie passende vorm van residentiële behandeling als vermeld in het eerste lid, 4° en 5°, wordt binnen dertig dagen nadat die behandeling is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek als vermeld in artikel 39, § 3, waarin de noodzaak van die behandeling wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbijstandsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbijstandsmaatregel.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de residentiële behandelings- of opvangmaatregelen.

#### **Art. 46. Onderbrenging bij één persoon belast met de opvoeding**

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan bevelen dat het kind bij slechts één persoon belast met de opvoeding verblijft.

#### **Art. 47. Cumulatie van jeugdbijstandsmaatregelen**

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan meerdere jeugdbijstandsmaatregelen tegelijk bevelen. Die cumulatie wordt uitdrukkelijk gemotiveerd.

#### **Art. 48. Wijziging van de jeugdbijstandsmaatregelen**

De jeugdrechtbank kan de maatregelen te allen tijde wijzigen, opheffen of door een andere jeugdbijstandsmaatregel vervangen en dit ambtshalve of op verzoek van het departement, de procureur des Konings, het kind, de personen belast met de opvoeding of het pleeggezin dat overeenkomstig artikel 40, § 1, tweede lid, een opdracht heeft gekregen.

Het kind, de personen belast met de opvoeding of het pleeggezin kunnen het verzoek vermeld in het eerste lid ten vroegste na zes maanden, te rekenen vanaf de datum waarop de beslissing tot het bevelen van de jeugdbijstandsmaatregel definitief is geworden, bij de jeugdrechtbank indienen. Als een dergelijk verzoek wordt afgewezen, kan een nieuw verzoek worden ingediend en dit ten vroegste na zes maanden, te rekenen vanaf de datum waarop de beslissing tot afwijzing van het vorige verzoek definitief is geworden.

#### **Art. 49. Duur van de jeugdbijstandsmaatregelen**

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt de duur van elke bevolen jeugdbijstandsmaatregel.

Met behoud van de toepassing van elke andere maximumduur waarin dit decreet voorziet, beveelt de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de jeugdbijstandsmaatregelen voor hoogstens twee jaar.

#### *Afdeling 4 — Verlenging van de begeleiding bij het bereiken van de meerderjarigheid*

#### **Art. 50. Aanvraag tot verlenging**

§ 1 – Het kind dat vóór de leeftijd van achttien jaar door het departement wordt begeleid, kan een aanvraag indienen om die begeleiding ten hoogste te verlengen tot de leeftijd van 21 jaar. In dat kader kunnen lopende jeugdbijstandsmaatregelen worden verlengd en kunnen nieuwe jeugdbijstandsmaatregelen worden overeengekomen.

De verlenging heeft tot doel jongvolwassenen in een overgangsfase te helpen zich persoonlijk te ontwikkelen en verantwoordelijkheid op te nemen.

§ 2 – Daartoe richt het kind een schriftelijke aanvraag aan het departement, met vermelding van de redenen en de duur van de aangevraagde verlenging.

De aanvraag tot verlenging wordt uiterlijk een maand vóór de leeftijd van achttien jaar ingediend.

§ 3 – De Regering bepaalt de verdere procedure voor de aanvraag tot verlenging.

#### **Art. 51. Balans opmaken van de verlenging**

Tijdens de verlenging blijft het departement bevoegd om de jeugdbijstandsmaatregel regelmatig te controleren.

Uiterlijk een maand voordat de verlenging verstrijkt of ten minste eenmaal per jaar organiseert het departement een balansgesprek met de jongvolwassene en met de aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinzen die de opdracht hebben gekregen om de jeugdbijstandsmaatregel uit te voeren.



Het balansgesprek dient om de uitvoering van de verlenging te controleren en ze zo nodig aan te passen aan nieuwe omstandigheden en ontwikkelingen.

#### **Art. 52. Hernieuwing van de verlenging**

Indien reeds een verlenging is toegestaan, kan die verlenging op met redenen omkleed verzoek worden hernieuwd tot de maximumleeftijd vermeld in artikel 50, § 1, eerste lid.

De Regering bepaalt de verdere procedure om de verlenging te hernieuwen.

#### **Art. 53. Beëindiging van de verlenging**

De jongvolwassene of het departement kan de verlenging te allen tijde beëindigen.

De Regering bepaalt de procedures en voorwaarden om de verlenging te beëindigen.

### HOOFDSTUK 5 — *Jeugdbescherming*

#### *Afdeling 1 — Algemene bepalingen*

#### **Art. 54. Specifiek toepassingsgebied**

Dit hoofdstuk is van toepassing op:

- 1° verdachte en delinquente jongeren;
- 2° personen belast met de opvoeding van de in 1° vermelde jongeren;
- 3° aanbieders van jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen die opdracht hebben gekregen om de jeugdbeschermingsmaatregelen uit te voeren;
- 4° de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank die jeugdbeschermingsmaatregelen voorstellen en bevelen.

De procedurebepalingen van de wet van 8 april 1965 zijn van toepassing op de jongeren vermeld in het eerste lid, 1°.

#### *Afdeling 2 — Behandeling van de zaak door het openbaar ministerie*

#### **Art. 55. Maatschappelijk onderzoek**

§ 1 – Om een bij de situatie passende beslissing te kunnen nemen, kan de procureur des Konings het departement in het kader van de jeugdbescherming opdragen om een maatschappelijk onderzoek te verrichten. Het departement brengt verslag uit over de situatie op basis van de factoren vermeld in artikel 12, § 2, en stelt passende jeugdbeschermingsmaatregelen voor.

Daartoe organiseert het departement een of meer bijeenkomsten met de verdachte jongere en de personen belast met zijn opvoeding, waaraan ook andere verwante of vertrouwde personen van de verdachte jongere kunnen deelnemen.

In consensus met de personen belast met de opvoeding van de verdachte jongere kan het departement reeds interveniërende dienstverrichters en actoren uit andere levensgebieden van de verdachte jongere bij het maatschappelijk onderzoek betrekken.

Naast de bijeenkomsten vermeld in het tweede lid kan een afzonderlijk gesprek worden gevoerd met de verdachte jongere of de personen belast met zijn opvoeding.

§ 2 – Het departement verricht het maatschappelijk onderzoek binnen de door de procureur des Konings gestelde termijn. Die termijn bedraagt ten hoogste negentig dagen.

§ 3 – Indien de procureur des Konings een maatschappelijk onderzoek in opdracht geeft, neemt of wijzigt hij zijn beslissing pas wanneer hij kennis heeft genomen van dat maatschappelijk onderzoek, behalve indien na het verstrijken van de overeenkomstig paragraaf 2 gestelde termijn geen onderzoek heeft plaatsgevonden of behalve in gevallen van absolute noodzaak.

#### **Art. 56. Waarschuwing**

De procureur des Konings kan de verdachte jongere een waarschuwingsbrief bezorgen waarin hij meedeelt dat hij kennis heeft genomen van de feiten, dat hij van oordeel is dat de hem ten laste gelegde feiten vaststaan, maar dat hij besloten heeft de strafvordering om bepaalde redenen stop te zetten.

Er wordt een afschrift van de waarschuwingsbrief bezorgd aan de personen belast met de opvoeding van de verdachte jongere.

De procureur des Konings kan de verdachte jongere en de personen belast met zijn opvoeding oproepen om hen te wijzen op hun wettelijke verplichtingen en de gevolgen van hun gedrag.

#### **Art. 57. Bemiddeling**

§ 1 – De procureur des Konings gaat na of bemiddeling haalbaar en passend is.

De procureur des Konings kan de verdachte jongere, het slachtoffer van het strafbare feit en de personen belast met hun opvoeding voorstellen om deel te nemen aan een bemiddeling, als aan de volgende voorwaarden is voldaan:

- 1° er bestaan voldoende aanwijzingen van schuld;
- 2° er is een slachtoffer geïdentificeerd;
- 3° de verdachte jongere ontkent niet dat hij in de zaak verwickeld is.

Bemiddeling kan alleen plaatsvinden, zolang de personen die bij het voorstel tot bemiddeling betrokken zijn, er uitdrukkelijk en onvoorwaardelijk mee instemmen.

Als de procureur des Konings geen bemiddeling voorstelt, motiveert hij die beslissing met specifieke redenen en deelt hij die beslissing mee aan de betrokkenen. Behalve in de gevallen vermeld in artikel 49, tweede lid, van de wet van 8 april 1965 heeft het ontbreken van een dergelijke motivering tot gevolg dat de zaak ten onrechte aanhangig wordt gemaakt bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

Als de procureur des Konings bemiddeling voorstelt, deelt hij de bij het voorstel tot bemiddeling betrokken personen schriftelijk mee dat:

- 1° ze zich tijdens de bemiddelingsprocedure kunnen laten bijstaan door een advocaat;



2° ze vijftien werkdagen bedenktijd hebben om het voorstel tot bemiddeling aan te nemen of af te wijzen, te rekenen vanaf de ontvangst van het voorstel;

3° ze te allen tijde hun instemming met de bemiddeling kunnen intrekken;

4° de bemiddeling wordt beëindigd, voor zover ze niet binnen de in paragraaf 5 gestelde termijnen tot een overeenkomst leidt.

Het doel van de bemiddeling is dat de verdachte jongere en het slachtoffer van het jeugddelict, met de hulp van een onpartijdige bemiddelaar, samen in gesprek gaan, in het bijzonder over de relationele en materiële gevolgen van het jeugddelict, en samen tot een vergelijk komen.

§ 2 – De procureur des Konings geeft het departement opdracht tot bemiddeling, zendt het departement een afschrift van het voorstel tot bemiddeling en deelt het departement de identiteit van de betrokken personen mee.

De procureur des Konings kan het departement opdracht tot gezamenlijke bemiddeling geven, voor zover aan verscheidene verdachte jongeren bemiddeling is voorgesteld voor hetzelfde jeugddelict.

In het kader van een bemiddeling organiseert het departement een of meer bemiddelingsgesprekken tussen de verdachte jongere, het slachtoffer en, in voorkomend geval, de personen belast met hun opvoeding.

Het departement kan een erkende bemiddelaar opdracht geven om de bemiddelingsgesprekken vermeld in het derde lid te voeren.

§ 3 – Indien de bij het voorstel tot bemiddeling betrokken personen zich niet binnen acht werkdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de schriftelijke mededeling vermeld in § 1, vijfde lid, tot het departement wenden, dan neemt het departement schriftelijk contact met hen op om ze nogmaals op de mogelijkheid te wijzen om een beroep te doen op bemiddeling.

Indien de bij het voorstel tot bemiddeling betrokken personen niet binnen vijftien werkdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de schriftelijke mededeling vermeld in § 1, vijfde lid, uitdrukkelijk en onvoorwaardelijk instemmen met de bemiddeling, deelt het departement dat mee aan de procureur des Konings.

§ 4 – Uiterlijk twee maanden nadat de procureur des Konings de opdracht heeft verleend, stelt het departement een tussentijds verslag over de voortgang van de bemiddeling op en richt het dat verslag aan de procureur des Konings.

§ 5 – Indien de bij het voorstel tot bemiddeling betrokken personen hun instemming met de bemiddeling intrekken of indien de bemiddeling niet tot een overeenkomst leidt binnen zes maanden, te rekenen vanaf de ontvangst van de schriftelijke mededeling vermeld in § 1, vijfde lid, beëindigt het departement de bemiddeling en bezorgt het departement een verslag over de redenen van de beëindiging aan de procureur des Konings.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de procureur des Konings de periode vermeld in het eerste lid eenmaal met ten hoogste drie maanden verlengen.

Indien de bemiddeling tot een overeenkomst leidt binnen de termijn gesteld in het eerste en het tweede lid, wordt die overeenkomst door de betrokken personen ondertekend. Het departement bezorgt de ondertekende overeenkomst onmiddellijk aan de procureur des Konings.

De procureur des Konings keurt de ondertekende overeenkomst goed. De inhoud ervan kan niet worden gewijzigd. De procureur des Konings kan de goedkeuring van een overeenkomst alleen weigeren indien de overeenkomst in strijd is met de openbare orde.

§ 6 – Als de procureur des Konings de overeenkomst goedkeurt, geeft hij het departement opdracht om de uitvoering van die overeenkomst te controleren en bezorgt hij onmiddellijk een afschrift van de goedgekeurde overeenkomst aan het departement.

Het departement maakt een verslag over de uitvoering van de overeenkomst op en richt dat verslag aan de procureur des Konings.

§ 7 – Indien de verdachte jongere de overeenkomst uitvoert overeenkomstig de vastgestelde nadere regels, maakt de procureur des Konings een verslag daarover op en zet hij de strafrechtelijke vervolging stop. Door de stopzetting van de strafrechtelijke vervolging vervalt de strafvordering.

Indien de verdachte jongere de overeenkomst niet uitvoert overeenkomstig de vastgestelde nadere regels, stelt de procureur des Konings een verslag daarover op. Overeenkomstig artikel 63 kan hij de zaak aanhangig maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank met het oog op jeugdbeschermingsmaatregelen.

Er wordt een afschrift van de verslagen vermeld in het eerste en het tweede lid bezorgd aan de personen die bij de overeenkomst betrokken zijn en aan het departement.

§ 8 – Noch de erkenning van het strafbaar feit door de verdachte jongere, noch het verloop of het resultaat van de bemiddeling kan door de gerechtelijke autoriteiten of enige andere persoon tegen de verdachte jongere worden gebruikt.

Als het departement in het kader van zijn werkzaamheden documenten opstelt en mededelingen doet, dan zijn die documenten en mededelingen vertrouwelijk, met uitzondering van die welke met instemming van de partijen aan de gerechtelijke autoriteiten worden doorgegeven. Ze mogen niet worden gebruikt tijdens strafrechtelijke, civielrechtelijke, administratieve of arbitrageprocedures of enige andere geschillenbeslechtingsprocedure en zijn niet aanvaardbaar als bewijs, zelfs niet in de vorm van een buitengerechtelijke bekentenis.

#### **Art. 58. Uitvoering van een project**

§ 1 – Als er een gegronde reden tot verdenking bestaat, deelt de procureur des Konings de verdachte jongere bij het begin van de procedure mee dat hij een project kan indienen.

§ 2 – De procureur des Konings geeft het departement opdracht om de verdachte jongere bij de uitwerking van het project te ondersteunen en deelt hem de identiteit van de verdachte jongere mee.

Het departement kan de personen belast met de opvoeding en andere verwante of vertrouwde personen van de verdachte jongere actief betrekken bij de uitwerking van het project.

Indien de verdachte jongere geen contact opneemt met het departement binnen vijftien werkdagen na ontvangst van de in paragraaf 1 vermelde informatie, neemt het departement schriftelijk contact met hem op om hem nogmaals erop te wijzen dat hij een project kan indienen bij de procureur des Konings.

§ 3 – Het project wordt uiterlijk bij het verschijnen voor de procureur des Konings ingediend. De procureur des Konings beslist of het aan hem voorgelegde project zinvol en wettig is, beslist of het wordt goedgekeurd dan wel wordt geweigerd en bepaalt binnen welke termijn het dient te worden uitgevoerd. De inhoud van het project kan niet worden gewijzigd.

De procureur des Konings kan het project alleen weigeren indien hij die weigering in een met specifieke redenen omklede beslissing motiveert. Als de procureur des Konings het project goedkeurt, geeft hij het departement opdracht om de uitvoering te controleren en bezorgt hij onmiddellijk een afschrift van het goedgekeurde project aan het departement.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de procureur des Konings de periode vermeld in het eerste lid eenmaal voor een door hem bepaalde duur verlengen.

§ 4 – Uiterlijk een maand voordat de termijn vermeld in § 3, eerste en derde lid, verstrijkt, stelt het departement een verslag op over de uitvoering van het project en richt het dat verslag aan de procureur des Konings.

Indien de verdachte jongere het project binnen de gestelde termijn en overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert, maakt de procureur des Konings een verslag daarover op en zet hij de strafrechtelijke vervolging stop. Door de stopzetting van de strafrechtelijke vervolging vervalt de strafvordering.

Indien de verdachte jongere het project niet binnen de gestelde termijn of niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert, stelt de procureur des Konings een verslag daarover op. Overeenkomstig artikel 63 kan hij de zaak aanhangig maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank met het oog op jeugdbeschermingsmaatregelen.

Er wordt een afschrift van de verslagen vermeld in het tweede en het derde lid bezorgd aan de verdachte jongere, aan de personen belast met zijn opvoeding en aan het departement.

#### **Art. 59. Uitvoering en naleving van bepaalde voorwaarden**

§ 1 – Indien de procureur des Konings van oordeel is dat bemiddeling niet haalbaar of niet passend is en er een gegronde reden tot verdenking bestaat, kan hij aan de verdachte jongere voorstellen het verval van de strafvordering afhankelijk te stellen van een of meer van de volgende voorwaarden:

- 1° geen nieuwe jeugddelicten begaan;
- 2° een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut overeenkomstig artikel 80 verrichten voor ten hoogste dertig uur;
- 3° deelnemen aan een programma voor re-integratie in het dagelijkse schoolleven;
- 4° deelnemen aan een trainingsmaatregel om de sociale competenties te versterken;
- 5° ambulante begeleiding volgen in een psychologische of psychiatrische dienst, een dienst voor seksuele opvoeding of een dienst die deskundig is op het gebied van verslavingsproblemen;
- 6° andere bij de situatie passende voorwaarden naleven die zo nodig worden opgelegd.

De procureur des Konings bepaalt het doel en de uitvoeringstermijn van de voorwaarden.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de procureur des Konings de periode vermeld in het tweede lid eenmaal voor een door hem bepaalde duur verlengen.

§ 2 – Indien de procureur des Konings voorwaarden voorstelt, deelt hij de verdachte jongere en de personen belast met zijn opvoeding schriftelijk mee dat:

- 1° de verdachte jongere het recht heeft om zich te allen tijde te laten bijstaan door een advocaat;
- 2° de verdachte jongere vijftien werkdagen bedenktijd heeft om het voorstel aan te nemen of af te wijzen, te rekenen vanaf de ontvangst van het voorstel;
- 3° de voorwaarden moeten worden uitgevoerd binnen de door de procureur des Konings gestelde termijn.

§ 3 – De procureur des Konings geeft het departement opdracht de voorwaarden te organiseren en de naleving ervan te controleren, bezorgt het departement een afschrift van het voorstel en deelt het departement de identiteit van de verdachte jongere mee.

Daartoe kan het departement een overeenkomst sluiten met de aanbieders van jeugdbescherming, met de dienstverrichters en, zo nodig, met de verdachte jongere op wie de voorwaarden betrekking hebben, alsook met de personen belast met zijn opvoeding.

Met inachtneming van het voorstel vermeld in het eerste lid bevat de overeenkomst informatie over:

- 1° de nadere regels van de voorwaarden;
- 2° de regelingen inzake beroepsgeheim en gegevensbescherming beschreven in hoofdstuk 9 en hoofdstuk 10;
- 3° de in artikel 115 vermelde mogelijkheden om een klacht in te dienen.

De Regering kan nog andere inhoudelijke punten van de overeenkomst bepalen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

De procureur des Konings kan de controle van de naleving van de voorwaarden ook opdragen aan een politiedienst.

§ 4 – Indien de verdachte jongere zich niet tot het departement wendt binnen acht werkdagen nadat het departement de schriftelijke mededeling vermeld in paragraaf 2 heeft ontvangen, dan neemt het departement schriftelijk contact met hem op om hem opnieuw te wijzen op de voorgestelde voorwaarden.

§ 5 – De verdachte jongere deelt het departement binnen vijftien werkdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de schriftelijke mededeling vermeld in paragraaf 2, mee of hij het voorstel aanneemt of afwijst. Als hij dat niet binnen die termijn meedeelt, wordt het voorstel als afgewezen beschouwd. Het departement stelt de procureur des Konings in kennis van de beslissing.

§ 6 – Uiterlijk een maand vóór het verstrijken van de in § 1, tweede en derde lid, vermelde termijn stelt het departement een verslag op over de uitvoering van de voorwaarden en richt het departement dat verslag aan de procureur des Konings. Dat verslag wordt bij het dossier van de rechtspleging gevoegd.

Indien de verdachte jongere de voorwaarden binnen de gestelde termijn en overeenkomstig de vastgestelde nadere regels vervult, maakt de procureur des Konings een verslag daarover op en zet hij de strafrechtelijke vervolging stop. Door de stopzetting van de strafrechtelijke vervolging vervalt de strafvordering.

Indien de verdachte jongere de voorwaarden niet binnen de gestelde termijn of niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert, stelt de procureur des Konings een verslag daarover op. Overeenkomstig artikel 63 kan hij de zaak aanhangig maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank met het oog op jeugdbeschermingsmaatregelen.

Er wordt een afschrift van de verslagen vermeld in het tweede en het derde lid bezorgd aan de verdachte jongere, aan de personen belast met zijn opvoeding en aan het departement.

#### **Art. 60. Cumulatie van maatregelen**

Indien de procureur des Konings van oordeel is dat bemiddeling haalbaar en passend is, maar met inachtneming van de factoren vermeld in artikel 12, § 2, 4° tot 6°, niet volstaat, kan hij, in afwijking van de artikelen 57 en 59 en onverminderd artikel 61, daarnaast de uitvoering en naleving van een of meer van de in artikel 59 vermelde voorwaarden voorstellen.

Indien de procureur des Konings overeenkomstig het eerste lid daarnaast de uitvoering en naleving van een of meer van de in artikel 59 vermelde voorwaarden voorstelt, zet hij de strafrechtelijke vervolging stop, wanneer de verdachte jongere de overeenkomst overeenkomstig de vastgestelde nadere regels heeft uitgevoerd en de voorwaarden binnen de gestelde termijn en overeenkomstig de vastgestelde nadere regels heeft vervuld. Door de stopzetting van de strafrechtelijke vervolging vervalt de strafvordering.

Als de verdachte jongere de overeenkomst niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert of als de verdachte jongere de voorwaarden niet binnen de gestelde termijn of niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels vervult, stelt de procureur des Konings daarover een verslag op. Overeenkomstig artikel 63 kan hij de zaak aanhangig maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank met het oog op jeugdbeschermingsmaatregelen.

#### **Art. 61. Maatregelen ten aanzien van verdachte jongeren die vóór de leeftijd van twaalf jaar een jeugddelict hebben gepleegd**

De procureur des Konings kan ten aanzien van verdachte jongeren die vóór de leeftijd van twaalf jaar een jeugddelict hebben gepleegd, alleen de in artikel 56 vermelde waarschuwing uitspreken of de in artikel 57 vermelde bemiddeling voorstellen of de zaak aanhangig maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank met het oog op gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen.

#### **Art. 62. Verplichting om informatie te verstrekken over de mogelijkheid van een bemiddeling of van een project in de voorbereidingsfase**

In de dagvaarding vermeld in artikel 45, 2°, b), van de wet van 8 april 1965 stelt de procureur des Konings de verdachte jongere op de hoogte:

1° over de mogelijkheid om een project als bedoeld in artikel 77 voor te leggen aan de jeugdrechter;

2° over de mogelijkheid om zich te wenden tot het departement, dat hem ondersteunt bij de uitwerking van het project;

3° dat het uitgewerkte project uiterlijk op de dag van de hoorzitting ter goedkeuring moet worden voorgelegd aan de jeugdrechter en het goedgekeurde project binnen een door de jeugdrechter gestelde termijn moet worden uitgevoerd.

Als er een slachtoffer is geïdentificeerd, informeert de procureur des Konings de verdachte jongere, het slachtoffer van het jeugddelict en de personen belast met hun opvoeding ook over de mogelijkheid om een bemiddeling als bedoeld in artikel 76 aan te vragen bij de jeugdrechter.

Aan het departement wordt een afschrift bezorgd van de dagvaarding vermeld in het eerste lid.

### *Afdeling 3 — Behandeling van de zaak door de jeugdrechter en de jeugdrechtbank*

#### *Onderafdeling 1 — Algemene bepalingen*

#### **Art. 63. Aanhangigmaking bij de jeugdrechter en de jeugdrechtbank**

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank beslist over de vorderingen van de procureur des Konings om jeugdbeschermingsmaatregelen te bevelen ten aanzien van verdachte jongeren.

Behalve in geval van samenhang met vervolgingen wegens andere strafbare feiten dan die hieronder bepaald, nemen de op grond van het gemene recht bevoegde rechtbanken kennis van de vorderingen van de procureur des Konings ten aanzien van personen die op het tijdstip van het feit ouder dan zestien jaar en jonger dan achttien jaar waren en die vervolgd worden wegens overtreding van:

1° de bepalingen van de wetten en verordeningen betreffende het wegverkeer;

2° de artikelen 418, 419 en 420 van het Strafwetboek, voor zover er samenhang is met een overtreding van de in 1° vermelde wetten en verordeningen;

3° de wet van 21 november 1989 betreffende de verplichte aansprakelijkheidsverzekering inzake motorrijtuigen.

Indien uit de behandeling van de zaak voor die rechtbanken blijkt dat een jeugdbeschermingsmaatregel passender zou zijn, kunnen die rechtbanken zich bij een met redenen omklede beslissing onbevoegd verklaren en de zaak naar de procureur des Konings verwijzen met het oog op eventuele vorderingen bij de jeugdrechtbank.

#### **Art. 64. Onderzoeken**

§ 1 – Om een bij de situatie passende beslissing te kunnen nemen, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het departement in het kader van de jeugdbescherming opdragen om een maatschappelijk onderzoek te verrichten. Het departement brengt verslag uit over de situatie op basis van de factoren vermeld in artikel 12, § 2, en stelt passende jeugdbeschermingsmaatregelen voor.

Daartoe organiseert het departement een of meer bijeenkomsten met de verdachte jongere en de personen belast met zijn opvoeding, waaraan ook andere verwante of vertrouwde personen van de verdachte jongere kunnen deelnemen.

In consensus met de personen belast met de opvoeding van de jongere of op bevel van de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement reeds interveniërende dienstverrichters en actoren uit andere levensgebieden van de verdachte jongere bij het maatschappelijk onderzoek betrekken.

Naast de bijeenkomsten vermeld in het tweede lid kan een afzonderlijk gesprek worden gevoerd met de verdachte jongere of de personen belast met zijn opvoeding.

§ 2 – Het departement verricht het maatschappelijk onderzoek binnen de door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank gestelde termijn. Die termijn bedraagt ten hoogste negentig dagen.

§ 3 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement in het kader van de jeugdbescherming machtigen om een psychologisch of medisch onderzoek van de verdachte jongere te laten uitvoeren om na te gaan welke jeugdbeschermingsmaatregelen geschikt zijn voor zijn behandeling.

§ 4 – Indien opdracht wordt gegeven tot een onderzoek vermeld in paragraaf 1 of paragraaf 3, wijzigt of neemt de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de beslissing pas nadat hij kennis heeft genomen van dat onderzoek, behalve indien na het verstrijken van de overeenkomstig paragraaf 2 gestelde termijn geen onderzoek heeft plaatsgevonden of behalve in geval van absolute noodzaak en onverminderd artikel 78, tweede lid, artikel 81, tweede lid, en artikel 82, § 3, eerste lid.

Indien een jeugdbeschermingsmaatregel werd bevolen voordat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het onderzoek had ontvangen, dan wordt na ontvangst van het onderzoek door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank getoetst of die jeugdbeschermingsmaatregel passend is.

#### **Art. 65. Bijzondere motiveringsplicht**

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een jeugdbeschermingsmaatregel beveelt, motiveert hij die beslissing specifiek op basis van de factoren vermeld in artikel 12, § 2.

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank meerdere jeugdbeschermingsmaatregelen beveelt, wordt die cumulatie uitdrukkelijk gemotiveerd.

#### **Art. 66. Uitvoering en coördinatie van de jeugdbeschermingsmaatregelen**

§ 1 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank draagt de uitvoering van de jeugdbeschermingsmaatregelen op aan aanbieders van jeugdbescherming en aan dienstverrichters.

In afwijking van het eerste lid kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het departement machtigen om de uitvoering van bepaalde jeugdbeschermingsmaatregelen op te dragen aan aanbieders van jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen.

§ 2 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank belast het departement met de organisatie en controle van de uitvoering vermeld in paragraaf 1, alsook met de coördinatie van de jeugdbeschermingsmaatregelen.

Daartoe kan het departement een overeenkomst sluiten met de aanbieders van jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen vermeld in paragraaf 1 en, in voorkomend geval, met de jongere op wie de jeugdbeschermingsmaatregel betrekking heeft, alsook met de personen belast met zijn opvoeding.

Met inachtneming van de gerechtelijke beslissing bevat de overeenkomst informatie over:

- 1° de nadere regels voor de jeugdbeschermingsmaatregelen;
- 2° de regelingen inzake beroepsgeheim en gegevensbescherming beschreven in hoofdstuk 9 en hoofdstuk 10;
- 3° de in artikel 115 vermelde mogelijkheden om een klacht in te dienen.

Het departement kan de coördinatie vermeld in het eerste lid opdragen aan aanbieders van jeugdbescherming en aan dienstverrichters.

De Regering kan nog andere inhoudelijke punten van de overeenkomst bepalen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

#### **Art. 67. Balansgesprek en verslag**

§ 1 – Uiterlijk vier maanden na de uitspraak of de beslissing en vervolgens ten minste om de zes maanden, organiseert het departement een balansgesprek met de jongere op wie de jeugdbeschermingsmaatregel betrekking heeft, de personen belast met zijn opvoeding en de aanbieders van jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen die de jeugdbeschermingsmaatregel uitvoeren.

Indien zulks passend lijkt of indien zulks noodzakelijk lijkt om de integriteit van de jongere te beschermen, kunnen afzonderlijke gesprekken worden gevoerd met elke natuurlijke persoon of rechtspersoon vermeld in het eerste lid.

Het balansgesprek dient om de uitvoering van de jeugdbeschermingsmaatregelen te controleren en zo nodig rekening te houden met nieuwe omstandigheden en ontwikkelingen. Daartoe kan het departement in het verslag vermeld in paragraaf 2 het volgende voorstellen:

- 1° een wijziging van de jeugdbeschermingsmaatregel;
- 2° aanvullende jeugdbeschermingsmaatregelen;
- 3° een opheffing van de jeugdbeschermingsmaatregelen.

§ 2 – Op verzoek van de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en uiterlijk dertig dagen vóór een zitting van de jeugdrechtbank stelt het departement een verslag over de uitvoering van de maatregel op.

#### **Art. 68. Wijziging van de jeugdbeschermingsmaatregelen**

§ 1 – De jeugdrechter kan voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen te allen tijde ambtshalve of op verzoek van het departement of op vordering van de procureur des Konings opheffen of door andere jeugdbeschermingsmaatregelen vervangen. Daartoe hoort hij de verdachte jongere, de personen belast met zijn opvoeding, alsook de procureur des Konings of het departement.

Op met redenen omkleed verzoek kunnen de verdachte jongere en de personen belast met zijn opvoeding na een termijn van één maand, te rekenen vanaf de datum waarop de beslissing definitief is geworden, een wijziging van de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen aanvragen bij de jeugdrechter. De jeugdrechter hoort de verdachte jongere en de personen belast met zijn opvoeding. Als het verzoek wordt afgewezen, kan een nieuw verzoek worden ingediend en dit ten vroegste na het verstrijken van één maand, te rekenen vanaf de datum waarop de beslissing tot afwijzing van het vorige verzoek definitief is geworden.

§ 2 – De jeugdrechtbank kan in de fase ten gronde bevolen jeugdbeschermingsmaatregelen te allen tijde ambtshalve of op verzoek van het departement of de procureur des Konings opheffen of door andere jeugdbeschermingsmaatregelen vervangen. Daartoe hoort hij de delinquente jongere, de personen belast met zijn opvoeding, alsook de procureur des Konings of het departement.

Op met redenen omkleed verzoek kunnen de delinquente jongere en de personen belast met zijn opvoeding na een termijn van zes maanden, te rekenen vanaf de datum waarop de beslissing definitief is geworden, een wijziging van de in de fase ten gronde bevolen jeugdbeschermingsmaatregelen aanvragen bij de jeugdrechter. De jeugdrechtbank hoort de verdachte jongere en de personen belast met zijn opvoeding. Als het verzoek wordt afgewezen, kan een nieuw



verzoek worden ingediend en dit ten vroegste na het verstrijken van zes maanden, te rekenen vanaf de datum waarop de beslissing tot afwijzing van het vorige verzoek definitief is geworden.

In het geval vermeld in artikel 76, § 7, tweede lid, is de termijn vermeld in het tweede lid niet van toepassing.

§ 3 – Als dit absoluut noodzakelijk is, kan de jeugdrechter een door de jeugdrechtbank bevolen jeugdbeschermingsmaatregel te allen tijde ambtshalve of op verzoek van het departement of de procureur des Konings opheffen of door andere jeugdbeschermingsmaatregelen vervangen. Daartoe hoort hij de delinquente jongere, de personen belast met zijn opvoeding, alsook de procureur des Konings of het departement. Die wijziging wordt binnen een termijn van ten hoogste zes maanden door de jeugdrechtbank gecontroleerd.

#### Onderafdeling 2 — Voorbereidingsfase

##### **Art. 69. Duur van de voorbereidingsfase**

De voorbereidingsfase duurt hoogstens negen maanden en loopt vanaf de vordering vermeld in artikel 63, eerste lid, tot de beslissing ten gronde. Na het verstrijken van die termijn worden de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen automatisch beëindigd.

In afwijking van het eerste lid kan de voorbereidingsfase op basis van een met redenen omklede beslissing meermaals en telkens voor een periode van hoogstens drie maanden worden verlengd, voor zover verdere onderzoeken omtrent de persoonlijkheid of de levenssituatie van de verdachte jongere noodzakelijk zijn.

In het kader van de verlengingen vermeld in het tweede lid kunnen voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen worden genomen of behouden, voor zover ernstige en uitzonderlijke omstandigheden in verband met vereisten inzake openbare veiligheid zulks rechtvaardigen.

De termijnen vermeld in het eerste en het tweede lid worden geschorst tussen de datum van neerlegging van de akte van hoger beroep en de datum van de uitspraak van het arrest. Die schorsing duurt hoogstens twee maanden.

##### **Art. 70. Voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen**

§ 1 – Indien de verdachte jongere of het slachtoffer van het jeugddelict een bemiddeling als bedoeld in artikel 76 aanvraagt of indien de verdachte jongere een project als bedoeld in artikel 77 indient, gaat de jeugdrechter in de voorbereidingsfase na of de bemiddeling of het project haalbaar en passend is.

§ 2 – Indien de jeugdrechter van oordeel is dat de bemiddeling of het project haalbaar en passend, maar niet toereikend is, kan hij ter aanvulling een of meer van de jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in paragraaf 3 bevelen voor de verdachte jongere.

§ 3 – Indien de jeugdrechter van oordeel is dat de bemiddeling en het project niet haalbaar of niet passend zijn, kan hij een of meer van de volgende voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen bevelen voor de verdachte jongere:

1° ambulante begeleiding en opvang als vermeld in artikel 78;

2° verblijf in de gewone leefomgeving als vermeld in artikel 79, met inachtneming van een of meer voorwaarden vermeld in artikel 79, 3°, 4°, 7°, 8°, 9°, 10°, 11° en 12°;

3° een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut voor ten hoogste dertig uur als vermeld in artikel 80, om de noden en de leefsituatie van de verdachte jongere te leren kennen en een bij de situatie passende beslissing te kunnen nemen;

4° semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang als vermeld in artikel 81;

5° residentiële behandeling en opvang als vermeld in artikel 82.

De jeugdrechter mag geen voorlopige jeugdbeschermingsmaatregel nemen met het oog op een onmiddellijke bestraffing.

Ten aanzien van verdachte jongeren die vóór de leeftijd van twaalf jaar een jeugddelict hebben gepleegd, kan de jeugdrechter alleen de in artikel 78 vermelde ambulante begeleiding en opvang, alsook jeugdbijstandsmaatregelen bevelen.

§ 4 – Indien de jeugdrechter een voorlopige jeugdbeschermingsmaatregel beveelt, kan hij de verdachte jongere, gelet op de vereisten van het onderzoek of het gerechtelijk onderzoek, bij een met redenen omklede beslissing verbieden om voor een meermaals verlengbare periode van hoogstens dertig dagen vrije omgang te hebben met bij naam genoemde personen, zijn advocaat uitgezonderd.

§ 5 – De in artikel 82, § 1, 6°, vermelde residentiële opvang in een gesloten instelling of in een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang en de in artikel 82, § 1, 7°, vermelde residentiële opvang in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming kan alleen als voorlopige jeugdbeschermingsmaatregel en voor ten hoogste drie maanden worden bevolen, als naast de voorwaarden vermeld in artikel 82, § 5, ook een van de volgende voorwaarden is vervuld:

1° het gedrag van de verdachte jongere is gevaarlijk voor hemzelf of voor anderen;

2° er bestaan ernstige redenen om te vrezen dat de verdachte jongere in geval van vrijlating opnieuw een jeugddelict zou plegen, zich aan de justitie zou onttrekken, zou proberen bewijzen te doen verdwijnen of heimelijke afspraken met derden zou maken.

De residentiële opvang vermeld in het eerste lid kan, na verslag van het departement, van de gesloten instelling of van de openbare instelling voor jeugdbescherming, worden verlengd voor een meermaals verlengbare periode van hoogstens dertig dagen, als de verdachte jongere een gevaar voor de openbare veiligheid vormt. De jeugdrechter hoort de verdachte jongere vooraf.

§ 6 – De jeugdkamer van het hof van beroep onderzoekt de zaak en doet uitspraak binnen vijftien werkdagen, te rekenen vanaf de datum van neerlegging van de akte van hoger beroep. Na het verstrijken van die termijn vervalt de residentiële opvang vermeld in het eerste lid.

##### **Art. 71. Duur van de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen**

De jeugdrechter beveelt de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen voor een zo kort mogelijke duur. Hij bepaalt de duur van elke bevolen voorlopige jeugdbeschermingsmaatregel, onverminderd elke maximumduur waarin dit decreet voorziet. De voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen eindigen uiterlijk op de dag dat de verdachte jongere de leeftijd van 21 jaar bereikt.



**Art. 72. Verplichting om informatie te verstrekken over de mogelijkheid van een bemiddeling of van een project tijdens de procedure ten gronde**

In het afschrift van de beschikking of de gerechtsbrief vermeld in artikel 52<sup>ter</sup> van de wet van 8 april 1965 informeert de procureur des Konings de verdachte jongere:

1° over de mogelijkheid om een project als bedoeld in artikel 77 voor te leggen aan de jeugdrechter of aan de jeugdrechtbank;

2° over de mogelijkheid om zich te wenden tot het departement, dat hem ondersteunt bij de uitwerking van het project;

3° dat het uitgewerkte project uiterlijk op de dag van de zitting ter goedkeuring moet worden voorgelegd aan de jeugdrechtbank en het goedgekeurde project binnen een door de jeugdrechtbank gestelde termijn moet worden uitgevoerd.

Als er een slachtoffer is geïdentificeerd, informeert de procureur des Konings de verdachte jongere, het slachtoffer van het jeugddelict en de personen belast met hun opvoeding ook over de mogelijkheid om een bemiddeling als bedoeld in artikel 76 aan te vragen.

Aan het departement wordt een afschrift bezorgd van de gerechtsbrief vermeld in het eerste lid.

Onderafdeling 3 — Beslissing ten gronde

**Art. 73. Jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde**

§ 1 – Indien de verdachte jongere of het slachtoffer van het jeugddelict een bemiddeling als bedoeld in artikel 76 aanvraagt of indien de verdachte jongere een project als bedoeld in artikel 77 indient, gaat de jeugdrechtbank die de beslissing ten gronde neemt, na of de bemiddeling of het project haalbaar en passend is.

§ 2 – Indien de jeugdrechtbank van oordeel is dat de bemiddeling of het project haalbaar en passend, maar niet toereikend is, kan hij ter aanvulling een of meer van de jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in § 3, eerste lid, 1° tot 5°, bevelen voor de delinquente jongere.

§ 3 – Indien de jeugdrechtbank van oordeel is dat de bemiddeling en het project niet haalbaar of niet passend zijn, kan hij een of meer van de volgende jeugdbeschermingsmaatregelen bevelen voor de delinquente jongere:

1° ambulante begeleiding en opvang als vermeld in artikel 78;

2° verblijf in de gewone leefomgeving als vermeld in artikel 79, met inachtneming van een of meer voorwaarden;

3° een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut als vermeld in artikel 80;

4° semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang als vermeld in artikel 81;

5° residentiële behandeling en opvang als vermeld in artikel 82.

Ten aanzien van delinquente jongeren die vóór de leeftijd van twaalf jaar een jeugddelict hebben gepleegd, kan de jeugdrechtbank alleen de in artikel 78 vermelde ambulante begeleiding en opvang, alsook jeugdbijstandsmaatregelen bevelen.

**Art. 74. Duur van de jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde**

De jeugdrechtbank bepaalt de duur van elke jeugdbeschermingsmaatregel ten gronde.

Met behoud van de toepassing van elke andere maximumduur waarin dit decreet voorziet, bedraagt de duur vermeld in het eerste lid hoogstens één jaar. De jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde eindigen uiterlijk op de dag dat de delinquente jongere de leeftijd van 18 jaar bereikt.

In afwijking van het tweede lid kan de jeugdrechtbank op vordering van de procureur des Konings en in geval van aanhoudend wangedrag of gevaarlijk gedrag van de delinquente jongere, jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde meermaals verlengen voor een periode van ten hoogste één jaar die uiterlijk eindigt op de dag dat de delinquente jongere de leeftijd van 21 jaar bereikt. In dat geval wordt de vordering binnen drie maanden voor de dag dat de delinquente jongere de leeftijd van achttien jaar bereikt, bij de jeugdrechtbank aanhangig gemaakt.

In afwijking van het tweede lid kan de jeugdrechtbank, als het jeugddelict na de leeftijd van zestien jaar is gepleegd, meermaals jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde bevelen of verlengen voor een periode van hoogstens één jaar die uiterlijk eindigt op de dag dat de delinquente jongere de leeftijd van 21 jaar bereikt.

**Art. 75. Verlenging van de begeleiding op verzoek van de jongere**

De jongere die vóór de leeftijd van achttien jaar door het departement wordt begeleid, kan overeenkomstig artikel 50 een aanvraag indienen om die begeleiding te verlengen.

Onderafdeling 4 — Jeugdbeschermingsmaatregelen

**Art. 76. Bemiddeling**

§ 1 – Bemiddeling kan alleen plaatsvinden, zolang de betrokken personen er uitdrukkelijk en onvoorwaardelijk mee instemmen.

Het doel van de bemiddeling is dat de verdachte jongere en het slachtoffer van het jeugddelict, met de hulp van een onpartijdige bemiddelaar, samen in gesprek gaan, in het bijzonder over de relationele en materiële gevolgen van het jeugddelict, en samen tot een vergelijk komen.

§ 2 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank geeft het departement opdracht tot bemiddeling en deelt het departement de identiteit van de betrokken personen mee.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement opdracht tot gezamenlijke bemiddeling geven, voor zover de bemiddeling betrekking heeft op verscheidene jongeren voor hetzelfde jeugddelict.

In het kader van een bemiddeling organiseert het departement een of meer bemiddelingsgesprekken tussen de verdachte jongere, het slachtoffer en, in voorkomend geval, de personen belast met hun opvoeding.

Het departement kan een erkende bemiddelaar opdracht geven om de bemiddelingsgesprekken vermeld in het derde lid te voeren.

Het departement deelt de personen op wie de bemiddeling betrekking heeft, schriftelijk mee dat:

1° ze vijftien werkdagen bedenktijd hebben om de bemiddeling aan te nemen of af te wijzen, te rekenen vanaf de ontvangst van de schriftelijke mededeling;

2° ze te allen tijde hun instemming met de bemiddeling kunnen intrekken;

3° de bemiddeling wordt beëindigd, voor zover ze niet overeenkomstig paragraaf 5 binnen zes maanden tot een overeenkomst leidt.

§ 3 – Indien de betrokken personen zich niet binnen acht werkdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de schriftelijke mededeling vermeld in § 2, vijfde lid, tot het departement wenden, dan neemt het departement schriftelijk contact met hen op om ze nogmaals op de mogelijkheid te wijzen om een beroep te doen op bemiddeling.

Indien de betrokken personen niet binnen vijftien werkdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de schriftelijke mededeling vermeld in § 2, vijfde lid, uitdrukkelijk en onvoorwaardelijk instemmen met de bemiddeling, deelt het departement dat mee aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

§ 4 – Uiterlijk twee maanden nadat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de opdracht heeft verleend, stelt het departement een tussentijds verslag over de voortgang van de bemiddeling op en richt het dat verslag aan de jeugdrechter of jeugdrechtbank en aan de procureur des Konings.

§ 5 – Indien de betrokken personen hun instemming met de bemiddeling intrekken of indien de bemiddeling niet tot een overeenkomst leidt binnen zes maanden, te rekenen vanaf de ontvangst van de schriftelijke mededeling vermeld in § 2, vijfde lid, beëindigt het departement de bemiddeling en bezorgt het departement een verslag over de redenen van de beëindiging aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en aan de procureur des Konings.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de periode vermeld in het eerste lid eenmaal met ten hoogste drie maanden verlengen.

Indien de bemiddeling tot een overeenkomst leidt binnen de termijn gesteld in het eerste en het tweede lid, wordt die overeenkomst door de betrokken personen ondertekend. Het departement bezorgt de ondertekende overeenkomst onmiddellijk aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank homologeert de ondertekende overeenkomst. De inhoud ervan kan niet worden gewijzigd. De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan de homologatie van een overeenkomst alleen weigeren indien de overeenkomst in strijd is met de openbare orde.

§ 6 – Als de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de overeenkomst homologeert, geeft hij het departement opdracht om de uitvoering van die overeenkomst te controleren en bezorgt hij onmiddellijk een afschrift van de gehomologeerde overeenkomst aan het departement.

Het departement maakt een verslag over de uitvoering van de overeenkomst op en richt dat verslag aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

§ 7 – Als de verdachte jongere de overeenkomst in het kader van de voorbereidingsfase overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert en als het tot een procedure voor de jeugdrechtbank komt, houdt de jeugdrechtbank rekening met die overeenkomst en met de uitvoering ervan.

Als de delinquente jongere de overeenkomst na de uitspraak van het vonnis overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert en als jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde werden bevolen, houdt de jeugdrechtbank rekening met die overeenkomst en met de uitvoering ervan om de bevolen jeugdbeschermingsmaatregelen met toepassing van artikel 68 op te heffen of te vervangen.

Als de jongere de overeenkomst niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bemiddeling met toepassing van artikel 68 op vordering van de procureur des Konings vervangen door andere jeugdbeschermingsmaatregelen.

§ 8 – Noch de erkenning van het strafbaar feit door de jongere, noch het verloop of het resultaat van de bemiddeling kan door de gerechtelijke autoriteiten of enige andere persoon tegen de jongere worden gebruikt.

Als het departement in het kader van zijn werkzaamheden documenten opstelt en mededelingen doet, dan zijn die documenten en mededelingen vertrouwelijk, met uitzondering van die welke met instemming van de partijen aan de gerechtelijke autoriteiten worden doorgegeven. Ze mogen niet worden gebruikt tijdens strafrechtelijke, civielrechtelijke, administratieve of arbitrageprocedures of enige andere geschillenbeslechtingsprocedure en zijn niet aanvaardbaar als bewijs, zelfs niet in de vorm van een buitengerechtelijke bekentenis.

#### **Art. 77. Uitvoering van een project**

§ 1 – Indien de verdachte jongere zich niet tot het departement wendt binnen vijftien werkdagen na ontvangst van de in artikel 62 vermelde dagvaarding, het in artikel 72 vermelde afschrift van de beschikking of de in artikel 72 vermelde gerechtsbrief, neemt het departement schriftelijk contact met hem op om hem nogmaals erop te wijzen dat hij ondersteuning kan krijgen bij de uitwerking van het project.

§ 2 – Indien de verdachte jongere vermeld in het eerste lid zich tot het departement wendt, ondersteunt het departement hem bij de uitwerking van het project.

Het departement kan de personen belast met de opvoeding en andere verwante of vertrouwde personen van de verdachte jongere actief betrekken bij de uitwerking van het project.

§ 3 – De verdachte jongere dient het project uiterlijk op de dag van de zitting van de jeugdrechtbank of van de hoorzitting ondertekend in bij de jeugdrechter.

§ 4 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank beslist of het aan hem voorgelegde project zinvol en wettig is, beslist of het wordt goedgekeurd dan wel wordt geweigerd en bepaalt binnen welke termijn het dient te worden uitgevoerd. De inhoud van het project kan niet worden gewijzigd.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de periode vermeld in het eerste lid eenmaal voor een door hem bepaalde duur verlengen.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het project alleen weigeren indien hij die weigering in een met specifieke redenen omklede beslissing motiveert. Als de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het project goedkeurt, geeft hij het departement opdracht om de uitvoering te controleren en bezorgt hij onmiddellijk een afschrift van het goedgekeurde project aan het departement.

§ 5 – Indien de jeugdrechtbank een project goedkeurt, kan hij gelijktijdig een van de jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in artikel 73, § 3, eerste lid, 1° tot 5°, als vervangende maatregelen vastleggen voor het geval dat het project niet behoorlijk wordt uitgevoerd. In dat geval deelt de jeugdrechtbank de verdachte jongere mee welke gevolgen de niet-naleving van zijn verplichtingen kan hebben.

§ 6 – Uiterlijk een maand vóór het verstrijken van de in § 4, eerste en tweede lid, vermelde termijn stelt het departement een verslag op over de uitvoering van het project en richt het dat verslag aan de jeugdrechtbank of de jeugdrechtbank en aan de procureur des Konings.

§ 7 – Als de verdachte jongere het project in het kader van de voorbereidingsfase binnen de gestelde termijn en overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert en als het tot een procedure voor de jeugdrechtbank komt, houdt de jeugdrechtbank rekening met dat project en met de uitvoering ervan.

Als de delinquente jongere het project na de uitspraak van het vonnis binnen de gestelde termijn en overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert en als jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde werden bevolen, houdt de jeugdrechtbank rekening met dat project en met de uitvoering ervan om de bevolen jeugdbeschermingsmaatregelen met toepassing van artikel 68 op te heffen of te vervangen.

Als de verdachte jongere het project niet binnen de gestelde termijn of niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het project met toepassing van artikel 68 op vordering van de procureur des Konings vervangen door andere jeugdbeschermingsmaatregelen of ambtshalve de vervangende maatregelen vermeld in paragraaf 5 opleggen.

De jeugdrechtbank kan rekening houden met een slechts gedeeltelijk uitgevoerd project om de vervangende maatregelen vermeld in paragraaf 5 aan te passen.

#### **Art. 78. Ambulante begeleiding en opvang**

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een of meer van de volgende ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen voor de verdachte jongere bevelen:

- 1° begeleiding bij de opvoeding;
- 2° sociaal-pedagogische begeleiding;
- 3° therapeutische begeleiding;
- 4° toezicht;
- 5° psychologische, sociale of pedagogische adviesverlening;
- 6° ambulante begeleiding in een psychologische of psychiatrische dienst, een dienst voor seksuele opvoeding of een dienst die deskundig is op het gebied van verslavingsproblemen;
- 7° andere vormen van ambulante begeleiding en opvang die passen bij de situatie.

De ambulante begeleiding van de verdachte jongere in een psychiatrische dienst vermeld in het eerste lid, 6°, wordt binnen dertig dagen nadat die begeleiding is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek vermeld in artikel 64, § 3, waarin de noodzaak van die begeleiding wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbeschermingsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbeschermingsmaatregel.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de begeleidings- en opvangmaatregelen.

#### **Art. 79. Verblijf in de gewone leefomgeving onder voorwaarden**

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een of meer van de volgende voorwaarden verbinden aan het verblijf van de verdachte jongere in zijn gewone leefomgeving :

- 1° zich schriftelijk of mondeling verontschuldigen;
- 2° bepaalde personen of plaatsen die verband houden met het jeugddelict gedurende een bepaalde periode vermijden;
- 3° een of meer specifieke activiteiten gedurende een bepaalde periode niet uitoefenen wegens bijzondere omstandigheden;
- 4° huisarrest naleven gedurende ten hoogste drie maanden;
- 5° de schade zelf in natura herstellen of aantoonbaar bezoldigde arbeid verrichten om het slachtoffer voor de schade te vergoeden;
- 6° deelnemen aan een of meer opleidings- of bewustmakingsmodulen over de gevolgen van het gepleegde jeugddelict en over de draagwijdte ervan voor de eventuele slachtoffers;
- 7° deelnemen aan een of meer begeleide sportieve, sociale of culturele activiteiten;
- 8° regelmatig de lessen volgen;
- 9° een opleiding volgen;
- 10° deelnemen aan een programma voor re-integratie in het dagelijkse schoolleven;
- 11° deelnemen aan een trainingsmaatregel om de sociale competenties te versterken;
- 12° andere bij de situatie passende voorwaarden naleven.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement opdracht geven om te controleren of de voorwaarden vermeld in het eerste lid worden nageleefd. Het departement stelt de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en de procureur des Konings in kennis van de niet-naleving van de voorwaarden.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank zendt een afschrift van de uitspraak of van de beslissing aan de procureur des Konings, zodat hij de controle van de naleving van de voorwaarden vermeld in het eerste lid, 2° en 4°, eventueel aan een politiedienst kan toevertrouwen. De procureur des Konings stelt de jeugdrechter of de jeugdrechtbank in kennis van de niet-naleving van de voorwaarden.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de voorwaarden.

#### **Art. 80. Prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut**

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan de verdachte jongere ertoe verplichten binnen een termijn van één jaar een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut te verrichten gedurende ten hoogste 250 uur.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut.

Indien de jeugdrechtbank de verdachte jongere ertoe verplicht gedurende meer dan 150 uur een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut te verrichten, motiveert hij zijn beslissing ter zake uitdrukkelijk.

**Art. 81. Semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang**

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een van de volgende semi-residentiële behandelings-, begeleidings- of opvangmaatregelen voor de verdachte jongere bevelen:

- 1° ondersteunende pleegzorg;
- 2° verblijf in een internaat;
- 3° andere vormen van semi-residentiële behandeling, begeleiding of opvang die passen bij de situatie.

De behandeling van de verdachte jongere in een bij de situatie passende semi-residentiële vorm van behandeling als vermeld in het eerste lid, 3°, wordt binnen dertig dagen nadat die behandeling is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek vermeld in artikel 64, § 3, waarin de noodzaak van die behandeling wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbeschermingsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbeschermingsmaatregel.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de semi-residentiële behandelings-, begeleidings- of opvangmaatregelen.

**Art. 82. Residentiële behandeling en opvang**

§ 1 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een van de volgende residentiële behandelings- of opvangmaatregelen voor de verdachte jongere bevelen:

- 1° opvang door een verwante of vertrouwde persoon die zich binnen zes maanden inschrijft voor deelname aan de in artikel 103 vermelde voorbereiding op de pleegzorg;
- 2° crisispleegzorg of langdurige pleegzorg;
- 3° psychologische of psychiatrische diagnosestelling;
- 4° behandeling of opvang in een open instelling of in een andere, bij de situatie passende open vorm van residentiële behandeling of opvang;
- 5° opvang in een open afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming;
- 6° behandeling of opvang in een gesloten instelling of in een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële behandeling of opvang;
- 7° opvang in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming.

Indien de personen vermeld in het eerste lid, 1°, zich niet binnen zes maanden inschrijven voor deelname aan de voorbereiding op de pleegzorg of indien ze niet overeenkomstig artikel 94 als pleeggezin zijn erkend, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de opvang overeenkomstig artikel 68 op of vervangt hij hem door een andere jeugdbeschermingsmaatregel.

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een in het eerste lid, 6° en 7°, vermelde residentiële maatregel voor de behandeling of opvang van de jongere beveelt, motiveert hij die beslissing uitdrukkelijk overeenkomstig artikel 5, § 2, tweede lid.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de residentiële behandelings- of opvangmaatregelen.

§ 2 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan de opvang in een in § 1, eerste lid, 5°, vermelde open afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming alleen bevelen ten aanzien van verdachte jongeren die op het tijdstip van het jeugddelict veertien jaar of ouder zijn:

1° ofwel indien zij een jeugddelict hebben gepleegd waarop, indien het was gepleegd door een meerderjarige, in de zin van het Strafwetboek of de bijzondere wetten, een correctionele hoofdgevangenisstraf van vijf jaar of een zwaardere straf zou hebben gestaan. Uitgesloten zijn het als diefstal of heling omschreven feit zonder verzwarende omstandigheid en het als computerfraude omschreven feit;

2° ofwel indien zij een als slagen en verwondingen omschreven feit met verzwarende omstandigheid hebben gepleegd;

3° ofwel indien zij al eerder het voorwerp waren van een uitspraak ten gronde, waarbij opvang in een gesloten instelling of een andere bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang of opvang in een open of gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming werd bevolen en zij een nieuw jeugddelict hebben gepleegd;

4° ofwel indien de ten aanzien van hen genomen jeugdbeschermingsmaatregel overeenkomstig artikel 68 is gewijzigd, omdat zij zich niet hebben gehouden aan de eerder opgelegde voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen of jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde. In dat geval kan de residentiële opvang worden bevolen voor een niet-verlengbare periode van ten hoogste zes maanden.

§ 3 – De behandeling van de verdachte jongere in een instelling of in een andere, bij de situatie passende vorm van residentiële behandeling als vermeld in § 1, eerste lid, 4° en 6°, wordt binnen dertig dagen nadat die behandeling is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek vermeld in artikel 64, § 3, waarin de noodzaak van die behandeling wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbeschermingsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbeschermingsmaatregel.

De behandeling van de verdachte jongere in een instelling of in een andere, bij de situatie passende vorm van residentiële behandeling als vermeld in § 1, eerste lid, 4° en 6°, geschiedt met toepassing van artikel 43 van de wet van 8 april 1965.

§ 4 – Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank beslist om de opvang van de verdachte jongere in een openbare instelling voor jeugdbescherming vermeld in § 1, eerste lid, 5° en 7°, in een gesloten instelling of in een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang vermeld in § 1, eerste lid, 6°, te bevelen, wordt de duur van de jeugdbeschermingsmaatregel in de beslissing bepaald. Die duur kan alleen worden verlengd om uitzonderlijke redenen die verband houden met het voor hemzelf of voor anderen gevaarlijke gedrag van de verdachte jongere.

§ 5 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan de opvang in een gesloten instelling of in een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang vermeld in § 1, eerste lid, 6°, of in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming vermeld in § 1, eerste lid, 7°, alleen bevelen ten aanzien van verdachte jongeren die op het tijdstip van het jeugddelict veertien jaar of ouder zijn:

1° indien zij een jeugddelict hebben gepleegd waarop, indien het was gepleegd door een meerderjarige, in de zin van het Strafwetboek of de bijzondere wetten, een opsluiting van vijf tot tien jaar of een zwaardere straf zou hebben gestaan;



2° ofwel indien zij een als ernstige schending van het internationale humanitaire recht omschreven feit of als terroristisch misdrijf omschreven feit hebben gepleegd;

3° ofwel indien zij een feit hebben gepleegd dat wordt omschreven als aantasting van de seksuele integriteit, als opzettelijke slagen en verwondingen overeenkomstig artikel 400 van het Strafwetboek, als criminele organisatie met het oogmerk misdaden of bedreigingen tegen personen te plegen overeenkomstig artikel 327 van het Strafwetboek;

4° ofwel indien zij al eerder het voorwerp waren van een uitspraak ten gronde, waarbij residentiële opvang in een gesloten instelling of een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang of residentiële opvang in een open of gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming werd bevolen en zij een nieuw jeugddelict vermeld in § 2, 1°, 2° of 3°, hebben gepleegd;

5° ofwel indien de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel ten gronde die ten aanzien van hen is genomen, overeenkomstig artikel 68 is gewijzigd, omdat zij zich niet hebben gehouden aan de met toepassing van paragraaf 2 eerder opgelegde maatregelen of omdat zij zich niet hebben gehouden aan een andere, ten aanzien van hen genomen maatregel en zij een nieuw jeugddelict vermeld in § 2, 1°, 2° of 3°, hebben gepleegd. In dat geval kan de residentiële opvang worden bevolen voor een niet-verlengbare periode van ten hoogste zes maanden.

§ 6 – Onverminderd de voorwaarden vermeld in de §§ 2 en 5 kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de residentiële opvang in een gesloten instelling of een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang of de residentiële opvang in een open of gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming bevelen ten aanzien van een verdachte jongere die tussen twaalf en veertien jaar oud is, indien die jongere het leven of de gezondheid van een andere persoon ernstig in gevaar heeft gebracht of indien het gedrag van die jongere bijzonder gevaarlijk is.

§ 7 – De jeugdrechter brengt minstens om de drie maanden een bezoek aan de residentieel opgevangen jongere. Hij kan die taak opdragen aan het departement.

### **Art. 83. Opschorting van residentiële behandelings- of opvangmaatregelen met het oog op probatie**

§ 1 – De jeugdrechtbank kan een residentiële behandelings- of opvangmaatregel opschorten met het oog op probatie.

De opschorting van de residentiële behandelings- of opvangmaatregel met het oog op probatie bestaat in de verplichting om zich te houden aan een of meer van de jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in artikel 73, § 3, 1°, 2° en 3°.

§ 2 – De jeugdrechtbank bepaalt de duur van de proeftijd. De proeftijd bedraagt minstens zes en hoogstens twaalf maanden vanaf de datum van het vonnis.

§ 3 – De jeugdrechtbank stelt de delinquente jongere gedurende de proeftijd onder toezicht van het departement. Het departement ondersteunt de delinquente jongere. Het departement controleert of de jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in § 1, tweede lid, worden nageleefd.

Uiterlijk twee maanden voordat de proeftijd verstrijkt, stelt het departement een verslag op over de naleving van de jeugdbeschermingsmaatregelen en richt het departement dat verslag aan de procureur des Konings.

§ 4 – De jeugdrechtbank kan de door de delinquente jongere na te leven jeugdbeschermingsmaatregelen wijzigen, hetzij op verzoek van de delinquente jongere, hetzij op vordering van de procureur des Konings.

§ 5 – De jeugdrechtbank kan de opschorting van de residentiële behandelings- of opvangmaatregel intrekken, indien de delinquente jongere:

1° tijdens de proeftijd een jeugddelict pleegt en daarmee toont dat de verwachting waarop de opschorting van de residentiële behandelings- of opvangmaatregel was gebaseerd, niet is uitgekomen;

2° de jeugdbeschermingsmaatregel niet naleeft of zich aan het toezicht van het departement onttrekt en daardoor aanleiding geeft tot bezorgdheid dat hij opnieuw een jeugddelict zal plegen.

De jeugdrechtbank kan afzien van de intrekking, indien het volstaat:

1° nog andere jeugdbeschermingsmaatregelen op te leggen;

2° de proeftijd te verlengen tot de maximumduur van twaalf maanden, vermeld in paragraaf 2.

### Onderafdeling 5 — Uithandengeving

#### **Art. 84. Uithandengeving**

§ 1 – Indien een verdachte jongere wegens een jeugddelict naar de jeugdrechtbank is verwezen en op het tijdstip van dat feit zestien jaar of ouder was en indien de jeugdrechtbank van oordeel is dat een jeugdbeschermingsmaatregel niet passend is, kan de jeugdrechtbank de zaak bij een met redenen omklede beslissing uit handen geven en doorverwijzen naar de procureur des Konings, zodat betrokkene wordt vervolgd voor de bevoegde gerechtelijke instanties die, als daartoe aanleiding bestaat, het algemene strafrecht en het gewone strafprocesrecht toepassen.

De jeugdrechtbank kan de zaak echter alleen uit handen geven, als naast de voorwaarde vermeld in het eerste lid, ook de volgende voorwaarden zijn vervuld:

1° ten aanzien van de verdachte jongere is, wegens een vroeger jeugddelict waarvoor hij bij een in kracht van gewijsde gegane beslissing veroordeeld werd, al een residentiële opvang bevolen in een gesloten instelling of een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang als vermeld in artikel 82, § 1, eerste lid, 6°, of in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming als vermeld in artikel 82, § 1, eerste lid, 7°;

2° in de zin van het Strafwetboek gaat het om:

a) doodslag of moord of poging tot het plegen van een als doodslag of moord gekwalificeerd feit;

b) toebrenging van verwondingen of slagen die hetzij een ongeneeslijk lijkende ziekte, hetzij een ongeschiktheid tot het verrichten van persoonlijke arbeid van meer dan vier maanden, hetzij het volledig verlies van het gebruik van een orgaan, hetzij een zware verminking ten gevolge hebben;

c) opzettelijk doden dat niet doodslag wordt genoemd;

d) folter of onmenselijke behandeling;

e) aantasting van de seksuele integriteit, voyeurisme, niet-consensuele verspreiding van seksueel getinte inhoud of verkrachting, eventueel met verzwarende omstandigheid;

f) diefstal die is gepleegd door middel van geweld of bedreiging.



In afwijking van het tweede lid kan de jeugdrechtbank de zaak ook uit handen geven, indien:

1° de delinquente jongere een feit heeft gepleegd dat in de zin van het Strafwetboek wordt omschreven als een ernstige schending van het internationale humanitaire recht of een terroristisch misdrijf waarop een correctionele hoofdgevangenisstraf van vijf tot tien jaar of een zwaardere straf zou staan indien het was gepleegd door een meerderjarige;

2° de delinquente jongere een jeugddelict heeft gepleegd waarop, indien het was gepleegd door een meerderjarige, in de zin van het Strafwetboek twintig jaar hechtenis of een zwaardere straf zou hebben gestaan.

De in § 1, eerste lid, vermelde omkleiding met redenen heeft in het bijzonder betrekking op de persoonlijkheid van de delinquente jongere, zijn levenssituatie en zijn beoordelingsvermogen.

§ 2 – De jeugdrechtbank kan een zaak slechts uit handen geven, nadat hij het in artikel 64, § 1, vermelde maatschappelijk onderzoek en het in artikel 64, § 3, vermelde psychologisch of medisch onderzoek heeft laten uitvoeren.

Het doel van het psychologisch of medisch onderzoek is de situatie te beoordelen op basis van de persoonlijkheid, de levenssituatie en het beoordelingsvermogen van de delinquente jongere. Er wordt rekening gehouden met de aard, frequentie en ernst van de hem ten laste gelegde feiten, voor zover dat bijdraagt tot de beoordeling van zijn persoonlijkheid.

In afwijking van het eerste lid kan de jeugdrechtbank:

1° een zaak uit handen geven, zonder over het verslag van het psychologisch of medisch onderzoek te beschikken, indien hij vaststelt dat de verdachte jongere zich aan dat onderzoek onttrekt of dat onderzoek weigert;

2° een zaak uit handen geven, zonder een maatschappelijk onderzoek te laten uitvoeren en zonder een psychologisch of medisch onderzoek te hoeven aanvragen, indien ten aanzien van de verdachte jongere al bij vonnis een maatregel werd genomen op grond van een of meer in artikel 323 van het Strafwetboek vermelde feiten of feiten die in de zin van het Strafwetboek worden omschreven als aantasting van de seksuele integriteit met verzwarende omstandigheden, verkrachting, doodslag, moord, opzettelijk doden dat niet doodslag wordt genoemd, of diefstal door middel van geweld of bedreiging en de verdachte jongere opnieuw wordt vervolgd voor een of meer van die feiten die na de eerste veroordeling werden gepleegd. De dossierstukken van de vorige procedure worden bij die van de nieuwe procedure gevoegd.

§ 3 – Dit artikel is van toepassing indien de delinquente jongere op het tijdstip van het vonnis al de leeftijd van 18 jaar heeft bereikt.

## HOOFDSTUK 6 — *Erkenning en subsidiering*

### *Afdeling 1 — Erkenning van aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming*

#### **Art. 85. Specifiek toepassingsgebied**

Deze afdeling is van toepassing op de erkenning van aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, met uitzondering van de erkenning van pleeggezinnen.

#### **Art. 86. Erkenningsvoorwaarden**

Elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die in het Duitse taalgebied hoofdzakelijk werkzaam is op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming, moet, voordat hij van start gaat, door de Regering erkend zijn als aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming en moet minstens aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° als rechtspersoon zonder winstoogmerk opgericht zijn of een publiekrechtelijke rechtspersoon zijn en over gekwalificeerd personeel beschikken dat voldoet aan de door de Regering gestelde minimumeisen of een gekwalificeerde natuurlijke persoon zijn die voldoet aan de door de Regering gestelde minimumeisen;

2° de personeelsleden van de rechtspersoon zonder winstoogmerk of de publiekrechtelijke rechtspersoon of de natuurlijke persoon hebben geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering die hen onder meer verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kindbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kindbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt;

3° een of meer van de vormen van jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in de artikelen 9, 10 of 11 aanbieden;

4° de integriteit van het kind en zijn nationale en internationale fundamentele rechten, alsook de in de artikelen 4 en 6 vermelde rechten van het kind, de jongere en de personen belast met de opvoeding eerbiedigen;

5° de in de artikelen 7 en 8 vermelde doeleinden van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming nastreven;

6° voldoen aan de door de Regering vastgelegde voorwaarden inzake infrastructuur;

7° aanvaarden dat de Regering toezicht uitoefent op de toepassing van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan.

Het departement wordt met toepassing van dit artikel van rechtswege als erkend beschouwd.

De Regering bepaalt de minimumeisen vermeld in het eerste lid, 1°, en de voorwaarden inzake infrastructuur vermeld in het eerste lid, 6°.

#### **Art. 87. Erkenningsprocedure**

§ 1 De natuurlijke personen of rechtspersonen die erkend willen worden als aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming, dienen daartoe een schriftelijke aanvraag in bij de Regering.

Bij de aanvraag worden documenten gevoegd waaruit blijkt dat de voorwaarden vermeld in artikel 86 vervuld zijn. De Regering kan bepalen dat de aanvraag om erkenning nog andere inhoudelijke punten moet bevatten, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

Elke natuurlijke persoon of rechtspersoon kan de erkenning aanvragen voor een of meer vormen van jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in de artikelen 9, 10 of 11.

§ 2 – De erkenning wordt verleend voor een periode van zes jaar en kan worden verlengd.

De erkenning kan niet worden overgedragen aan andere natuurlijke personen of rechtspersonen.

§ 3 – De aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming dienen een nieuwe aanvraag om erkenning in:

1° uiterlijk drie maanden voordat de erkenning afloopt;

2° indien vastgesteld wordt dat de gegevens die in de erkenning vermeld staan niet meer overeenstemmen met de werkelijkheid of om andere redenen gewijzigd moeten worden.

§ 4 – De Regering bepaalt:

1° de erkenningsprocedures;

2° de procedures om de erkenning te wijzigen;

3° de procedures om de erkenning te verlengen;

4° de beroepsmogelijkheden indien de erkenning of de wijziging van de erkenning wordt geweigerd.

#### **Art. 88. Gelijikstelling van de erkenning**

§ 1 – Indien de aanvrager reeds een erkenning heeft die is afgegeven door een overheid van een andere Gemeenschap, een andere lidstaat van de Europese Unie of een land dat is toegetreden tot een met de Europese Unie gesloten associatieovereenkomst, kan de Regering die erkenning tot vestiging van de dienst in het Duitse taalgebied met toepassing van artikel 49 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie op verzoek gelijkstellen met een erkenning die met toepassing van dit decreet is afgegeven.

Dienstverrichters uit een andere lidstaat van de Europese Unie of een land dat is toegetreden tot een met de Europese Unie gesloten associatieovereenkomst, kunnen met toepassing van artikel 45, lid 3, en artikel 56 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie hoofdzakelijk werkzaam zijn op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming in het Duitse taalgebied, voor zover ze in hun land van herkomst een erkenning of toelating voor de begeleiding of opvang van kinderen en jongeren hebben.

De Regering bepaalt de procedure voor de gelijkstelling van de erkenning en de beroepsmogelijkheden in geval van een weigering van de gelijkstelling van de erkenning.

§ 2 – De personen die met toepassing van artikel 86, eerste lid, 1°, een beroepskwalificatie moeten hebben en die beroepskwalificatie hebben verworven in een andere lidstaat van de Europese Unie of in een land dat is toegetreden tot een met de Europese Unie gesloten associatieovereenkomst, vragen de erkenning van de in het buitenland verkregen kwalificatie aan bij de bevoegde overheid met toepassing van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties.

Indien die personen werkzaam zijn bij een in § 1, tweede lid, vermelde dienstverrichter die gevestigd is in een andere lidstaat van de Europese Unie of in een land dat is toegetreden tot een met de Europese Unie gesloten associatieovereenkomst, worden de in artikel 86, eerste lid, 1°, bepaalde kwalificatievoorwaarden met toepassing van artikel 5 van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties als vervuld beschouwd.

#### **Art. 89. Verplichtingen voor het behoud van de erkenning**

Voor het behoud van de erkenning komen de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming de in artikel 86 vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen, alsook de volgende verdere verplichtingen na:

1° ze nemen deel aan vakspecifieke bijscholingen en supervisies;

2° ze bezorgen het departement op verzoek alle nodige inlichtingen;

3° ze bezorgen het departement, de procureur des Konings en de jeugdrechter of de jeugdrechtbank binnen de gestelde termijn of op verzoek de nodige verslagen en inlichtingen;

4° ze bezorgen het departement elk jaar tegen 31 mei een verslag over de uitvoering van hun taken in het voorgaande jaar. De Regering bepaalt de inhoud van dat verslag;

5° ze nemen minstens eenmaal per jaar deel aan een inspectiebijeenkomst met het departement. Die kan zo nodig ter plaatse plaatsvinden.

De Regering kan de verplichtingen vermeld in het eerste lid preciseren en verdere verplichtingen voor het behoud van de erkenning vastleggen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

#### **Art. 90. Schorsing en intrekking van de erkenning**

§ 1 – Indien de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming een of meer verplichtingen niet nakomt, maant de Regering hem overeenkomstig de door haar bepaalde regels aan om die verplichtingen na te komen.

Indien de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Regering de erkenning en/of trekt ze de erkenning in.

§ 2 – De Regering bepaalt:

1° de procedures om de erkenning te schorsen;

2° de procedures om de erkenning in te trekken;

3° de beroepsmogelijkheden in geval van schorsing en/of intrekking van de erkenning.

§ 3 – Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure kan de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming alleen jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen voortzetten die al waren aangevat voordat de beslissing tot schorsing of tot instelling van een intrekkingprocedure ter kennis werd gebracht.

Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure kan het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de uitvoering van lopende jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen beëindigen.

#### **Art. 91. Beëindiging van de dienstverlening**

Onverminderd een vrijwillige stopzetting van de dienstverlening heeft de intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 90 of, in voorkomend geval, het verstrijken van de erkenning tot gevolg dat alle door de betrokken aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming verleende diensten op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming worden beëindigd.

De Regering bepaalt de procedures om de dienstverlening te beëindigen.

*Afdeling 2 — Erkenning van pleeggezinnen*

*Onderafdeling 1 — Toepassingsgebied*

**Art. 92. Specifiek toepassingsgebied**

Deze afdeling is van toepassing op de erkenning van pleeggezinnen.

*Onderafdeling 2 — Erkenningsvoorwaarden en erkenningsprocedure*

**Art. 93. Erkenningsvoorwaarden**

Alle natuurlijke personen die in het kader van dit decreet aan pleegzorg doen, moeten, voordat ze van start gaan, door de Regering erkend zijn als pleeggezin en moeten minstens aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering hebben die hen onder meer verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kindbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kindbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt;

2° over voldoende en aangepaste woonruimte beschikken om het kind of de jongere op te nemen;

3° voldoende tijd hebben om in de behoeften van het kind of de jongere te voorzien;

4° de gezinsleden van het pleeggezin hebben geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering die hen onder meer verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kindbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kindbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt;

5° de gezinsleden van het pleeggezin hebben geen verslavingsproblemen of ziekten die de integriteit van het kind of de jongere ernstig in gevaar kunnen brengen;

6° het levensonderhoud van de gezinsleden van het pleeggezin is verzekerd;

7° het kind of de jongere kan in hygiënische omstandigheden worden opgenomen.

**Art. 94. Erkenningsprocedure**

§ 1 – De natuurlijke personen vermeld in artikel 93 die erkend willen worden, voltooiën de voorbereiding op de pleegzorg.

De kandidaat-pleeggezinnen kunnen worden erkend voor een of meer van de volgende vormen van pleegzorg:

1° crisisleegzorg;

2° langdurige pleegzorg;

3° ondersteunende pleegzorg.

§ 2 – De erkenning wordt verleend voor een periode van zes jaar en kan worden verlengd.

De erkenning kan niet worden overgedragen aan een andere natuurlijke persoon.

§ 3 – Uiterlijk één maand voordat de erkenning verstrijkt, dienen de pleeggezinnen een aanvraag tot verlenging van de erkenning in.

§ 4 – De Regering bepaalt:

1° de erkenningsprocedures;

2° de beroepsmogelijkheden indien de erkenning wordt geweigerd;

3° de procedures om de erkenning te wijzigen;

4° de beroepsmogelijkheden indien de wijziging van de erkenning wordt geweigerd;

5° de procedures om de erkenning te verlengen;

6° de beroepsmogelijkheden indien de verlenging van de erkenning wordt geweigerd.

**Art. 95. Verplichtingen voor het behoud van de erkenning**

Voor het behoud van de erkenning komen de pleeggezinnen de in artikel 93 vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen, alsook de volgende verdere verplichtingen na:

1° de integriteit van het kind of de jongere en zijn nationale en internationale fundamentele rechten, alsook de in de artikelen 4 en 6 vermelde rechten van het kind, de jongere en de personen belast met de opvoeding eerbiedigen;

2° de in de artikelen 7 en 8 vermelde doeleinden van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming nastreven;

3° zorgen voor een constructieve samenwerking met het departement;

4° zorgen voor het contact van de kinderen en jongeren met de personen belast met hun opvoeding, met inachtneming van de voorwaarden van het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank;

5° zich verplichten tot een respectvolle houding ten aanzien van de personen belast met de opvoeding en de grenzen van elkaars rol respecteren;

6° geen vertrouwelijke informatie over de ontwikkeling en de gezinssituatie van het pleegkind doorgeven aan anderen, ook niet na beëindiging van de pleegzorg, onverminderd de informatieplicht ten aanzien van het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank;

7° een aansprakelijkheidsverzekering voor het pleegkind sluiten;

8° regelmatig deelnemen aan gespreksronden, georganiseerde voortgezette opleidingen of andere diensten die door het departement worden aangeboden;

9° de medewerkers van het departement toestaan om huisbezoeken af te leggen;

10° ervoor zorgen dat de medewerkers van het departement te allen tijde contact kunnen opnemen met het pleegkind;

11° het departement op verzoek alle nodige inlichtingen bezorgen.

De Regering kan nog andere verplichtingen voor het behoud van de erkenning opleggen, voor zover die de kwaliteit van de pleezorg kunnen verbeteren.

#### **Art. 96. Schorsing en intrekking van de erkenning**

§ 1 – Indien het pleeggezin een of meer verplichtingen niet nakomt, maant de Regering het pleeggezin overeenkomstig de door haar bepaalde regels aan om die verplichtingen na te komen.

Indien het pleeggezin, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Regering de erkenning en/of trekt ze de erkenning in.

§ 2 – De Regering bepaalt:

1° de procedures om de erkenning te schorsen;

2° de procedures om de erkenning in te trekken;

3° de beroepsmogelijkheden in geval van schorsing en/of intrekking van de erkenning.

Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure kan het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de pleezorg van het pleeggezin beëindigen.

#### **Art. 97. Beëindiging van de pleezorg**

Onverminderd een vrijwillige stopzetting van de pleezorg door het pleeggezin heeft de intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 96 of in voorkomend geval het verstrijken van de erkenning tot gevolg dat de pleezorg van het betrokken pleeggezin wordt beëindigd.

De Regering bepaalt de procedures om de pleezorg te beëindigen.

#### **Art. 98. Pleegouderkaart**

Elke pleegouder van een overeenkomstig artikel 94 erkend pleeggezin voor langdurige pleezorg dat aan pleezorg doet, krijgt een pleegouderkaart die zijn hoedanigheid van pleegouder bewijst.

De pleegouderkaart is geldig voor de duur van de pleezorg en bevat minstens de volgende gegevens:

1° de identiteit van de pleegouders;

2° de identiteit van het pleegkind;

3° de vorm van pleezorg.

#### **Art. 99. Maximumaantal pleegkinderen**

Een pleeggezin dat crisispleezorg of langdurige pleezorg biedt, vangt hoogstens drie pleegkinderen tegelijk op.

In afwijking van het eerste lid kunnen, na een positief advies van het departement, meer dan drie pleegkinderen tegelijk worden opgevangen.

### Onderafdeling 3 — Voorbereiding op de pleezorg

#### **Art. 100. Informatiegesprek**

Voorafgaand aan de voorbereiding op de pleezorg nemen de kandidaat-pleeggezinnen deel aan een persoonlijk informatiegesprek met het departement. In het kader van dat gesprek krijgen de kandidaat-pleeggezinnen algemene informatie over pleezorg, over de voorbereiding op de pleezorg en over de erkenningsprocedure.

#### **Art. 101. Vragenlijst**

In het kader van het in artikel 100 vermelde informatiegesprek verstrekt het departement aan de kandidaat-pleeggezinnen een vragenlijst om deel te nemen aan de voorbereiding op de pleezorg.

In de vragenlijst wordt gevraagd naar de volgende gegevens over de kandidaat-pleeggezinnen:

1° identiteit;

2° talenkennis;

3° woonsituatie;

4° gezinssituatie;

5° gezinsverleden;

6° sociale omgeving;

7° persoonlijke ontwikkeling;

8° eindexamen en opleiding;

9° professionele en financiële situatie;

10° gezondheidstoestand;

11° levensbeschouwelijke of religieuze overtuiging;

12° vrijetijdsbesteding;

13° bekwaamheden en interesses;

14° contactgegevens;

15° informatie over het pleezorgproject.

De Regering legt het model van de vragenlijst vast.

**Art. 102. Inschrijving**

Kandidaat-pleeggezinnes kunnen zich inschrijven voor de voorbereiding op de pleegzorg, als ze voldoen aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in artikel 93. Het departement gaat na of aan de erkenningsvoorwaarden is voldaan.

In afwijking van het eerste lid kan de Regering natuurlijke personen die in het kader van dit decreet aan pleegzorg doen voor een verwant of vertrouwd kind of een verwante of vertrouwde jongere, toelaten tot de voorbereiding op de pleegzorg, ongeacht of ze voldoen aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in artikel 93, voor zover het departement een positief advies heeft gegeven.

De Regering bepaalt de lijst van de documenten die moeten worden ingediend om zich te kunnen inschrijven voor de voorbereiding op de pleegzorg, alsook de procedure voor het opmaken van het positief advies van het departement.

**Art. 103. Voorbereiding op de pleegzorg**

De voorbereiding op de pleegzorg wordt georganiseerd door het departement.

Samenwonende kandidaten moeten samen deelnemen aan de voorbereiding op de pleegzorg.

Het departement kan de uitvoering van de voorbereiding op de pleegzorg geheel of gedeeltelijk aan derden opdragen.

De Regering bepaalt de inhoud, de nadere regels en de duur van de voorbereiding op de pleegzorg.

**Art. 104. Gelijikstelling van een voorbereiding**

De Regering bepaalt onder welke voorwaarden een andere voorbereiding op de pleegzorg of de voorbereiding op een andere vorm van opvang van kinderen geheel of gedeeltelijk gelijkgesteld kan worden met de voorbereiding op de pleegzorg die door het departement wordt aangeboden.

*Afdeling 3 — Overeenkomst***Art. 105. Inhoud**

§ 1 – De subsidiëring vermeld in artikel 107, eerste lid, de nadere regels ervan en een taakbeschrijving worden vastgelegd in een overeenkomst tussen de Regering en de erkende aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming.

De Regering stelt het kader en de verdere inhoud van de overeenkomst vast.

§ 2 – De Regering kan met erkende aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming of met dienstverrichters een overeenkomst sluiten waarin de nadere regels van de overname van kosten vermeld in artikel 107, tweede lid, worden vastgelegd.

De Regering stelt het kader en de verdere inhoud van de overeenkomst vast.

**Art. 106. Duur**

De overeenkomsten vermeld in artikel 105 hebben een looptijd van minstens één jaar en hoogstens zes jaar. Voor zover de aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming nog altijd erkend is, kan de overeenkomst na het verstrijken van de looptijd worden verlengd.

*HOOFDSTUK 7 — Financiële bepalingen**Afdeling 1 — Subsidiëring, overname van kosten en pleegzorgvergoeding***Art. 107. Subsidiëring en overname van kosten**

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering, onder de door haar bepaalde voorwaarden, aan de aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming subsidies voor personeels- en werkingskosten toekennen voor de uitvoering van de jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen.

Onverminderd andersluidende inter-Belgische of internationale samenwerkingsakkoorden, onverminderd de administratieve bijstand en onverminderd andere in dit decreet bepaalde financiële bepalingen betaalt de Regering, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de door haar bepaalde voorwaarden, de kosten van de adviesverleningen en van de jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen die met toepassing van dit decreet worden overeengekomen of bevolen.

**Art. 108. Controle van de subsidies**

De aanwending van de subsidies die ter uitvoering van dit decreet worden toegekend, wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

**Art. 109. Pleegzorgvergoeding**

Personen die ter uitvoering van dit decreet aan pleegzorg doen, ontvangen een forfaitaire vergoeding per dag en per pleegkind om de kosten voor de opvang van de pleegkinderen te dekken. Die vergoeding wordt pleegzorgvergoeding genoemd.

De Regering bepaalt het bedrag, de toekenningsvoorwaarden en de nadere regels voor de uitbetaling van de pleegzorgvergoeding.

*Afdeling 2 — Kostenbijdrage***Art. 110. Bijdrage van de onderhoudsplichtigen in de kosten**

§ 1 – De onderhoudsplichtigen of de jongvolwassene kunnen ertoe worden verplicht bij te dragen in de kosten van de jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen, alsook in de kosten van de adviesverlening vermeld in artikel 28.

De Regering bepaalt de voorwaarden en het bedrag van de kostenbijdrage, alsook de manier waarop die wordt berekend.

De Regering bepaalt de voorwaarden waaronder geheel of gedeeltelijk kan worden afgezien van een kostenbijdrage, wanneer redelijkerwijs ervan uitgegaan moet worden dat de onderhoudsplichtigen of de jongvolwassene die financiële belasting niet kunnen dragen.



§ 2 – De kostenbijdrage treedt in kracht op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin de jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel is gestart.

§ 3 – Bij het uitblijven van de betaling van de kostenbijdrage vermeld in paragraaf 1 kunnen de uitstaande bedragen ingevorderd worden overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

#### *Afdeling 3 — Financiële tegemoetkomingen*

##### **Art. 111. Kosten van levensonderhoud**

Aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming en dienstverrichters die zelfstandig wonende kinderen en jongeren in het kader van het decreet ambulante begeleiding, kunnen een kostenvergoeding per kind of jongere aanvragen om de kosten voor het levensonderhoud van die kinderen en jongeren te dekken.

De Regering bepaalt de voorwaarden voor de toekenning en de nadere regels voor de financiering van de kostenvergoeding, alsook de voorwaarden en de nadere regels voor de aanvraag van de kostenvergoeding.

##### **Art. 112. Bijzondere onkosten en uitgaven van personen belast met de opvoeding**

§ 1 – Personen belast met de opvoeding van een kind dat of een jongere die in het kader van dit decreet behandeld, opgevangen of begeleid wordt door het departement, een aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming, een dienstverrichter of een pleeggezin, kunnen een financiering voor de bijzondere onkosten van dat kind of die jongere aanvragen.

De Regering bepaalt de aard van de bijzondere onkosten, de voorwaarden en nadere regels voor de financiering ervan en de voorwaarden en nadere regels voor de aanvraag van die financiering.

§ 2 – Personen belast met de opvoeding van een kind dat of een jongere die zich in een residentiële jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel bevindt, kunnen een financiering aanvragen voor uitgaven om het contact met dat kind of die jongere te verbeteren.

De Regering bepaalt de aard van de uitgaven, de voorwaarden en nadere regels voor de financiering ervan en de voorwaarden en nadere regels voor de aanvraag van die financiering.

##### **Art. 113. Uitgaven van residentiële en semi-residentiële aanbieders, dienstverrichters en pleeggezinnen**

In het kader van residentiële en semi-residentiële maatregelen kunnen aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen een financiering aanvragen voor de uitgaven voor de behandelde, opgevangen of begeleide kinderen, jongeren en jongvolwassenen.

De Regering bepaalt de aard van de uitgaven, de voorwaarden en nadere regels voor de financiering ervan en de voorwaarden en nadere regels voor de aanvraag van die financiering.

##### **Art. 114. Financiële ondersteuning van kinderen in de residentiële opvang**

De Regering kan kinderen die zich in een residentiële jeugdbijstandsmaatregel bevinden, voor de duur van de maatregel financieel ondersteunen om hun integratie te bevorderen zodra ze meerderjarig worden.

De Regering bepaalt het bedrag, de toekenningsvoorwaarden en de nadere regels voor de uitbetaling van de financiële ondersteuning.

#### *HOOFDSTUK 8 — Klachten*

##### **Art. 115. Recht om een klacht in te dienen**

§ 1 – Kinderen, jongeren en personen belast met hun opvoeding, alsook jongvolwassenen die een klacht willen indienen tegen een ambtsverrichting of werkwijze van een natuurlijke persoon of rechtspersoon die belast is met de uitvoering van maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming of met adviesverlening, richten die klacht schriftelijk aan de leiding van de rechtspersoon of aan de natuurlijke persoon zelf.

Indien op initiatief van de persoon tegen wie de klacht is gericht in het kader van een gesprek geen overeenstemming kan worden bereikt, dan richten de partijen hun klacht aan de leiding van het departement om over de toedracht van de klacht te worden gehoord.

Kinderen, jongeren, de personen belast met hun opvoeding, alsook jongvolwassenen die een klacht willen indienen tegen een ambtsverrichting of werkwijze van het departement, richten die klacht schriftelijk aan de leiding van het departement.

Zowel de persoon die de klacht heeft ingediend als de persoon tegen wie de klacht is gericht, hebben het recht door de leiding van het departement gehoord te worden over de toedracht van de klacht.

Alle aan de leiding van het departement gerichte klachten en de gevolgen ervan worden in een daartoe aangelegd register opgenomen. De Regering heeft inzage in dat register.

§ 2 – De Regering legt de verdere procedure voor klachten vast.

#### *HOOFDSTUK 9 — Beroepsgeheim en inzage in het dossier*

##### **Art. 116. Geheimhoudingsplicht**

§ 1 – Overeenkomstig artikel 458 van het Strafwetboek is eenieder die, in welke hoedanigheid ook, aan de toepassing van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan meewerkt, op grond van die medewerking verplicht tot geheimhouding van de informatie die hem bij de uitoefening van zijn opdracht wordt toevertrouwd en met de zaak verband houdt.

§ 2 – In afwijking van paragraaf 1 mag elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die aan de toepassing van dit decreet meewerkt, de informatie die hem bij de uitoefening van zijn opdracht wordt toevertrouwd en met de zaak verband houdt, slechts onder een van de volgende voorwaarden doorgeven:

1° de ontvanger valt ook onder het beroepsgeheim en de doorgifte is noodzakelijk om het doel van de jeugdbijstandsmaatregel, jeugdbeschermingsmaatregel of adviesverlening te bereiken of om een mogelijk gevaar voor het kind of de jongere vast te stellen. De doorgegeven informatie beperkt zich tot hetgeen noodzakelijk is om het doel van de jeugdbijstandsmaatregel, jeugdbeschermingsmaatregel of adviesverlening te bereiken of om het gevaar vast te stellen. Het kind dat of de jongere die het vereiste beoordelingsvermogen bezit of ten minste twaalf jaar oud is, en de personen belast met de opvoeding van het kind of van de jongere, alsook de jongvolwassene moeten vooraf ermee instemmen dat de ontvanger de informatie doorgeeft, tenzij dit in strijd is met de integriteit van het kind of de jongere;

2° de doorgifte is gericht aan medewerkers van het departement die deze vertrouwelijke informatie uitsluitend voor specifieke administratieve taken nodig hebben. Die vertrouwelijke informatie wordt, voor zover dit met het doel verenigbaar is, geanonimiseerd;

3° de doorgifte is gericht aan de leiding van het departement, voor zover dit noodzakelijk is voor het toezicht op het departement. Die vertrouwelijke informatie wordt, voor zover dit met het doel verenigbaar is, geanonimiseerd;

4° de doorgifte geschiedt in het kader van een bij overeenkomst, vonnis of beslissing gegeven opdracht, in de vorm van een maatschappelijk onderzoek of een verslag dat aan de opdrachtgever wordt bezorgd en dat alleen vertrouwelijke informatie bevat die noodzakelijk is om de opdracht uit te voeren. De persoon die het voorwerp van dat maatschappelijk onderzoek is, moet vooraf over de noodzakelijke verslaglegging worden ingelicht.

De Regering bepaalt hoe de instemming vermeld in het eerste lid, 1°, wordt gevraagd.

§ 3 – De persoon die de vertrouwelijke informatie schriftelijk heeft vastgelegd, moet telkens wanneer zijn documenten worden doorgegeven, vooraf met die doorgifte hebben ingestemd.

Als vertrouwelijke informatie wordt doorgegeven, mag de ontvanger die vertrouwelijke informatie op zijn beurt alleen doorgeven voor het doel waarvoor hij ze rechtmatig heeft verkregen.

#### **Art. 117. Inzage in het dossier**

§ 1 – Onverminderd artikel 55 van de wet van 8 april 1965 is het decreet van 16 oktober 1995 van toepassing op het departement.

In afwijking van artikel 9 van het decreet van 16 oktober 1995 en onverminderd artikel 5, §§ 1 en 2, van hetzelfde decreet wordt een aanvraag om inzage in, toelichting bij of afschrift van een bestuursdocument door het departement afgewezen, wanneer de openbaarheid van het bestuursdocument:

1° indruist tegen de integriteit van derden, de integriteit van het kind of de jongere op wie de jeugdbijstandsmaatregel of de jeugdbeschermingsmaatregel betrekking heeft, de integriteit van de personen belast met hun opvoeding of de integriteit van de jongvolwassene op wie de adviesverlening betrekking heeft;

2° in strijd is met het doel van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming;

3° de bereikte resultaten van de jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel in gevaar brengt.

Ongeacht artikel 5, § 3, van het decreet van 16 oktober 1995 wijst het departement een aanvraag om inzage in, toelichting bij of afschrift van een bestuursdocument af, wanneer het gaat om psychologische adviezen, medische adviezen of vertrouwelijke documenten die de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank aan het departement heeft bezorgd.

§ 2 – De Regering bepaalt de andere nadere regels voor de inzageprocedure, alsook de beroepsprocedure in geval van een afgewezen aanvraag.

#### **HOOFDSTUK 10 — Vertrouwelijkheid, samenwerking en bescherming van persoonsgegevens**

#### **Art. 118. Vertrouwelijkheid**

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen is eenieder die, in welke hoedanigheid ook, aan de toepassing van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan meewerkt, ertoe verplicht de gegevens die hem in de uitoefening van zijn opdracht worden toevertrouwd, vertrouwelijk te behandelen.

#### **Art. 119. Verwerking van persoonsgegevens**

§ 1 – Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake bescherming van persoonsgegevens.

De Regering, de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank, de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, de dienstverrichters, de pleeggezinnen en de bemiddelaar vermeld in artikel 34, tweede lid, artikel 57, § 2, vierde lid en artikel 76, § 2, vierde lid, mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden gebruiken dan voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten die verband houden met dit decreet.

De natuurlijke personen en rechtspersonen vermeld in het tweede lid wijzen hun medewerkers en externe adviseurs op hun plichten inzake informatieveiligheid en bescherming van persoonsgegevens.

§ 2 – De Regering, de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank, de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, de dienstverrichters en de pleeggezinnen zijn, elk wat hem of haar betreft, verantwoordelijk voor de in dit decreet vermelde verwerkingen van persoonsgegevens in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Als verwerkingsverantwoordelijken in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming gelden:

1° de Regering voor de vervulling van de taken vermeld in de artikelen 21, 22 en 23, alsook vermeld in hoofdstuk 6;

2° de procureur des Konings, de jeugdrechter en de jeugdrechtbank voor de vervulling van de taken vermeld in hoofdstuk 4, afdeling 2, onderafdeling 2, hoofdstuk 4, afdeling 3, en hoofdstuk 5;

3° de aanbieders van jeugdbijstand, de aanbieders van jeugdbescherming, de dienstverrichters en de pleeggezinnen voor de vervulling van de taken vermeld in artikel 28, derde lid, alsook vermeld in de artikelen 31, 40 en 66.

§ 3 – De bemiddelaar vermeld in artikel 34, tweede lid, artikel 57, § 2, vierde lid en artikel 76, § 2, vierde lid, geldt als verwerker in de zin van artikel 4, punt 8, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Hij verwerkt uitsluitend in opdracht van de Regering persoonsgegevens in het kader van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan.

#### **Art. 120. Gegevenscategorieën**

§ 1 – De Regering, de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank, de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, de dienstverrichters en de pleeggezinnen kunnen overeenkomstig artikel 119 de volgende categorieën van persoonsgegevens betreffende de kinderen, de jongeren, de personen belast met hun opvoeding en de jongvolwassenen verwerken:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens;

2° gegevens over het eindexamen en de opleiding;

3° gegevens over de talenkennis;

4° gegevens over de gezinssituatie;

- 5° gegevens over de sociale en financiële situatie;
- 6° gegevens over de vrijetijdsbesteding;
- 7° gegevens over de bekwaamheden en interesses;
- 8° medische en psychologische gegevens;
- 9° gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 10° gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 11° gegevens inzake levensbeschouwelijke of religieuze overtuiging.

De in het eerste lid vermelde gegevenscategorieën kunnen worden verwerkt voor de doeleinden van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming vermeld in de artikelen 7 en 8.

§ 2 – De erkende aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming kunnen overeenkomstig artikel 119 de volgende categorieën van persoonsgegevens betreffende de personeelsleden verwerken:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over het eindexamen en de opleiding;
- 3° gegevens over de arbeidsverhouding en het salaris;
- 4° gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister.

De categorieën van gegevens vermeld in het eerste lid kunnen worden verwerkt voor de doeleinden die verband houden met de aanvragen om met inachtneming van de voorwaarden vermeld in artikel 86 door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap te worden erkend.

§ 3 – In opdracht van de Regering kan de bemiddelaar vermeld in artikel 34, tweede lid, artikel 57, § 2, vierde lid en artikel 76, § 2, vierde lid, alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens vermeld in § 1, eerste lid, verwerken.

§ 4 – De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in de §§ 1 tot 3 preciseren.

#### **Art. 121. Gebruik van gegevens voor analyses en statistieken**

De Regering maakt gebruik van geanonimiseerde gegevens voor analyses en statistieken met betrekking tot de persoonscategorieën vermeld in artikel 120.

De Regering gebruikt de analyses en statistieken om de behoeften in de jeugdbijstand en in de jeugdbescherming te bepalen en het beleid inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming te plannen.

#### **Art. 122. Duur van de gegevensverwerking**

Met behoud van de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaringstermijn voorzien, mogen de gegevens vermeld in artikel 120, § 1, eerste lid, hoogstens dertig jaar – te rekenen vanaf de datum waarop de betrokken kinderen, jongeren en jongvolwassenen meerderjarig worden – bewaard worden in een vorm die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren.

Met behoud van de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaringstermijn voorzien, mogen de gegevens vermeld in artikel 120, § 2, eerste lid, hoogstens tien jaar – te rekenen vanaf de inzameling ervan – bewaard worden in een vorm die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden de gegevens uiterlijk na het verstrijken van de termijnen vermeld in het eerste en het tweede lid vernietigd.

#### **Art. 123. Veiligheidsmaatregelen**

De Regering legt in voorkomend geval de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de verwerking van de persoonsgegevens bepaald in dit hoofdstuk.

### *HOOFDSTUK 11 — Strafrechtelijke bepalingen*

#### **Art. 124. Strafmaatregelen**

§ 1 – Elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die hoofdzakelijk werkzaam is op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming of in het kader van dit decreet aan pleegzorg doet zonder een overeenkomstig artikel 87 of artikel 94 toegekende erkenning of met een geschorste of ingetrokken erkenning, wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en met een geldboete van 25 euro tot 5000 euro of met één van die straffen alleen.

De straffen kunnen worden verdubbeld in geval van herhaling binnen vijf jaar na een in kracht van gewijsde gegane veroordeling wegens de voormelde overtreding.

§ 2 – De personen belast met de opvoeding die zich onttrekken aan overeengekomen of bevolen maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming of bij de uitvoering ervan duidelijk niet meewerken, worden gestraft met een geldboete van 25 euro tot 500 euro.

### *HOOFDSTUK 12 — Slotbepalingen*

#### **Art. 125. Wijzigingsbepaling**

Artikel 29bis van de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming, het ten laste nemen van minderjarigen die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd en het herstel van de door dit feit veroorzaakte schade, vervangen bij de wet van 27 december 2006, wordt opgeheven.

#### **Art. 126. Wijzigingsbepaling**

Artikel 36, 4°, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 24 december 1992, wordt opgeheven.

#### **Art. 127. Wijzigingsbepaling**

In artikel 36bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 9 mei 1972, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° het eerste lid, gewijzigd bij de wetten van 19 januari 1990 en 2 februari 1994, wordt opgeheven;
- 2° het tweede lid, gewijzigd bij de wet van 2 februari 1994, wordt opgeheven;

3° in het derde lid, gewijzigd bij de wet van 2 februari 1994, worden de woorden "in dit artikel" vervangen door de woorden "in artikel 63 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

**Art. 128. Wijzigingsbepaling**

In artikel 37 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 2 februari 1994, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de §§ 1 tot 2*quinquies*, gewijzigd bij de wetten van 13 juni 2006 en 27 december 2006 en bij het decreet van 22 februari 2016, worden opgeheven;

2° in paragraaf 3 worden het eerste tot derde lid, gewijzigd bij de wet van 13 juni 2006 en bij het decreet van 22 februari 2016, opgeheven;

3° paragraaf 4, gewijzigd bij de wet van 10 augustus 2005, wordt opgeheven.

**Art. 129. Wijzigingsbepaling**

Artikel 37*bis* van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 15 mei 2006 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, wordt opgeheven.

**Art. 130. Wijzigingsbepaling**

Artikel 37*ter* van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 15 mei 2006, wordt opgeheven.

**Art. 131. Wijzigingsbepaling**

Artikel 37*quater* van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 15 mei 2006, wordt opgeheven.

**Art. 132. Wijzigingsbepaling**

Artikel 37*quinquies* van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 15 mei 2006, wordt opgeheven.

**Art. 133. Wijzigingsbepaling**

Artikel 39 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 2 februari 1994, wordt opgeheven.

**Art. 134. Wijzigingsbepaling**

Artikel 41 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wetten van 2 februari 1994 en 13 juni 2006, wordt opgeheven.

**Art. 135. Wijzigingsbepaling**

Artikel 42 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wetten van 2 februari 1994 en 15 mei 2006, wordt opgeheven.

**Art. 136. Wijzigingsbepaling**

In artikel 43 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 13 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "artikel 36, 4°," vervangen door de woorden "artikel 63 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming" en worden de woorden "van deze wet" vervangen door de woorden "van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming";

2° in het tweede lid worden de woorden "artikel 36, 4°," vervangen door de woorden "artikel 63 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming" en worden de woorden "artikel 37" vervangen door de woorden "artikel 73, § 3, eerste lid, van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

**Art. 137. Wijzigingsbepaling**

In artikel 44 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 30 juli 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 2 worden de woorden "als een misdrijf omschreven feit" vervangen door het woord "jeugddelict";

2° in paragraaf 3 worden de woorden "als een misdrijf omschreven feit" vervangen door het woord "jeugddelict".

**Art. 138. Wijzigingsbepaling**

Artikel 45*bis* van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, wordt opgeheven.

**Art. 139. Wijzigingsbepaling**

Artikel 45*ter* van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven.

**Art. 140. Wijzigingsbepaling**

Artikel 45*quater* van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, wordt opgeheven.

**Art. 141. Wijzigingsbepaling**

In artikel 46*bis*, eerste lid, van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 27 april 1999, worden de woorden "artikel 36, 4°" vervangen door de woorden "artikel 63 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

**Art. 142. Wijzigingsbepaling**

In artikel 47, derde lid, van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 15 mei 2006, worden de woorden "artikel 36, 4°" vervangen door de woorden "artikel 63 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming" en worden de woorden "artikel45*quater*" vervangen door de woorden "artikel 57 van het voormelde decreet".

**Art. 143. Wijzigingsbepaling**

In artikel 48, § 2, tweede lid, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, worden de woorden "artikel 57*bis*" vervangen door de woorden "artikel 84 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

**Art. 144. Wijzigingsbepaling**

In artikel 49 van dezelfde wet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid, vervangen bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wetten van 4 mei 1999, 6 januari 2003 en 13 juni 2006, worden de woorden "in de artikel 52 bedoelde maatregelen van bewaring nemen" vervangen door de woorden "maatregelen vermeld in artikel 70, § 3, eerste lid, van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming bevelen";

2° in het vijfde lid worden de woorden "artikel 57bis" vervangen door de woorden "artikel 84 van het voormelde decreet".

**Art. 145. Wijzigingsbepaling**

Artikel 50 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 15 mei 2006, wordt opgeheven.

**Art. 146. Wijzigingsbepaling**

In artikel 51, § 1, van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, worden de woorden "als misdrijf omschreven feit" vervangen door het woord "jeugddelict".

**Art. 147. Wijzigingsbepaling**

Artikel 52 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 13 juni 2006 en gewijzigd bij de wetten van 15 mei 2006 en 27 december 2006, wordt opgeheven.

**Art. 148. Wijzigingsbepaling**

Artikel 52bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, wordt opgeheven.

**Art. 149. Wijzigingsbepaling**

In artikel 52ter, vijfde lid, van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994, worden de woorden "artikel 52" vervangen door de woorden "artikel 70, § 3, eerste lid, van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

**Art. 150. Wijzigingsbepaling**

In artikel 52quater van dezelfde wet worden het eerste tot vierde lid, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wetten van 30 juni 1994, 13 juni 2006 en 27 december 2006, opgeheven.

**Art. 151. Wijzigingsbepaling**

Artikel 52quinquies van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven.

**Art. 152. Wijzigingsbepaling**

In artikel 56, eerste lid, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 2 februari 1994, worden de woorden "maatregelen worden genomen als bepaald in artikel 52" vervangen door de woorden "maatregelen vermeld in artikel 70, § 3, eerste lid, van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming worden bevolen".

**Art. 153. Wijzigingsbepaling**

In artikel 57bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, gewijzigd bij de wet van 31 juli 2009, wordt opgeheven;

2° paragraaf 2 wordt opgeheven;

3° in paragraaf 5 worden de woorden "van dit artikel" vervangen door de woorden "van artikel 84 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

**Art. 154. Wijzigingsbepaling**

In artikel 58, eerste lid, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wetten van 2 februari 1994 en 27 december 2006, worden de woorden "van de artikelen 52," vervangen door de woorden "van de artikelen 69, 70 en 71 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming, alsook van de artikelen" en voorts worden de woorden "53, derde lid" vervangen door de woorden "53, derde lid, van deze wet".

**Art. 155. Wijzigingsbepaling**

In artikel 59, eerste lid, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 4 mei 1999, worden de woorden "de artikel 52" vervangen door de woorden "artikel 70, § 3, eerste lid, van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

**Art. 156. Wijzigingsbepaling**

In artikel 60 van dezelfde wet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste en het tweede lid, gewijzigd bij de wetten van 2 februari 1994, 15 mei 2006, 13 juni 2006 en 27 december 2006, worden opgeheven;

2° het derde lid, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, wordt opgeheven, met uitzondering van de tweede zin;

3° het vierde lid, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven, met uitzondering van de tweede zin;

4° het vijfde lid, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven, met uitzondering van de tweede zin;

5° het zesde lid, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven.



**Art. 157. Wijzigingsbepaling**

In artikel 61 van dezelfde wet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, gewijzigd bij de wetten van 15 mei 2006 en 27 december 2006, worden de woorden "als misdrijf omschreven feit" vervangen door het woord "jeugddelict";

2° in het vierde lid, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006, worden de woorden "als misdrijf omschreven feit" vervangen door het woord "jeugddelict".

**Art. 158. Wijzigingsbepaling**

In artikel 63, eerste lid, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 2 februari 1994 en het decreet van 20 maart 1995, worden de woorden "de artikelen 37 en 39" vervangen door de woorden "artikel 73, § 3, eerste lid, van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming" en worden de woorden "artikel 36, 1°, 3° en 4°," vervangen door de woorden "artikel 63 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

**Art. 159. Wijzigingsbepaling**

In artikel 63ter, eerste lid, b), van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994, worden de woorden "artikel 37, § 2" vervangen door de woorden "artikel 73, § 3, eerste lid, van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

**Art. 160. Wijzigingsbepaling**

In artikel 63quater van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, worden de woorden "De artikelen 52bis," vervangen door de woorden "De artikelen 69, 70 en 71 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming, alsook de artikelen" en voorts worden de woorden "52quater, negende en tiende lid," vervangen door de woorden "52quater, negende en tiende lid, van deze wet".

**Art. 161. Wijzigingsbepaling**

Artikel 69 van dezelfde wet, gewijzigd bij het decreet van 20 maart 1995, wordt opgeheven.

**Art. 162. Wijzigingsbepaling**

Artikel 74 van dezelfde wet, gewijzigd bij het decreet van 20 maart 1995, wordt opgeheven.

**Art. 163. Wijzigingsbepaling**

Artikel 78 van dezelfde wet wordt opgeheven.

**Art. 164. Wijzigingsbepaling**

Artikel 79 van dezelfde wet, gewijzigd bij het decreet van 20 maart 1995, wordt opgeheven.

**Art. 165. Wijzigingsbepaling**

Artikel 85 van dezelfde wet, hersteld bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven.

**Art. 166. Wijzigingsbepaling**

In artikel 6bis van het decreet van 9 mei 1988 betreffende het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 3°, ingevoegd bij het decreet van 20 februari 2006 en gewijzigd bij het decreet van 19 april 2010, worden de woorden "van de artikelen 32 en 33 van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming" vervangen door de woorden "van hoofdstuk 7, afdeling 2, van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming";

2° § 2, 3°, vervangen bij het decreet van 27 april 2020, wordt vervangen als volgt:

"3° de overname van financiële tegemoetkomingen met toepassing van hoofdstuk 7, afdeling 3, van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming;"

3° § 2, 4°, ingevoegd bij het decreet van 23 april 2018, wordt opgeheven.

**Art. 167. Opheffingsbepaling**

Het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt opgeheven.

**Art. 168. Overgangsbepaling**

Ongeacht eventueel gesloten overeenkomsten blijven de erkenningen die bij inwerkingtreding van dit decreet zijn toegekend met toepassing van artikel 22 van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, geldig tot ze zijn verstreken.

**Art. 169. Overgangsbepaling**

De artikelen 35 en 36 van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming blijven van toepassing op alle aangelegenheden die bij inwerkingtreding van dit decreet aanhangig zijn voor de jeugdrechtbank en dit tot ze zijn afgehandeld.

**Art. 170. Overgangsbepaling**

Een voorlopige maatregel of een maatregel ten gronde die de jeugdrechter of jeugdrechtbank heeft bevolen met toepassing van de wet van 8 april 1965 of het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming en die bij inwerkingtreding van dit decreet in uitvoering is, wordt verder uitgevoerd.

**Art. 171. Overgangsbepaling**

Een zaak die voor de jeugdrechter of jeugdrechtbank werd behandeld met toepassing van de wet van 8 april 1965 of het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, en waarover bij inwerkingtreding van dit decreet een beslissing is genomen die echter nog niet ten uitvoer werd gelegd, wordt overeenkomstig de genomen beslissing ten uitvoer gelegd.

**Art. 172. Overgangsbepaling**

De bepalingen vermeld in de wet van 8 april 1965 en in het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming die betrekking hebben op de tenuitvoerlegging van de in de artikelen 170 en 171 vermelde voorlopige maatregelen, maatregelen ten gronde en beslissingen zijn van toepassing, met inbegrip van de wijzigingsmogelijkheden vermeld in artikel 60 van de voormelde wet en in artikel 17, § 2, van het voormelde decreet.

**Art. 173. Overgangsbepaling**

Voor de toepassing van de beslissing tot uithandengeving vermeld in artikel 84, § 1, wordt plaatsing in een openbare gemeenschapsinstelling voor jeugdbescherming vermeld in artikel 37, § 2, 8°, van de wet van 8 april 1965 gelijkgesteld met residentiële opvang vermeld in artikel 82, § 1, eerste lid, 6° en 7°.

**Art. 174. Inwerkingtreding**

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2024.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 13 november 2023.

O. PAASCH,

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President, Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

(1 *Zitting 2023-2024*)

Parlementaire stukken: 284 (2022-2023) Nr. 1 Ontwerp van decreet

284 (2023-2024) Nr. 2 Verslag

284 (2023-2024) Nr. 3 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 13 november 2023 – Nr. 64 Bespreking en stemming

**BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST — REGION DE BRUXELLES-CAPITALE****BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST**

[C – 2024/001227]

**1 FEBRUARI 2024. — Besluit tot uitvoering van de ordonnantie van 23 november 2023 houdende de omzetting, reorganisatie en naamswijziging van het Brussels Agentschap voor de Ondersteuning van het Bedrijfsleven in het Brussels Agentschap voor het Ondernemerschap**

De Brusselse Hoofdstedelijke Regering,

Gelet op de bijzondere wet van 12 januari 1989 met betrekking tot de Brusselse Instellingen, artikel 8, juncto de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20;

Gelet op de ordonnantie van 23 november 2023 houdende de omzetting, reorganisatie en naamswijziging van het Brussels Agentschap voor de Ondersteuning van het Bedrijfsleven in het Brussels Agentschap voor het Ondernemerschap, de artikelen 6, tweede lid, 24 en 25;

Gelet op het Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Executieve van 13 december 1990 houdende oprichting van basisoverlegcomités in het gebied van het Sectorcomité Brusselse Hoofdstedelijk Gewest;

Gelet op het besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke regering van 28 november 2002 houdende oprichting van een Raad voor Economische Coördinatie;

Gelet op het Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 24 maart 2004 houdende samenstelling van de overheidsdelegaties van het sectorcomité XV en van de basisoverlegcomités in het gebied van het sectorcomité Brussels Hoofdstedelijk Gewest, gewijzigd door het Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 23 maart 2017 houdende toevoeging van Het Brussels planningsbureau in het toepassingsgebied van diverse reglementeringen die gelden voor het gewestelijk openbaar ambt;

Gelet op het Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 19 oktober 2006 betreffende de financiële actoren;

**REGION DE BRUXELLES-CAPITALE**

[C – 2024/001227]

**1<sup>er</sup> FEVRIER 2024. — Arrêté exécutant l'ordonnance du 23 novembre 2023 portant transformation, réorganisation et changement de dénomination de l'Agence bruxelloise pour l'Accompagnement de l'Entreprise en Agence bruxelloise pour l'Entrepreneuriat**

Le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,

Vu la loi spéciale du 12 janvier 1989 relative aux Institutions bruxelloises, l'article 8, combiné avec la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20 ;

Vu l'ordonnance du 23 novembre 2023 portant transformation, réorganisation et changement de dénomination de l'Agence bruxelloise pour l'Accompagnement de l'Entreprise en Agence bruxelloise pour l'Entrepreneuriat, les articles 6, alinéa 2, 24 et 25 ;

Vu l'arrêté de l'Exécutif de la Région de Bruxelles-Capitale du 13 décembre 1990 portant création de comités de concertation de base dans le ressort du Comité de Secteur Région de Bruxelles-Capitale ;

Vu l'arrêté du gouvernement de la Région Bruxelles Capitale du 28 novembre 2002 portant création d'un Conseil de Coordination économique ;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 24 mars 2004 portant composition de la délégation de l'autorité du comité de secteur XV et des comités de concertation de base dans le ressort du Comité de Secteur Région de Bruxelles-Capitale, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 23 mars 2017 portant insertion du Bureau bruxellois de la planification dans le champ d'application de diverses réglementations applicables à la fonction publique régionale ;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 19 octobre 2006 portant sur les acteurs financiers ;